

Jahresbericht 2005 über
DIE AKTIVITÄTEN DER OSZE

Der Generalsekretär

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

05

Frühwarnung
Konfliktverhütung
Krisenmanagement
Konfliktnachsorge
Menschenrechte
Demokratisierung
Vertrauensbildende Maßnahmen
Rüstungskontrolle
Vorbeugende Diplomatie
Sicherheitsbildende Maßnahmen
Wahlüberwachung
Polizeiausbildung
Medienfreiheit
Bekämpfung des Menschenhandels
Schutz nationaler Minderheiten
Wirtschafts- und Umweltsicherheit
Terrorismusabwehr
Aufbau von Institutionen
Grenzbeobachtung
Aufbau der Zivilgesellschaft



OSZE-TEILNEHMERSTAATEN [2005 *]

Albanien | Andorra | Armenien | Aserbaidtschan | Belarus | Belgien | Bosnien und Herzegowina | Bulgarien | Dänemark | Deutschland | die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien | Estland | Finnland | Frankreich
Georgien | Griechenland | Heiliger Stuhl | Irland | Island | Italien | Kanada
Kasachstan | Kirgisistan | Kroatien | Lettland | Liechtenstein | Litauen
Luxemburg | Malta | Moldau | Monaco | Niederlande | Norwegen | Österreich
Polen | Portugal | Rumänien | Russische Föderation | San Marino | Schweden
Schweiz | Serbien und Montenegro * | Slowakei | Slowenien | Spanien
Tadschikistan | Tschechische Republik | Türkei | Turkmenistan | Ukraine
Ungarn | Usbekistan | Vereinigte Staaten von Amerika | Vereinigtes Königreich
Zypern

KOOPERATIONSPARTNER

Afghanistan | Japan | Republik Korea | Mongolei | Thailand

KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM

Ägypten | Algerien | Israel | Jordanien | Marokko | Tunesien

* Die OSZE nahm die Republik Montenegro am 21. Juni 2006 als 56. Teilnehmerstaat auf. Die Informationen in diesem Jahresbericht beziehen sich auf das Jahr 2005.

Inhalt

<u>6</u>	<u>Botschaft des Generalsekretärs</u>	<u>45</u>	<u>OSZE-FELDEINSÄTZE</u>
8	Die OSZE auf einen Blick	<u>46</u>	<u>Südosteuropa</u>
<u>10</u>	<u>VORSITZ</u>	47	Die Präsenz in Albanien
11	Bericht des Amtierenden Vorsitzenden	51	Die Mission in Bosnien und Herzegowina
28	Der Ständige Rat	56	Die Mission in Kroatien
29	Die Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden	60	Die Mission im Kosovo
33	Berichte der Vorsitzenden der Kontaktgruppen mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien	65	Die Mission in Serbien und Montenegro
<u>37</u>	<u>DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPE- RATION</u>	69	Die „Spillover“- Überwachungsmission in Skopje
<u>40</u>	<u>DIE PARLAMENT- ARISCHE VERSAMML- UNG DER OSZE</u>	<u>74</u>	<u>Osteuropa</u>
		75	Das Büro in Minsk
		78	Die Mission in Moldau
		81	Der Projektkoordinator in der Ukraine
		<u>84</u>	<u>Kaukasus</u>
		85	Das Büro in Baku
		88	Die Mission in Georgien
		92	Das Büro in Eriwan
		<u>95</u>	<u>Zentralasien</u>
		96	Das Zentrum in Almaty
		99	Das Zentrum in Aschgabad
		102	Das Zentrum in Bischkek
		105	Das Zentrum in Duschanbe
		108	Das Zentrum in Taschkent

111 Unterstützung für bilaterale und multilaterale Vereinbarungen

- 111 *Der OSZE-Vertreter in der estnischen Expertenkommission für pensionierte Militärangehörige*
- 112 *Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige*

113 OSZE-INSTITUTIONEN

- 114 *Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte*
- 121 *Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten*
- 125 *Der Beauftragte für Medienfreiheit*

129 DAS SEKRETARIAT

- 130 *Der Leitende Berater für Gleichbehandlungsfragen*
- 131 *Die Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels*
- 131 *Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten*
- 133 *Die Gruppe Terrorismusbekämpfung*
- 133 *Der Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE*
- 135 *Bericht des Direktors des Konfliktverhütungszentrums*
- 137 *Die Hauptabteilung Personalressourcen*
- 140 *Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit*
- 150 *Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien sowie mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums*

153 ANHANG

- 153 *OSZE-Personalstatistik*
- 156 *Revidierter Haushalt*

157 KONTAKT

158 ABKÜRZUNGEN

Botschaft des Generalsekretärs Marc Perrin de Brichambaut

2005 war ein entscheidendes Jahr für die OSZE. Wir begingen den historischen Jahrestag der Schlussakte von Helsinki 1975 und den 15. Jahrestag der Charta von Paris für ein neues Europa. Wir weiteten unsere Tätigkeit aus, um wirksamer auf die Herausforderungen unserer Zeit wie organisierte Kriminalität, Migration und Intoleranz reagieren zu können. Und es wurden Beschlüsse gefasst, um die zukünftige Effektivität der OSZE zu stärken.

Dies ist der erste OSZE-Jahresbericht, den ich als Generalsekretär vorlegen darf. Ich betrachte ihn als ein wichtiges Anschauungsinstrument für die Arbeit der OSZE und als nützliches Werkzeug, um unsere Aktivitäten Revue passieren zu lassen und zu bewerten. Anhand des Berichts erhält der Leser einen guten Überblick über die umfassende Bandbreite der Arbeit der OSZE: ihre politischen Konzepte, ihre Themen und ihre praktische Arbeit.

Der Jahresbericht spiegelt die Vielfalt der OSZE-Arbeit wider, zeigt aber auch die Verknüpfungen zwischen den Kernaktivitäten der Organisation in den Bereichen Sicherheit, Menschenrechte und Entwicklung auf. Jeden Tag kann es vorkommen, dass OSZE-Experten giftigen Raketentreibstoff zum Beispiel in Armenien entsorgen, gemeinsam mit Behörden an der Verhütung von Menschenhandel tätig sind, Polizisten ausbilden oder in einer heiklen Krisensituation einen politischen Dialog herbeiführen. Wie dieser Bericht zeigt, ist die OSZE in einem weiten geographischen Raum tätig, um Staaten bei der Umsetzung von Verpflichtungen zu helfen, die Europa sicherer machen sollen.

Eine der größten Stärken der OSZE ist ihr konstruktives Engagement Seite an Seite mit den Teilnehmerstaaten. Wenn im OSZE-Raum unerwartete Entwicklungen eintreten, kann die Organisation rasch reagieren. Das zeigte sich 2005 in Kirgisistan, wo die OSZE beim Abbau von Spannungen und bei der Suche nach kooperativen Lösungen eine Schlüsselrolle spielte.

Ein weiterer Aktivposten ist das Netz von Kontakten, die die Organisation unterhält. So stärkte sie dieses Jahr ihre Partnerschaft mit dem Europarat und dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, während gleichzeitig der Dialog mit den OSZE-Kooperationspartnern vertieft wurde.

Flexibilität in der praktischen Arbeit und konstruktive Partnerschaft sind in einer Welt, die wirksamen Multilateralismus verlangt, von ausschlaggebender Bedeutung. Es wurden Maßnahmen vorgeschlagen, um die OSZE noch effektiver zu machen, und dieser Punkt wird einer der wichtigsten Herausforderungen für 2006 sein.

Die OSZE ist eine Wertegemeinschaft. Neu entstehende Herausforderungen verlangen ein ständiges Besinnen auf die Kerngrundsätze, eine Überprüfung der Umsetzung der Verpflichtungen und einen offenen Dialog. Terrorismus, Extremismus, Intoleranz und Entfremdung bedrohen die internationale Sicherheit und den sozialen Zusammenhalt. Die OSZE eignet sich gut dazu, einige der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit in Angriff zu nehmen, etwa die Beziehung zwischen dem Kampf gegen den Terrorismus und den Menschenrechten, die Integration von Fremden in die Gesellschaft und die Förderung des Dialogs zwischen den Zivilisationen. Wir müssen zum Gedankenaustausch in diesen lebenswichtigen Fragen beitragen, um die Sicherheit und Zusammenarbeit im OSZE-Raum zu stärken.

Die OSZE auf einen Blick

Von Vancouver bis Wladiwostok engagieren sich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und ihre 3.500 Mitarbeiter in 18 Feldeinsätzen und drei Fachinstitutionen im Namen ihrer 55 Teilnehmerstaaten und 11 Kooperationspartner für die Stärkung der Sicherheit in der Region.

Das Mandat der OSZE

Die OSZE, eine auf Werte gestützte regionale Organisation im Sinne der Charta der Vereinten Nationen, spielt eine führende Rolle bei der Förderung der Sicherheit und Demokratisierung in allen euroatlantischen und eurasischen Staaten. Sie bietet insbesondere in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge ihre Mithilfe an.

Sie erfüllt dieses Sicherheitsmandat in kooperativer und umfassender Weise.

Kooperativ: Alle 55 Teilnehmerstaaten genießen den gleichen Status. Dialog, Verhandlungen und gemeinsame Aktivitäten nach dem Konsensprinzip kennzeichnen ihre Entscheidungsfindung und praktische Arbeit.

Umfassend: Die OSZE hat erkannt, dass im Sicherheitsdenken drei Faktoren im Vordergrund stehen müssen: 1. der politisch-militärische Bereich, 2. Wirtschaft und Umwelt und 3. der menschliche Bereich. Die Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Umwelt- sowie in der menschlichen „Dimension“ trägt zu Frieden, Wohlstand und Stabilität bei, während ungelöste Probleme in diesen Bereichen die Spannungen innerhalb von Staaten oder zwischen Staaten verschärfen können.

1) Der politisch-militärische Bereich: Die OSZE befasst sich mit vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, Rüstungskontrollinitiativen wie dem Kampf gegen den illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen, Projekten zur Vernichtung oder sicheren Lagerung konventioneller Waffen und Munition und Maßnahmen gegen den Terrorismus.

Zuständig: Forum für Sicherheitskooperation (militärisch); Ständiger Rat, Ministerrat und Gipfeltreffen (politisch); Sekretariat und Feldaktivitäten.

2) Wirtschaft und Umwelt: Die OSZE fördert das Unternehmertum, Klein- und Mittelbetriebe und Investitionen sowie Umweltschutz, Umweltbewusstsein und Sicherheit.

Zuständig: Ständiger Rat; Sekretariat, wie etwa das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE; Feldaktivitäten.

3) Der menschliche Bereich: Die OSZE fördert die Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, den Kampf gegen den illegalen Handel sowie Good Governance und demokratische Prozesse.

Zuständig: Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Beauftragter für Medienfreiheit, Sekretariat und Feldaktivitäten.

Die Geschichte der OSZE

Die OSZE geht auf die Entspannungsphase der frühen Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts zurück: Damals wurde die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) als multilaterales Forum für Dialog und Verhandlungen zwischen Ost und West gegründet. Auf Treffen in Helsinki und Genf, die zwei Jahre in Anspruch nahmen, einigte sich die KSZE auf die Schlussakte von Helsinki, die am 1. August 1975 von 35 Staaten unterzeichnet wurde. Die Schlussakte formulierte die drei Dimensionen der Sicherheit und legte grundlegende Prinzipien fest, die das Verhalten der Staaten gegenüber ihren Bürgern sowie untereinander regeln. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die OSZE zu einer Organisation, die postkommunistischen Staaten in ihrem Übergang zur Demokratie und zur Marktwirtschaft half und später alle Teilnehmerstaaten bei der Bewältigung neuer Bedrohungen und Herausforderungen im Sicherheitsbereich unterstützte.

Heute hat die OSZE 55 Teilnehmerstaaten und zählt 11 Länder im Mittelmeerraum und in Asien zu ihren Kooperationspartnern. Obwohl die OSZE keinen völkerrechtlichen Vertrag zur Grundlage hat, sind alle Beschlüsse der Organisation politisch, nicht jedoch rechtlich bindend.

Die Führungsgremien der OSZE

Der jährlich wechselnde Vorsitz der OSZE wird jeweils von einem Teilnehmerstaat wahrgenommen. 2005 führte Slowenien den Vorsitz. Gemeinsam mit Bulgarien (Vorsitz 2004) und Belgien (Vorsitz 2006) bildete es die OSZE-Troika, die den Amtierenden Vorsitzenden in seiner Entscheidungsfindung unterstützt. Der Amtierende Vorsitzende kann auch Persönliche Beauftragte oder Sonderbeauftragte für spezielle Fragen oder Situationen ernennen.

In regelmäßigen Zeitabständen finden Gipfeltreffen der OSZE-Staats- und Regierungschefs statt. Zwischen den Gipfeltreffen tritt alljährlich der aus den Außenministern bestehende Ministerrat zusammen, um die Aktivitäten der OSZE zu überprüfen und Anleitungen und Orientierungshilfen zu geben. Einmal im

Jahr tagt das Wirtschaftsforum in Prag, wobei jeweils ausgewählte Wirtschafts- und Umweltfragen auf der Tagesordnung stehen. Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz und das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension befassen sich mit wichtigen Fragen in der politisch-militärischen bzw. der menschlichen Dimension.

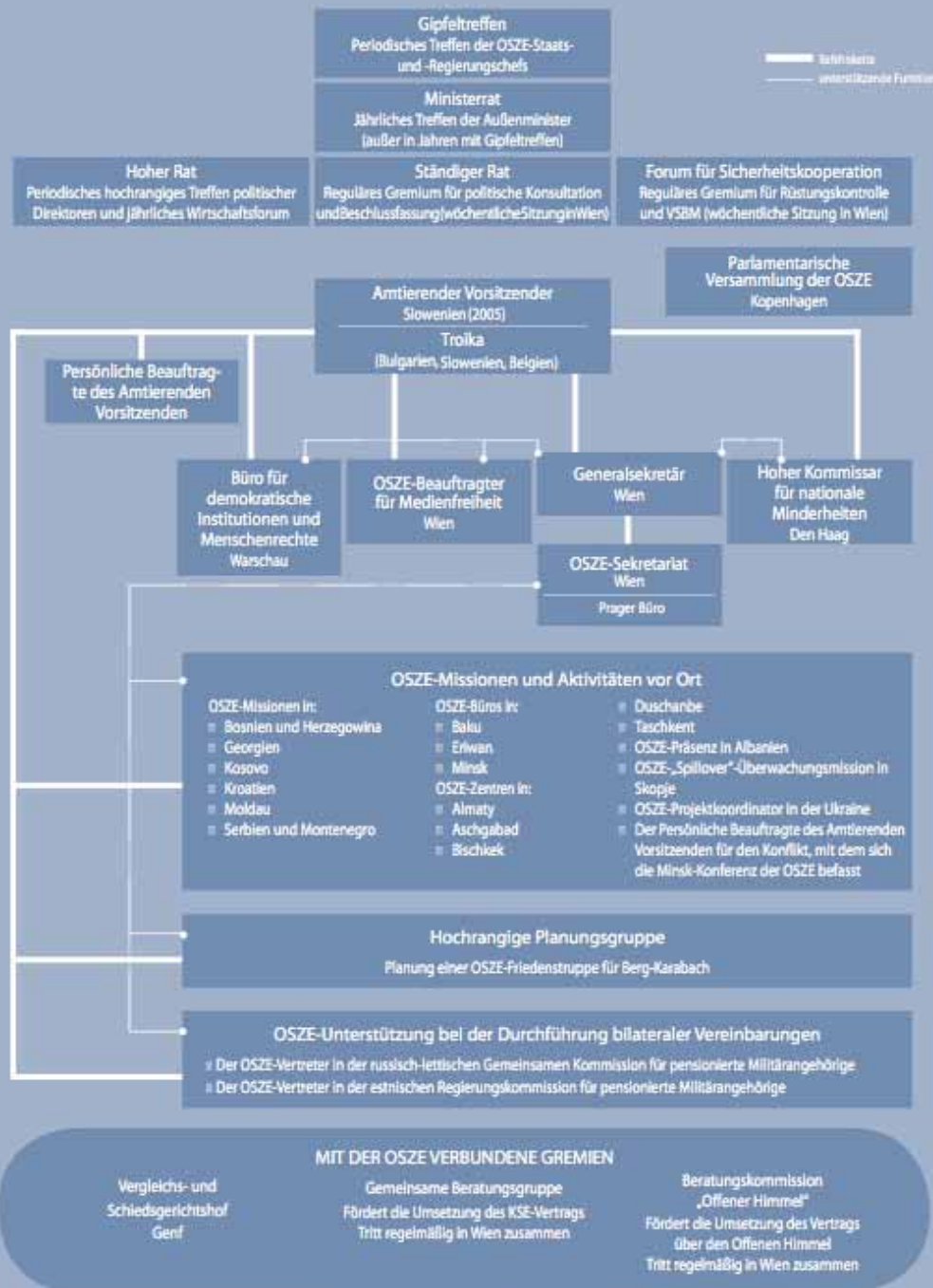
Der Ständige Rat ist das wichtigste regelmäßig tagende Gremium für politische Konsultation und Beschlussfassung. Seine Mitglieder sind die Delegationsleiter der Teilnehmerstaaten der OSZE und er tritt einmal wöchentlich in Wien zusammen, um alle relevanten Themen zu erörtern und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Das Forum für Sicherheitskooperation, das in der politisch-militärischen Dimension der OSZE federführend tätig ist, tagt ebenfalls einmal pro Woche in der Wiener Hofburg.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE mit Sitz in Kopenhagen setzt sich aus über 300 Parlamentariern aus allen Teilnehmerstaaten zusammen. Hauptaufgabe dieses 1991 gegründeten Gremiums ist die Förderung des interparlamentarischen Dialogs – eines wichtigen Aspekts in den umfassenden Bemühungen, sich erfolgreich den Herausforderungen der Demokratie im gesamten OSZE-Raum zu stellen. Ihre wichtigste Jahrestagung findet im Sommer statt. Die OSZE-Parlamentarier spielen auch eine wichtige Rolle bei der Wahlbeobachtung.

Das Sekretariat der OSZE hat seinen Sitz in Wien. Es steht unter der Leitung des Generalsekretärs Marc Perrin de Brichambaut aus Frankreich, der im Juni 2005 für eine dreijährige Amtszeit bestellt wurde. Als oberster Verwaltungsbeamter leitet Perrin de Brichambaut die Strukturen und Einsätze der OSZE und unterstützt den OSZE-Vorsitz.

Um die Staaten bei der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu unterstützen, richtete die OSZE folgende Fachinstitutionen ein: das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (1990 als Büro für freie Wahlen gegründet), den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten (1992) und den Beauftragten für Medienfreiheit (1997). Derzeit verfügt die OSZE über 18 Feldeinsätze in 16 Staaten. Siebzig Prozent des revidierten OSZE-Gesamthaushalts 2005, der 159,4 Millionen Euro ausmachte, waren für die Feldeinsätze bestimmt, 20 Prozent für das Sekretariat und 10 Prozent für die Institutionen.

STRUKTUREN UND INSTITUTIONEN



www.osce.org

www.osce.org

Vorsitz

Amtierender Vorsitzender | Ständiger Rat

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden

Vorsitzende der Kontaktgruppen mit den Kooperationspartnern

im Mittelmeerraum und in Asien

Der Amtierende Vorsitzende

Einleitung

Slowenien führte in einer schwierigen Periode den Vorsitz in der OSZE. Eine hochrangige Debatte über Bedeutung und Fairness der Arbeit der OSZE hatte das Gefühl einer tiefen politischen Krise entstehen lassen. Mangelnder Konsens der Teilnehmerstaaten über die Beitragsschlüssel der Organisation, die Unfähigkeit, eine Einigung zum Gesamthaushaltsplan 2005 zu erreichen, und eine langwierige Suche nach einem Nachfolger für den scheidenden Generalsekretär hatten die Situation weiter erschwert.

Die wichtigste Herausforderung für Slowenien bestand daher darin, die Organisation wieder in ruhigeres Fahrwasser zu führen, wieder das Gefühl entstehen zu lassen, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, und Maßnahmen zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE zu ergreifen. All dies musste geschehen, während gleichzeitig sicherzustellen war, dass die auf dem Ministerratstreffen von Sofia gefassten Beschlüsse umgesetzt wurden und das politische Tagesgeschäft der Organisation weiterging.

Positiv ist zu vermerken, dass 2005 ein Jahr der Jubiläen war: 30. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki und 15. Jahrestag der Charta von Paris. Dieser Umstand half mit, die historische Bedeutung der OSZE in die richtige Perspektive zu rücken, und veranlasste die Staaten, sich Gedanken über die Zukunft der Organisation zu machen.

Wie üblich musste der Vorsitz auf Unerwartetes gefasst sein. So musste die OSZE 2005 rasch auf Ereignisse in Kirgisistan und Usbekistan reagieren. Außerdem war Slowenien bemüht, die Lösung eingefrorener Konflikte voranzutreiben. Der Vorsitz begrüßte die gemeinsame Erklärung Georgiens und der Russischen Föderation über die Schließung der russischen Militärstützpunkte und militärischen Einrichtungen in Georgien bis 2008.

Im abgelaufenen Jahr wurde auch viel im Zusammenhang mit dem Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, unternommen: Die so genannten Prager Treffen der Außenminister Armeniens und Aserbaidschans zeigten positive Wirkung und ermöglichten Treffen der Präsidenten der beiden Länder in Warschau und Kasan, wodurch der Prozess zur Lösung des Konflikts um Berg-Karabach neue Impulse erhielt.

Bis Jahresende konnten dank des Berichts eines Weisenrats, hochrangiger Konsultationen und einer Einigung auf einen Reformfahrplan auf dem Ministerratstreffen von Laibach folgende Punkte einer Erledigung zugeführt werden: Es wurde Einigung über die Verteilerschlüssel zum Gesamthaushaltsplan erzielt, ein neuer Generalsekretär ernannt und es wurden Schritte zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE unternommen.

Trotz Fehlens einer Ministererklärung half der Ministerrat mit, sich wieder auf Konstruktives zu besinnen, und er fasste eine Reihe von Beschlüssen zur Stärkung der Fähigkeit der OSZE, sich erfolgreich neuen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit zu stellen, darunter die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, illegaler Handel, illegale Drogen und Terrorismus, sowie zur Ausweitung der Arbeit der Organisation in den Bereichen Menschenrechts-erziehung, Migration, Toleranz und Nichtdiskriminierung, und er verabschiedete einen Beschluss über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE.

Als krönender Abschluss eines erfolgreichen Jahres wurde zum ersten Mal in fünf Jahren der Haushalt fristgerecht verabschiedet.

Slowenien ist stolz darauf, dem neuen OSZE-Vorsitzland Belgien die Organisation in guter Verfassung übergeben zu können – stolz auf ihre Vergangenheit, wohl gerüstet für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit und mit Zuversicht und Innovationsgeist in die Zukunft blickend.

Die Reform der OSZE

Die Reform stand 2005 ganz oben auf der Tagesordnung der OSZE. Die Teilnehmerstaaten der Organisation hatten in den letzten Jahren den Eindruck gewonnen, dass die Organisation reformiert werden müsse, und mehrere Vorsitze hatten dem Thema Reform hohe Priorität eingeräumt. Auf dem Ministerratstreffen von Sofia fassten die Außenminister einen Beschluss (MC.DEC/16/04) über die Schaffung eines Weisenrats zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE, wodurch eine ausführliche Debatte über die Rolle und Reform der Organisation eröffnet wurde. Der Weisenrat erhielt den Auftrag, dem politischen Dialog einen neuen Anstoß und der Organisation eine strategische Vision für das einundzwanzigste Jahrhundert zu geben.

In dem Beschluss wurde ferner der Amtierende Vorsitzende beauftragt, die Mitglieder des Weisenrats nach Konsultation aller Teilnehmerstaaten zu ernennen. Im Februar 2005 wurden sieben namhafte Persönlichkeiten ernannt, die mit der OSZE vertraut sind, wobei auf die Vielfalt der OSZE-Gemeinschaft, einschließlich der Teilnehmerstaaten mit Feldpräsenzen, Bedacht genommen wurde. Die Mitglieder des Weisenrats waren: Botschafter Nikolai Afanasjewski (auf der letzten Sitzung durch Botschafter Wladimir Schustow, Russische Föderation, ersetzt), Botschafter Hans van den Broek (Niederlande), Botschafter Wilhelm Höyneck (Deutschland), Botschafter Kuanysch Sultanow (Kasachstan), Botschafter Knut Vollebaek (Norwegen), der den Vorsitz in den Ratssitzungen führte, Botschafter Richard Williamson (Vereinigte Staaten von Amerika) und Botschafter Miomir „u“ (Kroatien). Das Sekretariat der OSZE leistete aktive Unterstützung und der Amtierende Vorsitzende fungierte als Anlaufstelle für den Weisenrat. Leider müssen wir

berichten, dass Botschafter Afanasjewski starb, bevor der Bericht vorgelegt wurde.

Der Weisenrat tagte zwischen Februar und Juni fünf Mal und traf mit über 30 Experten aus internationalen Organisationen zusammen, darunter die Vereinten Nationen (VN), die Europäische Union (EU), die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und der Europarat sowie *think-tanks* und Nichtregierungsorganisationen (NROs). Ende Juni legte der Rat den Teilnehmerstaaten über den Amtierenden Vorsitzenden seinen Bericht mit Empfehlungen vor.

In derselben Zeit verfassten andere Personen und Institute Publikationen über die Reform, darunter die Parlamentarische Versammlung der OSZE (in Zusammenarbeit mit der *Swiss Foundation for World Affairs*), das Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) und der *Helsinki Monitor*.

Laut dem Beschluss von Sofia sollten im Anschluss an den Bericht des Weisenrats Konsultationen auf hoher Ebene einberufen werden, um dem Ministerratstreffen im Dezember geeignete Maßnahmen empfehlen zu können. Diese Konsultationen fanden im September statt, und ihre Ergebnisse waren Gegenstand einer Arbeitsgruppe über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE unter slowenischem Vorsitz.

Auf dem Ministerratstreffen von Laibach wurde ein wichtiger Beschluss (MC.DEC/17/05) über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE gefasst. Er enthält einen Reformfahrplan und beauftragte den Ständigen Rat mit einer Reihe konkreter reformbezogener Fragen (unter anderem Verfahrensregeln, der Konsultationsprozess, Planung und Effizienz der OSZE-Konferenzen, die Effizienz, Effektivität und Transparenz der Aktivitäten der Organisation, einschließlich ihrer budgetären und außerbudgetären Finanzierung, die Rolle des Generalsekretärs, Modernisierung des Sekretariats, Programmplanung, die Professionalität des OSZE-Personals und themenspezifische Missionen), über die er dem Ministerratstreffen 2006 berichten sollte. Das BDIMR sollte laut diesem Beschluss einen Bericht über die Umsetzung bestehender Verpflichtungen, mögliche zusätzliche Verpflichtungen und Möglichkeiten zur Stärkung und Förderung der wahlbezogenen Aktivitäten der OSZE sowie zur Verbesserung der Wirksamkeit der OSZE-Unterstützung für die Teilnehmerstaaten zur Erörterung auf dem nächsten Ministerratstreffen vorlegen.

Ein Jubiläumsjahr

1975 endete die erste Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki. Der KSZE-Prozess und der „Geist von Helsinki“ halfen mit, Spannungen in Europa abzubauen, und trugen zum Ende des Kalten Krieges bei. Dies wurde auf dem zweiten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs 1990 in Paris mit Anerkennung vermerkt und führte zur Charta von Paris für ein neues Europa.

Dieser Meilensteine in der zeitgenössischen europäischen Geschichte gedachte die OSZE-Gemeinschaft

2005 in Form verschiedener Veranstaltungen und Veröffentlichungen.

Der Amtierende Vorsitzende nahm an den Jubiläumsfeierlichkeiten am 20. Juli in Wien, am 1. August in Helsinki und am 1. Juli auf der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung in Washington teil. Die Veranstaltung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE galt dem Thema „Dreißig Jahre nach Helsinki: Zukünftige Herausforderungen“.

In politischer Hinsicht erinnerten die Jubiläen die Staaten an die historische Bedeutung der KSZE und an die wertvolle Arbeit der OSZE. Man wurde sich wieder der gemeinsamen Geschichte und gemeinsamer Verpflichtungen bewusst, was das Gefühl einer Krise und die kritischen Anmerkungen verringerte und die Staaten veranlasste, diese Gelegenheit zu nutzen und die Weichen für die Zukunft der OSZE zu stellen. Diese Auffassungen kamen am Beginn der Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden auf dem Ministerratstreffen von Laibach ebenso zum Ausdruck wie in der Einleitung des Berichts des Weisenrats und im Beschluss des Ministerrats über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE.

Ein dimensionsübergreifender Ansatz

Die OSZE weist ihre Themenbereiche traditionell bestimmten „Dimensionen“ zu: der politisch-militärischen, der Wirtschafts- und Umwelt sowie der Menschenrechtsdimension. Gleichzeitig betont sie stets ihr umfassendes Sicherheitskonzept.

2005 wurde ein jüngst aufgetretener Trend zu einem zunehmend dimensionsübergreifenden Ansatz durch die Empfehlungen des Weisenrates sowie durch die Verabschiedung eines gesamtheitlichen Ansatzes zu Fragen wie Migration, Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, illegaler Drogenhandel und Terrorismusbekämpfung weiter verstärkt. Der Ministerrat fasste wichtige Beschlüsse zu diesen Fragen (MC.DEC/3/05, 4/05 und 5/05)

Bewältigung des Problems der toxischen Raketentreibstoffkomponenten

Die OSZE-Feldmissionen, das Forum für Sicherheitskooperation und das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE befassen sich mehr denn je mit dem zunehmenden Problem alter Lagerbestände von flüssigem Raketentreibstoff, der früher in Raketen und Lenkflugkörpern in der OSZE-Region eingesetzt wurde. Das mit dieser Frage verbundene Risiko – das sowohl politische als auch menschliche und sozioökonomische Aspekte hat – zeigt, wie umfassend der Sicherheitsansatz der OSZE ist.

In den Jahren 2004 und 2005 ersuchten fünf Teilnehmerstaaten aus Osteuropa, Zentralasien und dem Kaukasus die OSZE um Hilfe bei der Entsorgung dieser Lagerbestände, bestehend aus *Mélange* und *Samin*. Sie verfügen nicht über die nötigen technischen, materiellen und finanziellen Ressourcen, um dieses Problem allein zu bewältigen.

Mélange wird in der Regel in Stahl oder Aluminiumtanks gelagert, doch korrodieren diese mit der Zeit. Wenn sie undicht werden, kann diese hochtoxische, flüchtige und explosive chemische Substanz die Gesundheit der Bevölkerung gefährden und die Umwelt verseuchen. Die Bodenverseuchung kann nahezu ein Jahrhundert anhalten.

Das Problem ist enorm. Armenien hat 872 Tonnen gelagert, Usbekistan über 1.000 Tonnen, die Ukraine bis zu 17.000 Tonnen, Aserbaidschan 1.000 Tonnen und Kasachstan 1.500 Tonnen.

Angesichts der Größenordnung und der geographischen Reichweite des Problems, hielt die OSZE im Juli in Kiew einen Workshop ab, bei dem die wirksamsten Methoden zur Entsorgung oder Verwertung dieser Lagerbestände erörtert wurden. Bei dieser Veranstaltung bestätigte sich das mit *Mélange* verbundene Risiko sowie die dringende Notwendigkeit einer sicheren Entsorgung, die schwere Umweltkatastrophen und Schäden für den Menschen verhindert.

Bis Ende 2005 hatte die OSZE eine Bewertung der Situation in Bezug auf die Raketentreibstoffkomponente mit Ausnahme Usbekistans in allen Ländern vorgenommen, die um Hilfe ersucht hatten, und damit eine solide Basis für die Entwicklung und Umsetzung von Projekten ab 2006 geschaffen.

In Armenien machte die OSZE im Laufe des Jahres beachtliche Fortschritte. Die gewählte Methode der Neutralisierung der Raketentreibstoffkomponente ergibt ein positives Nebenprodukt – einen flüssigen mineralischen Bodenzusatz zur Verwendung in der Landwirtschaft. Dieser Zusatzstoff verringert den hohen Säuregehalt im Boden der Region. Zuvor waren 2002 in einem Pilotprojekt 450 Tonnen *Mélange* erfolgreich zu Dünger für den Boden in Westgeorgien umgewandelt worden.

Die letzte und entscheidende Phase des Projekts in Armenien begann im September mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen dem Büro und dem Verteidigungsministerium über den Beginn der Wiederaufbereitung. Die Aufbereitungsanlage wird im März 2006 ihren Betrieb aufnehmen. Diese Initiative wurde von Finnland, Deutschland, den Vereinigten Staaten und Kanada finanziert.

In der Ukraine sind erschreckende Mengen von *Mélange* vorhanden. Das Projekt wird sowohl hinsichtlich der Kosten als auch des Zeitaufwands das größte sein, das die OSZE in der Ukraine je durchgeführt hat. Zur Finanzierung des Projekts müssen das Sekretariat und der Projektkoordinator in der Ukraine in den kommenden vier Jahren über 10 Millionen Euro aufbringen.

2005 führte ein internationales Expertenteam in Begleitung ukrainischer Behörden zwei Erkundungsmissionen durch, bei denen acht militärische *Mélange*-Lagerstätten besichtigt wurden. Das Team untersuchte auch die industriellen Kapazitäten der Ukraine für die Aufbereitung des toxischen Materials. Es prüfte geeignete Methoden zur Ent-

sorgung bzw. Wiederaufbereitung von *Mélange* sowie die technischen und finanziellen Erfordernisse. Die nächste, bereits laufende Phase befasst sich mit der Mittelbeschaffung, der Budgetierung und der Auftragsvergabe an eine Firma.

OSZE-Experten besuchten im November auch Kasachstan, um sich ein Bild von der Menge und den Merkmalen des vorhandenen flüssigen Raketentreibstoffs sowie von der in der Region und international verfügbaren Aufbereitungstechnologie zu machen und um einen Kostenvoranschlag und einen Zeitplan für die Wiederaufbereitung oder Entsorgung der Treibstoffkomponente vorzulegen. Wie in der Ukraine konzentrieren sich das Sekretariat und die Mission derzeit auf die nächste Phase, die ebenfalls der Mittelbeschaffung, der Budgetierung und der Auftragsvergabe an eine Firma gewidmet ist. Schätzungen zufolge wird für den Entsorgungsvorgang, der 2006/2007 stattfinden soll, eine Million Euro benötigt.

In Usbekistan befinden sich die Lager in Oqtosh in der Region Samarkand. Nach einer OSZE-Mission vor Ort und der Teilnahme Usbekistans am Workshop in Kiew soll das Projekt Anfang 2006 in Angriff genommen werden.

In Aserbaidschan unterstützte die OSZE den Start eines Projekts, das die Modernisierung zweier veralteter Lagerstätten für Raketentreibstoff technisch und finanziell unterstützen soll. Eine internationale Expertengruppe begab sich nach Aserbaidschan, um geeignete Methoden für die Renovierung der Stätten zu ermitteln und festzustellen, welche technischen und finanziellen Mittel erforderlich sind. Es sind noch weitere Informationen und eine eingehende Analyse notwendig, um einen genauen Überblick über den erforderlichen Umfang der Sanierungsmaßnahmen zu gewinnen, die auf das Entsorgungsprojekt unter der Federführung der Nordatlantikvertrags-Organisation folgen sollen.

Das Ministerratstreffen von Laibach

Am 5. und 6. Dezember traten die Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten in Laibach zum Dreizehnten Ministerratstreffen der OSZE zusammen. Die Minister verabschiedeten 19 Beschlüsse zu den verschiedensten Fragen, darunter die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Menschenrechtserziehung, die Bekämpfung des Menschenhandels und die Rolle der Frauen in der Konfliktverhütung. Der Ministerrat von Laibach verabschiedete unter anderem folgende Dokumente:

- Erklärung des OSZE-Ministerrats zum 20. Jahrestag der Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl
- Ministererklärung zum Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen
- Erklärung zu Georgien
- Erklärung zu dem Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst
- Beschluss Nr. 1 über die Bestellung des Generalsekretärs der OSZE
- Beschluss Nr. 2 über Migration
- Beschluss Nr. 3 über die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität
- Beschluss Nr. 4 über die Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen zur Terrorismusbekämpfung
- Beschluss Nr. 5 über die Bekämpfung der Gefahr, die von illegalen Drogen ausgeht
- Beschluss Nr. 6 über weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Containersicherheit
- Beschluss Nr. 7 über die Unterstützung bei der wirksamen Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
- Beschluss Nr. 8 über weitere Bemühungen zur Umsetzung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen bzw. über Lagerbestände konventioneller Munition
- Beschluss Nr. 9 über das OSZE-Seminar über Militärdoktrinen
- Beschluss Nr. 10 über Toleranz und Nichtdiskriminierung – Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander
- Beschluss Nr. 11 über die Förderung der Menschenrechtserziehung und -ausbildung im OSZE-Raum
- Beschluss Nr. 12 über die Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in Systemen der Strafrechtspflege
- Beschluss Nr. 13 über die Bekämpfung des Menschenhandels
- Beschluss Nr. 14 über Frauen in der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Konfliktnachsorge
- Beschluss Nr. 15 über die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
- Beschluss Nr. 16 über die Gewährleistung höchster Maßstäbe in Bezug auf Verhalten und Verantwortung von Personen, die bei internationalen Truppen und Missionen dienen
- Beschluss Nr. 17 über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE
- Beschluss Nr. 18 über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2008
- Beschluss Nr. 19 über Datum und Ort des nächsten Treffens des Ministerrats der OSZE

www.osce.org/conferences/mc_2005.html

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Die Umsetzung der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert bildete den Rahmen für die Arbeit in der politisch-militärischen Dimension und ihrer weiteren Stärkung. Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2005 im Juni bekräftigte die fortgesetzte Bedeutung der „ersten Dimension“ und formulierte eine Reihe von Vorschlägen und Empfehlungen, um die Fähigkeit der OSZE zur wirksamen Reaktion auf neue Bedrohungen und Herausforderungen weiter zu stärken. Das Ministerratstreffen von Laibach unterstützte einige dieser Initiativen.

Die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus war wieder ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung der OSZE, nachdem terroristische Angriffe im Gebiet der OSZE erneut deutlich gemacht hatten, dass die Staaten im Umgang mit dieser Bedrohung zusammenarbeiten müssen. 2005 untersuchte die OSZE die Zusammenhänge zwischen Terrorismus und Menschenrechten. Das Ministerratstreffen von Laibach verabschiedete Beschlüsse, in denen zur Verstärkung der strafrechtlichen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus und die von illegalen Drogen ausgehende Gefahr aufgefordert wurde. Die Aufmerksamkeit richtete sich auch auf die Frage der Containersicherheit. Der Ministerrat fasste einen Beschluss (MC.DEC/6/05) über Maßnahmen zur Erhöhung der Containersicherheit.

Ein spezieller Schwerpunkt war die Bekämpfung der Bedrohungen chemischen, biologischen, radioaktiven und nuklearen Ursprungs. Auf dem Ministerrat wurde ein Beschluss (MC.DEC/7/05) über die Unterstützung bei der wirksamen Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Nichtverbreitung verabschiedet. Damit stellte die OSZE erneut ihre Rolle als eine regionale Organisation unter Beweis, die die Umsetzung weltweiter Rechtsakte fördert.

Die Teilnehmerstaaten wurden ferner in einem Ministerratsbeschluss (MC.DEC/8/05) dazu ermutigt, weitere Bemühungen zur Umsetzung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen bzw. über Lagerbestände konventioneller Munition zu unternehmen.

Gemäß einem Beschluss des Ministerratstreffens von Maastricht 2003 und in dem Bestreben, das Ziel offener und sicherer Grenzen zu verwirklichen und sich mit grenzüberschreitenden Fragen zu befassen, arbeiteten die Staaten an einem Konzept für Grenzsicherung und -management, das auf dem Ministerratstreffen von Laibach verabschiedet wurde.

Die Aktivitäten der OSZE im polizeilichen Bereich waren ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Fähigkeit der Teilnehmerstaaten, sich neuen Bedrohungen der Sicherheit zu stellen. Diese Tätigkeit bezog sich

vor allem auf den Aufbau von Kapazitäten, einschließlich bürgernaher Polizeiarbeit, Polizeiausbildung und Personalmanagement, sowie auf die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und auf themenspezifische Aktivitäten wie die Bekämpfung des Menschenhandels, die Verbesserung der Kompetenz von Strafverfolgungsbeamten bei der strafrechtlichen Verfolgung von Straftätern und die Verhütung und Bekämpfung von Hassdelikten. Die Aktivitäten konzentrierten sich auf Zentralasien, den südlichen Kaukasus und Südosteuropa.

Der Vorsitz stärkte weiter die Zusammenarbeit zwischen dem Ständigen Rat und dem Forum für Sicherheitskooperation (FSK) und förderte aktiv die Agenda des FSK. Er setzte sich für die volle Umsetzung der bestehenden Rüstungskontrollvereinbarungen, für Nichtverbreitung und vertrauensbildende Maßnahmen, ihre rechtzeitige Anpassung und, bei Bedarf, Weiterentwicklung ein. Dazu gehörten verstärkte Aktivitäten im Zusammenhang mit der Umsetzung von Verpflichtungen in Bezug auf Kleinwaffen und leichte Waffen, Lagerbestände konventioneller Munition und die Entsorgung von flüssigem Raketentreibstoff. Die OSZE machte 2005 einen wichtigen Schritt voran bei der Umsetzung der diesbezüglichen Verpflichtungen (Umsetzung des Kleinwaffen- und Lagerbestände-Projekts in Tadschikistan und ein Raketentreibstoffprojekt in Armenien). Der Informationsaustausch über damit zusammenhängende Aktivitäten und die Zusammenarbeit mit den VN, der EU und der NATO waren ein wichtiger Teil dieser Bemühungen.

Slowenien setzte sich aktiv für die Idee der Abhaltung eines OSZE-Seminars über Militärdoktrinen ein. Gemäß Beschlüssen des FSK und des Ministerrats findet am 14. und 15. Februar 2006 in Wien ein Treffen statt, bei dem Änderungen in Militärdoktrinen aufgrund neuer Bedrohungen, geänderter Konfliktformen und der Entwicklung neuer Technologien erörtert werden.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Slowenien unterstützt ein deutlicheres Profil der Wirtschafts- und Umweltdimension und ist bestrebt, ihr den ihr zustehenden Platz im dimensionsübergreifenden Ansatz in der OSZE-Arbeit zu sichern. Als ersten Schritt forderte der slowenische Vorsitz eindringlich die volle Umsetzung des OSZE-Strategiedokuments für die Wirtschafts- und Umweltdimension ein, um die Zusammenarbeit, Good Governance, nachhaltige Entwicklung und den Umweltschutz zu verbessern.

Gemäß Beschluss Nr. 10/04 des Ministerrats von Sofia über die Stärkung der Wirtschafts- und Umweltdimension war ein wichtiger Punkt die Ausarbeitung des Berichts des Unterausschusses für Wirtschaft und Umwelt des Ständigen Rates über die weitere Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit des Wirtschaftsforums. Der Vorsitz des Unterausschusses legte dem Ständigen Rat am 16. Juni einen Bericht vor, der von

Bekämpfung des Menschenhandels in der Ukraine

Die Ukraine ist bereits seit einigen Jahren als wichtiges Herkunfts- und Transitland für den Menschenhandel bekannt. Bei einer Erhebung aus dem Jahr 2005 durch internationale Organisationen, einschließlich des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen und der OSZE, stellte sich heraus, dass Waisenkinder eine der Gruppen sind, die das größte Risiko tragen, Opfer des Menschenhandels zu werden.

Um hier Abhilfe zu schaffen, startete das Büro des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine gemeinsam mit dem Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE ein Pilotprojekt, das ukrainischen Waisenkindern Praktika, Hilfe bei der Arbeitssuche und Lebenskompetenz vermitteln soll. Das Projekt richtet sich an Waisenkinder in der Hauptstadt Kiew und in der Region Charkiw, beides Industriezentren, die viele Arbeitsmöglichkeiten bieten.

Die meisten Waisen besuchen Berufsschulen, um ein Handwerk zu lernen. Nach Abschluss ihrer Ausbildung wird ihnen theoretisch ein Arbeitsplatz garantiert; in der Praxis stehen jedoch nur sehr beschränkt Arbeitsplätze zur Verfügung. Waisenkinder haben bei Schulabschluss oft unrealistische Vorstellungen über die zu erwartenden Arbeitsmöglichkeiten und Löhne, und es werden ihnen keine speziellen Programme angeboten, die sie auf ihre erste Anstellung oder auf ein unabhängiges Leben vorbereiten. Deshalb kündigen viele knapp nachdem sie zu arbeiten begonnen haben und werden so zur leichten Beute für Menschenhändler.

Seit seinem Beginn 2005 half dieses Projekt 60 Jugendlichen in beiden Regionen. Einundzwanzig von ihnen haben eine Anstellung und eine eigene Wohnung gefunden und sind auf dem Weg, erfolgreiche Erwachsene zu werden. Hier sind zwei ihrer Geschichten:

Als das Projekt dem 18-jährigen Waisen Eugen Diduk probeweise eine Beschäftigung als Stuckateur in einer bekannten privaten Baufirma seiner Heimatstadt Charkiw anbot, griff er sofort zu.

Damals war er als ungelernter Teilzeitarbeiter beschäftigt. Obwohl er die Berufsschule 2005 als voll ausgebildeter Stuckateur und Fliesenleger abgeschlossen hatte, konnte er an seiner ersten Arbeitsstelle in einer Fabrik, die er durch Vermittlung einer staatlichen Agentur gefunden hatte, nicht jene Fertigkeiten und Ausbildungsschritte erlernen, die er brauchte, um weiter voranzukommen. Er kündigte und fand Arbeit als ungelernter Arbeiter, doch wurde er schwarz bezahlt, er erhielt das Geld in einem Umschlag, und es war nicht genug, um damit das Auslangen zu finden.

„Ich lebe bei meiner Großmutter. Sie ist schwer krank und ich möchte hart arbeiten und genug verdienen, um ihr alle Medikamente kaufen zu können, die sie braucht,“ sagte Eugen.

Eugen wurde in das OSZE-Programm aufgenommen und schloss im Dezember seine Probezeit bei der Baufirma *Delta Group* erfolgreich ab. Nun hat er dort eine fixe Anstellung bei gutem Lohn. Eugen hat auch einen Mentor, der ihm verschiedene zusätzliche Kenntnisse vermittelt, die am Bau gebraucht werden.

„Bei *Delta* lerne ich nun sehr viel dazu und werde nach meinen drei Probemonaten gut bezahlt. Ich weiß, dass es meiner Großmutter und mir nun gut gehen wird,“ sagte er.

Zur Verbesserung seiner Lebenskompetenz trifft Eugen zwei Mal in der Woche einen Sozialarbeiter, der seine Interessen vertritt, mit ihm seine Finanzen bespricht und ihm beibringt, wie er die Ressourcen der Gemeinde wirksam nutzen kann.

Für die Waise Olga Kanistratenko

kam das Projekt gerade zur rechten Zeit. Die junge Zuckerbäckerin ging 2005 nach vollendeter Ausbildung von der Berufsschule für Lebensmitteltechnologie in Charkiw ab und lebte gemeinsam mit der Familie ihrer Tante in einem Raum in einem Wohnheim. In diesen beengten Wohnverhältnissen war sie unglücklich.

Die Berufsschule fand für sie eine Anstellung in einer Kantine, als sie sich dort einfand, war jedoch keine Stelle frei. Man sagte ihr, sie müsse warten, bis eine Stelle frei werde. Es wurde ihr geraten, schriftlich zu kündigen, wodurch sie die Möglichkeit habe, selbst einen Arbeitsplatz zu suchen.

Leider bedeutete das gleichzeitig, dass sie den so wichtigen Anspruch auf Unterbringung verlor, den die Berufsschulverwaltung für Waisen, die ihre erste Stelle antreten, zur Verfügung stellt. Hätte sie die Stelle behalten, wäre ihr Name auf eine eigene, privilegierte Warteliste für Wohnraumzuteilung gesetzt worden.

„Ich kannte nicht alle meine Rechte als Waise, deshalb kam ich in eine schwierige Lage. Ich wusste nicht, was ich für mich tun sollte,“ sagte Olga.

Mit Hilfe des Projekts fand sie einen neuen Arbeitsplatz im Großkaufhaus „Die große Tasche“. Ihr Sozialarbeiter half ihr, wieder an privilegierter Stelle auf die Wohnungswarteliste gesetzt zu werden. Während der Probezeit bekommt sie ein geringes Gehalt vom Supermarkt und erhält einen Zuschuss vom Projekt.

„Nun weiß ich, an wen ich mich mit meinen Fragen wenden kann, und ich bekomme echte Hilfe. Ich bin diesen Leuten sehr dankbar,“ sagte Olga.

(Nähere Informationen zu diesem Thema finden Sie auf der OSZE-Website www.osce.org/eea.)

der im Jänner vom Vorsitz eingerichteten Informellen Freundesgruppe des Vorsitzes für die Verbesserung

der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE ausgearbeitet worden war.

Die Priorität des slowenischen Vorsitzes in der Wirtschafts- und Umweltdimension galt der Frage Migration und Integration. Der Vorsitz arbeitete diesbezüglich eng mit dem Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE (OCEEA), dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM) und Partnern außerhalb der OSZE, darunter die Internationale Organisation für Migration (IOM) und das Internationale Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD), zusammen.

Die Serie von Vorbereitungstreffen für das Dreizehnte Treffen des OSZE-Wirtschaftsforums begann mit einer Prüfung der durch demographische Entwicklungen verursachten Herausforderungen im Wirtschafts- und Sicherheitsbereich auf dem ersten Vorbereitungsseminar am 8. und 9. November 2004 in Triest (Italien). Das Seminar legte nützliche Anregungen zu diesem Thema vor.

Das zweite Vorbereitungsseminar am 24. und 25. Januar in Almaty (Kasachstan) entwickelte wertvolle Anregungen in Fragen der Steuerung der Wirtschaftsmigration und deren Auswirkungen auf die Sicherheit. Auf dem dritten und letzten Vorbereitungsseminar erörterten die Teilnehmer die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Integration von Angehörigen nationaler Minderheiten, die Förderung der Integration und die Verhütung von Diskriminierung, integrationsfördernde bildungspolitische Konzepte und die Bedeutung von Good Governance für die Steuerung der Integration. Dieses letzte Vorbereitungsseminar fand am 10. und 11. März in Kiew (Ukraine) statt.

Das Dreizehnte Treffen des Wirtschaftsforums vom 23. bis 27. Mai in Prag befasste sich mit dem Thema „Demographische Trends, Migration und Integration der Angehörigen nationaler Minderheiten – Gewährleistung von Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung im OSZE-Raum“. Zu den über 450 Teilnehmern zählten Vertreter der OSZE-Teilnehmerstaaten, der Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum, des OSZE-Sekretariats und der OSZE-Feldeinsätze, internationaler Organisationen und NROs sowie Wissenschaftler und Vertreter der Wirtschaft. Die Themen Demographie, Migration und Integration zählen unverändert zu den wichtigsten Herausforderungen der OSZE-Teilnehmerstaaten und sind ihnen ein wichtiges Anliegen.

Der Vorsitz legte großen Wert auf Folgemaßnahmen zum Wirtschaftsforum. Gemeinsam mit OCEEA, IOM und ICMPD erstellte er im September ein *food-for-thought-paper* über Migrationssteuerung, und gemeinsam mit dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten erarbeitete er den Entwurf einer Erklärung über die Grundsätze der Integration unter Achtung der Vielfalt. Der in Laibach vom Ministerrat verabschiedete Beschluss über Migration (MC.DEC/2/05) gab den Anstoß zu verstärkten Aktivitäten der OSZE in diesem Bereich. Das Dokument *Co-operation towards better economic migration policies – Proposal for an OSCE contribution* gibt Denkanstöße für die weitere Arbeit im Migrationsbereich im Jahr 2006. Der Vorsitz unterstützte die Organisation des Migrations-Workshops in Zentralasien, eine konkrete Empfehlung des Forums, und wird am gemeinsamen *OSCE-ICMPD Workshop*

on labour migration in Central Asia teilnehmen, das am 31. Januar und 1. Februar 2006 in Almaty stattfindet. Der Vorsitz unterstützte die Ausarbeitung des *OSCE-IOM Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies in the Countries of Origin and Destination*, das auf dem vierzehnten Treffen des OSZE-Wirtschaftsforums Ende Mai 2006 in Prag vorgelegt werden soll.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Der Amtierende Vorsitzende unternahm zahlreiche Aktivitäten in der menschlichen Dimension. Einige davon folgten dem üblichen Muster jährlicher Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit dem BDIMR ausgerichtet werden: das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (das jährliche BDIMR-Seminar) und drei Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension. Andere wichtige Aktivitäten waren die Organisation der Konferenz über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz, die Ausarbeitung eines Zusatzes zum OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Thema „Berücksichtigung der besonderen Schutz- und Hilfsbedürftigkeit von Kindern als Opfer von Menschenhandel“ sowie die Arbeit im Bereich demokratische Wahlen. Der slowenische Vorsitz initiierte ein Pilotprojekt für Menschenrechtserziehung für Jugendliche im OSZE-Gebiet, womit die in der Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert enthaltenen Erfordernisse in der menschlichen Dimension umgesetzt wurden. Die menschliche Dimension spielt in den Aktivitäten des Amtierenden Vorsitzenden in regionalen Fragen eine unverändert wichtige Rolle.

Das erste Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension fand am 21. und 22. April in Wien statt. Das Thema „Herausforderungen der Wahltechnik und Wahlverfahren“ wurde gewählt, um allen interessierten Seiten, einschließlich internationaler Organisationen und NROs, Gelegenheit zu geben, Beiträge zur Arbeit in drei Interessenbereichen zu leisten: neue Wahltechniken (Herausforderungen für den Wahlprozess); OSZE-Wahlverpflichtungen (laufende Herausforderungen für die Umsetzung – „Kopenhagen Plus“ als mögliches Mittel zur Verbesserung der Einhaltung); und Wahlbeobachtung (Herausforderungen für die Verbesserung der Rechtmäßigkeit von Wahlen).

Das zweite Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension galt den Menschenrechten und dem Kampf gegen den Terrorismus. Dieses Treffen am 14. und 15. Juli in Wien zeigte Fortschritte in diesem Bereich auf. Im Kampf gegen den Terrorismus bestehen jedoch Bereiche und Situationen, in denen die Achtung der Religions- und Überzeugungsfreiheit verbessert, der Kampf gegen die Folter verstärkt und die Rolle der Zivilgesellschaft weiter gefördert werden könnte. Nach einer äußerst lebhaften Diskussion auf dem Treffen gaben die Regierungen sowie die internationalen und die Nichtregierungsorganisationen mehrere Empfehlungen zum Thema ab. Die Teilnehmerstaaten betonten erneut ihre Entschlossenheit, den Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen als

Verbrechen zu bekämpfen, für das es, was auch immer seine Motivation oder Ursache sein mag, keine Rechtfertigung gibt, und diesen Kampf unter Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsrecht und dem humanitären Völkerrecht zu führen.

Das dritte Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension befasste sich mit der Rolle von Strafverteidigern für die Gewährleistung eines gerechten Verfahrens. Es fand am 3. und 4. November in Tiflis (Georgien) statt. Es war dies das erste Zusätzliche Treffen, das außerhalb von Wien abgehalten wurde, und auch das erste Treffen, das sich dem Thema Strafverteidiger widmete. Es behandelte Fragen wie den Zugang zu Rechtsberatung, die Zulassung als Anwalt und die Regelungen für die Anwaltschaft sowie die Gleichberechtigung der Parteien in Strafverfahren. Die Teilnehmer richteten viele Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten und an die OSZE und schlugen vor, diese Fragen weiter zu verfolgen.

Das Seminar zur menschlichen Dimension 2005 befasste sich mit Migration und Integration und fand vom 11. bis 13. Mai in Warschau statt. Das Treffen bot eine ausgezeichnete Gelegenheit für ein Bestandsaufnahme der in den Bereichen Migration und Integration von der OSZE und dem BDIMR geleisteten Arbeit. Die abgegebenen Empfehlungen bezogen sich auf die Notwendigkeit eines dimensionsübergreifenden Ansatzes bei der Ausarbeitung einer Strategie im Umgang mit Migrationsfragen und eine Grundsatzklärung zu Fragen der Integration.

Wie vom Ministerratstreffen von Sofia eindringlich gefordert, organisierte der Vorsitz eine Sonderkonferenz über die Fragen, die im Beschluss über Toleranz und Nichtdiskriminierung (MC.DEC/12/04) angesprochen wurden. Die am 8. und 9. Juni in Córdoba (Spanien) abgehaltene OSZE-Konferenz über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz verschaffte sich einen Überblick über die 2004 geleistete Arbeit und fasste sie zusammen. Ihre wichtigste Botschaft kam in der Erklärung von Córdoba des Amtierenden Vorsitzes zum Ausdruck (siehe Anhang zu diesem Bericht). Die Konferenz befasste sich einerseits mit verschiedenen Aspekten des Kampfes gegen den Antisemitismus und andererseits mit Methoden zur Bekämpfung anderer Formen von Intoleranz und Diskriminierung, einschließlich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Auf zwei formellen Arbeitssitzungen kam zum ersten Mal im Rahmen der OSZE das Thema der Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen, Muslime und Mitglieder anderer Religionen zur Sprache. In diesen Diskussionen wurde auf die Rolle der Medien, der Bildung, der Strafverfolgung und der Gesetzgebung eingegangen. Sie unterstrichen die zunehmende Notwendigkeit, sich mit Fragen der Toleranz und Nichtdiskriminierung durch Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander zu befassen, sowie die Notwendigkeit der vollen Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in diesem Bereich.

Das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension fand vom 19. bis 30. September in Warschau statt. Abgehend von den bisherigen Gepflogenheiten stellte das Implementierungstreffen eine thematische Verbindung zwischen drei speziell ausgewählten Themen her: Toleranz und Nichtdiskriminierung, die Lage der Medien in der OSZE-Region und die Rolle staatlicher und nichtstaatlicher Akteure für die Förderung der Medienfreiheit sowie Methoden zur Verhütung und Bekämpfung von Folter.

Der Ständige Rat erarbeitete über die informelle Arbeitsgruppe Gleichbehandlungsfragen und Bekämpfung des Menschenhandels sowie mit Unterstützung der Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels und anderer einschlägiger OSZE-Gremien einen Zusatz zum OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Thema „Berücksichtigung der besonderen Schutz- und Hilfsbedürftigkeit von Kindern als Opfer von Menschenhandel“, wie dies das Ministerratstreffen von Sofia verlangt hatte. Der Zusatz wurde am 7. Juli vom Ständigen Rat verabschiedet und auf dem Ministerratstreffen von Laibach angenommen.

Der Vorsitz baute in Zusammenarbeit mit der OSZE-Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels bestehende Partnerschaften mit anderen internationalen, zwischenstaatlichen und Nichtregierungsorganisationen aus und gründete mit ihnen die „Allianz gegen den Menschenhandel“. Diese Allianz wurde zu dem Zweck eingerichtet, weitere geeignete und wirksame gemeinsame Strategien zu entwickeln und den Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern einheitliche Reaktions- und Entscheidungshilfen in die Hand zu geben. In diesem Rahmen fanden in Wien drei Hauptsitzungen statt: die Sitzung nationaler Experten vom 28. Februar über Fragen des Schutzes und Beistands für Menschenhandelsopfer, die jährliche OSZE-Konferenz gegen Menschenhandel – mit Schwerpunkt Kinderhandel – am 18. März sowie am 7. und 8. November die OSZE-Konferenz auf hoher Ebene über Zwangsarbeit.

Im Anschluss an das zusätzliche Treffen über Herausforderungen der Wahltechnik und Wahlverfahren im April gab der Vorsitz ein Non-paper über Wahlen heraus, in dem er einen dreistufigen Ansatz vorschlug. Der Vorsitz regte an, das BDIMR möge drei Treffen technischer Experten einberufen, die sich mit folgenden Fragen beschäftigen sollten: mögliche zusätzliche Verpflichtungen bezüglich demokratischer Wahlen, Wahlbeobachtung und neue Stimmabgabetechniken. Im September fand in Warschau ein erstes Treffen über mögliche zusätzliche Verpflichtungen bezüglich demokratischer Wahlen statt. Die an diesem Treffen teilnehmenden Experten schlugen vor, unter dem Schlagwort „Kopenhagen Plus“ Verpflichtungen zu vereinbaren, wie sie in der *OSCE/ODIHR Explanatory Note on Possible Additional Commitments for Democratic Elections* enthalten sind. Diese Frage stand auch auf dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension in Warschau zur Diskussion, und bei einer Informationssitzung für die Delegationen über „Kopenhagen Plus“ im Oktober in Wien fand diese Idee allgemeine Zustimmung. Ende November veranstaltete das BDIMR in Moskau ein Treffen über

Fragen der Wahlbeobachtung. Der Vorsitzende schlug einen Entwurf für einen Ministerratsbeschluss über die Verbesserung demokratischer Wahlen durch zusätzliche Verpflichtungen vor (Kopenhagen-Plus Dokument), der sich auf drei zusätzliche Verpflichtungen stützte: Transparenz, Rechenschaftspflicht und Vertrauen der Öffentlichkeit.

Nach der Verabschiedung des OSZE-Aktionsplans 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern war der Vorsitz Mitorganisator eines Experten-Workshops über Gewalt gegen Frauen am 28. und 29. April in Paris, zu dem die VN, der Europarat, die EU, die OSZE und andere internationale Organisationen führende Experten für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entsandten. Bei dieser Veranstaltung standen drei Aspekte der Gewalt gegen Frauen im Vordergrund: Gewalt in der Familie und im eigenen Heim, Gewalt aufgrund sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse und sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten.

Der Vorsitz organisierte gemeinsam mit dem BDIMR, dem Europarat, Polen und der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) eine internationale Konferenz, um in der Agenda des 2003 verabschiedeten OSZE-Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti voranzukommen. Die Konferenz im Oktober in Warschau befasste sich mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung politischer Konzepte und Aktionspläne für Roma, Sinti und Traveller sowie mit Maßnahmen gegen das Phänomen der Zigeunerfeindlichkeit in Europa. Die Teilnehmer der Konferenz schlugen vor, 2006 eine Folgeveranstaltung über die abgegebenen Empfehlungen abzuhalten.

In Übereinstimmung mit den Bemühungen der OSZE um Förderung von Toleranz und Bekämpfung von Diskriminierung ernannte der Amtierende Vorsitzende neuerlich Anastasia Crickley zu seiner Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, die sich auch mit Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen zu beschäftigen hat, Gert Weisskirchen zum Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Antisemitismus und Ömur Orhun zum Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen.

Der Vorsitz schlug eine Pilotstudie über Menschenrechtserziehung vor, um die Umsetzung der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert und anderer einschlägiger OSZE-Verpflichtungen zu verbessern. Das Pilotprojekt wurde allen Teilnehmerstaaten angeboten. Das Unterrichtsmaterial wurde in 16 in den OSZE-Teilnehmerstaaten gesprochene Sprachen, einschließlich Roma, übersetzt. Zu Beginn des Schuljahres wurde das Pilotprojekt für Schüler in Albanien, Aserbaidschan, Belgien, Bulgarien, Deutschland, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Irland, Kroatien, der Russischen Föderation, Serbien und Montenegro, Slowenien, der Türkei und der Ukraine gestartet. Das Lernmaterial mit dem Titel „Unsere Rechte“ stützt sich auf die Konvention

der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes und wurde in Zusammenarbeit mit dem Europarat und einschlägigen NROs entwickelt. Es kann entweder bestehende Methoden und Hilfsmittel ersetzen oder als innovativer Ansatz außerhalb der offiziellen Schulpläne verwendet werden.

Bei allen Aktivitäten und Veranstaltungen zur menschlichen Dimension achtete der Vorsitz sorgsam auf die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft und NROs. Unmittelbar nach Beginn seiner Amtsperiode traf der Amtierende Vorsitzende am 13. Januar in Wien mit Vertretern von NROs und der Zivilgesellschaft zusammen, die in der OSZE-Region aktiv sind. Am Vortag der Konferenz von Córdoba hielt der Amtierende Vorsitzende ein Referat vor dem NRO-Forum in Sevilla.

Im Dezember informierte der Amtierende Vorsitzende den VN-Generalsekretär entsprechend dem Ersuchen des Ministerrats von Laibach über das Interesse der OSZE, die Initiative für eine „Allianz der Zivilisationen“ zu unterstützen.

Managementfragen

Eine der ersten Prioritäten des slowenischen Vorsitzes war es, die Verabschiedung des OSZE-Gesamthaushaltsplans für 2005 zu betreiben. Das Fehlen eines genehmigten Haushalts mehrere Monate lang trug zu dem allgemeinen Gefühl der Instabilität bei und gefährdete das effiziente Management der OSZE-Arbeit. Am 12. Mai kam es schließlich zum Konsens, und es wurde ein Haushalt in Höhe von 168,8 Millionen Euro verabschiedet.

Als eine weitere große Herausforderung für den Vorsitz erwies sich die Suche nach einem Nachfolger für Generalsekretär Ján Kubiš, dessen Mandat im Juni ablief. Unter slowenischer Führung einigte man sich auf die Bestellung von Marc Perrin de Brichambaut, der am 21. Juni vierter Generalsekretär der OSZE wurde.

Die Tatsache, dass nach wie vor keine Einigung über die Beitragsschlüssel der Teilnehmerstaaten zum OSZE-Haushalt vorlag, war geeignet, die Arbeit der Organisation ernstlich zu behindern. Glücklicherweise kam es am 25. November nach langwierigen Verhandlungen zu einer Einigung. Schließlich wurde am 20. Dezember der Gesamthaushaltsplan 2006 verabschiedet, erstmals in fünf Jahren innerhalb der in den Finanzvorschriften und einschlägigen PC-Beschlüssen vorgeschriebenen Frist.

Regionale Fragen

Südosteuropa

Die Möglichkeit eines Beitritts zur EU und zur NATO war für die Länder in Südosteuropa der wichtigste Ansporn für die Fortsetzung ihrer Reformprozesse. Zur Unterstützung und Ergänzung ihrer Bemühungen legte die OSZE den Schwerpunkt auf den Aufbau von Kapazitäten und Institutionen in verschiedenen Bereichen. Der Vorsitz ersuchte die OSZE-Missionen, sich dazu zu äußern, inwieweit diese zusätzlichen Anforderungen von ihren Mandaten erfasst sind, wie sie sich

auf ihre aktuellen Programme auswirken und ob sie in der Lage sein werden, ihre Aufgaben ohne Änderung der Mandate oder Programme wahrzunehmen.

Die Förderung der regionalen Zusammenarbeit in den Bereichen Flüchtlingsrückkehr und zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Kriegsverbrecherprozessen und in Fragen der Aussöhnung stand an vorderer Stelle der Tagesordnung. Der Vorsitz veranstaltete in Brijuni (Kroatien) ein Ministertreffen zu Fragen der Kriegsverbrecherprozesse, um eindringlich darauf hinzuweisen, dass die Zusammenarbeit auf allen Ebenen fortgesetzt werden müsse. Ein weiteres Treffen auf Expertenebene fand in Mostar (Bosnien und Herzegowina) statt. Der Vorsitz unterstützte auch den Aussöhnungsprozess („Igman-Initiative“), der die Staatschefs von Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien und Montenegro an einen Tisch brachte.

Der Vorsitz unterstützte die wichtige Rolle, die die OSZE im Kosovo durch ihre größte Mission spielt, und beteiligte sich aktiv an der Arbeit der Lenkungsgruppe (gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der EU) unter Leitung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Søren Jessen-Petersen. In der derzeitigen Situation bedarf das Mandat der Mission noch keiner substantiellen Änderung. Im Verlauf des Jahres widmete sich die Mission weiter ihren Beobachtungsaktivitäten und dem Aufbau von Kapazitäten, wobei sie jedoch genug Raum für die Fortsetzung der Arbeit in einer neuen Struktur nach Abschluss der Statusgespräche ließ. Den Außenstellen der OSZE-Mission wird in naher Zukunft nach Reduzierung der VN-Mission im Kosovo eine größere Rolle zukommen, wodurch sie ideal dafür geeignet sein werden, sich mit dem Aufbau von Kapazitäten zu befassen und die Tätigkeit lokaler Institutionen und der Polizei zu überwachen. Während seiner häufigen Besuche in der Region forderte der Amtierende Vorsitzende wiederholt sowohl von Pri_tina als auch von Belgrad die Einsicht, dass in den künftigen Statusverhandlungen ein Kompromiss erzielt werden muss und beide Seiten zu erheblichen Zugeständnissen bereit sein müssen.

Hinsichtlich Bosnien und Herzegowina nahm der Amtierende Vorsitzende an einer Gedenkfeier teil, einer Veranstaltung, die für den Aussöhnungsprozess sowohl im Land als auch in Südosteuropa insgesamt von größter Bedeutung war. Während seines Besuchs im September verwies er erneut darauf, dass sich die OSZE nach wie vor für eine politische Stabilisierung einsetzt und die laufenden Reformen befürwortet. Er besprach die politische Lage in Bosnien und Herzegowina, insbesondere angesichts des bei der Polizeireform eingetretenen Stillstands und seiner Auswirkungen auf den europäischen Integrationsprozess, sowie die künftige Struktur der internationalen Gemeinschaft im Land. Gesprächsthemen waren auch die Reformbemühungen im Bildungs- und im Verteidigungsbereich, die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und die Verfolgung von Kriegsverbrechen durch inländische Behörden, Demokratisierung und Good Governance sowie andere OSZE-Initiativen. Eine internationale Konferenz aus Anlass des zehnten Jahrestags des Friedensübereinkommens von Dayton

fand unter der Schirmherrschaft des Vorsitzes in Sarajewo statt. Ziel dieser Veranstaltung war es, den historischen Hintergrund zu beurteilen und mögliche zukünftige Chancen für die Zusammenarbeit im breiteren europäischen und weltweiten Kontext zu erörtern.

Während eines Besuchs in Tirana sagte der Amtierende Vorsitzende, die Parlamentswahlen im Juli seien ein wichtiger Prüfstein für die von Albanien angestrebte euroatlantische Integration und ein Indikator für die politische Stabilität und demokratische Entwicklung des Landes gewesen. Während des gesamten Prozesses leistete die OSZE Unterstützung für die Wahlen in politischer und technischer Hinsicht. Sie entsandte auch eine BDIMR-Wahlbeobachtungsmission, die entsprechend den OSZE-Verpflichtungen zu beurteilen hatte, ob der Wahlprozess mit den Verpflichtungen und Standards für demokratische Wahlen im Einklang stand. Die Rolle der OSZE war rein technischer Natur und politisch neutral; sie konzentrierte sich auf die Sicherstellung fairer und korrekter Wahlen.

Der Amtierende Vorsitzende besuchte im September Skopje, wo er mit Führungspersonlichkeiten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zusammentraf. Er bekundete Sloweniens nachhaltige Unterstützung für die lobenswerten Bemühungen der OSZE Mission in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Justizreform. Er meinte, die Struktur der Feldmission sollte zumindest noch für die Zeit der Parlamentswahlen 2006 intakt bleiben.

Osteuropa

2005 blieb die OSZE der Suche nach einer friedlichen politischen Lösung der Transnistrienfrage verpflichtet, bei der unter voller Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau für die moldauische Region Transnistrien ein Sonderstatus vorsieht. Der Amtierende Vorsitzende besuchte die Republik Moldau im März und im Oktober; bei diesen Gelegenheiten traf er mit Vertretern aus Chi_in_u und Tiraspol zusammen. In den Gesprächen kamen alle Fragen im Zusammenhang mit der Lösung der Transnistrienfrage zur Sprache.

Neben seinen Bemühungen um eine verstärkte Suche nach einer politischen Lösung der Transnistrienfrage begrüßte der Vorsitz die Einbeziehung der EU und der USA in den Prozess als Beobachter; gleichzeitig ermutigte er auch zu Kontakten und zu einem Dialog zwischen Chi_in_u und Tiraspol und setzte sich für die Wiederherstellung eines für beide Seiten akzeptablen stabilen und dauerhaften Rahmens ein.

In die Lösung der Transnistrienfrage kam neuer Schwung durch den Plan des ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko unter dem Namen „Durch Demokratisierung auf dem Weg zu einer Lösung“ und durch einen „Fahrplan“, der auch die Grundlage für die Entsendung einer Grenzbeobachtungsmission der EU an die moldauisch-ukrainische Grenze bildete.

Das Paket von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, das der moldauischen und der trans-

nistrischen Seite im Juli von der Russischen Föderation, der Ukraine und der OSZE präsentiert wurde, zielt auf eine Stärkung der Sicherheit und des Vertrauens und eine stabile Entmilitarisierung ab.

2005 wurden keine Waffen und Ausrüstungsgegenstände der Russischen Föderation aus der Republik Moldau abgezogen.

Die ersten beiden Besuche in der Region führten den Amtierenden Vorsitzenden in die Ukraine, im Anschluss an die Ereignisse Ende 2004, als über 1.000 Wahlbeobachter am größten Wahlbeobachtungseinsatz in der Geschichte der Organisation teilnahmen. Zum dritten Mal besuchte der Amtierende Vorsitzende die Ukraine im Oktober, um neben anderen Fragen die aktuelle Rolle der OSZE und ihre Zusammenarbeit mit der Ukraine zu besprechen.

Die Ukraine arbeitet mit dem OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine und anderen internationalen Organisationen bei Aktivitäten zur Absicherung und Untermauerung der bereits erzielten demokratischen Fortschritte zusammen. Der Projektkoordinator setzte sich für eine Verbesserung der Wahlordnung und der Wahlpraxis ein, unter anderem durch Einrichtung von Frühwarnsystemen für die bevorstehenden Parlamentswahlen im Jahr 2006, für die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, den Schutz und die Förderung der Medienfreiheit, die Einführung von Gesetzen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Stärkung der inneren Sicherheit sowie der Sicherheit an den Grenzen.

Hinsichtlich Belarus äußerte die OSZE Bedenken angesichts der Lage der Zivilgesellschaft, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Die OSZE beobachtet nach wie vor die Situation der Zivilgesellschaft und arbeitet im Einklang mit dem Mandat des Büros in Minsk mit den belarussischen Behörden weiterhin zusammen, um die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen sicherzustellen.

Kaukasus

Im Südkaukasus spielte die OSZE eine führende Rolle, indem sie mit den Parteien an der Lösung des Konflikts in Südossetien (Georgien) und des Konflikts, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE in Berg-Karabach befasst, arbeitete. In der gesamten Region legt die Organisation den Schwerpunkt auf die Reform der Verfassungen, der lokalen Verwaltung und der Wahlsysteme. Sie setzt sich für die Stärkung der Prinzipien Versammlungsfreiheit und Medienfreiheit ein.

Der Amtierende Vorsitzende besuchte die Länder des Südkaukasus vom 30. März bis 2. April und stattete vom 4. bis 6. September Armenien und Aserbaidschan einen zweiten Besuch ab. Er bestellte Mircea Geoana, den ehemaligen rumänischen Ministerpräsidenten und Amtierenden Vorsitzenden der OSZE im Jahr 2001, zu seinem Persönlichen Beauftragten für Georgien. Geoana besuchte Tiflis und Zchinwali am 6. und 7. Oktober.

Während ihrer Besuche in Georgien begrüßten der Amtierende Vorsitzende und sein Persönlicher Beauf-

tragter die im Hinblick auf eine Novellierung der georgischen Verfassung geleistete Arbeit und bezeichneten die von Georgien im vergangenen Jahr durchgeführten Reformen als ermutigend.

Im Konflikt in Südossetien (Georgien) vermittelte die OSZE im politischen Prozess und unterstützte die von den Parteien vereinbarte Entmilitarisierung. Der slowenische Vorsitz begrüßte die Unterstützung durch die Venedig-Kommission bei der Ausarbeitung eines konkreten Statusvorschlags für Südossetien durch die georgischen Behörden. Vertrauensbildung und die Sanierung der Wirtschaft sollten Teil eines abgestimmten Vorgehens zur Herbeiführung von dauerhaftem Frieden in dieser seit langem von Konflikten erschütterten Region Georgiens sein.

Das erste Expertentreffen im Rahmen des georgisch-ossetischen Dialogprojekts fand unter der Schirmherrschaft des slowenischen Vorsitzes und des Internationalen Instituts für strategische Studien mit Sitz in London vom 15. bis 18. März in Brdo pri Kranju (Slowenien) statt. Dieses Treffen sollte Gelegenheit zu einem informellen Meinungsaustausch über ein breites Spektrum von Fragen betreffend die Beilegung des Konflikts bieten. An dem Treffen nahmen Vertreter des georgischen und des südossetischen Parlaments, der Regierung und von NROs sowie ein Vertreter Nordossetiens teil. Für das Treffen war vorgesehen, dass die Teilnehmer nicht die offizielle Haltung ihrer Organisationen zum Ausdruck bringen, sondern ihre persönliche Meinung äußern sollten.

Der slowenische Vorsitz war auch Gastgeber des Treffens der Gemeinsamen Kontrollkommission für den georgisch-ossetischen Konflikt, das vom 15. bis 17. November in Brdo pri Kranju (Slowenien) stattfand. Bei diesem Treffen rief der Amtierende Vorsitzende die Teilnehmer aus Georgien, der Russischen Föderation sowie aus Nord- und Südossetien dazu auf, eine friedliche Lösung des Konflikts anzustreben, und er legte ihnen eindringlich nahe, ehestmöglich die Voraussetzungen für einen Dialog auf höchster Ebene zu schaffen. Leider konnten auf dem Treffen die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien nicht überbrückt werden; beide Seiten äußerten jedoch gemeinsam ihre Unterstützung für ein von der europäischen Kommission finanziertes wirtschaftliches Sanierungsprogramm in der Konfliktzone und die jüngst in Angriff genommene Bedarfserhebungsstudie. Hinsichtlich Abchasien unterstützte die OSZE unter slowenischem Vorsitz nach wie vor den unter VN-Führung stehenden Lösungsprozess, und sie förderte weiterhin die Einrichtung eines gemeinsamen VN/OSZE-Menschenrechtsbüros in der Region Gali, das auch zu einer Rückkehr der Vertriebenen beitragen könnte.

Georgien ersuchte die OSZE um Unterstützung in Fragen des Grenzmanagements und der Grenzsicherung, nachdem das Mandat des Grenzbeobachtungseinsatzes 2004 abgelaufen war. Die OSZE startete im Juni ein Ausbildungsunterstützungsprogramm, das am 21. Dezember um weitere sechs Monate verlängert wurde, um das im Vorschlag enthaltene ursprüngliche Ausbildungsprogramm vollständig durchführen zu können.

Moldauische Schulen in Transnistrien weiterhin unter Druck

Für die meisten Schüler im OSZE-Raum ist es selbstverständlich, dass ein neues Schuljahr planmäßig in ihrem eigenen Schulgebäude beginnt. Für die 4.200 Schüler in den sechs moldauischen Schulen in der abtrünnigen transnistrischen Region, die in lateinischer Schrift unterrichten, ist dies nicht der Fall.

Die umstrittene Frage der moldauischen Schulen in Transnistrien ist eine ungelöste Hinterlassenschaft des bewaffneten Konflikts zwischen transnistrischen und moldauischen Kräften im Jahr 1992.

Die Behörden im abtrünnigen Transnistrien führten gemäß der früheren sowjetischen Politik wieder das kyrillische Alphabet ein. Die Sowjets betrachteten die moldauische Sprache, bei der es sich im Grunde um die rumänische Sprache Rumänisch handelt, in kyrillischer Schrift als eine vom Rumänischen abweichende Sprache, das in lateinischer Schrift geschrieben wird. Sechs Schulen in der Region boten jedoch weiter Unterricht in Moldauisch/Rumänisch in lateinischer Schrift an und folgten damit den Lehrplänen des moldauischen Unterrichtsministeriums. Unbeirrt durch ständige Einschüchterungsaktionen der örtlichen Behörden unterrichteten die Lehrer über 4.000 Kinder in der Schrift ihrer Muttersprache unter Verwendung des lateinischen Alphabets, zu dem Moldau 1989 zurückkehrte.

„Ich möchte meine rumänische Sprache, die rumänischen Traditionen erhalten, selbst wenn es schwer ist“, sagt Natalia vom Evrica Lyceum in Ribni_a.

Schwer ist es tatsächlich. Wenn Eltern ihre Kinder in einer der Schulen anmelden, in denen nach einem moldauischen Lehrplan auf der Grundlage der lateinischen Schrift unterrichtet wird, können sie ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die 33 transnistrischen Schulen, die Moldauisch in kyrillischer Schrift unterrichten, sind keine attraktive Alternative: die Schulen folgen einem veralteten Lehrplan mit Lehrbüchern aus der Sowjetzeit.

Außerdem gibt es nirgendwo in der Welt – auch nicht in Transnistrien – höhere Lehranstalten, die Rumänisch in kyrillischer Schrift unterrichten. Durch das Bestehen der Behörden auf der kyrillischen Schrift wird moldauischen Kindern in Transnistrien das Recht auf höhere Bildung in ihrer Muttersprache verwehrt.

In dieser ausweglosen Situation entscheiden sich viele Eltern dafür, ihre Kinder in einer russischsprachigen Schule anzumelden, wo das Ausbildungsniveau halbwegs auf letztem Stand ist. Einige greifen sogar zu drastischeren Maßnahmen: Sie verlassen ihre Heimat und siedeln sich in Moldau rechts des Dnjestr an.

Seit 1994 entwickelt sich jeden Sommer ein Streit darüber, ob die transnistrischen Behörden den Fortbestand der Schulen im folgenden Schuljahr erlauben. Mit Unterstützung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten verstärkt die OSZE-Mission Jahr für Jahr ihre ganzjährigen Vermittlungsbemühungen.

2003 vermittelten das Büro des Hohen Kommissars und die OSZE-Mission in Moldau eine umfassende Vereinbarung, doch die Freude war nur von kurzer Dauer.

Am 15. Juli 2004 stürmte die transnistrische Miliz die moldauische Schule in Tiraspol, zerstörte Teile des Gebäudes und konfiszierte die Einrichtungen und weiteres Schuleigentum. Die transnistrischen Behörden bedrohten auch die in lateinischer Schrift unterrichtenden Schulen in Bendery und Ribni_a und stellten ihre Strom-, Wasser- und Gasversorgung ein. Daraufhin ergriffen Schüler, Eltern und Lehrer die Initiative und bewachten ihre Schulen Tag und Nacht. Um das potenziell explosive Klima zu beruhigen, übernahmen Mitarbeiter der OSZE-Mission und Kollegen im Sekretariat die Überwachung der Schulen in Bendery und Ribni_a von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, sieben Tage pro Woche.

Die Mission führte auch Gespräche mit den örtlichen Behörden, die bedauerlicherweise keinerlei Kompromissbereitschaft an den Tag legten. Am 29. Juli stürmte die transnistrische Miliz die Schule in Ribni_a.

Die Spannungen stiegen, doch die internationale Gemeinschaft blieb hart und bestand darauf, dass die transnistrischen Behörden einem Kompromiss zustimmen. Ende August schließlich stimmten sie zu, die Schulen für die Dauer eines Jahres als Privatschulen zu registrieren, was sie in die Lage versetzte, den Unterricht nach moldauischem Lehrplan in lateinischer Schrift abzuhalten. Vier der sechs Schulen begannen das Schuljahr 2004 wie geplant.

Das Evrica Lyceum in Ribni_a hatte jedoch noch immer kein Gebäude, da sich die örtlichen Behörden weigerten, die konfiszierten Räumlichkeiten zurückzugeben. Der Unterricht wurde sozusagen im Exil, im Kindergarten einer örtlichen Fabrik, im Oktober wieder aufgenommen.

Die Schule in Tiraspol wurde instand gesetzt. Bis sie am 7. Februar 2005 wieder öffnete, mussten ihre 500 Schüler einen langen Weg in die Schulen benachbarter Dörfer zurücklegen.

Im Sommer 2005 befürchteten Schüler, Eltern und Lehrer, dass sich der Alptraum von 2004 wiederholen könnte. Doch dank der Vermittlungsbemühungen der OSZE-Mission gemeinsam mit den Ko-Mediatoren der ukrainischen und der russischen Botschaft konnte das Schuljahr termingerecht beginnen.

Beginnend mit 28. Februar 2005 fanden in der OSZE-Mission zwischen Bildungsexperten aus Tiraspol und Chi_in_u neun Verhandlungsrunden statt. Diese Verhandlungen führten am 1. Juli zu einer Vereinbarung über einen Katalog von Schulstatuten und zur unbefristeten Registrierung der vier moldauischen Schulen, die 2004 auf Zeit registriert worden waren.

„Das bedeutet hoffentlich die lang erwartete Lösung des Konflikts in Bezug auf die Existenz der moldauischen Schulen in Transnistrien,“ sagt Kristin Franklin, die Menschenrechtsbeauftragte der OSZE-Mission.

„Die unbefristete Registrierung bedeutet, dass die örtlichen transnistrischen Behörden sie nun als Rechtssubjekte ansehen.“

Trotz der Einigung harren einige Fragen nach wie vor einer Lösung. Eines der sichtbarsten ungelösten Probleme ist das konfiszierte Schulgebäude des Evrica Lyceums in Ribni_a.

Der Leiter der OSZE-Mission in Moldau, Botschafter William Hill, sagte: „Die örtlichen Behörden in Ribni_a haben dieses Gebäude de facto gestohlen. Sie müssen es der Schule ohne weitere Verzögerung und ohne Bedingungen zurückgeben.“

Der Vorsitz begrüßte die gemeinsame Erklärung der Außenminister Georgiens und der Russischen Föderation über die Schließung der russischen Stützpunkte in Batumi und Achalkalaki sowie anderer militärischer

Einrichtungen in Georgien bis zum Jahr 2008. Auf dem Ministerratstreffen der OSZE in Laibach wurde eine Erklärung zu Georgien verabschiedet, die erste nach dem Ministerratstreffen in Porto 2002.

In Armenien und Aserbaidschan sorgte der Amtierende Vorsitzende für eine weitere Verstärkung der Bemühungen der OSZE um Herbeiführung einer dauerhaften Lösung für den Berg-Karabach-Konflikt. Im Verlauf von Besuchen in den beiden Ländern rief der Amtierende Vorsitzende zur Stabilisierung der Lage entlang der Frontlinien auf. Er wies erneut darauf hin, dass jede sich bietende Gelegenheit zur Beschleunigung des Friedensprozesses eingehend erkundet werden sollte, und sagte, dass das persönliche Engagement der Präsidenten Aserbaidschans und Armeniens im Gefolge der Treffen zwischen den Außenministern ein wichtiger Meilenstein gewesen sei, der den Friedensprozess zusätzlich in Schwung brachte.

Im Februar besuchte eine Erkundungsmission unter der Schirmherrschaft der Minsk-Gruppe die besetzten Gebiete von Aserbaidschan rund um Berg-Karabach, um sich aus erster Hand über den Stand der Konfliktbeilegung in den besetzten Gebieten zu informieren. Die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe trafen mit dem Amtierenden Vorsitzenden in diesem Jahr zwei Mal zusammen, und zwar im März und September. Im Dezember führte die Hochrangige Planungsgruppe der OSZE erstmals seit 1997 wieder eine Erkundungsmission in Armenien und Aserbaidschan durch. Der Amtierende Vorsitzende unterstützte auch die Arbeit seines Persönlichen Beauftragten, Botschafter Andrzej Kasprzyk.

Viel ist im vergangenen Jahr geschehen: Die so genannten Prager Treffen der Außenminister Armeniens und Aserbaidschans hatten insofern positive Auswirkungen, als ihnen Treffen der Präsidenten beider Länder in Warschau und Kasan folgten, die neuen Schwung in den Konfliktlösungsprozess brachten. Der Ministerrat in Laibach verabschiedete eine Erklärung, in der es heißt, dass nun die Zeit gekommen sei, von der Verhandlungsphase in die Entscheidungsphase überzugehen.

In Armenien ermutigte der Amtierende Vorsitzende die Behörden, wichtige Reformen in Angriff zu nehmen, darunter eine Novellierung der Wahlordnung, und die Unparteilichkeit, Professionalität und Transparenz der Wahladministration zu stärken. Er bot Unterstützung durch die OSZE an, etwa im Bereich der Verfassungs- und Wahlrechtsreform, der Medienfreiheit und im Kampf gegen die Korruption.

In Aserbaidschan bekundete der Amtierende Vorsitzende erneut die Bereitschaft der OSZE, die Umsetzung verschiedener Reformen weiterhin zu unterstützen, insbesondere in folgenden Bereichen: Wahlen, Kampf gegen Korruption und Geldwäsche, Diversifizierung der Wirtschaft und Programme für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte.

Unter der Schirmherrschaft des slowenischen Vorsitzes trat vom 18. bis 20. Januar in Laibach die Dritte Plenarversammlung der Südkaukasischen Parlamentarierinitiative zusammen. Diese Initiative bildet einen Rahmen für Dialog, Kontakte, Meinungsaustausch und gemeinsame Analysen zwischen den Parlamenten Armeniens, Aserbaidschans und Georgiens auf der

Grundlage einer von den drei Parteien am 13. Mai 2003 unterzeichneten Vereinbarung.

Zentralasien

Der Amtierende Vorsitzende besuchte Zentralasien drei Mal. Da er über den Stand der Menschenrechte und Grundfreiheiten besorgt war, sollten seine Besuche vor allem die Notwendigkeit unterstreichen, in der Region die Stabilität zu wahren und demokratische Reformen zu fördern. Der Druck aus der Bevölkerung steigt, wie der Machtwechsel in Kirgisistan oder die gewalttätigen Ausschreitungen in Usbekistan gezeigt haben.

Im Februar besuchte der Amtierende Vorsitzende Kasachstan und Usbekistan, wobei er Alojz Peterle als seinen Persönlichen Beauftragten für Zentralasien vorstellte. Unmittelbar nach den Ereignissen vom März flog er nach Kirgisistan. Im April bereiste er die Region und traf mit Vertretern Kirgisistans, Tadschikistans und Turkmenistans zusammen.

In Kirgisistan war die OSZE sofort vor Ort, um am Abbau der Spannungen mitzuwirken, und sie blieb an vorderster Front der internationalen Bemühungen um Gewährleistung der Stabilität in diesem Land. Der Vorsitz, Teilnehmerstaaten, OSZE-Institutionen und das Zentrum in Bischkek beteiligten sich aktiv an der Entwicklung eines Arbeitsplans zur Unterstützung der kirgisischen Regierung im Umgang mit den Folgen der Ereignisse vom März. (Mehr zu diesem Thema siehe S. 24.)

Das BDIMR beobachtete mit Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung die kirgisischen Präsidentenwahlen vom 10. Juli. In seinem Vorbericht stellte das BDIMR fest, dass bei diesem Urnengang spürbare Fortschritte im Sinne der Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen und anderer internationaler Verpflichtungen in Bezug auf demokratische Wahlen gemacht wurden, die Auszählung der Stimmen jedoch als problematisch zu bezeichnen war. Des Weiteren kam das BDIMR zu dem Schluss, dass die grundlegenden bürgerlichen und politischen Rechte im Allgemeinen gewahrt wurden und es ein verbessertes Medienumfeld gegeben habe.

Die Sicherheitslage in Zentralasien, insbesondere in Usbekistan, gibt nach wie vor Anlass zu Besorgnis und erfordert daher kooperative Lösungsansätze. Von der Regierung Usbekistans als Mitglied internationaler Organisationen wird erwartet, dass sie mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeitet, um eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse vorzunehmen, zu denen es im Mai in Andischan gekommen war.

Auf Einladung des Außenministeriums der Republik Kasachstan beobachtete das BDIMR die kasachischen Präsidentenwahlen vom 4. Dezember 2005.

Auf Ersuchen des slowenischen Vorsitzes besuchte der Generalsekretär im Juli Usbekistan, wo er mit Vertretern der Regierung und der Zivilgesellschaft zusammentraf. Ein Ergebnis des Besuchs war es,

Die OSZE reagiert auf die März-Ereignisse in Kirgisistan

Nach den Parlamentswahlen im Februar und März 2005 kam es in Kirgisistan zu einem gewalttätigen Ausbruch der seit langem schwelenden Ressentiments. Vereinzelte Proteste unmittelbar nach den Wahlen im Süden des Landes eskalierten zu Großdemonstrationen.

Die OSZE war sofort zur Stelle, um mitzuhelfen, die Krise einzudämmen. Sie war fieberhaft tätig, um sicherzustellen, dass die Behörden nicht versuchen, die Demonstranten mit Waffengewalt in Zaum zu halten. Gleichzeitig bemühte sie sich um die Inangsetzung eines politischen Dialogs zwischen dem damaligen Präsidenten Askar Akajew und seinen Gegnern.

Unmittelbar nachdem die Regierung und die Oppositionsführer zugestimmt hatten, dass die OSZE die Vermittlerrolle übernimmt, flog Alojz Peterle am 24. März in seiner Eigenschaft als Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE nach Bischkek, wo er bemüht war, die politischen Spannungen im Land abzubauen. Es sollte der erste einer ganzen Reihe von Besuchen in den darauf folgenden Wochen sein.

„Ich befand mich mitten in einer Sitzung mit dem damaligen Außenminister Askar Aitmatow, als plötzlich die Nachricht kam, dass das ‚Weiße Haus‘ – der Sitz der Regierung – in Bischkek von Demonstranten gestürmt worden war. Später erfuhren wir, dass der Präsident das Land verlassen hatte,“ schilderte der Persönliche Beauftragte Peterle.

„Diese unerwartete Wendung bedeutete eine tief greifende Änderung meiner Mission, da eine der Verhandlungsseiten verschwunden war. Außerdem war die Sicherheitslage außer Kontrolle geraten. Die

Polizei- und Sicherheitskräfte zogen sich zurück und die öffentliche Ordnung brach zusammen: In der Nacht des 24. März und fast den ganzen nächsten Tag kam es ohne jede Gegenwehr zu weit verbreiteten Plünderungen von Geschäften in der Hauptstadt.

Es war, gelinde gesagt, eine ungewöhnliche Situation: Zu diesem Zeitpunkt gab es im Land de facto zwei Parlamente und verschiedenste demonstrierende Gruppierungen.“

Nach dem eintägigen macht- und sicherheitspolitischen Vakuum stellte die OSZE rasch Arbeitsbeziehungen zur Interimsregierung her und agierte gleichzeitig als neutrale Plattform für den Dialog mit der neuen Führung. Sie übernahm die Rolle einer Koordinationszentrale.

Die OSZE verlangte eindringlich die Wiederherstellung von Recht und Ordnung.

Gemeinsam mit der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und bilateralen Botschaften in Bischkek, die die führende Rolle der OSZE in diesem Prozess anerkannten, erstellte die OSZE einen Arbeitsplan für sofortige sowie für langfristige Aufgaben und verlagerte somit den Schwerpunkt ihrer Arbeit angesichts der dramatischen politischen Veränderungen im Land. Der Arbeitsplan wurde auf Ersuchen der kirgisischen Regierung und in enger Zusammenarbeit mit ihr erstellt.

Der erste und wichtigste Schritt auf der Liste der erforderlichen Sofortmaßnahmen war es, praktische Hilfestellung bei der Wiederherstellung von Recht und Ordnung zu leisten. Es wurde beschlossen, das gut entwickelte Polizeiunterstützungsprogramm des Büros in Bischkek weiter auszubauen, dessen Ziel

es ist, bis 2010 einen nationalen Polizeidienst einzuführen. Das Büro ergänzte es durch eine Reihe rasch wirkender Initiativen zur Stärkung der Effektivität der Polizei unter anderem im Hinblick auf die Verhinderung einer Eskalation der Kriminalität und die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung.

Im Arbeitsplan war auch vorgesehen, dass die OSZE mit sofortiger Wirkung die wichtige Funktion einer Plattform für den politischen Dialog zwischen den Akteuren ausüben sollte, wobei die Verbesserung des Dialogs zwischen den Behörden und der Zivilgesellschaft sowie wahlbezogene Fragen im Vordergrund standen.

Als weitere Sofortmaßnahme sollte unter anderem die Regierung dazu ermutigt werden, Garantien für örtliche und internationale Firmen zu bestätigen, da zu erwarten war, dass die Ereignisse vom März das Wirtschaftswachstum schwer beeinträchtigen würden. Als weitere Aufgabenbereiche wurden Umweltfragen und die Medienentwicklung festgelegt. Die Redefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie der Zugang zu Informationen wurden als notwendige Voraussetzungen für den Aufbau einer offenen Gesellschaft, vor allem in der Interimszeit, erklärt.

Die OSZE ist sich der Tatsache bewusst, dass zwar kurzfristige Initiativen notwendig waren, dass aber nur ein langfristiger, umfassender Ansatz dauerhafte Stabilität schaffen wird. Auf längere Sicht wird sich die OSZE auf Wahlhilfe, die Rechtsstaatlichkeit sowie die Polizeireform und die Unterstützung der Gesetzgebung und der Justiz, auf die Entwicklung freier Medien und die Unterstützung der Arbeit der Zivilgesellschaft konzentrieren.

dass Usbekistan die Anwesenheit von BDIMR-Experten als Beobachter bei den Andischan-Prozessen akzeptierte, was jedoch in der zweiten Prozessrunde im November nicht mehr wie versprochen funktionierte. Der Besuch führte zur Wiederaufnahme eines echten Dialogs und zur Herstellung von Arbeitsbeziehungen zwischen der OSZE und Usbekistan. Er sollte auch dazu beitragen, die Rolle des Leiters des OSZE-Zentrums in Taschkent und seine Position vor

Ort unter zunehmend schwierigen Umständen zu stärken.

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE und Vertreter anderer Organisationen begrüßten die Neuansiedlung von 440 Asylsuchenden/Flüchtlingen aus Usbekistan in Rumänien durch den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR). Der Vorsitz betonte bei mehreren Gelegenheiten, dass die Sicherheit und

das Wohl der Asylsuchenden, die vor den Unruhen in Andischan geflüchtet waren, von den kirgisischen Behörden mit Unterstützung durch UNHCR gewährleistet werden müsse.

Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Der Amtierende Vorsitzende war aktiv darum bemüht, die Beziehungen zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen weiter zu verbessern.

Am 4. März hielt er eine Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und traf mit VN-Generalsekretär Kofi Annan zusammen. Der Vorsitz nahm auch am Sechsten hochrangigen Treffen zwischen den Vereinten Nationen sowie regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen teil, das am 25. und 26. Juli in New York stattfand. Am 21. September sprach der Amtierende Vorsitzende vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen und traf erneut mit dem Generalsekretär zusammen. Bei dieser Gelegenheit bekundete er Unterstützung für die VN-Initiative „Allianz der Zivilisationen“ und rief zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der OSZE auf diesem Gebiet auf. Darüber hinaus wurde auf dem Ministerratstreffen in Laibach eine Rolle für die OSZE bei der Förderung des Dialogs zwischen den Zivilisationen skizziert und beschlossen, durch Förderung des interkulturellen und interkonfessionellen Dialogs und die Unterstützung für gegenseitiges Verständnis, gegenseitige Achtung und die Menschenrechte im gesamten OSZE-Raum einen entsprechenden Beitrag zur VN-Initiative „Allianz der Zivilisationen“ zu leisten.

Ein weiterer wichtiger Entwicklungsschritt war ein Kooperationsabkommen zwischen der OSZE und dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Zu den Bedingungen eines im Mai verabschiedeten Beschlusses des Ständigen Rates (PC.DEC/673) werden die OSZE-Missionen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien sowie Serbien und Montenegro im Namen des Büros der Anklägerin des Strafgerichtshofs Kriegsverbrecherprozesse beobachtet.

Im Februar war der Vorsitz bei den jährlichen Zielorientierten bzw. Dreiertreffen in Straßburg zwischen dem Büro der Vereinten Nationen in Genf, der OSZE und dem Europarat vertreten, an denen auch die EU, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die Internationale Organisation für Migration teilnahmen.

Der Vorsitz legte erneut Bemühungen an den Tag, um die Beziehungen zwischen der OSZE und der Europäischen Union weiter zu verbessern. Der Amtierende Vorsitzende nahm an zwei EU/OSZE-Troikatreffen teil und nutzte die Position Sloweniens als EU-Mitglied dazu, die Union zu ermutigen, von der Organisation effektiv Gebrauch zu machen. Die Treffen auf Ministeriebene wurden ergänzt durch zwei Treffen auf Botschafterebene zwischen den jeweiligen Troikas der OSZE und des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU.

2005 intensivierte sich die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Europarat beträchtlich. Der Amtierende Vorsitzende nahm am 16. und 17. Mai in Warschau am Dritten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarats teil, wo diesen die Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE zur Kenntnis gebracht wurde.

Der Amtierende Vorsitzende traf im Februar den Vorsitzenden des Ministerkomitees des Europarats und, gemeinsam mit dem Generalsekretär der OSZE, den Generalsekretär des Europarats. Ebenfalls im Februar hielt er im Europarat vor den Stellvertretern der Minister eine Rede über die OSZE-Prioritäten im Jahr 2005. Des Weiteren fand am 18. April eine gemeinsame Sitzung des Ständigen Rates und der Stellvertreter der Minister statt, bei der die Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Europarat erörtert wurde. Die OSZE/Europarat-Koordinationsgruppe nahm ihre Arbeit auf und hielt 2005 zwei Sitzungen ab. Darüber hinaus nahm der Vorsitz im Lauf des Jahres wieder an den regelmäßigen Treffen zwischen der OSZE und dem Europarat auf hoher Ebene und auf Arbeitsebene teil.

Einer seiner ersten Besuche führte den Amtierenden Vorsitzenden am 26. Januar in das NATO-Hauptquartier, wo er vor dem Nordatlantikrat sprach und mit Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer zusammentraf. Er sprach im November in Brüssel auch vor dem Euroatlantischen Partnerschaftsrat und im Mai in Aare (Schweden) auf dessen Forum. Der Vorsitz nahm an den regelmäßigen Treffen auf Mitarbeiterbene zwischen dem OSZE-Sekretariat und der NATO teil, die im Lauf des Jahres stattfanden.

Der Vorsitz stand ferner in Verbindung mit regionalen und subregionalen Organisationen. So nahm der Amtierende Vorsitzende beispielsweise am 25. November in Piešťany (Slowakei) am Gipfeltreffen der Zentraleuropäischen Initiative teil und besuchte die Organisation der amerikanischen Staaten.

Der Amtierende Vorsitzende nutzte auch jede sich bietende Gelegenheit, um über die OSZE den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern, indem er etwa mit Führungspersonlichkeiten der Liga der arabischen Staaten und der Organisation der Islamischen Konferenz zusammentraf. Regionale und subregionale Partnerorganisationen und Initiativen wurden regelmäßig zu allen größeren OSZE-Veranstaltungen des Jahres 2005 eingeladen, darunter auch zum Ministerratstreffen in Laibach, wobei sie zu entsprechenden Themen auch das Wort ergreifen konnten. Auch Vertreter einschlägiger Organisationen wurden im Lauf des Jahres eingeladen, vor dem Ständigen Rat zu sprechen.

Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum

Slowenien bemühte sich sehr darum, die Kooperationspartner der OSZE in Asien und im Mittelmeerraum in den laufenden Dialog und die Aktivitäten einzubeziehen. Der Vorsitzende des Ständigen Rates sprach häufig in den Sitzungen der Kontaktgruppen mit den

Wahlunterstützung in Afghanistan

„Die Wahlen 2005 waren als wichtiger Schritt vorwärts im Interesse der Demokratie, der Stabilität und der Menschenrechte in Afghanistan anzusehen.“

Aus dem Bericht des OSZE-Wahlunterstützungsteams

Im September entsandte die OSZE zum zweiten Mal ein Wahlunterstützungsteam nach Afghanistan, einem ihrer Kooperationspartner. Das 32 Personen umfassende Team sollte dem Land bei der Abhaltung seiner ersten Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Provinzräten seit über drei Jahrzehnten am 18. September Hilfeleistung leisten. Wie schon 2004 anlässlich der Präsidentenwahlen bestand die Aufgabe des Teams eher darin, den Wahlprozess zu analysieren, als seine typischere Rolle als Wahlbeobachter wahrzunehmen.

Vor dem eigentlichen Wahltag traf das Team regelmäßig mit Gremien der Wahlbehörde, Kandidaten und politischen Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaft und Vertretern der internationalen Gemeinschaft zusammen. Am Tag des Urnenganges besuchte das Team rund 250 der 26.500 Wahllokale. Das Team begab sich auch in acht der 32 Provinz-Auszählzentren um die Stimmenauszählung und den Prozess der Stimmenaufteilung zu analysieren.

„Afghanische und internationale Sicherheitskräfte sorgten bei den Wahlen trotz Vorliegens von Sicherheitsbedrohungen für ein relativ stabiles Umfeld. Im Gegensatz zu 2004 wurde in allen Distrikten gewählt. Es scheinen zwar etwas weniger Wähler als 2004 ihre Stimme

abgegeben zu haben, doch zeigte das afghanische Volk erneut lobenswertes Engagement und sehr oft, vor allem im Fall von Frauen, beachtliche Entschlossenheit und bewundernswerten Mut.“

Der Bericht des OSZE-Wahlunterstützungsteams

Im Interesse künftiger Wahlen machte das Team einige Vorschläge, darunter fünf Empfehlungen allgemeiner Natur:

- 1) Die Kosten künftiger Wahlen müssen leistbarer sein, dennoch muss das Vertrauen in den Prozess erhalten bleiben. Die direkten Kosten der letzten beiden Wahlgänge betragen einschließlich Wählerregistrierung nahezu 300 Millionen US-Dollar, also rund 250 Millionen Euro, die von der internationalen Gemeinschaft aufgebracht wurden.
- 2) Aus technischen Gründen wäre es wünschenswert, dass vor den geplanten landesweiten Wahlen 2009 möglichst wenige Wahlgänge stattfinden. Das Team empfiehlt, die Zeit bis dahin für folgende Maßnahmen zu nutzen: Festigung und Unterstützung des Parlaments und der Provinzräte; Stärkung der afghanischen Wahlbehörde; Durchführung einer bestandfähigen Wählereintragung, Festlegung der Wahlkreise, Einführung eines Meldesystems und Durchführung einer Volkszählung; Aufbau politischer Parteien; Durchführung breit angelegter staatsbürgerlicher Erziehungsprogramme, insbe-

sondere für Frauen, Jugendliche, die ländliche Bevölkerung sowie in den südlichen und südwestlichen Landesteilen.

- 3) Afghanistan muss im Bereich der Justiz Fortschritte machen. Aufgrund eines Wahlgesetzes, das Personen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Verbindung zu illegalen bewaffneten Gruppen oder anderer Straftaten rechtskräftig verurteilt wurden, das Anreten bei Wahlen verbietet, wurden dreiunddreißig Kandidaten ausgeschlossen. Doch viele Afghanen und Menschenrechtsaktivisten bekundeten ihre Enttäuschung darüber, dass die Namen vieler „Warlords“ oder „Ex-Kommandeure“ mit Verbindung zur gewalttätigen Vergangenheit Afghanistans auf den Stimmzetteln standen. Die Überprüfung der Kandidaten war wichtig, doch wurden unrealistische Erwartungen in diesen Prozess gesetzt. Das Wahlsystem kann funktionierende Gerichte oder Wahrheitskommissionen nicht ersetzen.
- 4) Staatsbürgerliche Erziehung und demokratisches Verständnis müssen insbesondere in den ländlichen Gebieten einschließlich des Südens und Südostens des Landes verstärkt werden.
- 5) Frauen müssen weiterhin in ihrem Streben nach voller Teilhabe an den politischen Prozessen Afghanistans massiv unterstützt werden.

Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum, um die Partnerstaaten über maßgebliche Fragen auf dem Laufenden zu halten, einschließlich jener, die unmittelbare Auswirkungen auf die Beziehungen zu den Partnern haben. Die Partnerstaaten wurden auch regelmäßig in den Ständigen Rat eingeladen, unter anderem – und dies zum ersten Mal – zu einer gemeinsamen Sitzung am Rande der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz und zur Schlussitzung der hochrangigen Konsultationen über die Stärkung der OSZE.

Die Themen Migration und Integration, die für den slowenischen Vorsitz von vorrangiger Bedeutung waren, standen im Zentrum des Mittelmeerseminars der OSZE, das am 8. und 9. September in Rabat stattfand. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Amtierende Vorsitzende, dass dem Partnerschaftsprozess der OSZE eine Brückenfunktion zukomme, die Europa, Nordafrika und den Nahen Osten verbindet, und er begrüßte die Tatsache, dass die Partnerschaft immer pragmatischer werde. Migration bringe sowohl für die Herkunfts- als auch die Ziel-länder Probleme hinsichtlich der Sicherheit, des

sozialen Zusammenhalts, der Menschenrechte und der wirtschaftlichen Entwicklung mit sich. Er stellte fest, dass die OSZE sehr viel an Sachwissen einbringen könne, sei es bei der Polizeiarbeit, dem Kampf gegen illegalen Handel und Terrorismus, vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, Friedensstiftung, Demokratisierung oder Verhütung ethnischer Konflikte. Seiner Ansicht nach müsse dieses Wissen den OSZE-Partnern und anderen, die sich an den Wertekatalog der OSZE halten, zur Verfügung gestellt werden. Es wurde angeregt, dem Seminar effiziente Maßnahmen folgen zu lassen.

Der Amtierende Vorsitzende nahm am jährlichen Treffen der OSZE mit den asiatischen Partnern teil – der OSZE/Korea-Konferenz über „Neue Sicherheitsbedrohungen und ein neues Sicherheitsparadigma“, die am 25. und 26. April in Seoul stattfand. Bei dieser Veranstaltung sagte er: „Die OSZE bietet ein Modell für multilaterale Sicherheitskooperation, das auch von Nordostasien übernommen werden könnte.“

Gegenstand des Treffens waren die Herausforderungen, die mit den neuartigen und mehrdimensionalen Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität in der Welt verbunden sind und ihrer Art nach eine immer stärkere multilaterale Zusammenarbeit erfordern, auch zwischen Europa und Nordostasien. Die Teilnehmer erörterten neue Sicherheitsbedrohungen und entsprechende Gegenmaßnahmen sowie die Notwendigkeit eines neuen Sicherheitsparadigmas und widmeten sich der Frage eines neuen Sicherheitsparadigmas in Nordostasien.

Im Juni nahm ein Vertreter des Vorsitzes auch an einem OSZE-Seminar in Bangkok zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels teil.

China zeigte sich 2005 an der OSZE äußerst interessiert. Einige Teilnehmerstaaten traten dafür ein, dass die OSZE mit China eine formelle Partnerschaft eingeht, doch waren 2005 die Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben.

Das zweite Jahr in Folge entsandte die OSZE ein Wahlunterstützungsteam nach Afghanistan, diesmal zur Unterstützung der Wahlen zur Nationalversammlung und der Provinzwahlen am 18. September. Das Team hatte die Aufgabe, den Wahlprozess zu analy-

sieren und der afghanischen Regierung einen Katalog von Empfehlungen zu unterbreiten, mit dem Ziel, die Durchführung zukünftiger Wahlen sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen und Verfahren in Afghanistan zu verbessern. Der Beschluss des Ständigen Rates über das Wahlunterstützungsteam (PC.DEC/686) unterstreicht die Bedeutung demokratischer Wahlen für die Förderung der Demokratie und der Menschenrechte und die Stärkung der Stabilität in Afghanistan; gleichzeitig sollte die demokratische Regierung Afghanistans beim Vollzug dieses wichtigen Schrittes, mit dem der auf der Bonner Konferenz erteilte Auftrag erfüllt wurde, unterstützt werden. (Mehr zu diesem Thema siehe S. 26.)

Auf Einladung der Palästinenserbehörde und nach Konsultationen mit den Teilnehmerstaaten ersuchte der Vorsitz im Januar das OSZE-Sekretariat und das BDIMR, ein Expertenteam zur Feststellung des Ausbildungsbedarfs in die Palästinensergebiete zu entsenden. In einem Bericht an den Ständigen Rat zeigte das Team Bereiche auf, in denen die OSZE und ihre Institutionen der Palästinenserbehörde und der palästinensischen Zivilgesellschaft bei der Abhaltung der Wahlen zum Palästinensischen Gesetzgebenden Rat mit ihrem Sachwissen zur Seite stehen könnten. Es war dies das zweite Mal, dass die OSZE in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Akteuren auf Ersuchen eines Landes außerhalb des OSZE-Raums Hilfe leistete. Nach Entsendung des Teams stellte die Palästinenserbehörde beim Amtierenden Vorsitzenden den Antrag, Kooperationspartner der OSZE zu werden. Das Ersuchen fand unter den Teilnehmerstaaten jedoch keinen Konsens.

Im Vorfeld des Ministerratstreffens in Laibach leitete der Amtierende Vorsitzende zwei Sitzungen der in der Troika vertretenen Minister mit deren Amtskollegen von den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum bzw. in Asien. Dabei wurde der laufende Dialog mit den asiatischen Partnern und den Mittelmeerpartnern einer Bewertung unterzogen und es wurden Aussichten und Vorschläge für die weitere Zusammenarbeit besprochen. Die Teilnehmer begrüßten die im Lauf des Jahres eingetretenen positiven Entwicklungen, insbesondere ihre stärkere Einbindung und die regelmäßigeren Konsultationen in Fragen von beiderseitigem Interesse.

Der Ständige Rat

2005 engagierte sich der Ständige Rat aktiv in einer Reihe von Fragen, die einen wichtigen Platz in der OSZE-Agenda einnahmen.

In Ratssitzungen und hinter den Kulissen wurde Konsens erzielt über die Bestellung eines neuen Generalsekretärs, die Verabschiedung eines Gesamthausplans für 2005 (mit einigen Monaten Verspätung) und für 2006 (fristgerecht) sowie über die Vereinbarung der Verteilerschlüssel für die von den Teilnehmerstaaten in den Jahren 2005 bis 2007 an die OSZE zu entrichtenden Beiträge. Es wurden Änderungen am Personalstatut und an den Dienstvorschriften vorgenommen und es kam zu einer Vereinbarung über ein Gemeinsames Verwaltungsregelwerk.

Ende Juni legte der Weisenrat, der Reformschritte für die Organisation vorschlagen sollte, dem Ständigen Rat seinen Bericht mit dem Titel *Strengthening the Effectiveness of the OSCE* vor. Darauf folgten im September hochrangige Konsultationen zur Reform.

Der Ständige Rat fasste zwei wichtige Beschlüsse über die Verstärkung der Zusammenarbeit mit strategischen Partnern, dem Europarat und dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.

Der Ständige Rat erteilte ferner den Auftrag für zwei wichtige Einsätze: ein Ausbildungsunterstützungsprogramm für georgische Grenzbeamte und ein

Wahlunterstützungsteam für Afghanistan.

Es wurden mehrere Beschlüsse zur Stärkung der Fähigkeit der OSZE im Kampf gegen neue Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit verabschiedet, zum Beispiel über die Bekämpfung von Terrorismus und Menschenhandel.

Besonders lebhaft wurde zum Tagesordnungspunkt „Aktuelle Fragen“ diskutiert, was beweist, wie nützlich der Ständige Rat als Forum für den Dialog bei plötzlich hereinbrechenden Ereignissen und für die gegenseitige Überprüfung der Durchführung von Verpflichtungen ist.

Wie jedes Jahr wurden Beschlüsse über die Struktur von OSZE-Treffen und über die Verlängerung von Missionsmandaten gefasst. Die Institutions- und Missionsleiter erstatteten dem Ständigen Rat regelmäßig Bericht.

Der Ständige Rat empfing eine Reihe bedeutender Gäste, unter ihnen der Amtierende Präsident Kirgisistans, Kurmanbek Bakijew, der Premierminister Georgiens, Surab Noghaideli, neun Außenminister sowie die Generalsekretäre der NATO und des Europarats.

www.osce.org/pc

Gastredner im Ständigen Rat 2005

- 13. Januar: Amtierender Vorsitzender, Minister für auswärtige Angelegenheiten Sloweniens, **Dimitrij Rupel**
- 27. Januar: **Jean Asselborn**, Vizepremierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten Luxemburgs, über die Prioritäten der EU-Präsidentschaft
- 3. Februar: **Giorgi Gomiaschwili**, stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten Georgiens
- 10. Februar: Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für Kosovo, **Søren Jessen-Petersen**
- 3. März: Minister für auswärtige Angelegenheiten Bulgariens, **Solomon Passy**
- 10. März: **Giorgi Gomiaschwili**, stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten Georgiens
- 7. April: Präsident des Koordinationszentrums von Serbien und Montenegro und der Republik Serbien für Kosovo und Metohija, **Nebojša _ovi_**
- 21. April: Minister für auswärtige Angelegenheiten Bosnien und Herzegowinas, **Mladen Ivani_**
- 19. Mai: Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, **Carla Del Ponte**
- 30. Mai (PC-Sondersitzung): Amtierender Präsident Kirgisistans, **Kurmanbek Bakijew**
- 16. Juni: Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, **Erhard Busek**
- 14. Juli: Generalsekretär des Europarats, **Terry Davis**
- 21. Juli: Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Österreichs, **Ursula Plassnik**
- 1. September: EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus, **Heikki Talvitie**
- 6. September (PC-Sondersitzung): Minister für auswärtige Angelegenheiten Serbien und Montenegros, **Vuk Dra_kovi_**
- 6. September (PC-Sondersitzung): Minister für auswärtige Angelegenheiten Aserbaidschans, **Elmar Mammadjarov**
- 13. Oktober: Vorsitzender des Al-Qaida/Taliban-Sanktionsausschusses des VN-Sicherheitsrats, Botschafter **César Mayoral**
- 13. Oktober: Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs in Georgien und Leiterin der VN-Beobachtermission in Georgien, Botschafterin **Heidi Tagliavini**
- 27. Oktober: Minister für auswärtige Angelegenheiten Litauens, **Antanas Valionis**
- 27. Oktober (PC-Sondersitzung): Ministerpräsident Georgiens, **Surab Noghaideli**
- 3. November: NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer**
- 14. November (PC-Sondersitzung): Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz, **Ekmeleddin _hsano_lu**
- 15. November (PC-Sondersitzung): Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Kroatiens, **Kolinda Grabar-Kitarovi_**
- 15. Dezember: Hoher Beauftragter und Sonderbeauftragter der EU für Bosnien und Herzegowina, **Lord Paddy Ashdown**
- 22. Dezember: VN-Sonderberichterstatter über Folter, **Manfred Nowak**

Die Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden

Die Hochrangige Planungsgruppe

Die Hochrangige Planungsgruppe (HLPG) wurde 1994 vom Budapester Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der OSZE (damals KSZE) mit dem Auftrag eingerichtet, Optionen für die Planung einer multinationalen OSZE-Friedenstruppe für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, zu empfehlen. Dazu zählen Pläne für die Einrichtung, die nötige Truppenstruktur, Einsatzbedingungen sowie Größe und Merkmale dieser Kräfte. Die HLPG steht in Kontakt mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe sowie mit dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, sowie mit beitragenden Staaten.

Im Juni gab der Amtierende Vorsitzende eine Richtlinie heraus, mit der die HLPG beauftragt wurde, in der zweiten Hälfte des Jahres 2005 mit Zustimmung der Konfliktparteien eine Erkundungsmission in das Gebiet zu planen, vorzubereiten und durchzuführen, um Informationen über die operativen, logistischen und finanziellen Aspekte der bestehenden Notfallplanung zu beschaffen.

Die HLPG führte Erkundungsmissionen vom 11. bis 15. Dezember in Armenien und vom 15. bis 22. Dezember in Aserbaidschan (mit Ausnahme von Berg-Karabach) durch. Eine solche Mission in der Region Berg-Karabach ist für Anfang 2006 geplant.

Darüber hinaus hat die HLPG folgende Aufgaben: Überarbeitung und Aktualisierung der Planungsunterlagen, Abschluss der Überarbeitung der zuletzt ausgearbeiteten Option für friedenserhaltende Einsätze, Zusammenarbeit mit den jeweiligen Abteilungen des OSZE-Sekretariats, Anpassung der aktuellen Pläne an die Erfordernisse des neuen Integrierten Ressourcenmanagementsystems und nach Bedarf Kontaktpflege mit internationalen Organisationen, die sich mit friedenserhaltenden Einsätzen befassen.

Die HLPG überarbeitete auch die Anforderungsprofile für Bedienstete, um die Effizienz der Gruppe zu erhöhen. Sie stellte neue Überlegungen über die Zusammensetzung des HLPG-Planungsteams an. Die HLPG beteiligte sich an mehreren Überwachungsmissionen an der Kontaktlinie, wie sie dies schon seit September 1998 getan hat.

Das Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts um Berg-Karabach kamen 2005 gut voran, wodurch zwei

Treffen zwischen den Präsidenten Aserbaidschans und Armeniens sowie Treffen zwischen den jeweiligen Außenministern im Rahmen des so genannten „Prager Prozesses“ möglich wurden. Durch diese verstärkten Aktivitäten erhöhte sich auch die Berichtstätigkeit des Persönlichen Beauftragten, Botschafter Andrzej Kasprzyk, der den Vorsitz und die Minsk-Gruppe, einschließlich ihrer Kovorsitzenden, über die Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten hatte. Entsprechend einer Vereinbarung der Kovorsitzenden spielte der Persönliche Beauftragte eine maßgebliche Rolle bei der Organisation des Treffens zwischen den Präsidenten im Mai in Warschau am Rande des Gipfeltreffens des Europarats.

Der Persönliche Beauftragte und sein Büro folgten weiter ihrem Auftrag, die Frontlinie zu beobachten, um die militärische Situation beurteilen zu können und zum Abbau der Spannungen beizutragen. Diese Tätigkeit war im Frühjahr von besonderer Bedeutung, als eine zunehmende Zahl von Verletzungen der Waffenruhe gemeldet wurde und die Situation sich zu verschlechtern drohte. In seinen Berichten warnte der Persönliche Beauftragte frühzeitig vor dieser Zunahme der Spannungen, und es wurden Schritte zur Normalisierung der Lage unternommen. Danach schien sich die militärische Lage an der Frontlinie stabilisiert zu haben.

Der Persönliche Beauftragte unterstützte auch die Hochrangige Planungsgruppe bei der Erfüllung ihrer mandatsgemäßen Aufgaben. Er hielt Kontakt mit der Europäischen Union und mit Organisationen wie dem Europarat, dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und verschiedenen internationalen Nichtregierungsorganisationen im Zusammenhang mit den gravierenden Problemen der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge, Kriegsgefangenen, Vermissten und Inhaftierten sowie in Bezug auf die Minenräumung.

Die vom Büro geförderten vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Seiten beschränkten sich weitgehend auf Aktivitäten, die zur Durchführung der Beobachtungstätigkeit und zur Hilfestellung bei der Rückkehr der von den Konfliktparteien inhaftierten Kriegsgefangenen notwendig waren. Es gab weitere Bemühungen zur Förderung der Kontakte zwischen den Parteien auf örtlicher Ebene.

Nach einer Einigung zwischen den Parteien 2004 fand vom 31. Januar bis 5. Februar mit Unterstützung und Hilfestellung durch das Büro des Persönlichen Beauftragten eine Erkundungsmission der Minsk-Gruppe der OSZE in den besetzten Gebieten um Berg-Karabach statt.

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Artikel IV

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden setzt sich für die Erfüllung von Schlüsselaspekten des Friedensübereinkommens von Dayton ein, das 1995 den mehr als dreijährigen Krieg in Bosnien und Herzegowina beendete. Durch das Friedensübereinkommen befand sich Bosnien und Herzegowina in einer einzigartigen militärischen Situation. Der Staat hatte weder eigene Streitkräfte noch irgendeine Kontrolle über die während des Krieges von zwei relativ starken Teilgebieten – der (bosniakisch-kroatischen) Föderation Bosnien und Herzegowina und der (serbischen) Republika Srpska – geschaffenen Streitkräfte.

2004 gelang Bosnien und Herzegowina und seinen beiden Teilgebieten ein enormer Schritt hin zur Normalisierung der Region. Sie waren sich darin einig, dass Anhang 1-B Artikel II des Friedensübereinkommens über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den Parteien seinen Zweck erfüllt habe und nicht mehr benötigt werde.

Gemäß Anhang 1-B hat die OSZE die Aufgabe, die Parteien bei der Umsetzung und Verifikation der vereinbarten Maßnahmen zu unterstützen. Im Großen und Ganzen besteht die Rolle des Persönlichen Beauftragten darin, den politischen Konsens zu vermitteln, für ein Vorankommen im Prozess zu sorgen und Hindernisse bei der Umsetzung des Übereinkommens zu überwinden.

Im abgelaufenen Jahr setzte der Persönliche Beauftragte seine Arbeit im Bereich der Rüstungskontrolle in der Region gemäß Anhang 1-B Artikel IV fort. Ziel dieses 1996 unterzeichneten Übereinkommens ist es, das Gleichgewicht in den Rüstungsbegrenzungen für Bosnien und Herzegowina und seine beiden Teilgebiete sowie für die Republik Kroatien und die damalige Bundesrepublik Jugoslawien, heute Serbien und Montenegro, herzustellen.

Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Friedensübereinkommen von Dayton, Anhang 1-B Artikel IV)

2005 setzten die fünf Unterzeichner von Artikel IV einige wesentliche gesetzgeberische Schritte in der Verteidigungsreform, die als Grundlage für die endgültige Regelung der militärischen Aspekte des Friedensübereinkommens von Dayton dienen können. Ferner zerstörten sie entsprechend der Vereinbarung über die Rüstungsbegrenzungen rund 500 schwere Waffen und vollendeten die Arbeit über die Vereinbarung hinaus mit der Zerstörung von rund 100 schweren Rüstungsgütern, die in der Vereinbarung ausgenommen waren.

Der Persönliche Beauftragte berichtete, dass die Unterzeichner 2005 größere Stabilität und Sicherheit in der Region erreicht haben. Wie vorgesehen, führten die Parteien 18 Inspektionen unter Beteiligung von Experten aus 26 OSZE-Ländern durch.

Im Einvernehmen mit den Parteien unterstützte der Persönliche Beauftragte die Implementierung und Verifikation durch

- Koordination der Inspektionstermine,
- Hilfeersuchen an die OSZE-Staaten und
- Koordination von Schulungsangeboten.

Der Persönliche Beauftragte berichtete, dass das Inspektionsregime in einer Atmosphäre des Vertrauens, der Offenheit und der Transparenz gut funktioniert habe. Die Parteien waren beim Informationsaustausch und bei den Notifikationen auf Genauigkeit bedacht und lieferten ein präzises Bild des laufenden Umstrukturierungsprozesses der Streitkräfte in der Region. Die Reduzierung schwerer Waffen ging während des Jahres wie geplant mit der Zerstörung von rund 500 durch das Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle begrenzten Rüstungsgütern weiter.

Seit Inkrafttreten von Artikel IV haben die Parteien mit Unterstützung des Persönlichen Beauftragten die Bestimmungen verbessert, indem sie bestimmte Lücken schlossen, etwa jene der vom Übereinkommen ausgenommenen Ausrüstung, die es den Parteien gestatteten, über die vereinbarten Obergrenzen hinaus große Rüstungsmengen zu behalten. Dieser langwierige Nachbesserungsprozess wurde dieses Jahr mit der Zerstörung von rund 100 Stück schwerer Rüstungsgüter, die vom Übereinkommen ausgenommen waren, vollendet. Die Parteien reduzierten auch Waffen und Ausrüstungen der inneren Sicherheitskräfte (Polizei).

2005 trat die Subregionale Beratungskommission, die für Artikel IV zuständig ist, fünfmal zusammen und löste zwei bis dahin noch offene Fragen. Die Parteien klärten den Status aller vorhandenen Typen, Versionen und Modelle des gepanzerten Mannschaftstransportwagens BTR-50 und nahmen die Kategorie „ähnliche Fahrzeuge“ in das Protokoll vorhandener Rüstungstypen auf.

Um bei ständiger Abnahme der Inspektionsobjekte die statistische Aussagekraft zu gewährleisten, beschloss die Beratungskommission, ein Mindestmaß an passiven Inspektionsquoten für jede der Parteien beizubehalten.

Verteidigungsreform

Die gesetzgebenden Organe in Bosnien und Herzegowina verabschiedeten wichtige Gesetespakete zur Verteidigungsreform, die die Verteidigungsarchitektur des Landes letztendlich zu einem einzigen gesamtstaatlichen Rahmen vereinigen werden. Die Verabschiedung des Verteidigungsgesetzes Bosnien und Herzegowinas und des Gesetzes über den Dienst in den Streitkräften Bosnien und Herzegowinas hat weit reichende Konsequenzen. Sie eröffnen dem Land den Zugang zum NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“, das der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich gewidmet ist und die Stabilität und Sicherheit in ganz Europa erhöhen soll, und letzten Endes zur Vollmitgliedschaft in der NATO. Zehn Jahre nach Dayton bedeutet die Verabschiedung der Verteidigungsreformen auch, dass Bosnien und Herzegowina den nötigen Grundstein zum Abschluss der militärischen Aspekte des Friedensübereinkommens von Dayton gelegt hat.

Die Verteidigungsgesetze traten am 1. Januar 2006 in Kraft und werden Auswirkungen auf das Übereinkommen zu Artikel IV haben. Alle Parteien von Artikel IV unterzeichneten eine Abänderung zum Übereinkommen, die vorsieht, dass Bosnien und Herzegowina

die Teilgebiete in der Subregionalen Beratungskommission vertreten und deren frühere Rechte nach dem Übereinkommen zu Artikel IV ausüben wird. Die vom Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE ausgearbeitete Abänderung wurde im März 2006 unterzeichnet.

Der Persönliche Beauftragte berichtete, dass sich das strategische Gesamtfeld in der Region, auf die sich die Rüstungskontrolle nach Dayton bezieht, erheblich verbessert hat und nicht zu vergleichen ist mit der Situation vor zehn Jahren, als die Mandate für die verschiedenen Übereinkommen in Anhang 1-B des Übereinkommens von Dayton festgelegt wurden. Der Persönliche Beauftragte setzte deshalb seine Konsultationen mit den OSZE-Delegationen fort, insbesondere mit den Staaten der Kontaktgruppe, mit dem Ziel, eine langfristige Strategie im Einklang mit der Gesamtstrategie für die Region zu entwickeln. Zu diesem Zweck hielt die OSZE im November 2005 in Zagreb mit allen Parteien einen Workshop über subregionale Rüstungskontrolle und die geänderte Sicherheitslage in der Region ab.

Die Übertragung der Aufgaben in die Eigenverantwortung ist, soweit es das Übereinkommen zu Artikel IV betrifft, erreicht und könnte weitere Bereiche erfassen. Der Persönliche Beauftragte wird den Parteien auch weiterhin Anleitung und technische Unterstützung bei der Umsetzung eines Inspektionsregimes mit nur drei Parteien bieten und Analysen und Know-how für die Durchführung des jährlichen Informationsaustausches und notwendiger Abänderungen des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle in Konsultation mit den Parteien zur Verfügung stellen.

Die Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels

Die Sonderbeauftragte Helga Konrad befasste sich 2005 hauptsächlich mit dem Handel mit Kindern zum Zwecke ihrer Ausbeutung als Arbeitskräfte und für Zwangsarbeit bzw. Zwangsdienstbarkeit.

Die Sonderbeauftragte behandelte diese Fragen auf zwei hochrangigen Konferenzen, die im Rahmen der *Allianz gegen Menschenhandel* im März und November veranstaltet wurden. Die Konferenzen regten zum Nachdenken an und leiteten einen Dialog mit und unter den OSZE-Teilnehmerstaaten darüber ein, wie mit zwei Fragen umgegangen werden soll: erstens der besondere Hilfs- und Schutzbedarf von Kindern und zweitens die Beseitigung von Strukturen, die den illegalen Kinderhandel zum Zwecke der Zwangsarbeit oder Zwangsdienstbarkeit ermöglichen. Ein weiterer Zweck war es, den Regierungen qualitativ hoch stehende praxisorientierte Hintergrundinformationen als Entscheidungshilfe bei der Festlegung von Strategien gegen den Menschenhandel in die Hand zu geben. Die Konferenz über Kinderhandel legte den Grundstein für die Ausarbeitung des vom Ministerratstreffen in Laibach am 5. und 6. Dezember verabschiedeten Zusatzes betreffend die Bekämpfung des Kinderhandels zum OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Trotz verstärkter Aufmerksamkeit auf politischer Ebene und einigen Verbesserungen vor Ort werden die Opfer des Menschenhandels sehr oft immer noch als Täter gesehen und kriminalisiert. Anstatt sie in geeignete Unterkünfte zu bringen, werden sie in den Zielländern oft in Gewahrsam genommen oder sofort in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Die angebotenen Schutz- und Hilfsmaßnahmen lassen die Menschenrechte außer Acht.

Nationale und internationale Experten befassten sich auf Workshops und Tagungen mit diesen Fragen, in dem Bestreben, bestehende Ansätze, Maßnahmen und Aktivitäten zu verfeinern, um sie wirksamer und nachhaltiger zu machen. Ein Beispiel hierfür war die Expertentagung zur Fragen der Opferhilfe im Februar. Alle einschlägig tätigen OSZE-Strukturen und -Institutionen (BDIMR, die Gruppe strategische Polizeiangelegenheiten, OCEEA, die Leitende Beraterin für Gleichbehandlungsfragen sowie die Feldmissionen) trugen mit Fachwissen und Know-how zu den Konferenzen und Tagungen bei.

Die Sonderbeauftragte stellte die mit wichtigen internationalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Akteuren unternommenen Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel unter das Motto *Allianz gegen den Menschenhandel*. Die Allianz nimmt auf die Komplexität des Problems Bedacht und ergänzt bestehende Koordinationsbemühungen zwischen der OSZE und anderen internationalen Partnern. Das *Alliance Expert Co-ordination Team*, ein Forum zur Erörterung und Vereinheitlichung geeigneter Reaktionen auf die einzelnen Glieder in der Menschenhandelskette und auf das Problem als Ganzes, trat 2005 unter dem Vorsitz der Sonderbeauftragten dreimal zusammen. Dank der auf diesen Tagungen gewonnenen Erkenntnisse spielte die OSZE eine wichtige Rolle bei der Skizzierung des EU-Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels, der auf den OSZE-Aktionsplan als Referenzdokument verweist.

Entsprechend ihrem Mandat stattete die Sonderbeauftragte 24 OSZE-Teilnehmerstaaten (15 EU-Länder, vier von ihnen neue EU-Mitgliedstaaten, vier südosteuropäische Staaten, fünf GUS-Staaten) offizielle Besuche ab, bei denen sie sich einen Überblick über die Lage vor Ort verschaffte und mit Entscheidungssträgern und wichtigen Ansprechpartnern Strategien und konkrete künftige Schritte erörterte. Diese Erkundungsmissionen schaffen eine Brücke zwischen Theorie und Praxis. Sie haben sich als äußerst effektives Werkzeug erwiesen, um herauszufinden, ob Menschenhandel als das erkannt wird, was er wirklich ist: ein schweres Verbrechen und eine abscheuliche Verletzung der Menschenrechte.

Neben den OSZE-Konferenzen und -Treffen unter der Schirmherrschaft der *Allianz gegen den Menschenhandel* nahm die Sonderbeauftragte Einladungen zu Vorträgen bei über 50 nationalen, regionalen und internationalen Konferenzen, Treffen, Workshops, Runden Tischen und Diskussionsrunden an. Dadurch wurde die Zusammenarbeit in allen Aspekten der Arbeit gegen den Menschenhandel weiter gestärkt und das Engagement der OSZE für den entschlossenen Kampf gegen diese Geißel und für den Ausbau ihrer

führenden Rolle in diesem Bereich besser in das Licht der Öffentlichkeit gerückt.

Im Interesse eines guten Überblicks über die Gesamtlage hinsichtlich des Menschenhandels im OSZE-Raum und als Zeugnis für den Kampf gegen den Menschenhandel gab die Sonderbeauftragte einen Bericht in Auftrag, der sowohl über beispielhafte Praktiken als auch über Faktoren, die sich dem wirksamen Kampf gegen den Menschenhandel entgegenstellen, informieren wird. Der Bericht wird Anfang 2006 veröffentlicht.

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Zentralasien

Der Amtierende Vorsitzende bestellte den Abgeordneten zum Europäischen Parlament Alojz Peterle für das Jahr 2005 zu seinem Persönlichen Beauftragten für Zentralasien.

Der Sonderbeauftragte für Zentralasien spielte im Laufe des Jahres eine aktive Rolle in der Region, er stattete den Ländern regelmäßig Besuche ab, um auf hoher politischer Ebene Konsultationen zu wichtigen Fragen von regionalem Interesse zu führen.

In seiner Arbeit konzentrierte er sich in erster Linie auf die Lage in Kirgisistan nach den Ereignissen vom März und auf die darauf folgenden Entwicklungen. Nach den Parlamentswahlen im Land im Februar und März begab sich der Persönliche Beauftragte erstmals am 24. März nach Bischkek, um den Präsidenten und die Opposition zu einem politischen Dialog zu bewegen. Am selben Tag stürmten Demonstranten den Regierungssitz und der Präsident flüchtete, was der Mission des Persönlichen Beauftragten eine neue Note verlieh. Die OSZE diente als neutrale Plattform für den Dialog mit der neuen Führung und als zentrale Koordinationsstelle zwischen den Vertretern der Botschaften, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen. Der Persönliche Beauftragte spielte eine ganz wesentliche Rolle bei der Ausarbeitung eines OSZE-Arbeitsplans für Kirgisistan, durch den wieder Stabilität und Sicherheit in der Region einkehren sollte. (Mehr zu diesem Thema siehe

Seite 24.)

Ein wichtiges Anliegen Peterles in seinen Erörterungen mit den Behörden waren nach wie vor die Wahlen. Der Persönliche Beauftragte besuchte im Juni Bischkek, um den Präsidentschaftskandidaten einen politisch bindenden Kodex für ein faires Verhalten im Wahlkampf vorzuschlagen. Die meisten Kandidaten stimmten zu und unterschrieben diesen Verhaltenskodex.

Bei seinem Besuch in Kasachstan Anfang November und seinen Zusammentreffen mit politischen Führern, darunter die Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission und Vertreter der Zivilgesellschaft, erinnerte der Persönliche Beauftragte an die Bedeutung der Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2005 und mahnte die Umsetzung der vom BDIMR abgegebenen Empfehlungen zum Wahlverfahren ein.

Anlässlich seines Besuchs in Kirgisistan Ende November sprach der Persönliche Beauftragte auf der *Conference on Constitutional reform in the Kyrgyz Republic: International Review*. Bei Treffen mit dem Präsidenten und mit maßgeblichen Mitgliedern der kirgisischen Regierung erörterte er die politischen Entwicklungen und brachte auch andere wichtige Fragen wie etwa den Kampf gegen die Korruption zur Sprache. Er unterstrich die Notwendigkeit, den konstruktiven Diskurs über die Verfassungsreform fortzusetzen, die eine Grundvoraussetzung für die politische Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sei, und überdies die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den kirgisischen Behörden und der OSZE, wobei er in diesem Zusammenhang insbesondere das Polizeiunterstützungsprogramm nannte.

Bei der Erfüllung seines Mandats bewies der Persönliche Beauftragte die unverändert große Bedeutung der Organisation für die Sicherheit in Zentralasien und im OSZE-Raum insgesamt sowie das feste Bekenntnis der Organisation zu diesem Anliegen.

Alojz Peterle war von 1990 bis 1992 Ministerpräsident der ersten demokratisch gewählten slowenischen Regierung und später Außenminister.

Berichte der Vorsitzenden der Kontaktgruppen mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien

Kooperationspartner im Mittelmeerraum: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien
Vorsitz in der Mittelmeer-Kontaktgruppe 2005: Belgien

Kooperationspartner in Asien: Afghanistan, Japan, Republik Korea, Mongolei und Thailand
Vorsitz in der Asien-Kontaktgruppe 2005: Bulgarien

Der bulgarische Vorsitz in der Asien-Kontaktgruppe und der belgische Vorsitz in der Mittelmeer-Kontaktgruppe sorgten mit Unterstützung der Sekretariatsabteilung für externe Zusammenarbeit für eine weitere Verbesserung des Dialogs zwischen der OSZE und ihren Partnerstaaten. Das Jahr war geprägt von gemeinsamen Bemühungen um entsprechende Maßnahmen im Anschluss an die Empfehlungen im *Bericht über die Umsetzung von PC.DEC/571/Corr. 1 über die OSZE und ihre Kooperationspartner*.

In Fortsetzung eines eingeleiteten Trends bot die OSZE den Partnern auf regelmäßiger Basis Zugang zu den Sitzungen des Ständigen Rates. Die Beiträge der Partner zu den Debatten im Ständigen Rat waren ebenso wertvoll und interessant wie ihre Wortmeldungen auf der ersten gemeinsamen Sitzung mit dem Forum für Sicherheitskooperation. Die regelmäßige Arbeit der Asien- und der Mittelmeer-Kontaktgruppe ergänzte ihre Teilnahme an diesen Debatten. Die Partner nahmen aktiv an den wichtigsten OSZE-Veranstaltungen des Jahres teil, darunter das *Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung*, die *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz*, das *Wirtschaftsforum* und das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension*. Sie nahmen auch an der *OSZE-Konferenz von Córdoba über Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz* am 8. und 9. Juni in Spanien teil und entsandten Parlamentarierdelegationen in die maßgeblichen Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

2005 kam es überdies zu einer weiteren Zusammenarbeit zwischen den Partnern in Asien und im Mittelmeerraum. Am 23. November fand auf Initiative des belgischen und des bulgarischen Vorsitzes zwischen den Partnern im Mittelmeerraum bzw. in Asien und dem Forum für Sicherheitskooperation zum ersten Mal eine gemeinsame Sitzung zum Thema Kleinwaffen und leichte Waffen statt. Das Treffen war nicht nur eine wichtige Neuerung, sondern leistete auch einen wertvollen Beitrag zur Vorbereitung der VN-Überprüfungskonferenz über Kleinwaffen und leichte Waffen im Jahr 2006. Eine Übersetzung des *OSZE-Handbuchs über Kleinwaffen und leichte Waffen* ins Arabische wurde von Deutschland, der Schweiz und Belgien finanziert.

Ebenfalls zum ersten Mal wurde auf Initiative des Kontaktgruppenvorsitzes und in Abstimmung mit dem slowenischen OSZE-Vorsitz am Rande der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* eine eigene Parallelveranstaltung für alle Partner abgehalten. Diese bot Gelegenheit zur Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Partnern und den Teilnehmerstaaten der OSZE in der politisch-militäri-

schen Dimension, insbesondere zum Zweck einer Standortbestimmung und der Sondierung von Möglichkeiten für die Ausweitung der Zusammenarbeit und der Implementierung. Die Bedeutung des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE und der Kampf gegen den Terrorismus waren der OSZE und ihren Partnern ein großes Anliegen. Es wurde darauf hingewiesen, dass internationale Normen eingehalten werden müssen. Ebenso müsse die Zusammenarbeit mit anderen regionalen Organisationen, insbesondere dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), verstärkt werden. Für einen Vorschlag, in der Mittelmeerregion eine gemeinsame Veranstaltung der OSZE mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung abzuhalten, wurde Unterstützung bekundet. Die Veranstaltung erwies sich als weiteres wichtiges Element im Prozess der erfolgreichen Verwirklichung einiger Empfehlungen aus dem Bericht über die OSZE und ihre Kooperationspartner. Ferner nahmen die Kooperationspartner auch an der Schlussitzung der Konsultationen auf hoher Ebene zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE am 13. September in Wien teil.

Die Mittelmeer-Kontaktgruppe. Die neun Sitzungen der Mittelmeer-Kontaktgruppe, bei denen die drei Sicherheitsdimensionen der OSZE behandelt wurden, dienten der Aufrechterhaltung eines offenen Dialog- und Konsultationswegs zwischen den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum.

Um einen möglichst frühzeitigen Beitrag der Mittelmeerpartner sicherzustellen, wurden ihre Kommentare und Anregungen in den Diskussionen der Kontaktgruppe unmittelbar vor OSZE-Veranstaltungen wie dem *Wirtschaftsforum*, der *Konferenz über Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz* und dem *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* mit Interesse registriert. Auf eigenes Ersuchen der Mittelmeerpartner kam es im Juni und im November im Rahmen der Kontaktgruppe zu informellen Treffen mit den drei Sonderbeauftragten für Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Im Interesse der Synergie und der möglichen Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen, in denen ein Dialog zwischen Europa und den Ländern des südlichen und östlichen Mittelmeerraums geführt wird, lud der Vorsitzende ranghohe Redner von der Generaldirektion Außenbeziehungen der Europäischen Kommission und der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten zu einem Gedankenaustausch ein. Die Gruppe ging hauptsächlich auf die Reformdebatte in, die in verschiedenen OSZE-Arbeitsgruppen geführt wird:

Verbesserung der Funktionsweise und Wirksamkeit der Feldeinsätze, Grenzen, Terrorismusbekämpfung sowie Gleichstellung der Geschlechter und Kampf gegen illegalen Handel. Im Anschluss an ein Briefing durch einen Vertreter von Belarus, das turnusmäßig den Vorsitz im Forum innehatte, fand auch eine Diskussion zur politisch-militärischen Dimension und zur Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation statt. Der Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung der OSZE informierte die Kontaktgruppe über Aktivitäten der Versammlung in Bezug auf die Mittelmeerdimension der OSZE, wie etwa das jährliche Mittelmeerforum mit Parlamentariern der Mittelmeerpartner, das im Oktober in Sveti Stefan (Serbien und Montenegro) abgehalten wurde.

Der Vertrag über den Offenen Himmel – eine Demonstration der Offenheit und Transparenz in militärischen Angelegenheiten. Experten der Mittelmeerpartner wurden zu einer Veranstaltung am 4. und 5. Juli in Brüssel eingeladen, deren Gegenstand die Rolle des mit dem Vertrag über den Offenen Himmel geschaffenen Regimes als Beitrag zur Offenheit und Transparenz zwischen den Staaten war. Der Vertrag, dessen grundlegende Philosophie der Offenheit und Transparenz mit jener übereinstimmt, die sich hinter vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen verbirgt, enthält Bestimmungen für die Durchführung unbewaffneter Beobachtungsflüge über den Hoheitsgebieten von Vertragsstaaten. Experten aus der Verifikationsagentur der belgischen Streitkräfte begrüßten Vertreter der Mittelmeerpartner auf dem Luftstützpunkt Melsbroek, wo der Vertrag, das Gondelsystem „Offener Himmel“ C-130 H, die in den für Beobachtungsflüge bestimmten Luftfahrzeugen verwendete Technologie und die Zusammenarbeit zwischen den Beneluxländern innerhalb der Pod-Gruppe erörtert wurden, in der Benelux, Frankreich, Griechenland, Italien, Kanada, Norwegen, Portugal und Spanien vertreten sind. Die Teilnehmer wurden aus erster Hand über die Technologie informiert und sahen in einer praktischen Demonstration, welche Art von Informationen bei Beobachtungsflügen gewonnen wird.

Dieser Besuch folgte auf eine Simulationsübung, die letztes Jahr von Slowenien organisiert wurde und zur weiteren Hebung des Bewusstseins für vertrauensbildende Maßnahmen beitrug. Die von Experten, auch aus den Hauptstädten, vertretenen Mittelmeerpartner wurden von Vertretern Belgiens, des OSZE-Vorsitzes und des Sekretariats begleitet. Weitere Teilnehmer waren Militärs aus Luxemburg und den Niederlanden.

Konsultationen auf hoher Ebene zur OSZE-Reform. Die Mittelmeerpartner trugen darüber hinaus zum Dialog über die Stärkung der OSZE bei. Im Juli übermittelte der Vorsitz der Kontaktgruppe den Mitgliedern des Weisenrats zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE eine gemeinsame Stellungnahme der Mittelmeerpartner. Nach Vorlage des Berichts des Weisenrats wurden die Partnerstaaten zur Schlussitzung der Konsultationen auf hoher Ebene zur OSZE-Reform eingeladen. Die Mittelmeerpartner gaben eine gemeinsame Erklärung ab, die ein deutliches politisches Signal an die OSZE-Teilnehmerstaaten enthielt. Die Erklärung wurde vom Botschafter Algeriens abge-

geben, der auch einige Vorschläge zur Stärkung der Mittelmeerdimension der OSZE machte.

Parallelveranstaltung mit den Mittelmeerpartnern – Wirtschaftsforum. Zum zweiten Mal in Folge fand am Rande des Wirtschaftsforums eine Parallelveranstaltung mit den Mittelmeerpartnern statt. Sie diente gleichzeitig der Vorbereitung des OSZE-Mittelmeerseminars. Die Teilnehmer, unter ihnen Vertreter aus den Teilnehmer- und den Partnerstaaten, hatten Gelegenheit, sich zu folgenden Themen zu äußern: maßgebliche Fragen der Migration, Voraussetzungen, damit Migranten einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Herkunftsländer und Zielländer leisten können; verstärkte Beachtung der Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung; Probleme durch die Migration in den Herkunfts- und Zielländern; Steuerung der Migration zum allseitigen Vorteil, sowohl für die Migranten selbst als auch für die Gesellschaft in den Herkunfts- und Zielländern. Die aufgeworfenen Fragen bildeten eine der Grundlagen für die Erstellung der Tagesordnung des Seminars und boten Gelegenheit, die Debatte zu erweitern und wichtige Vorschläge für Anschlussmaßnahmen vorzubringen.

Das OSZE-Mittelmeerseminar über Migrations- und Integrationspolitik. Am 8. und 9. September war erstmals Marokko Gastgeber des jährlichen Mittelmeerseminars. Die Teilnehmer an der Veranstaltung in Rabat kamen aus 33 Teilnehmerstaaten, allen sechs Partnerstaaten im Mittelmeerraum, drei asiatischen Partnerstaaten, verschiedenen internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen. Im Mittelpunkt der Erörterungen der hochrangigen Vertreter und Experten standen aktuelle Herausforderungen der Migration und Integration, die sich auf beiden Seiten des Mittelmeers stellen.

„Es sind konzertierte Bemühungen notwendig, um den Strom des illegalen Handels zu unterbinden, aber auch um einen gemeinsamen Ansatz in der Auseinandersetzung mit den Ursachen der Migration zu entwickeln. Andererseits kann die richtige Steuerung der Migration den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt fördern“, erklärte Karel De Gucht, der Minister für auswärtige Angelegenheiten Belgiens, auf dem Seminar.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass der Kampf gegen die illegale Migration und den Menschenhandel nach einem verstärkten Zusammenwirken der Herkunfts-, Transit- und Zielländer verlangt. Sie machten verschiedene Vorschläge und unterbreiteten neue Konzepte für die Bewältigung der von allen geteilten Probleme. Dazu zählte die Migrationsvorbereitung, die Schaffung von Aufnahmeeinrichtungen, die den Migranten die Anpassung erleichtern, sowie die Einführung von „Integrationsverträgen“ zwischen Migranten und den Behörden des Aufnahmelandes. Es wurde angeregt, im Anschluss an das Seminar von Rabat Folgetreffen unter Beteiligung von Experten und staatlichen Vertretern abzuhalten. Zur weiteren Entwicklung des Dialogs zwischen der OSZE und dem Mittelmeerraum sprachen sich die Teilnehmer für die Schaffung eines aus freiwilligen Beiträgen der Teilnehmer- und Partnerstaaten gespeisten Partnerschaftsfonds aus.

Die Asien-Kontaktgruppe. Unter bulgarischem Vorsitz verstärkten die asiatischen Partner ihre Arbeit, und die Anzahl der Sitzungen erhöhte sich von vier auf fünf. Außerdem ging man dazu über, vor den Sitzungen der Asien-Kontaktgruppe routinemäßig Vorbereitungsitzungen auf der Ebene der jeweiligen Kontaktstellen abzuhalten. Der bulgarische Vorsitz überprüfte auch die Tagesordnungen der Gruppen-sitzungen und veranlasste die Aufnahme eines neuen Punktes „aktuelle Fragen“. Unter diesem Tagesordnungspunkt informierte der Vorsitzende des Ständigen Rates die asiatischen Partner über jüngste Entwicklungen in der OSZE, und die Partner erhielten gleichzeitig Gelegenheit, die Teilnehmerstaaten über entsprechende Entwicklungen in ihrer Region zu informieren und Fragen von gegenseitigem Interesse zur Sprache zu bringen. Weitere Tagesordnungspunkte der Gruppe galten der OSZE/Korea-Konferenz über neue Bedrohungen der Sicherheit und ein neues Sicherheitsparadigma, einem Workshop über Menschenhandel im Juni in Thailand, Fragen der Terrorismusbekämpfung, der *OSZE-Konferenz von Córdoba über Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz* sowie Fragen der OSZE-Reform.

Die OSZE/Korea-Konferenz. Im April trafen rund 140 Vertreter aus OSZE-Teilnehmerstaaten und den Partnerstaaten in Asien und im Mittelmeerraum, internationalen Organisationen, wissenschaftlichen Einrichtungen und NROs aus Asien und Europa mit Mitgliedern des ASEAN-Regionalforums als Beobachter in den Räumlichkeiten des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel der Republik Korea in Seoul zusammen. Sie erörterten im Rahmen der *OSZE/Korea-Konferenz über neue Bedrohungen der Sicherheit und ein neues Sicherheitsparadigma* Fragen im Zusammenhang mit neuen Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität sowie ein neues Sicherheitsparadigma in Nordostasien.

Die Konferenzteilnehmer analysierten eingehend die Sicherheitslage in Nordostasien unter Bezugnahme auf die europäischen Sicherheitsvereinbarungen und deren Zweckmäßigkeit für die Region. Die Teilnehmer machten mehrere interessante Vorschläge, die das OSZE-Sekretariat in einer Zusammenfassung der Konferenz wiedergab. Vorgeschlagen wurden unter anderem eine Intensivierung und Ausweitung der Beziehungen zwischen der OSZE und dem ASEAN-Regionalforum in Sicherheitsfragen, etwa durch Abhaltung einer gemeinsamen Konferenz, sowie die Schaffung eines effektiveren Sicherheitsrahmens für die Region und einer Kultur des Dialogs zwischen den nordostasiatischen Ländern. Die Teilnehmer befürworteten auch die im Bericht des Vorsitzenden der informellen Freundesgruppe für die Umsetzung des PC-Beschlusses 571 enthaltenen Empfehlungen, darunter etwa die Teilnahme asiatischer Partner an Wahlbeobachtungsmissionen des BDIMR, die Entsendung von Experten zu OSZE-Feldeinsätzen und die Beteiligung am Praktikantenprogramm der OSZE. Einige auf der Konferenz geäußerte Vorschläge wurden 2005 umgesetzt.

Die Thailand-Konferenz über die Bekämpfung des Menschenhandels. Thailand war am 16. und 17. Juni in Bangkok Gastgeber einer Konferenz zum Thema

Weitergabe von Erfahrungen bei der Bekämpfung des Menschenhandels, der über 75 Teilnehmer aus den OSZE-Teilnehmer- und Partnerstaaten sowie Vertreter von Mitgliedstaaten des ASEAN-Regionalforums und internationaler Organisationen beiwohnten. Erörtert wurden insbesondere der Menschenhandel in Asien und Europa, die Wichtigkeit gesetzlicher Maßnahmen und der Strafverfolgung für die Bekämpfung des Menschenhandels sowie regionale Lösungen und Modelle der Zusammenarbeit. Die Teilnehmer schlugen vor, die Schlussfolgerungen des Forums von Bangkok bei der Vorbereitung der OSZE/Thailand-Konferenz 2006 zu berücksichtigen.

Das OSZE-Wahlunterstützungsteam in Afghanistan. Nach der allerersten, erfolgreichen Entsendung eines Wahlunterstützungsteams zu den Präsidentenwahlen 2004 in Afghanistan beschloss der Ständige Rat am 7. Juli, erneut ein solches Team zur Unterstützung der Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Provinzräten Afghanistans vom 18. September zu entsenden. Mit diesem Beschluss reagierte der Ständige Rat auf unabhängig voneinander ergangene Einladungen an die OSZE seitens des Außenministers Afghanistans, Abdullah Abdullah, und des Vorsitzenden der Gemeinsamen Wahlaufsichtsbehörde, Bismillah Bissmil. Das Team stand unter der Leitung von Botschafter Craig Jenesse aus Kanada. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 26.)

Die fortgesetzte Unterstützung der OSZE für Afghanistan war ein Zeichen der Anerkennung der Bedeutung demokratischer Wahlen und der Stabilität im Land und ein wichtiger Beitrag zu diesen Wahlen, vor allem angesichts der Tatsache, dass die Wahlen zur Nationalversammlung den mit den Empfehlungen von Bonn begonnenen Kreis schlossen.

Treffen der Ministertrioika mit Vertretern der Partnerstaaten. Wie schon bisher üblich, trafen die Minister der OSZE-Troika im Vorfeld des Dreizehnten Ministerratstreffens in Laibach mit den Partnern in Asien und im Mittelmeerraum zusammen. Die Diskussionen auf beiden Sitzungen waren lebhaft und dienten der Überprüfung der Arbeit der jeweiligen Kontaktgruppe sowie einem Gedankenaustausch über die weitere Vertiefung des gegenseitigen Dialogs angesichts der Konferenzen von Seoul und Bangkok und des Seminars in Rabat. Als besonders erwähnenswert ist zu berichten, dass sich die asiatischen Partner erstmals auf eine gemeinsame Erklärung einigten, die eine Reihe gemeinsamer Vorschläge über die Stärkung des Dialogs zwischen der OSZE und ihren asiatischen Partnern im Jahr 2006 enthielt. Die asiatischen Partner zeigten sich in ihrer Erklärung erfreut über die bedeutenden Entwicklungen in der Arbeit der Kontaktgruppe 2005 und äußerten ihre Hoffnung, dass sich diese Tendenz auch 2006 fortsetzen werde.

In der Erklärung wurden unter anderem folgende Maßnahmen vorgeschlagen: Stärkung der OSZE-Unterstützung für asiatische Partner bei der Wahlbeobachtung, der Grenzkontrolle und dem Aufbau von Polizeikapazitäten; Stärkung der Asien-Kontaktgruppe und Konzentration auf Themenkreise wie die Sicherheit des Einzelnen. In Bezug auf das ASEAN-Regionalforum schlugen die asiatischen Partner vor,

mögliche Mechanismen zur Erreichung dieses Ziels zu prüfen, einschließlich möglicher gegenseitiger Besuche zwischen ihnen und der OSZE und eines regelmäßigen Dialogs. Auf der Sitzung mit den Mittelmeerpartnern begrüßte der belgische Außenminister die Vorschläge der Partner bezüglich Themen und Tagungsorten für künftige Mittelmeerseminare, Konferenzen und eines Workshops für junge Diplomaten aus Partnerländern sowie eines Expertentreffens über die Fragen Grenzsicherung, zivile Notfallplanung und Terrorismusbekämpfung. Es wurde betont, dass im Anschluss an das Mittelmeerseminar in Rabat entsprechende Folgemaßnahmen notwendig seien, unter anderem durch Schaffung einer Arbeitsgruppe für die weitere Prüfung der Empfehlungen und Vorschläge betreffend die Migration und durch Einrichtung eines freiwilligen Fonds für die Finanzierung von Partnerschaftsaktivitäten.

Das Forum für Sicherheitskooperation

Das Forum für Sicherheitskooperation

Das auf dem Gipfeltreffen von Helsinki 1992 eingerichtete Forum für Sicherheitskooperation ist für die militärische Dimension der OSZE zuständig. Die wichtigsten Ziele des Forums sind:

- Verhandlung und Verabschiedung politisch bindender Beschlüsse über Rüstungskontrolle sowie über Abrüstung und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM)
- regelmäßige Konsultationen und intensive Zusammenarbeit in Angelegenheiten, die Sicherheitsfragen betreffen
- weitere Verringerung des Risikos von Bedrohungen und Konflikten
- Durchführung und Überprüfung der Durchführung vereinbarter VSBM und Verpflichtungen

Der Vorsitz im Forum wechselt alle vier Monate in der alphabetischen Reihenfolge der OSZE-Teilnehmerstaaten. 2005 stand das Forum unter dem Vorsitz von Aserbaidschan, Belarus und Belgien.

Die drei Vorsitze beschlossen, sich dieses Jahr auf die Umsetzung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen bzw. über Lagerbestände konventioneller Munition zu konzentrieren. Weitere Schwerpunkte waren die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Organisation eines Seminars über Militärdoktrinen, das im Februar 2006 stattfand. Schließlich zogen sie auch eine mögliche Folgekonferenz über den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit in Erwägung.

Der Umgang mit gefährlichen Lagerbeständen von Munition, Kleinwaffen und leichten Waffen. Überschüssige Lagerbestände von Kleinwaffen und konventioneller Munition, Relikte aus der Zeit des Kalten Krieges, stellen eine erhebliche Bedrohung für die Bevölkerung, die Infrastruktur und die Umwelt vieler OSZE-Länder dar. Sie werden oft mangelhaft bewacht und können überdies zu einer allgemeinen Sicherheitsbedrohung werden, wenn sie Terroristen in die Hände fallen.

Die *OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen und über Lagerbestände konventioneller Munition* bieten den Teilnehmerstaaten einen Rahmen für Hilfersuchen oder Hilfeleistung im Zusammenhang mit der Sicherung oder Vernichtung solcher Lagerbestände.

Die Arbeit des Forums in diesem Bereich entwickelte sich schrittweise vom ursprünglichen Informationsaustausch nach der Verabschiedung der Dokumente 2000 und 2003 zu konkretem Handeln. Die OSZE reagiert auf Hilfersuchen von Teilnehmerstaaten bezüglich der Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen sowie der Sicherung und Verwaltung von Lagerbeständen. Mehrere Teilnehmerstaaten haben ihr Interesse und ihre Bereitschaft zur Unterstützung ersuchender Staaten zum Ausdruck gebracht.

2005 reagierte das Forum auf Hilfersuchen zu Kleinwaffen und leichten Waffen aus Belarus, Tadschikistan und Kasachstan.

Im Juni leitete das Forum die praktische Phase des Tadschikistan-Programms ein. Das Vereinigte Königreich, die Schweiz, Spanien und das Konfliktverhütungszentrum des OSZE-Sekretariats legten einen Vorschlag für die bessere Absicherung der Lagerbestände von Kleinwaffen und leichten Waffen in Belarus zur Prüfung durch mögliche Geber vor. Außerdem begann das Forum mit seiner Beurteilung der diesbezüglichen Lage in Kasachstan.

Das Forum übernahm federführend die Ausarbeitung des OSZE-Beitrags zur *Zweiten zweijährlichen Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten* bei den Vereinten Nationen im Juli in New York. Es legte auch Teile der Forum-Agenda 2006 betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen fest, unter Berücksichtigung und schwerpunktmäßiger Befassung mit internationalen Entwicklungen, insbesondere in den Vereinten Nationen.

Ein weiterer Arbeitsbereich des Forums betrifft die Ausarbeitung einer Zusammenstellung der bestehenden Beschlüsse und eine Überprüfung der Durchführung des *OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen*. Diese Arbeit kann letzten Endes zu einer Überprüfung des Dokuments selbst führen und als Grundlage für den OSZE-Beitrag zu den VN-Bemühungen im Umgang mit dem Problem auf globaler Ebene dienen.

Was konventionelle Munition betrifft, ist das Forum im Begriff, im Sinne eines Beschlusses des OSZE-Ministerratstreffens von Sofia über weitere Bemühungen zur Umsetzung des diesbezüglichen OSZE-Dokuments einen Bericht auszuarbeiten.

Vernichtung von toxischem Raketentreibstoff.

2005 begannen das Forum und das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE sich mit der Problematik der Lagerbestände von Raketentreibstoffkomponenten zu befassen. Armenien, Usbekistan, die Ukraine, Aserbaidschan und Kasachstan ersuchten teils über das Forum teils über OSZE-Feldeinsätze um Hilfe bei der Entsorgung dieser Substanzen. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 13.)

Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Das Forum führte erneut eine Diskussion über die Rolle, die die OSZE bei der Bewältigung der durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen entstehenden Probleme spielen könnte. Im Juni hielt es eine Sondersitzung über Nichtverbreitung ab, bei der mögliche OSZE-Aufgaben in diesem Bereich geprüft wurden. Die Delegationen schlugen vor, die OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung aus dem Jahr 1994 auf den letzten Stand zu bringen, und fassten die Möglichkeit ins Auge, eine umfassende politische Erklärung zur Nichtverbreitung herauszugeben.

Bei dieser Diskussion zeigte sich, dass die OSZE die Rolle anderer internationaler Organisationen auf regionaler Ebene durch Informationsaustausch und Unterstützung bei der Durchführung von Vereinbarungen zur Nichtverbreitung sowie durch Mechanismen wie die Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die sich mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beschäftigen, ergänzen könnte. Das Forum beschloss, zu einem Dialog darüber, wie die Umsetzung der Resolution unterstützt werden kann, zu ermutigen.

Bewertung der OSZE-Arbeit zu Sicherheitsfragen.

Die dritte *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz* im Juni befasste sich vorwiegend mit der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, der umfassenden Sicherheit und verstärkter Kooperation und Synergie mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen. Das Forum leistete einen wesentlichen Beitrag zur Vorbereitung dieser Veranstaltung, auf der über 100 Vorschläge gemacht wurden, von denen sich 25 direkt auf die politisch-militärische Dimension bezogen. Diese betrafen unter anderem Kleinwaffen und konventionelle Munition, die Anpassung der Rüstungskontrolle an Veränderungen in der politisch-militärischen Lage in Europa und die Rolle der OSZE bei der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Eine wesentliche Aufgabe des Forums besteht in der Beurteilung, inwieweit die Teilnehmerstaaten ihre zahlreichen Verpflichtungen betreffend VSBM aus dem Wiener Dokument 1999 und aus anderen einschlägigen Forumsbeschlüssen umgesetzt haben. Auf dem *15. Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung (JTBD)* am 8. und 9. März wurden die zur Umsetzung ergriffenen Maßnahmen geprüft. Die Arbeitsgruppe A befasste sich im Anschluss an das Treffen mit der weiteren Durchführung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen bzw. konventionelle Munition. Das Forum gab eine *Erklärung über die vorherige Ankündigung größerer militärischer Aktivitäten* heraus. Diese Erklärung war ein bescheidener aber wichtiger Schritt zur Erhöhung der Offenheit und Transparenz in Bezug auf VSBM. Das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung wird sich auch mit der Implementierung dieser freiwilligen Maßnahme befassen.

Seminar über Militärdoktrinen. Das Forum vereinbarte, am 14. und 15. Februar 2006 ein *Seminar über Militärdoktrinen* auf hoher Ebene abzuhalten, bei dem ein breites Fragenspektrum im Zusammenhang mit Veränderungen in den Militärdoktrinen der Teilnehmerstaaten angesichts neuer Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit erörtert wurde.

Aufrechterhaltung eines Dialogs über Sicherheitsfragen. Der Sicherheitsdialog ist ein wichtiges und dynamisches Werkzeug des Forums. Er steht regelmäßig auf der Tagesordnung der Forumssitzungen und bietet allen Teilnehmern Gelegenheit, sicherheitsbezogene Fragen allgemeinerer Natur zur Sprache zu

bringen. Das ist insbesondere aufgrund von Veränderungen im Sicherheitsumfeld wichtig, die zu gegebener Zeit eine Reform der Streitkräfte und einen Wandel in den Militärdoktrinen der Teilnehmerstaaten nach sich ziehen können. Die OSZE-Staaten und internationale Experten erörterten eine Reihe wichtiger Fragen in diesem Zusammenhang, darunter die nationale Verteidigungsplanung von Belarus, Kanadas, der Ukraine und der Vereinigten Staaten, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Ausfuhrkontrollen sowie Kleinwaffen und konventionelle Munition.

Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gremien.

2005 lud das Forum mehrere Experten aus anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen ein, über konkrete sicherheitsbezogene Fragen zu referieren. Experten der Vereinten Nationen, der EU, der NATO und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit hielten Referate zu Sicherheitsfragen. Das Forum prüfte auch ausgiebig Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der NATO zum Thema Kleinwaffen, konventionelle Munition und Raketentreibstoffkomponenten.

Stärkung der internen Zusammenarbeit. 2005 kam es zu einer engeren Zusammenarbeit des Forums mit der Troika des Ständigen Rates, wobei regelmäßige Kontakte auf Arbeitsebene die Vorbereitung des *Jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung* und den Beitrag zur *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* erleichterten. Das Forum berichtete auf dem *Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung* über seine seit dem letzten Treffen geleistete Arbeit an der Umsetzung des Wiener Dokuments 1999.

Das Forum leistete auch einen Beitrag zum *OSZE-Konzept für Grenzsicherung und -management*, nahm Berichte von Vertretern von zwei Feldeinsätzen über politisch-militärische Aktivitäten entgegen und hielt wie üblich vor dem Ministerratstreffen im Dezember eine gemeinsame Sitzung mit dem Ständigen Rat ab. Es berichtete am 28. Januar auf der Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE über seine Tätigkeit.

Das Forum beteiligte sich am Workshop anlässlich des zehnjährigen Bestehens des *OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*, der vom Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte organisiert wurde.

Das Forum traf zum ersten Mal mit allen Kooperationspartnern zusammen, ein Treffen, bei dem 66 Länder an einem Tisch versammelt waren und ein bestimmtes Thema, nämlich den illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen, erörterten.

www.osce.org/fsc

Die Parlamentarische Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE steht für die parlamentarische Dimension der Organisation. Die aus insgesamt 317 Parlamentariern bestehende Versammlung hat vor allem die Aufgabe, den interparlamentarischen Dialog zu fördern, der einen wichtigen Aspekt der Gesamtbemühungen im Interesse der Demokratie in der ganzen OSZE-Region darstellt. Die von der Versammlung jedes Jahr verabschiedeten Erklärungen, die den Regierungen und OSZE-Institutionen zugeleitet werden, repräsentieren die gemeinsame Stimme der Parlamente der OSZE-Teilnehmerstaaten.

Die vom Pariser Gipfeltreffen 1990 zur Förderung einer verstärkten Einbindung der nationalen Parlamente in die OSZE ins Leben gerufene Versammlung ist zu einem aktiven und prominenten Mitglied der OSZE-Familie geworden. Mehrmals pro Jahr versammeln sich Abgeordnete nationaler Parlamente der Teilnehmerstaaten zur Erörterung von Angelegenheiten mit OSZE-Bezug und zur Erarbeitung von Empfehlungen. Die Parlamentarier haben außerdem auf regelmäßigen themenbezogenen Konferenzen Gelegenheit, Gedanken auszutauschen, bewährte Praktiken zu diskutieren und gemeinsam mit internationalen Experten OSZE-relevante Fragen zu erörtern. Im Rahmen eines aktiven Wahlbeobachtungsprogramms nützen die Parlamentarier ihr einzigartiges Fachwissen als direkt gewählte Vertreter, das es ihnen ermöglicht, eine führende Rolle in den Beobachtungsaktivitäten zu spielen.

Die Versammlung wählt jedes Jahr mit einfacher Mehrheit einen Präsidenten, der als ihr hoher Vertreter fungiert und den Vorsitz bei ihren wichtigsten Tagungen führt. Der Präsident beteiligt sich regelmäßig an der Arbeit der OSZE auf Ministerebene, etwa durch seine Teilnahme an Sitzungen der Troika und den Treffen des Ministerrats.

Das Internationale Sekretariat der Versammlung hat seinen Sitz in Kopenhagen in den Räumlichkeiten des dänischen Parlaments. Es steht unter der Leitung von Generalsekretär R. Spencer Oliver, der im Juli für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt wurde. Die Versammlung unterhält auch ein kleines Verbindungsbüro in Wien, in dem 14 ständige Mitarbeiter beschäftigt sind.

Der interparlamentarische Dialog

14. Jahrestagung in Washington, D.C., im Juli. Die größte Tagung der Versammlung findet alljährlich im Juli auf Einladung des Parlaments eines Teilnehmerstaats statt. 2005 versammelten sich Parlamentarier aus 51 OSZE-Staaten sowie Abgeordnete aus Partnerländern in Washington, D.C., um aktuelle internationale Sicherheitsthemen sowie Fragen der Wirtschaft, der Umwelt und der Menschenrechte zu erörtern, und verabschiedeten zum Abschluss die *Erklärung von Washington* mit entsprechenden Empfehlungen. Aus Anlass des 30. Jahrestags der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki war für die Tagung das

Thema *Dreißig Jahre nach Helsinki: Zukünftige Herausforderungen* gewählt worden.

In der *Erklärung von Washington* werden Fragen angesprochen, die Menschen in der gesamten Region betreffen. Sie enthält unter anderem Empfehlungen über OSZE-Programme zu Gunsten von Nachbarländern, einen Aufruf zur Mithilfe bei der Entwicklung kleiner Unternehmen und die Forderung nach vollständiger Anwendung der Genfer Konventionen auf alle Kriegsgefangenen durch alle Teilnehmerstaaten. Die Versammlung verabschiedete außerdem mehrere themenspezifische Entschlüsse, die von den Parlamentariern vorgeschlagen worden waren. Diese Entschlüsse betrafen unter anderem Verbesserungen bei der Geschlechtergleichstellung, die Reform der OSZE, die Bekämpfung des Antisemitismus und den Kampf gegen den Menschenhandel sowie regionale Fragen wie Abchasien (Georgien), Moldau und den Mittelmeerraum.

Wie üblich sprachen der Amtierende Vorsitzende der OSZE und slowenische Außenminister Dimitrij Rupel und der OSZE-Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut auf der Tagung und beantworteten Fragen der Parlamentarier zu verschiedensten OSZE-Themen.

Die Versammlung bestätigte einstimmig den US-Kongressabgeordneten Alcee L. Hastings in seinem Präsidentenamt, das er bis Juli 2006 innehaben wird. Ferner wurden drei neue Vizepräsidenten in das Präsidium der Versammlung gewählt, das nun aus Präsident Alcee L. Hastings, den Vizepräsidenten Nino Burdžanadse (Georgien), Tone Tingsgaard (Schweden), Nevzat Yalçinta_ (Türkei), Panayiotos Kammenos (Griechenland), Giovanni Kessler (Italien), Nebahat Albayrak (Niederlande), Pia Christmas-Moeller (Dänemark), Barbara Haering (Schweiz), Oleh Bilorus (Ukraine), dem Schatzmeister Jerry Grafstein (Kanada) und dem Ehrenpräsidenten Bruce George (Vereinigtes Königreich) besteht.

Wintertagung, Wien, Februar. Im Februar trat die Versammlung zu ihrer vierten *Jährlichen Wintertagung* in Wien zusammen. Auf dieser zweitgrößten Veranstaltung im Tagungskalender der Versammlung wurden die Parlamentarier von ranghohen offiziellen OSZE-Vertretern über aktuelle Entwicklungen informiert. Die Parlamentarier hatten überdies Gelegenheit, die laufende Arbeit der Versammlung fortzuführen, Vorbereitungen für bevorstehende Veranstaltungen zu treffen und mit ihren Parlamentarierkollegen aus anderen Ländern aktuelle Fragen zu besprechen.

Parlamentarische Impulse für die Reform

Die Versammlung erörtert „Die Zukunft der OSZE“. Die Parlamentarische Versammlung verabschiedete auf ihrer Jahrestagung im Juli in Washington eine Entschlüsse, in der zur wirksamen Umsetzung der Empfehlungen betreffend die OSZE-Reform aufgerufen wurde.

Ministeraussagen zur OSZE-Reform auf der Jahrestagung der Versammlung

„Ihr Beitrag kann die Teilnehmerstaaten dazu veranlassen, die ‚Scheuklappen‘ abzulegen und Fragen zur Sprache zu bringen, vor denen dem Konsensprinzip verpflichtete Gremien möglicherweise zurückscheuen.“

**Der Amtierende Vorsitzende der OSZE,
Dimitrij Rupel**

„Nun, da der Amtierende Vorsitzende und die Parlamentarische Versammlung die OSZE-Agenda unter einem neuen Blickwinkel betrachten und diese und andere Fragen prüfen, sollten die Wahrung der Integrität der Prinzipien von Helsinki und die Gewährleistung, dass die OSZE auch weiterhin eine treibende Kraft für friedliche, demokratische Veränderungen ist, vordringliche Ziele sein. Neue Verfahren dürfen nicht zulasten des Grundsätzlichen gehen, und jede institutionelle Reform sollte darauf abgestellt sein, die Leistungsfähigkeit der OSZE vor Ort – insbesondere über ihre Feldmissionen – zu stärken.“

US-Außenministerin Condoleezza Rice

Im Vorfeld der Jahrestagung führte die Versammlung ein Projekt zur Unterstützung der Arbeit des OSZE-Weisenrates durch, der vom Amtierenden Vorsitzenden Dimitrij Rupel bestellt worden war, um den politischen Dialog durch neue Impulse voranzubringen und eine strategische Vision für die Organisation in den kommenden Jahren zu erarbeiten. Auf Einladung des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und des Leiters der *Swiss Foundation for World Affairs* reichten 17 Experten für OSZE-Angelegenheiten, unter ihnen Minister, Botschafter und Mitglieder der OSZE-Versammlung, schriftliche Berichte ein, die später auf einem Kolloquium über *Die Zukunft der OSZE* im Juni erörtert wurden. Der Bericht über dieses Kolloquium wurde vom Versammlungspräsidenten Hastings dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und dem Ständigen Rat zugeleitet.

Die Teilnehmer und die Experten, die Beiträge zu dem Kolloquium leisteten, waren sich darin einig, dass die OSZE unverändert eine wertvolle und wichtige internationale Organisation ist, die auch in Zukunft eine maßgebliche Rolle bei der Förderung der Stabilität und Sicherheit in Europa spielen sollte. Die in der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und anderen KSZE/OSZE-Dokumenten eingegangenen politischen Verpflichtungen seien von großem Wert und sollten bewahrt und beachtet werden. Ferner bestand Einvernehmen darüber, dass die Probleme, mit denen die OSZE konfrontiert ist, in erster Linie politischer Art sind – eine Strukturreform an sich werde nicht genügen, um die politischen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen sich nur die Teilnehmerstaaten auseinandersetzen können. Die Regierungen der 55 OSZE-Staaten wurden eindringlich aufgefordert, ihr Bekenntnis zu einer nützlichen, glaubhaften und professionellen OSZE, die den Interessen aller dient, neuerlich zu bekräftigen. Die Teilnehmer betonten, dass sich die Regierungen darüber hinaus auch selbst auf höchster politischer Ebene zur vollen Erfüllung aller ihrer OSZE-Verpflichtungen und zu künftigen

Verbesserungen in den Strukturen und Verfahren der Organisation bekennen sollten.

Die Versammlung strebt seit langem nach einer Reform bestimmter Mechanismen der OSZE, um ihr reibungsloses Funktionieren und ihre Effektivität zu gewährleisten. So hat die Versammlung insbesondere das bedingungslose Konsensprinzip im Entscheidungsprozess der OSZE kritisiert. In dieser Angelegenheit setzte sie 2001 einen Ad-hoc-Ausschuss für Transparenz und Rechenschaftspflicht in der OSZE ein, der an vorderster Front der diesbezüglichen Bemühungen der Versammlung steht. Der Ad-hoc-Ausschuss unter der Leitung des US-Kongress-abgeordneten Steny Hoyer hat das Zusammenwirken zwischen der OSZE-Führung und der Versammlung verbessert und arbeitet weiter an der Verwirklichung anderer wichtiger Ziele.

Wahlbeobachtung

Das ganze Jahr hindurch setzte die Versammlung ihr aktives Wahlbeobachtungsprogramm fort, in dessen Rahmen sie 186 Parlamentarier zur Beobachtung von Wahlen in Kirgisistan, Moldau, Albanien, Aserbaidschan und Kasachstan entsandte. Als direkt gewählte Vertreter nützen Parlamentarier ihre einzigartigen Kenntnisse der Wahlprozesse, um die Abhaltung von Wahlen vor dem Hintergrund der OSZE-Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten zu bewerten. Nach einer Einweisung durch ranghohe OSZE- und BDIMR-Wahlexperten und örtliche Führungspersonlichkeiten begeben sich die Parlamentarier in die Wahllokale, wo sie morgens die Versiegelung der Wahlurnen, tagsüber die Stimmabgabe und abends die Stimmenauszählung beobachten.

Immer dann, wenn die Versammlung eine führende Funktion bei der Beobachtung von Wahlen übernimmt, ernennt der Amtierende Vorsitzende der OSZE ein ranghohes Mitglied der Versammlung zu seinem Sonderkoordinator, der den Kurzzeitbeobachtern Anleitungen gibt und die Schlussfolgerungen der Beobachtungsmission gemeinsam mit anderen in Frage kommenden offiziellen Vertretern präsentiert.

Zehnter OSZE-Preis für Journalismus

Am 1. Juli wurde dem ukrainischen Fernsehsender Kanal Fünf der OSZE-Preis für Journalismus und Demokratie für seine so wichtige Rolle bei den Ereignissen in der Zeit von Oktober bis Dezember 2004 verliehen, mit denen die Ukraine auf friedlichem Weg den Übergang zu einem demokratischer orientierten und rechtmäßig gewählten Regierungssystem vollzog.

In einem Festakt im Rahmen der Jahrestagung der Versammlung überreichte Präsident Hastings dem Chefredakteur von Kanal Fünf, Roman Skrypyn, den Preis.

Die OSZE-Versammlung beschloss, den zehnten jährlich verliehenen Preis dem ukrainischen Kanal Fünf zu verleihen, um ihn damit für den großen Mut auszuzeichnen, den er bei der unabhängigen Berichterstattung in einer Zeit bewiesen hatte, als die Regierung die Medienberichterstattung einer strengen Kontrolle unterwarf, die Unzufriedenheit in weiten Kreisen des Volkes ignorierte und versuchte, den Wahlprozess zu manipulieren.

Bei der Überreichung des Preises an Roman Skrypin erklärte Präsident Hastings: „Die ganze Welt blickte auf diese historischen Ereignisse. Ohne die Arbeit von Kanal Fünf hätten viele Ukrainer anfangs nicht gewusst, dass im Zentrum ihrer Hauptstadt eine friedliche Revolution im Gange war.“

Der OSZE-Preis für Journalismus und Demokratie wurde 1996 von der Versammlung geschaffen und entwickelte sich zu einem wichtigen Instrument, mit dem weltweit die Aufmerksamkeit auf Fragen der Medienfreiheit gelenkt wird. Der Preis in Höhe von 20.000 US-Dollar, rund 17.000 Euro, wird jährlich an Journalisten und Organisationen verliehen, die mit ihrer Arbeit die OSZE-Prinzipien Menschenrechte und Demokratie fördern.

2005 bestellte der Amtierende Vorsitzende Dimitrij Rupel folgende Mitglieder der OSZE-Versammlung zu Sonderkoordinatoren:

- Kimmo Kiljunen (Finnland) für die Parlamentswahlen in Kirgisistan im Februar und die Präsidentenwahlen im Juli sowie für die Parlamentswahlen in Moldau im März
- Präsident Hastings (USA) für die Parlamentswahlen in Aserbaidschan im November
- Bruce George, ehemaliger Präsident der Versammlung (Vereinigtes Königreich), für die Präsidentenwahlen in Kasachstan im Dezember

Bei der Wahlbeobachtung arbeitet die Parlamentarische Versammlung der OSZE eng mit dem BDIMR und anderen parlamentarischen Versammlungen im OSZE-Gebiet zusammen. Seit der Einführung des Wahlbeobachtungsprogramms der Versammlung waren über 2000 OSZE-Parlamentarier in der OSZE und außerhalb der OSZE im Wahlbeobachtungseinsatz.

Fragen von besonderem Interesse

Die Versammlung hat kleine Ad-hoc-Ausschüsse und Arbeitsgruppen eingerichtet, sie sich mit bestimmten Fragen, die ihren Mitgliedern ein besonderes Anliegen sind, näher befassen. Der Präsident der Versammlung kann für spezielle Interessengebiete auch Sonderbeauftragte bestellen, die in seinem Namen tätig werden. 2005 befassten sich die Abgeordneten in diesen Gremien mit folgenden Fragen:

Ad-hoc-Ausschuss Abchasien (Georgien). Der Ad-hoc-Ausschuss setzte sich auch dieses Jahr für die Schaffung eines politischen Rahmens ein, der die Versöhnung und die Lösung des Konflikts in Abchasien (Georgien) erleichtern könnte, etwa durch direkte Kontakte zwischen dem Ad-hoc-Ausschuss und abchasischen Vertretern. Nach der Verabschiedung einer Entschließung über „Die Lage in Abchasien (Georgien)“ durch die Versammlung auf ihrer Jahrestagung in Washington verstärkte der Ausschuss seine Bemühungen und Aktivitäten, unter anderem durch einen Besuch der Leiterin des Ausschusses, Vizepräsidentin Tone Tingsgaard (Schweden), in Georgien.

Ad-hoc-Arbeitsgruppe Belarus. Während des ganzen Berichtsjahres bemühte sich die unter dem Vorsitz von Uta Zapf (Deutschland) stehende Arbeitsgruppe um einen offenen Dialog mit dem Parlament und der

Regierung von Belarus sowie mit Vertretern der Opposition und anderen interessierten Parteien. Die Gruppe kam auch in ihren Bemühungen um Organisation einer Seminarreihe in Zusammenarbeit mit der belarussischen Delegation in der OSZE-Versammlung sowie um Einbindung eines breiten Spektrums politischer Kräfte in Belarus gut voran.

Sonderbeauftragte für Genderfragen. Auf ihrer Jahrestagung im Juli verabschiedete die Versammlung einstimmig eine von Vizepräsidentin Tone Tingsgaard, der Sonderbeauftragten für Genderfragen, eingebrachte Entschließung über die Verbesserung der Geschlechtergleichstellung in der OSZE. Parallel dazu präsentierte die Sonderbeauftragte den jährlichen Genderbericht der Versammlung, der zu dem entmutigenden Schluss kam, dass nach wie vor eine unsichtbare Barriere besteht, die Frauen daran hindert, Eingang in die Führungsebene der OSZE zu finden. Die Sonderbeauftragte setzte sich weiter für die Förderung des Dialogs in der Frage der Gleichheit zwischen Männern und Frauen ein und gründete ein informelles Netzwerk von OSZE-Parlamentariern, die daran interessiert sind, dass in dieser Frage Fortschritte gemacht werden.

Sonderbeauftragte für Guantánamo. Im Februar wurde die Präsidentin des belgischen Senats, Anne-Marie Lizin, zur Sonderbeauftragten bestellt und beauftragt, sich mit der Lage von Häftlingen aus OSZE-Teilnehmerstaaten in der US-amerikanischen Einrichtung in Guantánamo (Kuba) zu befassen und der Versammlung Bericht zu erstatten. Die Sonderbeauftragte empfahl in ihrem im Juli vorgelegten Bericht unter anderem, dass die US-Regierung einen Zeitplan für die Schließung der Einrichtung festlegt und für einen intensiveren Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse mit anderen Ländern sorgt, damit Informationen, die im Kampf gegen den Terrorismus von Belang sind, optimal genutzt werden können. Abschließend empfahl sie, den Druck der internationalen Gemeinschaft auf die US-Regierung im Hinblick auf die Schließung der Hafteinrichtung aufrecht zu erhalten.

Ad-hoc-Parlamentarierteam für Moldau. Nach Zusammentreffen des Parlamentarierteams für Moldau mit offiziellen Vertretern in Moskau und Chi_in_u verabschiedete die Versammlung im Juli in Washington eine Entschließung über Moldau. Darin heißt es, dass eine wie auch immer geartete Beilegung des Konflikts in Transnistrien für das ganze Volk von Moldau annehmbar sein müsse und dass es zu diesem Zweck wichtig sei, Fortschritte in der Demokratisierung zu machen. Das Team unter der Leitung von Kimmo Kiljunen (Finnland) empfahl, Überlegungen darüber anzustellen, ob die OSZE mit der Durchführung von Wahlen in Transnistrien betraut werden soll. Seit dem Jahr 2000 bemüht sich das Parlamentarierteam für Moldau, durch die Förderung des Dialogs zwischen den Parteien und Organisationen, die verschiedene Teile der moldauischen Bevölkerung vertreten, eine Klärung des Status von Transnistrien herbeizuführen.

Sonderbeauftragter für den Konflikt um Berg-Karabach. Anlässlich der Präsentation seines Berichts *A Golden Opportunity* auf der Jahrestagung der Versammlung im Juli betonte der Sonderbeauftragte

Goran Lennmarker (Schweden), dass durchaus die Möglichkeit einer sowohl für Armenien als auch für Aserbaidschan vorteilhaften Lösung bestehe. Der Sonderbeauftragte schlug vor, eine Lösung auf der Grundlage von Erfahrungen in Europa zu suchen, wo Demokratie und Integration Grundelemente eines dauerhaften Friedens sind. Nach Besuchen in Armenien und Aserbaidschan und in der Region Berg-Karabach organisierte Goran Lennmarker für Vertreter der aserbaidschanischen und der armenischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE einen gemeinsamen Besuch in Brüssel, wo die Zukunft der beiden Länder im Rahmen der europäischen und transatlantischen Institutionen erörtert wurde. Seit seiner Bestellung im Juli 2002 bemüht sich Lennmarker um die Aussöhnung und den Wiederaufbau in dem Gebiet durch parlamentarischen Dialog.

Thematische Konferenzen

Der Hohe Norden – Umwelt, Sicherheit und Zusammenarbeit, Tromsø (Norwegen). Bei der ersten je abgehaltenen Konferenz der Versammlung zu Fragen des Nordens versammelten sich Parlamentarier aus der gesamten OSZE am 12. und 13. Mai in Tromsø (Norwegen). Die Konferenz unter dem Titel „Der Hohe Norden – Umwelt, Sicherheit und Zusammenarbeit“ sollte die Zusammenhänge zwischen Umweltbelangen und Herausforderungen für die Sicherheit in der arktischen Region untersuchen. In den Vorträgen und Diskussionen während der Konferenz wurden die potenziellen Gefahren von Umweltbelastungen für die örtliche und internationale Stabilität sowie die verbesserten Beziehungen, die sich durch Zusammenarbeit in Umweltangelegenheiten ergeben können, behandelt.

Demokratie und Good Governance in multiethnischen Gesellschaften als Grundlage für Stabilität und Sicherheit, Sveti Stefan (Serbien und Montenegro). Mehr als dreihundert Teilnehmer befassten

sich auf der jährlichen Herbstkonferenz der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Oktober in Montenegro mit Fragen von Good Governance in multiethnischen Gesellschaften. In vier thematisch gegliederten Arbeitssitzungen referierten Experten auf diesem Gebiet, unter ihnen mehrere Leiter von OSZE-Feldeinsätzen und ranghohe Politiker aus Serbien und Montenegro. Die Parlamentarier nutzten die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur Erörterung des praktischen Umgangs mit multiethnischen Gesellschaften.

Aktivitäten des Präsidenten

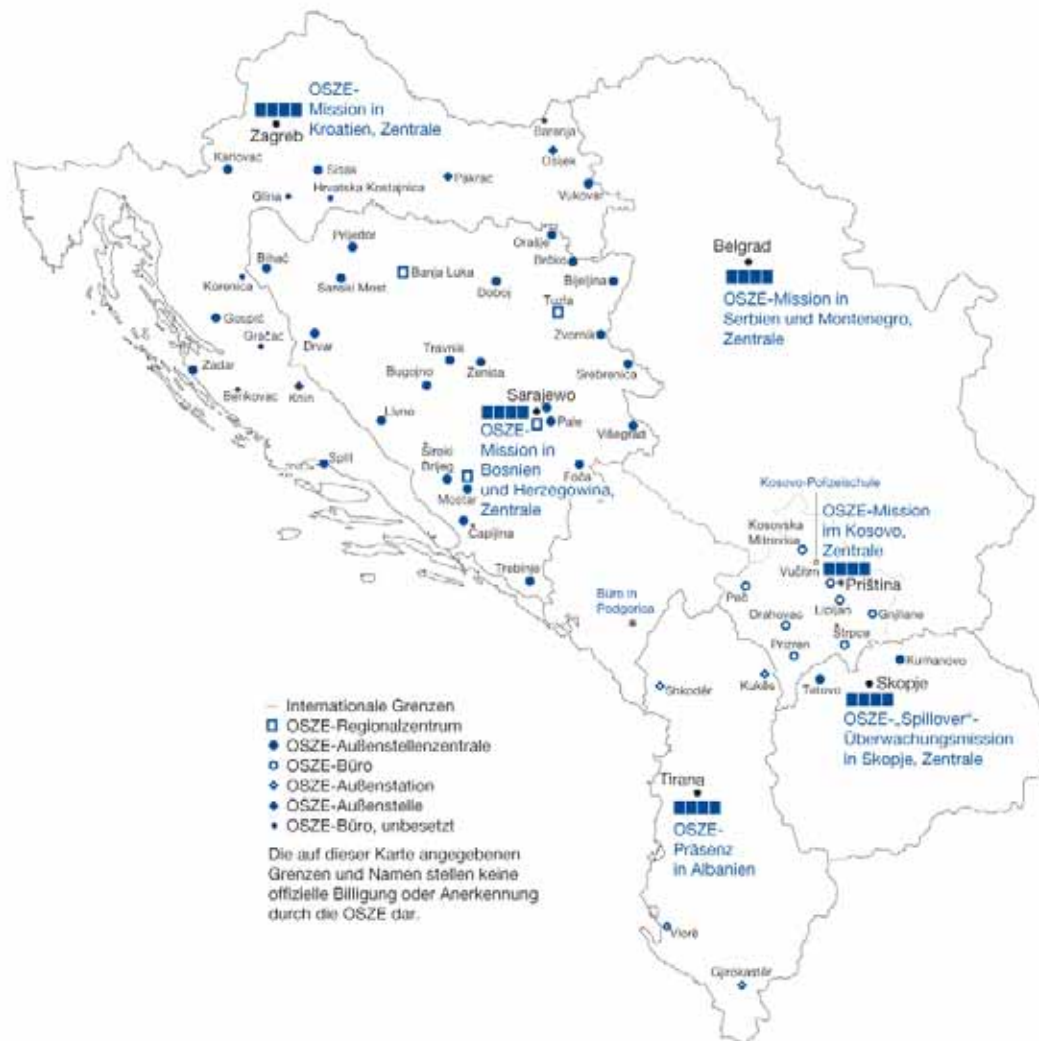
Als höchster Vertreter der Versammlung hatte Präsident Hastings, ein Kongressabgeordneter aus Florida, einen äußerst gedrängten Zeitplan in seiner Tätigkeit als Vertreter der Versammlung. Neben der Vorsitzführung in allen wichtigen Sitzungen der Versammlung führte er 2005 die OSZE-Wahlbeobachtungsmission in Aserbaidschan an, stattete zahlreichen Teilnehmerstaaten offizielle Besuche ab und vertrat die Versammlung auf Treffen anderer Organisationen und OSZE-Institutionen.

Während seiner Präsidentschaft setzte der Kongressabgeordnete Hastings insbesondere auf den parlamentarischen Dialog und war bemüht zu gewährleisten, dass die Versammlung ein verlässlicher Partner ist, der zum weiteren Erfolg der OSZE beiträgt. Zu diesem Zweck förderte der Präsident die Debatte über die OSZE-Reform innerhalb der Versammlung und engagierte sich in der Wahlbeobachtung als einer besonders wichtigen Aktivität in den Bemühungen der Versammlung um Stärkung der Demokratie im OSZE-Raum.

www.oscepa.org

OSZE-Feldeinsätze

Südosteuropa



Die Präsenz in Albanien

Die OSZE-Präsenz unterstützt Albanien bei der Festigung seiner demokratischen Institutionen, indem sie sich für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einsetzt. Ihr Mandat sieht unter anderem Aktivitäten in folgenden Bereichen vor:

Gesetzes- und Justizreform, einschließlich einer Reform der Eigentumsgesetze, der Regionalverwaltung und der Wahlordnung; Aufbau parlamentarischer Kapazitäten; Kampf gegen den illegalen Handel und gegen die Korruption;

Unterstützung unabhängiger Medien; Projekte zur Stärkung von Good Governance und der Zivilgesellschaft; Polizeiunterstützung. Seit ihrer Gründung 1997 leistet sie einen beachtlichen Beitrag zur Stabilisierung und Demokratisierung des Landes.

Die Präsenz verfügt darüber hinaus über ein Netz von Außenstellen, um die Ziele der OSZE im ganzen Land fördern zu können. Die vier Außenstellen und das für die Hauptstadt und ihre Umgebung zuständige Ver-

bindungsbüro in Tirana befassen sich mit der Entwicklung und der Leitung lokaler Projekte im Rahmen des Mandats der Präsenz.

Ein wichtiger Teil der Arbeit der Präsenz im abgelaufenen Jahr war die Mithilfe an der Vorbereitung und Beobachtung der Parlamentswahlen vom 3. Juli, wobei insbesondere die Förderung der politischen Einigung auf neue Wahlkreise und die Verbesserung der Wählerverzeichnisse zu nennen sind. Andere wichtige Arbeitsbe-

reiche waren unter anderem die Inangriffnahme eines Projekts zur Registrierung von Eigentumsansprüchen, die Unterstützung für neue Reformbereiche unter der neu gewählten Versammlung, weitere Bemühungen um höhere Standards in der Justiz, erste Schritte zur Umwandlung der Zentren für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in unabhängige Einrichtungen, Prozessbeobachtung und Unterstützung bei der Ausarbeitung von Medien-gesetzen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Präsenz befasste sich weiter mit den Aufgaben, die ihr in dem auf der Konferenz von Ochrid über Grenz-sicherung und Grenzmanagement vom Mai 2003 vereinbarten Dokument „The Way Forward“ übertragen worden waren, und unterstützte wie bisher den grenzüberschreitenden Kooperationsprozess zwischen den Grenzbehörden Albanien und jenen seiner Nachbarn. Albanische Grenzpolizisten und Zollbeamte trafen im Rahmen der Grenzkoope-ration mit ihren Amtskollegen aus dem Kosovo-Polizeidienst, der Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und den NATO-Truppen im Kosovo (KFOR) zusammen. Diese Treffen dienten dem Informationsaustausch über grenzüberschreitende Trends zur Verbesserung des Grenzmanagements und zur Bekämpfung der von der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität ausgehenden Bedrohung. Die Präsenz fördert diese Treffen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.

Unterstützung der Grenzpolizei. Die Präsenz war bemüht, die Grenzpolizei bei der Verbesserung des Managements der albanischen Staatsgrenzen in verschiedener Form zu unterstützen. Nach der Übergabe einer Funkeinrichtung an die Grenzpolizei im Jahr 2004

spendete die Präsenz nun tragbare Funkgeräte, Basisstationen und mobile Funkgeräte. Dadurch wird es möglich sein, das landesweite Kommunikationsnetz auszubauen und zu verbessern. Da die regelmäßige und ununterbrochene Stromversorgung in ganz Albanien ein Problem darstellt, insbesondere in den entlegenen Regionen des Landes, spendete die Präsenz acht Solar-Stromgeneratoren als Notaggregat für wichtige Grenzübertrittsstellen, damit Computer, Faxgeräte, Kommunikationseinrichtungen und Reisepass-Scanner stets einsatzbereit sind. Ferner begann die Präsenz gemeinsam mit dem *British Council* ein zweites Sprachunterrichtsprojekt (Englisch), um die Fremdsprachenkenntnisse der Grenzpolizisten zu verbessern.

Wirtschafts- und Umweltaktivitäten

Unterstützung der Integration ausgegrenzter Gruppen in das Wirtschaftsleben. Mit dem erfolgreichen Abschluss des 3. *Seminars für Jungunternehmer* im Januar 2005 lancierte die Präsenz in Zusammenarbeit mit der deutschen Entwicklungsagentur *GTZ* ein Beihilfenprogramm zur Finanzierung von Unternehmensneugründungen für arbeitslose Jugendliche im verarmten Nordalbanien. Es wurden

vierundvierzig Unternehmenspläne für elektromechanische Dienstleistungen, Computerausbildung, Friseursalons, Kunstgewerbe, landwirtschaftliche Produktion und tierärztliche Dienste bewilligt.

Lindita Dashi macht sich selbstständig

Lindita Dashi, eine junge Frau mit 20 Jahren aus dem Dorf Shtoj in der Region Shkodër, verfügte einfach nicht über das Geld, um die für ihr geplantes Bürowaren- und Computerdienstleistungsunternehmen notwendige Ausrüstung zu erwerben. Über den lokalen Fernsehsender erfuhr sie von einem Wettbewerb, in dessen Rahmen die besten Ideen für ein eigenes Unternehmen mit bis zu 800 Euro finanziell unterstützt werden sollten. Lindita Dashi war eine der 44 Gewinner – unter ihnen 32 Frauen – des von der OSZE unterstützten Vorhabens zur Ankurbelung der Wirtschaft durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im ländlichen Norden, der ärmsten Region des Landes. „Was mich vor allem dazu bewog, mich selbstständig zu machen, war mein Wunsch, von zu Hause wegzukommen“, erläuterte sie. „Ich bin sicher, dass ich mit meinem Geschäft dank der Ausbildung in Betriebsführung, die ich von der GTZ und der OSZE erhielt, Erfolg haben werden.“

Das Projekt wurde vom Wirtschaftsentwicklungsprogramm der GTZ und dem *Diber Vision Programme* unterstützt.

Stärkung der örtlichen Wirtschaft. In Zusammenarbeit mit albanischen Konsulaten und der albanischen Industrie- und Handelskammer organisierte die Präsenz in allen zwölf Regionen Seminare, bei denen im Einfuhr- und Ausfuhrgeschäft tätige Unternehmen über die Auswirkungen der Mitgliedschaft Albaniens in der Welthandelsorganisation (WTO) und die damit verbundenen Verpflichtungen Albaniens unterrichtet wurden.

Förderung der Selbstregulierung der Fremdenverkehrswirtschaft. Die Präsenz arbeitete gemeinsam mit der albanischen Fremdenverkehrswirtschaft, den albanischen Reise-, Tourismus- und Hotelvereinigungen und dem Ministerium für Fremdenverkehr, Kultur, Jugend und Sport an einem Ethikkodex im Sinne des Globalen Ethikkodex der WTO. Als Teil der internationalen Bemühungen von OSZE, UNICEF und GTZ enthält der Ethikkodex den *Verhaltenskodex gegen die kom-*

merzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern im Tourismus.

Umsetzung der Umweltvorschriften. Die Präsenz unterstützte gemeinsam mit dem Regionalen Umweltzentrum das Umweltministerium in seinen Bemühungen, das Bewusstsein örtlicher Verwaltungsstellen für Umweltbelange und die geltenden Umweltgesetze zu heben. In zehn Gemeinden wurden Workshops mit über 300 Teilnehmern abgehalten.

Förderung des Umweltbewusstseins. Um in der Öffentlichkeit einen verantwortungsvolleren Umgang mit der Umwelt zu fördern, organisierten die Präsenz und das Ministerium für Umwelt, Forst- und Wasserwirtschaft in sechs größeren albanischen Städten einen Europäischen autofreien Tag. An diesem Tag wurden die Stadtzentren vom Autoverkehr frei gehalten, öffentliche Plätze gesäubert, Aufklärung über die Gesundheitsrisiken einer unsachgemäßen Entsorgung von Krankenhausmüll betrieben, Radtouren organisiert und Diskussionsrunden im Fernsehen veranstaltet. An der Veranstaltung beteiligten sich über 20 nichtstaatliche Umweltorganisationen (NROs) und zahlreiche Schüler aus mittleren und höheren Schulen.

Förderung von Transparenz auf lokaler Ebene. Die Präsenz entwickelte ein über mehrere Jahre laufendes Unterstützungsprogramm für Gemeinden mit den Schwerpunkten Good Governance und Zugang der Bürger zu Informationen. Das erste Projekt in dieser Reihe wurde in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Tirana durchgeführt, um deren Öffentlichkeitsarbeit neu auszurichten und die Wahrnehmung der Arbeit der Kommunalbehörden in der Öffentlichkeit zu verbessern.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

WAHLREFORM UND DEMOKRATISIERUNG

Verbesserungen bei der Abwicklung von Wahlen. Die albanische Nationalversammlung verabschiedete im Januar mit Unterstützung der Präsenz Änderungen der Wahlordnung im Hinblick auf die Abhaltung der Parlamentswahlen am 3. Juli. Damit ging der im Juli 2004

eingeleitete Wahlreformprozess zu Ende, dem wichtige Verbesserungen in den Bestimmungen über die Einrichtung und Funktionsweise der Wahlbehörde, die Wahlkampffinanzierung und die Erstellung der Wählerverzeichnisse zu verdanken sind. Es wurde ein neues System der zentralisierten Stimmenanzählung eingeführt. Die Präsenz vermittelte auch eine politische Einigung über die Aufteilung der Wahlkreise.

Eine der umstrittensten Fragen bei albanischen Wahlen war die Genauigkeit der Wählerverzeichnisse. Hier leistete die Präsenz mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Union dem Ministerium für lokale Verwaltung und Dezentralisierung sowie der Zentralen Wahlkommission umfangreiche technische Unterstützung und stellte auch Ausbildung und Ausrüstung zur Verfügung, um die Wählerverzeichnisse in Einklang mit den BDIMR-Empfehlungen zu bringen. Nun sind die Wählerverzeichnisse erheblich genauer als bei früheren Wahlen, weshalb sie auch politisch viel weniger anfechtbar sind. Mittels eines anderen Projekts gelang es der Präsenz, erstmals 8000 blinden Wählern die Beteiligung an den Wahlen zu ermöglichen.

Stärkung der albanischen Nationalversammlung. Mit ihrem 2001 begonnenen Projekt zum Aufbau parlamentarischer Kapazitäten unterstützte die Präsenz die albanische Nationalversammlung bei der Umsetzung ihrer neuen Geschäftsordnung. Sie unterstützte die Versammlung auch bei der Entwicklung weiterer Reformprogramme, durch die die Effektivität ihrer Ausschüsse, Mitarbeiter und Dienstleistungen verbessert werden soll. Mit Hilfe der Präsenz konnte die Versammlung die zur Ausarbeitung und Veröffentlichung der Protokolle ihrer Plenarsitzungen erforderliche Zeit von mehreren Jahren auf nur einen Tag verkürzen. In der neuen Legislaturperiode kam es zu wichtigen Initiativen, die darauf abzielten, die Versammlung einem breiten Publikum zu öffnen und mehr Informationen zu veröffentlichen.

Stärkung der Zivilgesellschaft. Das 2001 von der Präsenz eingerichtete Netz von Entwicklungszentren für die Zivilgesellschaft regte 2005 weiter zur Mitwirkung der Zi-

vilgesellschaft und der Bürger an den lokalen Entscheidungsprozessen an. Über 4.150 Personen erhielten in den Zentren Ausbildung und Beratung, was einer Steigerung um 30 Prozent im Vergleich zu 2004 entspricht. Als Teil der von der Europäischen Kommission finanzierten Ausgliederungsstrategie begann sich die Präsenz von ihrer Aufsichtsfunktion auf eine rein beratende Rolle zurückzuziehen. Ende 2006 soll das Management voll in albanische Eigenverantwortung übergehen.

Verstärkte Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der Entscheidungsfindung. In enger Zusammenarbeit mit der Regierung und albanischen NROs zum Thema Behinderungen beteiligte sich die Präsenz an der Ausarbeitung einer *Nationalen Strategie für Menschen mit Behinderungen* und eines Nationalen Aktionsplans. Erstmals erhielten staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen auf einer Geberkonferenz Gelegenheit, einen gemeinsamen Projektkatalog vorzulegen, der sich an den Prioritäten der Strategie orientierte.

Streben nach Gleichstellung der Geschlechter und Achtung der Frauenrechte. Die Präsenz und UNDP setzten im Berichtszeitraum die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in Albanien weiter fort; sie unterstützten zu diesem Zweck den Nationalen Ausschuss für die Gleichstellung der Geschlechter und erhöhten dessen Kompetenz. Die Präsenz vermittelte Fachwissen bei der Überprüfung des bestehenden Gleichbehandlungsgesetzes und setzte ihre Unterstützung für das 2004 in der nordostalbanischen Stadt Kukës eröffnete Frauenberatungszentrum für Opfer häuslicher Gewalt fort. 2005 leistete das Zentrum über 350 Frauen in diesem armen und unterentwickelten Gebiet des Landes Beratungs- und andere Dienste. Außerdem unterstützte die Präsenz die Bemühungen des *Citizens' Advocacy Office*, einer albanischen NRO, die sich um ein Gesetz über die Verhütung häuslicher Gewalt bemüht.

RECHTSSTAATLICHKEIT UND RECHTSREFORM

Arbeit an der Klärung von Eigentumsfragen. Streitigkeiten über

Landbesitz und Eigentumsrechte behindern in Albanien nach wie vor die wirtschaftliche Entwicklung. Sie machen 50 Prozent der bei Gericht anhängigen Fälle aus und führen gelegentlich sogar zu Gewalt. Nachdem die Präsenz 2004 mitgeholfen hatte, ein Rückgabegesetz auszuarbeiten, unterstützte sie die routinemäßige Arbeit des Staatskomitees für Eigentumsrückgabe und -entschädigung und dessen örtliche Kommissionen durch Schulung von Mitarbeitern, Mithilfe bei der Ausarbeitung entsprechender Durchführungsverordnungen und Aufklärung der Öffentlichkeit durch Veröffentlichung und Verteilung von Informationsmaterial im ganzen Land. Ferner begann die Präsenz mit der ersten Eintragung von Immobilienbesitz in den Gemeinden Vlora und Burrel, ein Vorgang, der für die Rechtssicherheit in Eigentumsfragen unerlässlich ist.

Erhöhung der Transparenz in den Gerichten und Verbesserung der Prozessstandards. Die Präsenz gab im Februar ihren Zwischenbericht über das *Fair Trial Development Project* heraus, der sich hauptsächlich auf das Bezirksgericht Tirana und das Strafgericht erster Instanz bezog. Der Hohe Justizrat ersuchte die albanischen Gerichte, den Bericht zu berücksichtigen. Die Präsenz setzte ihre Untersuchung von Gerichtsprozessen das restliche Jahr hindurch fort und bezog auch Gerichte außerhalb Tiranas in die Beobachtung ein. Neben der Beobachtung von Strafprozessen befasste sich die Präsenz auch mit Verfahrensrechten während der gerichtlichen Voruntersuchung, insbesondere während der Untersuchungshaft. Die Präsenz unterstützte die Strafgerichte weiter durch Spenden und Initiativen zum Kapazitätsaufbau.

Unterstützung der Rechtsreform. Die Präsenz unterstützte mehrere Rechtsreforminitiativen. Nach der Verabschiedung des Gesetzes über den Schutz von Zeugen und Personen, die mit der Justiz zusammenarbeiten, im Jahr 2004 unterstützte die Präsenz die albanischen Behörden weiterhin im Bereich des Zeugenschutzes durch technische Beratung bei der Ausarbeitung der Durchführungsverordnungen und der Novelle zum Strafgesetzbuch. Die Präsenz startete auch ein Projekt für Transparenz bei der Ausar-

beitung von Gesetzen, damit die Öffentlichkeit mehr Einblick in diesen Prozess gewinnt und ihren Teil dazu beitragen kann.

Stärkung der Schutzmaßnahmen für öffentlich Bedienstete. Die Präsenz finanzierte die erste umfassende Publikation der Kommission für den öffentlichen Dienst, einer unabhängigen staatlichen Institution. Die Publikation enthält die Beschlüsse der Kommission aus dem Jahr 2004 und dient als nützliche Informationsquelle für öffentlich Bedienstete in zentralen und örtlichen staatlichen Einrichtungen. Sie ist darüber hinaus ein Leitfaden für öffentlich Bedienstete, die Schutz vor der Verletzung ihrer Rechte durch Vorgesetzte suchen.

Dokumentation der Verfassungsgeschichte. Die Präsenz finanzierte die Transkription und Veröffentlichung der Debatten des für den Entwurf der Verfassung von 1998 zuständigen Sonderausschusses des Parlaments. Diese Veröffentlichung ist ein wichtiges Stück Gesetzgebungsgeschichte und wird das Verständnis für die Verfassung und deren ordnungsgemäße Umsetzung verbessern.

MENSCHENRECHTE

Bekämpfung des Menschenhandels und der illegalen Migration. Mit Finanzierung vonseiten der Europäischen Union setzte die Präsenz gemeinsam mit UNHCR, IOM und dem Innenministerium ein Erstabklärungsprojekt aus dem Jahr 2004 fort. Diese Initiative soll sicherstellen, dass Asylbewerber, Menschenhandelsopfer und irreguläre Zuwanderer internationalen Maßstäben gemäß behandelt werden und dass Albanien ein geeignetes Leitsystem unterhält. Im Rahmen dieses Projekts wurden insgesamt 940 Grenzbeamte ausgebildet. Die Präsenz bestellte sechs Referenten für die Erstabklärung, die mit den Polizeidirektionen aller Grenzgebiete zusammenarbeiten sollen, und organisierte eine ausgedehnte Studienreise für leitende Grenz- und Migrationspolizisten zu Grenzübergangsstellen in EU- und Nicht-EU-Mitgliedstaaten, um sie über unterschiedliche Methoden und die neuesten Verfahren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu unterrichten.

Menschenrechtsunterricht. Die Präsenz half 26 Lehrern aus ganz Albanien – auch aus abgelegenen Gebieten – dabei, die Menschenrechtserziehung in ihre tägliche Unterrichtstätigkeit einzubauen. Im Rahmen des Projekts erhalten landesweit Schüler im Alter von 10 bis 12 Jahren Menschenrechtsunterricht. Das Projekt geht auf eine Initiative des slowenischen Amtierenden Vorsitzenden in Zusammenarbeit mit dem Unterrichtsministerium zurück.

Unterstützung des Volksanwalts. Die Präsenz setzte ihre Unterstützung für die Volksanwaltschaft fort und baute dabei auf eine langjährige Beziehung auf. Sie organisierte einen Studienbesuch im Büro des polnischen Ombudsmannes und finanzierte im Anschluss an die von der Präsenz und dem Volksanwalt 2004 veranstaltete erfolgreiche Landeskonferenz über Arbeitnehmerrechte ein Buch zu diesem Thema.

Verbesserung der Jugendstrafrechtspflege. In enger Zusammenarbeit mit der albanischen Akademie für Rechtsberufe organisierte die Präsenz eine Reihe von Ausbildungskursen für Richter, Staatsanwälte, Anwälte, Sozialarbeiter, Psychologen und Beamte der Kriminalpolizei, die mit straffällig gewordenen Jugendlichen zu tun haben. An den Seminaren nahmen über 150 Fachleute teil.

Eintreten für Romarechte. Zur Unterstützung und Kontrolle der Durchführung der Nationalen Stra-

tegie für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma leitete die Präsenz eine internationale Geberkoordinierungsgruppe für Romafragen. Darüber hinaus nahm sie an der BDIMR-Initiative *Roma, use your ballot wisely* teil, die zur Eintragung einer größeren Zahl von Roma in Wählerverzeichnisse führen soll.

MEDIENENTWICKLUNG

Verbesserung des Medienrechts. Auf Ersuchen des Parlamentsausschusses für Bildung und Medien leitete die Präsenz technische Hilfestellung für verschiedene Gesetzesvorhaben, darunter Gesetzesvorlagen betreffend Printmedien und gegen Verleumdung. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe zu Gesetzgebungsfragen trug die Präsenz in Zusammenarbeit mit dem Europarat und dem nationalen albanischen Rundfunk- und Fernsehrat, dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Büro für Funkangelegenheiten zu einer Gesetzesvorlage über die versuchsweise Einführung von Digitalfernsehen bei.

Stärkung der nationalen Medien-einrichtungen. Die Präsenz setzte ihre Unterstützung des nationalen Rundfunk- und Fernsehrats bei der Erstellung eines Zuteilungsplans für die Ausstrahlung terrestrischen Digitalfernsehens fort. Der Plan soll dem Europäischen Büro für Funkangelegenheiten unterbreitet werden.

Förderung von Selbstkontrollmechanismen. Gemeinsam mit örtlichen Medienorganisationen und in Zusammenarbeit mit USAID setzte sich die Präsenz erneut für die Schaffung eines Medienethikrats ein. Die Präsenz förderte die Aktualisierung des bestehenden Ehrenkodex für Medien durch Diskussionsveranstaltungen und Treffen mit den wichtigsten Mediengrößen im Land.

Anhebung der beruflichen Standards. Als Teil eines Projekts unter dem Titel „Fortbildung örtlicher Medien zum Thema Standesregeln und Förderung von Transparenz durch Gebrauch des Rechts auf Informationsfreiheit“ organisierte die Präsenz eine Fortbildung für 12 örtliche TV-Sender im Land. Die Initiative wurde von der niederländischen Organisation *Press Now* finanziert. Die Präsenz unterstützte auch die Journalistenschule in Tirana bei der Entwicklung eines Lehrplans und einer Langzeitstrategie.

Missionsleiter:
Botschafter Pavel Vacek
Revidierter Haushalt: € 3.658.300
www.osce.org/albania

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

2005 nahm das Tempo der Reformen in Bosnien und Herzegowina zu, und die Mission setzte ihre Tätigkeit im Dienste der Konsolidierung von Frieden, Demokratie und Stabilität im Lande fort. Besonders beachtliche Fortschritte erzielte Bosnien und Herzegowina im Be-

reich der Verteidigungsreform, in deren Rahmen die Streitkräfte und das Verteidigungsministerium in ein einheitliches gesamtstaatliches System überführt werden.

Die Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension zur Umsetzung des ersten regionalen Ex-

portstopps für Kleinwaffen und leichte Waffen wurden von der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina aktiv und durch Expertise unterstützt. Im Wirtschaftsbereich leistete die Mission den Gemeinden Hilfestellung bei ihrer Verwaltungsreform zur Verstärkung der Effizienz,

Transparenz und Bürgernähe. In der menschlichen Dimension konzentrierte sie sich schließlich darauf, das Recht von Flüchtlingen auf eine dauerhafte Rückkehr in der ganzen Region sicherzustellen, für sozialen Wohnbau und die Förderung sozialer Sicherheit zu sorgen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Unterstützung der Verteidigungsreform. Ende 2005 setzten die Behörden von Bosnien und Herzegowina den wesentlichsten Schritt in der Verteidigungsreform und schufen die gesetzlichen Voraussetzungen für die erfolgreiche Vollendung der Reform der Verteidigungsstrukturen des Landes.

Zur Unterstützung dieser Reformen beteiligte sich die Mission gemeinsam mit der NATO aktiv an Arbeitsgruppen und Konsultationen mit nationalen Fachleuten, in deren Folge eine einheitliche Berufsarmee unter der Kontrolle des Staates Bosnien und Herzegowina entstehen, die Verteidigungsministerien und Armeen der Teilgebiete und die Wehrpflicht abgeschafft werden sollen – also beachtliche Veränderungen zehn Jahre nach Ende des bewaffneten Konflikts in BiH. Durch Konsultationen mit Parlamentariern und militärischen Führungskräften sorgte die Mission dafür, dass die einschlägigen Gesetze und Dienstvorschriften eine ordnungsgemäße demokratische zivile Kontrolle der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina berücksichtigen.

Demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Gemeinsam mit dem Genfer Zentrum für demokratische Kontrolle der Streitkräfte und dem *Tailored Co-operation Programme* der NATO erstellte die Mission ein bilaterales Besuchsprogramm für Parlamentarier aus Bosnien und Herzegowina und aus Ländern mit Streitkräften vergleichbarer Größe und vergleichbaren Reform- und Stabilisierungsproblemen. Ziel dieser Besuche war es, von den Erfahrungen in vergleichbaren Ländern zu lernen, wie man am besten wirk-

same parlamentarische Kontrollmechanismen schafft, die sowohl die Zivilisten als auch die Soldaten im Lande schützen.

Fortlaufende Unterstützung bei der Erfüllung der politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen.

Mit fachlicher und arbeitstechnischer Unterstützung durch die Mission konnte Bosnien und Herzegowina Verbesserungen bei der Erfüllung seiner OSZE-Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension erzielen, einschließlich des Entwurfs und der Unterzeichnung seines jährlichen Informationsaustauschdokuments, und die Zusammenarbeit mit dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Artikel IV im Hinblick auf die Umsetzung von Artikel IV des Friedensabkommens von Dayton fortsetzen. Bosnien und Herzegowina richtete im Verteidigungsministerium auch eine Rüstungskontrollabteilung ein und schuf ein Koordinierungsgremium, das die militärischen und staatlichen Geheimdienste zusammenführen soll.

Das im Juli 2004 unterzeichnete erste regionale Moratorium für den Export von Kleinwaffen und leichten Waffen war ein besonderer Erfolg, zu dem die Mission mit ihrer aktiven Unterstützung und ihrer Expertise beitrug. Die Umsetzung des Moratoriums war im Juli 2005 erfolgreich abgeschlossen und trug zur Einstellung der die legalen Exporte von militärischen Waffen aus dem Land bei.

In Zusammenarbeit mit der EUFOR in Bosnien und Herzegowina und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen unterstützte die Mission weiterhin die Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen. 2005 wurden über 30.000

Kleinwaffen und leichte Waffen aus BiH zerstört. Die zerstörten Waffen stammten aus den überschüssigen Waffenbeständen der Armeen beider Teilgebiete des Landes, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska; die Überschüsse waren durch den Personalabbau und Maßnahmen zur Modernisierung der Ausrüstung entstanden. Ende 2005 waren die überschüssigen Kleinwaffen und leichten Waffen der Armee der Republika Srpska – die zu Jahresanfang auf 26.690 Stück geschätzt worden waren – zur Gänze vernichtet. Die überschüssigen Bestände aus dem Besitz der Streitkräfte der Föderation – rund 45.000 Waffen – warten noch auf ihre Zerstörung.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Förderung der Wirtschaft und einer guten Umweltpraxis. Im Rahmen ihrer weiteren Tätigkeit im zivilgesellschaftlichen Bereich unterstützte die Mission Partnerschaften zwischen Jugendgruppen, Gemeindeverwaltungen, Entwicklungsagenturen, Unternehmerverbänden und Arbeitsmarktinstitutionen, die selbstständiges Unternehmertum fördern. Über 500 Jungbürger nahmen an Fortbildungsveranstaltungen für selbständige Jungunternehmer, an Austauschbesuchen und Jobbörsen teil, die die Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche verbessern sollen. Darüber hinaus half die Mission Bürgergruppen in 20 ländlichen und unterentwickelten Gemeinden mit ihrem Gemeindeentwicklungsprojekt, eine bessere Gesprächsbasis mit den Behörden zu finden und gemeinsam an Beschäftigungs- und Infrastrukturprojekten zu arbeiten.

Zur Förderung besserer Praktiken im Umweltbereich unterstützte die Mission etliche Projekte zur Verbesserung der Umweltsituation. In Banovi_i, unweit Tuzla, pflanzten Bürger im Rahmen des Projekts „Lungen für die Stadt“ 200 Bäume. Dieses Unternehmen entstand aus einer Partnerschaft zwischen örtlichen Bürgergruppen, unter ihnen eine Jugendgruppe, Schulen, der Polizei, einem Forstbetrieb und der Gemeindeverwaltung.

Reform der öffentlichen Verwaltung. Im Rahmen ihrer Bemühungen, eine demokratische Regierungsführung zu fördern und die Bürger verstärkt in das demokratische Leben des Landes einzubinden, unterstützte die Mission mit beträchtlichem Einsatz die Gemeinden bei ihrer Verwaltungsreform, um sie für die Menschen, für die sie da sind, effizienter, transparenter und zugänglicher zu machen.

Verbesserung der Verwaltung personeller Ressourcen. Um das Bedürfnis nach einem moderneren System für die Verwaltung der Personalressourcen zu erfüllen und das Problem der überdimensionierten Verwaltung und des schlecht qualifizierten Personals zu beseitigen, beriet die Mission die Gemeinden dabei, wie eine grundlegende organisatorische Überprüfung im Hinblick auf eine optimale Struktur und Personalausstattung durchzuführen sei. Die Entwicklung leistungsbezogener Einstellungsverfahren ermöglichte den Gemeinden auch eine Verbesserung der Qualität ihrer Mitarbeiter. Als Ergebnis dieser Initiativen konnten mehrere Gemeinden den Anteil ihrer Verwaltungskosten am Gesamthaushalt im Jahr 2005 um bis zu 35 Prozent bei gleichzeitiger Effizienzsteigerung senken. Zur Unterstützung dieses Prozesses und um den Gemeinden bei der Einführung neuer Personalverwaltungsmethoden zu helfen, erarbeitete die Mission ein Handbuch für die Verwaltung von Personalressourcen. Gemeinsam mit mehreren Partnergemeinden entwickelte die Mission ein Softwarebispaket, das die Führung von Personalakten in Papierform ersetzen soll. 2005 erhielten 20 Gemeinden versuchsweise diese Software.

Verbesserung der Finanzverwaltung. Die Mission war den Kommunalbehörden dabei behilflich, auf

Grundlage eines mehrjährigen Ansatzes rechtzeitig Rahmenvorgaben für eine realistische Haushaltsplanung und transparente Berichterstattung umzusetzen. Obwohl der Haushaltsplan 2005 aufgrund der Kommunalwahlen vom Oktober 2004 verspätet verabschiedet wurde, genehmigten 60 Prozent der Gemeinden, in denen die Mission tätig ist, ihren Haushaltsplan für 2005 innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist. Um das Haushaltsgebaren zusätzlich zu unterstützen, ging die Mission eine Partnerschaft mit USAID und der *Swedish International Development Agency* (Sida) ein. Die beiden Organisationen finanzierten ein Projekt für rechenschaftspflichtiges Regieren, das einen Haushalts- und Finanzleitfaden erstellen soll, der den Beamten, Gemeinderäten und Bürgern in den Gemeinden als Referenzdokument dient. Er wird allen Gemeinden landesweit zur Verfügung gestellt werden. Die Mission war auch mehr als 30 Gemeinden beim Schuldenabbau behilflich, wobei die offenen Verbindlichkeiten um mehr als 4,5 Millionen Euro verringert werden konnten.

In dem Bestreben, die interne Kontrolle zu stärken, entwickelte die Mission gemeinsam mit 20 Gemeinden einen Leitfaden für interne Kontrolle. Dieses Referenzdokument erläutert, wie man Risikobewertungen durchführt und Kontrollen zur Risikominderung entwickelt. 2005 verabschiedeten mehrere Gemeinden Regelwerke zur Verbesserung der Kontrolle und Aufsicht in Bereichen wie der Verwaltung der Finanzmittel und der Kontrolle des Gemeindevermögens.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTE

Unterstützung der Rückkehr in die Region. In enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem Hohen Flüchtlingskommissar der VN (UNHCR) und den OSZE-Missionen in Kroatien sowie in Serbien und Montenegro setzte die Mission ihre Unterstützung für wirksame staatliche Maßnahmen fort, um das Recht der Flüchtlinge auf eine dauerhafte Rückkehr in die Region sicherzustellen. Zu diesem Zweck arbeitete die Mission eng mit den zuständigen Behörden in Bos-

nien und Herzegowina zusammen, um ihren „nationalen Rückkehrfahrplan“ zum Abschluss zu bringen. Der Fahrplan legt Wert auf die Nachhaltigkeit des Prozesses und auf einen realisierbaren Zugang zu Eigentumsansprüchen, Gesundheitswesen, Sozialhilfe, Informationen und öffentlichen Versorgungseinrichtungen.

Von der Rückübertragung von Eigentum bis zur Beschaffung sozialen Wohnraums. Bislang wurden 93 Prozent des Wohnraums, auf den Rechtsansprüche erhoben wurden, wieder an die Vorkriegsinhaber rückübertragen; damit ist das Eigentumsgesetz in Bosnien und Herzegowina fast vollständig umgesetzt. In Anpassung an die neue Situation konzentrierte sich die Mission auf die Begutachtung des Rechts auf angemessenen Wohnraum, insbesondere der Schutzbedürftigsten unter der Bevölkerung. Im Rahmen dieser Bemühungen machte sich die Mission dafür stark, dass die zuständigen Regierungsebenen im Land eine einheitliche, anspruchsbasierte soziale Wohnraumpolitik betreiben.

Förderung des sozialen Schutzes. Die Mission verlagerte ihren Schwerpunkt zunehmend auf das Recht auf sozialen Schutz und angemessenen Wohnraum, um sicherzustellen, dass die im Rahmen des Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung im Land durchgeführten Wirtschafts- und Sozialreformen menschenrechtskonform sind. Im Dezember stellte die Mission einen Bericht an Regierungsvertreter fertig, in dem die praktische Umsetzung des Rechts auf Sozialhilfe bewertet wird. Die Mission entwickelte auch einen Plan zur Umsetzung der Empfehlungen des Berichts in Zusammenarbeit mit Regierungsbehörden aller Ebenen sowie mit Angehörigen der Zivilgesellschaft.

So sieht eine der Empfehlungen vor, das Sozialversicherungsgesetz dahingehend zu ändern, dass gewährleistet ist, dass im Entscheidungsprozess für die Gewährung von Sozialhilfe de facto für Gleichberechtigung beim Zugang zu diesem Recht und bei der Ausübung dieses Rechtes gesorgt ist und sowohl direkte als auch indirekte Diskriminierung verboten ist.

Legalisierung informeller Roma-Ansiedlungen

Derzeit kämpft die Gemeinschaft der Roma darum, Vorurteile zu überwinden und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Eine der größten Hürden dabei ist die rechtliche Regelung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, auf dem die Volksgruppe traditionell siedelt.

„Unsere größte Herausforderung ist derzeit das Wohnungsproblem“, erläutert Dervo Sejdić, Präsident der Roma-Vereinigung von Gorica. „Wir freuen uns darüber, dass wir jetzt eine feste Siedlung in Gorica haben, die unserer Gemeinschaft angemessene Wohnmöglichkeiten bietet.“

Die 30 Haushalte umfassende Roma-Siedlung in Gorica – seit Jahrzehnten auf demselben Grundstück – ist bislang die einzige Roma-Siedlung in Bosnien und Herzegowina, deren Status rechtlich geregelt ist. Im Jahr 2000 ersuchte die Roma-Gemeinde die Stadtverwaltung von Sarajewo um Anerkennung ihrer Ansprüche auf den Grund und Boden, der teilweise der Stadtgemeinde und teilweise einem Unternehmen im Staatsbesitz gehörte. Mit Unterstützung der OSZE bei der Bewältigung zahlreicher rechtlicher, politischer und finanzieller Probleme wurden den Roma-Siedlern im Jahr 2002 die Eigentumsrechte übertragen.

2005 wies die OSZE in zwei Berichten auf die Probleme im Bereich des Meldewesens hin, die Roma an einem Antrag auf Anerkennung ihres Rechtsstatus hindern; diese Berichte sollten die örtlichen Verwaltungsbehörden und die Sprecher der Roma-Gemeinschaft bei der Lösung dieser Probleme in ihren eigenen Gemeinschaften unterstützen.

Eine weitere Empfehlung lautet, im Sozialhilfegesetz ausdrücklich festzuschreiben, dass diese Leistungen an einen Bedarfsnachweis gebunden sind und unter den Anspruchsberechtigten die ärmsten Gruppen zu bevorzugen sind.

Darüber hinaus leistete die Mission den örtlichen Behörden durch technische Beratung und Unterstützung Hilfestellung bei der Erstellung einer Politik und bei Rechts- und Budgetreformen zur Verbesserung des Zugangs zu sozialen Dienstleistungen.

Im Mittelpunkt dieser Bemühungen steht die Förderung einer menschenrechtsverträglichen Reform, die deren Nachhaltigkeit gewährleisten soll.

Sicherstellung der notwendigen Neuordnung der Ombudsmann-Institutionen. 2005 konzentrierte sich die Mission auf die Konsolidierung und Reform der bestehenden Ombudsmann-Einrichtungen in Richtung einer einheitlichen neuen gesamtstaatlichen Institution. Auf Grundlage der Standards der Venedig-Kommission des Europarats erfolgte eine rechtliche Reform der Regierungsbehörden, um einheitliche und wirksame Führungsstrukturen zu schaffen, die durch offene und transparente Verfahren besetzt werden. Mit diesen Bemühungen will die Mission sicherstellen, dass die Allgemeinheit Zugang zu inländischen Institutionen zur Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen hat. Die Mission überwacht auch, inwieweit sich die Behörden von Bosnien und Herzegowina an die Entscheidungen dieser Gremien halten.

Menschenrechte der Roma. In Zusammenarbeit mit internationalen Partneragenturen und nicht-staatlichen Romaorganisationen förderte die Mission die Gleichstellung und Integration von Romagemeinden, indem sie die Regierung bei der Ausarbeitung einer BiH-Romastrategie unterstützte. Unter Ausnutzung ihrer Präsenz vor Ort trat die Mission dafür ein, dass informellen Romasiedlungen ein Rechtsanspruch auf Grund und Boden zugesprochen wird.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Überwachung der Strafrechtsreform. Im Zuge ihrer landesweiten Prozessbeobachtung sowie der gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum und den Missionen in Kroatien und Serbien und Montenegro organisierten regionalen Tagungen von Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten erhob die Mission eine Reihe von Problemen, mit denen die Gerichte in der Praxis konfrontiert sind. Zur Klärung dieser Fragen schlug eine Gruppe von juristischen Beratern den zuständigen staatlichen Institutionen 40 Änderungen des aktuellen Strafrechts vor, darunter Änderungen der Haftbestimmungen und

Maßnahmen, die sicherstellen sollen, dass der Angeklagte während des Strafverfahrens anwesend ist. Darüber hinaus werden öffentliche Berichte über konkrete Menschenrechtsbedenken rund um Verfahrensabsprachen und die Belehrung über die Rechte von Angeklagten eine Argumentationshilfe für eine verstärkte Einhaltung der Menschenrechte bei Strafprozessen bieten und den Fachleuten auch als weitere Orientierungshilfe dienen.

Monitoring der Strafverfolgung von Kriegsverbrechen im Inland.

Nach rund zehnjähriger Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen in Bosnien und Herzegowina veröffentlichte die Mission im Februar einen Bericht über die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen im Inland. Insbesondere führte der Bericht die Anzahl, die Art und die Bedeutung der vor einheimischen Gerichten abgehandelten Fälle von Kriegsverbrechen an. Er wies auf Verfahrenslücken und andere Hindernisse hin, die einer gerechten und wirksamen Rechtsprechung in diesen Fällen entgegenstehen. Im Einvernehmen mit dem Ständigen Rat der OSZE dehnte die Mission ihr Prozessbeobachtungsprogramm auf alle vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien an inländische Gerichte in Bosnien und Herzegowina verwiesenen Fälle aus. Darüber hinaus konnten durch Unterstützung des regionalen Dialogs auf fachlicher und politischer Ebene und durch dessen Förderung die Hindernisse angegangen werden, die einer wirksamen Strafverfolgung von Kriegsverbrechern und der Abwicklung eines gerechten Verfahrens entgegenstehen.

Bekämpfung des Menschenhandels. Die Mission unterstützte den Koordinator von Bosnien und Herzegowina für die Bekämpfung des Menschenhandels nach wie vor durch Entsendung eines Mitarbeiters und Bereitstellung von Gutachten. Diese technische Hilfestellung umfasste auch die Unterstützung bei der Einrichtung des Nationalen Leitsystems, das einheitliche Verfahren für die Behandlung von Opfern des Menschenhandels und den Umgang mit ihnen anbietet. Die Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels wurden darüber hinaus durch die Beiziehung der Prozessbeobachter der Mission zur

Ermittlung derjenigen Verfahrenslücken unterstützt, die eine Durchsetzung internationaler Standards bei Gerichtsverfahren gegen Menschenhändler in Bosnien und Herzegowina in der Praxis verhindern.

DEMOKRATISIERUNG

Förderung einer transparenten und rechenschaftspflichtigen Regierung. Im März startete die Mission ihr UGOVOR-Projekt, das von dem Grundsatz ausgeht, dass eine wirksame und effiziente örtliche Verwaltung sowohl den Bürgern als auch den Gemeinden ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit abverlangt. Dieses Bekenntnis erfolgt in Form eines „Vertrags“ oder „ugovor“, der in allen drei Amtssprachen von Bosnien und Herzegowina abgefasst ist und mit dem sich die Gemeinden dazu verpflichten, mit den Bürgern und zu deren Nutzen an der Verwirklichung gemeinsamer Ziele zu arbeiten. Derzeit nehmen mehr als 80 der 140 Gemeinden in Bosnien und Herzegowina an dem Projekt UGOVOR teil. Die Gemeinden setzen sich mit Themen wie der Umsetzung des Rechts auf freien Zugang zu Informationen, der Reform der Verwaltungsvorschriften und der Entwicklung einer Partnerschaft mit den Bürgern auseinander.

Zenica stellt sich der Herausforderung – UGOVOR als Verpflichtung. Im Rahmen des Projektmoduls UGOVOR stellt in Zenica die Sensibilisierung der Öffentlichkeit die größte Herausforderung in Bezug auf die Umsetzung des Rechts auf freien Zugang zu Informationen dar. Eine von der Gemeinde gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Juli durchgeführte Erhebung ergab, dass 65 Prozent der Bevölkerung in Zenica keine Ahnung von diesem Gesetz hatten, das den Bürgern freien Zugang zu den in öffentlichen Institutionen verfügbaren Informationen garantiert. Zenica stellte sich dieser Herausforderung und richtete Mechanismen zur Durchführung des Gesetzes ein, organisierte die Schulung der an zentraler Stelle Verantwortlichen und informierte die Bevölkerung durch öffentliche Foren und Radiosendungen über das Gesetz. Die Gemeinde schuf auch den Posten eines Informationsbeauftragten, ein der Allgemeinheit zugängliches gut funktionierendes Informationszentrum, ein Aus-

kunftsbüro für Steuerzahler, das auch Dokumente ausstellt, einen schriftlichen Führer, der der Öffentlichkeit Tipps für die Beschaffung von Informationen gibt, und ein Verzeichnis mit den Fakten, Zahlen und Daten über öffentliche Institutionen. Neben diesen Maßnahmen bemüht man sich weiterhin, die Zivilgesellschaft dazu zu animieren, von diesem Recht auch Gebrauch zu machen. Dadurch ist Zenica heute eine der Gemeinden in Bosnien und Herzegowina, in denen die Durchführung des Gesetzes am weitesten gediehen ist, und ein Beispiel dafür, wie auf Initiative offizieller Vertreter der Gemeinde Partnerschaften gegründet werden, Schulung angeboten und Bewusstseinsbildung betrieben und ganz allgemein die Beziehung zu den Bürgern verbessert wird.

Ergänzend zu UGOVOR lancierte die Mission die Initiative „Im Rampenlicht“, die durch Anerkennung und Auszeichnung hervorragender Leistungen das Niveau der kommunalen Verwaltung heben soll. Die zentralen Themen für dieses Jahr wurden im September vorgestellt: effiziente strategische Planung, mehr Bürgernähe und Förderung der lokalen Wirtschaftsentwicklung. Um „ins Rampenlicht“ zu kommen, müssen die Gemeinden bereit sein, untereinander bewährte Praktiken auszutauschen, kleine finanzielle Anreize entgegenzunehmen und an einem Besuchsaustausch mit einer Gemeinde teilzunehmen, die im Vereinigten Königreich „im Rampenlicht“ steht.

Im Rahmen ihres Programms zur Unterstützung des Parlaments half die Mission dem Staatsparlament bei der Neuordnung seines Sekretariats, der Einrichtung eines Rechtsdienstes, einer zunehmend positiven Einschätzung der Medienberichterstattung über ihre Arbeit und der Erarbeitung eines Satzes allgemeiner Regeln für die Erstellung von Gesetzen. Darüber hinaus wird die Mission mit Unterstützung von USAID ein zweijähriges umfassendes Programm zur Stärkung der Legislative durchführen, um die Fähigkeiten des staatlichen Parlaments als Institution zu stärken.

Verbesserung der Gesetzgebung und der Verwaltungsvorschriften. Die Mission setzte ihre enge Zusammenarbeit mit internationalen

Partnern, darunter der Europarat und das Amt des Hohen Repräsentanten (OHR), und den Regierungen beider Teilgebiete fort, indem sie juristische und technische Hilfestellung bei der Ausarbeitung neuer Gesetze für die lokale Selbstverwaltung leistete. Nach Verabschiedung eines derartigen Gesetzes in der Republika Srpska beriet die Mission die meisten Gemeinden bei der Angleichung ihrer kommunalen Verordnungen an die neuen Rechtsvorschriften. In der Föderation stand die Verabschiedung des Gesetzes Ende 2005 noch aus, und die Mission beteiligte sich aktiv an der Formulierung der Gesetzesvorlage, die Ende 2005 dem Parlament zur ersten Lesung vorgelegt wurde. Darüber hinaus wurden mehr als 40 Gemeinden und alle 10 Kantone der Föderation Bosnien und Herzegowina bei der Überarbeitung ihrer Geschäftsordnung unterstützt, die mit dem Rechts- und Verfassungsrahmen des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina in Einklang gebracht werden sollte.

Die Mission veranstaltete vier Konferenzen zum Thema „Anregung zur Diskussion – ein Bildungssystem für alle“, um die Einbindung der Bürger in die Gestaltung der Bildungspolitik zu erleichtern.

Förderung von besserer Kommunikation und mehr Partnerschaft. Gemeinsam mit den Gemeinden arbeitete die Mission an der Verbesserung der internen Kommunikation sowie der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Bürgern. Mit Hilfe ihres Programms für Medienführung konzentrierte sich die Mission auf die Verbesserung dieses Verhältnisses durch Aufwertung der Rolle der Medienunterstützung. Mit Hilfe einer öffentlichkeitswirksamen Initiative für eine Zielgruppe von 13 Gemeinden half die Mission den Gemeinden bei der Entwicklung ihrer Fähigkeit, sich der Medien für öffentliche Informationszwecke zu bedienen.

Im Rahmen der laufenden vertrauensbildenden Bemühungen im Bereich „zwei Schulen unter einem Dach“ organisierte die Mission einen dreitägigen Workshop für die kroatische und die bosniakische Schülervereinigung zu Lehrplanfragen an der Sekundarschule von Stolac. Die Schüler hatten nach

eigenen Aussagen zuvor nicht einmal miteinander geredet und beschlossen nun, sich mit vereinten Kräften um die Lösung einiger gemeinsamer Probleme zu bemühen und die Versöhnung fördern zu wollen.

Stärkung der Zivilgesellschaft.

Die weit verbreitete Apathie der Öffentlichkeit, verstärkt durch den offensichtlichen Unwillen der Behörden, den Anliegen der Bürger Gehör zu schenken und darauf zu reagieren, war nach wie vor eine große Herausforderung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Bosnien und Herzegowina. Die Mission bemühte sich um die Entwicklung einer informierten und aktiven Bürgerschaft, die mit den Behörden einen Dialog über Fragen öffentlichen Interesses aufzunehmen in der Lage ist. Durch die von der Regierung des Vereinigten Königreichs finanzierte Missionsinitiative unter dem Titel „Die Bürger erreichen und einbinden“ wurden 60 gemeinsame Initiativen für Gemeinden und Bürger geplant und durchgeführt. Zur Verstärkung des Dialogs zwischen Bürgern und Verwaltung schulte die Mission 100 Vertreter aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gemeindeverwaltungen im Einsatz von Erhebungstechniken in der politischen Gestaltungsarbeit und unterstützte Umfragen in 30 Gemeinden über die Qualität der bisherigen Dienstleistungen und Verbesserungsvorschläge.

BILDUNGSWESEN

Politische Unterstützung für eine zukunftsfähige Reform. Den Schwerpunkt des Bildungsprogramms der Mission bildete ihre Hilfestellung für die Behörden aller Ebenen bei der Einhaltung der inländischen und internationalen Verpflichtungen sowie die Ermutigung der Bürger, sich aktiv in die Bildungsreform einzubringen. Im Laufe des Frühjahrs organisierte die Mission eine Reihe regionaler Bildungsforen unter dem Titel „Anregung zur Diskussion“, an denen landesweit mehr als 1000 Personen teilnahmen. Die Teilnehmer unterstrichen besonders die Notwendigkeit stärkerer gesamtstaatlicher Normen und Strukturen und forderten die Ministerien auf, Politik aus den Schulen herauszuhalten und proaktiv an Reformen heranzugehen.

Besorgt über die fehlenden Fortschritte in diesem ganz zentralen Bereich verwies das Lenkungsgremium des *Peace Implementation Council* nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer echten Bildungsreform und gab bei einer Tagung in Sarajewo am 6. und 7. Oktober eine deutliche Erklärung gegen Separation und Diskriminierung in Schulen ab. Sie forderte auch die Behörden nachdrücklich auf, auf gesamtstaatlicher Ebene einen tragfähigen Mechanismus zur Koordinierung der Reformprioritäten einzurichten und dafür zu sorgen, dass Bosnien und Herzegowina seinen internationalen Verpflichtungen im Bildungsbereich nachkommt.

Ermutigung zur Einbindung der Bürger in die Bildungsreform.

Die Mission unterstützte die Bildung von Interessensgruppen an Schulen, wie Eltern-, Lehrer- und Schülervereinigungen sowie Studentenverbände, damit diese Fähigkeiten entwickeln, für Reformen und eine verantwortliche Schul- und Universitätsleitung einzutreten. In vielen Fällen führten diese Aktivitäten zu einer verstärkten Unterstützung für einen besseren Zugang aller Schüler zum Schulsystem, und sie verstärkten die Zusammenarbeit in so schwierigen Gebieten wie den Kantonen Zentralbosnien und Herzegowina-Neretwa. Die Mission ermutigte die Bürger auch dazu, sich verstärkt in die Bemühungen zur Überwindung der schwierigsten Hindernisse auf dem Weg zu einer echten Bildungsreform einzubringen, etwa zu so sensiblen Themen wie „zwei Schulen unter einem Dach“. Darunter sind Schulen zu verstehen, die sich dasselbe Gebäude teilen, jedoch die Schüler nach Volksgruppen trennen – und zur Frage der so genannten nationalen Unterrichtsfächer, in denen in ein und demselben Land nach Volksgruppen getrennt unterschiedliche Versionen von Geschichte, Geographie und Literatur gelehrt werden.

Monitoring der Reform der

Rechtsvorschriften. Die Mission setzte ihr Monitoring der Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen fort. Das für das Bildungswesen zuständige Personal in den Außenstellen beobachtete in erster Linie die Durchführung der Gesetze und Verordnungen für Grundschulen und weiterführende Schulen, wobei

besondere Aufmerksamkeit der Wahl der Mitglieder der Schulaufsichtsbehörde und der Arbeitsweise dieser Gremien galt. Als Beitrag zur Übernahme in örtliche Verantwortung richtete die Mission auch Anlaufstellen und regionale Arbeitsgruppen für Bildungsfragen ein, um zur Schaffung einheimischer Mechanismen beizutragen, die Verstößen gegen Gesetze im Bildungsbereich und gegen das Recht auf Bildung nachgehen können.

WAHLREFORM

Rückzug aus der Wahlbehörde.

2005 brachte Bosnien und Herzegowina eine ganz wichtige Übergangsphase im Hinblick auf die Abwicklung von Wahlen zum Abschluss. Man richtete eine Wahlbehörde ein, in der alle Nationen vertreten sind. Als logischer Schlusspunkt nach der jahrelangen Einbindung der Mission und des OHR in den Aufbau der Wahlstrukturen und -verfahren des Landes nach dem Krieg zogen sich Missionsleiter und der stellvertretende Missionsleiter gemeinsam mit dem ersten Stellvertreter des Hohen Repräsentanten am 30. Juni aus der Wahlbehörde zurück. Auf Ersuchen der Mitglieder der Wahlbehörde werden jedoch Vertreter der Mission und des OHR bis zu den allgemeinen Wahlen 2006 der Behörde weiter als Berater angehören, im Einklang mit dem Mandat der Mission.

Die Mission setzte ihre Unterstützung für die Arbeit der Wahlbehörde fort und konzentrierte sich in erster Linie auf die Umsetzung des Gesetzes über die Parteienfinanzierung, die Änderungen im Wahlrecht und die Verbesserungen des Wähler-eintragungssystems. Die Mission wird die Prüfung der wichtigsten politischen Parteien in Bosnien und Herzegowina durch die Wahlbehörde beobachten und der Wahlbehörde bei der Vorbereitung der Wahlen 2006 technische und fachliche Unterstützung anbieten.

**Missionsleiter:
Botschafter Douglas Davidson
Revidierter Haushalt: €
17.583.300
www.oscebih.org**

Die Mission in Kroatien

2005 entwickelte und vertiefte die Mission den in den Jahren zuvor begonnenen Dialog mit der Regierung. Diese Partnerschaft erhielt im Juni durch den Besuch von Ministerpräsident Ivo Sanader im Hauptquartier der Mission einen neuerlichen Anstoß und erfuhr auch durch die Teilnahme der Minister für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration sowie für Bildung und für Justiz an den morgendlichen Sitzungen der

Mission zur Erörterung der Tagesarbeit eine weitere Verstärkung.

Der verstärkte Kontakt zu den Behörden bewirkte sowohl größeres Verständnis für die Arbeit der Mission als auch eine erhöhte Profilierung gegenüber der Regierung und der Bevölkerung Kroatiens. Er trug dazu bei, dass die Mission von der Regierung als wertvolle Hilfe bei der notwendigen Transformation des Landes akzeptiert wird.

Der Beschluss des Ministerrats der Europäischen Union vom 3. Oktober über die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Kroatien bedeutete einen wichtigen Meilenstein für das Land. Am Morgen desselben Tages hatte die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) mitgeteilt, dass Kroatien in den Wochen davor in vollem Umfang mit dem Strafgerichtshof kooperiert

haben. Als Folge davon wurde zum ersten Mal ein Fall des Strafgerichtshofs zur Gänze an die inländische Justiz verwiesen, was einen wichtigen Schritt des Landes auf dem Weg zur Normalisierung bedeutet. Ministerpräsident Sanader kommentierte diesen Schritt mit der Feststellung: „Damit wurde ohne Einschränkung anerkannt, dass Kroatien eine reife Demokratie ist.“

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

FLÜCHTLINGSRÜCKKEHR

Die Rückkehr der Flüchtlinge stellte auch 2005 eine große Herausforderung für die Regierung dar und war auch der Mission bei ihren Aktivitäten nach wie vor ein besonderes Anliegen. Gemeinsam mit der Regierung arbeitete die Mission daran, den rückkehrwilligen Flüchtlingen diese Rückkehr nach Kroatien unter angemessenen Bedingungen zu ermöglichen. Zu Jahresende meldeten die kroatischen Behörden rund 118.000 der 300.000 durch den bewaffneten Konflikt 1991 bis 1995 vertriebenen kroatischen Serben als zurückgekehrt.

Zur Erleichterung der Rückkehr veranstalteten die Europäische Kommission, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und die Mission eine trilaterale Ministerkonferenz für die Behörden von Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien und Montenegro. Diese Konferenz im Januar in Sarajewo schuf die Voraussetzungen für einen koordinierten regionalen Ansatz zur Lösung der noch offenen Flüchtlingsfragen bis Ende 2006. Dabei geht man von der Annahme aus, dass die Flüchtlingsfrage nur mit dem politischen Willen und der Zustimmung aller drei Regierungen gelöst werden kann. Auf dieser Konferenz unterzeichneten die drei Regierungen eine Erklärung, der zufolge einzelstaatlich umzusetzende Fahrpläne mit konkreten Zielvorgaben

und finanziellen Zusagen verabschiedet werden sollen. Die Mission und ihre internationalen Partner halfen der Regierung bei der Erstellung der Aufgabenliste für den Fahrplan Kroatiens.

Die Regierung setzte ihre Bemühungen um die Rückübertragung des ehemaligen Eigentums von kroatischen Serben, das während des Kriegs und danach besetzt worden war, fort und brachte sie mehr oder minder zum Abschluss. Von den Ende 2004 noch offenen 1500 Fällen blieben Ende 2005 nur rund 300; ursprünglich gab es 19.500 Fälle einer Besetzung privaten Wohnungseigentums. Zwei Drittel des nach wie vor besetzten Eigentums liegen in Dalmatien, die meisten in den Gemeinden Knin, Benkovac und Obrovac.

Die Regierung kam auch mit dem Wiederaufbau von Wohnraum voran. Sie hat zugesagt, im ersten Halbjahr 2006 die mehr als 6500 verbliebenen Wiederaufbauanträge zu erledigen. Bis Ende 2006 will sie die über 12.000 Berufungen behandeln, die gegen die ursprüngliche Ablehnung der Ansprüche eingebracht wurden. Die Nutznießer des staatlichen Wiederaufbauprogramms für Wohnraum, unter das rund 70 Prozent der 2005 wieder aufgebauten 8.200 Häuser und Wohnungen fallen, waren in erster Linie kroatisch-serbische Antragsteller.

Trotz der Bemühungen der Mission gibt es nach wie vor eine Kategorie von Flüchtlingen und Vertriebenen,

deren Anspruch auf angemessenen Wohnraum zum Großteil noch immer nicht anerkannt ist – und zwar jene, die einst in sozialen Wohnbauten in städtischen Gebieten lebten und denen ihre früheren Eigentums- /Mietrechte aberkannt wurden. Das kroatische Parlament und die Regierung verabschiedeten 2000/2002 und 2003 zwei Wohnraumbeschaffungsprogramme, deren Umsetzung nur äußerst langsam vonstatten geht. Bis Ende 2005 erhielt diese Gruppe nicht mehr als ein paar Dutzend Wohnungen.

Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Rückkehr und Versöhnung

„... wo jeder seinen Platz hat ... ist Kroatien Heimat für alle seine Bürger“

Im Dezember startete die Mission gemeinsam mit der kroatischen Regierung, UNHCR und der Delegation der Europäischen Kommission eine Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Rückkehr und Versöhnung. Zielgruppe dieser Kampagne sind serbische Flüchtlinge und Vertriebene in den Nachbarländern sowie serbische Rückkehrer in Kroatien. Die Kampagne ermutigt Flüchtlinge und Vertriebene dazu, eine Rückkehr in ihr Heimatland in Betracht zu ziehen. Sie tritt für mehr Toleranz und Bereitschaft zur Versöhnung unter der Mehrheitsbevölkerung ein und will durch ein verstärktes Engagement der Regierung und der ortsansässigen Bevölkerung für Rückkehr und Integration ein rückkehrfreund-

liches Klima fördern.

Zwischen 1. und 15. Dezember sendeten die größten öffentlichen und privaten Rundfunkanstalten im Fernsehen und im Radio einen Werbespot zur Unterstützung der Kampagne in Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Serbien und Montenegro. Auf mehr als 450 Plakatflächen war dieser Slogan in allen drei Ländern für jedermann zu lesen. (Weitere Informationen zu dieser Kampagne unter www.povratak.hr.)

Ruzica Bjedov erhält ihre Wohnung zurück

Im August 1995, zur Zeit der „Operation Sturm“ in Ostslawonien, lebte Ruzica Bjedov in einer Wohnung in Knin, mit der Eigentums-/Wohnrechte verbunden waren. Bald darauf wurde sie von Mitgliedern der Miliz aus ihrer Wohnung vertrieben. Im September floh sie aus dem Land; ihre Wohnung wurde besetzt.

Als sie 2001 nach Knin zurückkehrte, konnte sie nicht mehr in ihre Wohnung. Sie war gezwungen, ihr Leben in einer armseligen und ungeeigneten Behausung zu fristen. Im Januar 2004 beantragte Frau Bjedov Hilfe bei der Wiederinbesitznahme ihrer Wohnung auf Grundlage eines kroatischen Gesetzes für besondere Problemzonen.

Im Juli 2005 stattet der Leiter der OSZE-Mission, Botschafter Jorge Fuentes, Frau Bjedov einen Besuch ab, um sich über ihren Fall zu informieren. Um die Angelegenheit zu beschleunigen, richtete er ein Schreiben an den Bürgermeister von Knin und nahm Kontakt mit der staatlichen Behörde für Flüchtlingsfragen auf.

Im November erhielt Frau Bjedov auf Grundlage des Gesetzes für besondere Problemzonen eine Wohnung in demselben Gebäude, in dem sich auch ihre frühere Wohnung befindet.

„Ich bin sehr glücklich über meine neue Wohnung; sie ist die sogar noch schöner als die, in der ich früher gelebt habe“, erklärt sie.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Mission und das Justizministerium bemühten sich um die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Justiz, die nach Ansicht der kroatischen Bürger eine der langsamsten staatlichen Institutionen ist. Haupt-

problem des Justizapparats war der hohe Aktenrückstau auf allen Ebenen. 2005 wurden einige Gesetzesvorlagen zur Reform der Justiz ausgearbeitet; sie sollen 2006 verabschiedet werden.

Im September erließ das Justizministerium eine Strategie zur Reform der Justiz mit Maßnahmen zum Abbau des Rückstands bei Gerichtsverfahren. Unter Hinweis auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Reformbemühungen ließ der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Herbst mehrere Urteile ergehen, in denen Verstöße gegen das Recht kroatischer Bürger auf ein gerechtes Gerichtsverfahren innerhalb zumutbarer Fristen und auf Zugang zur Justiz bemängelt wurden.

2005 setzte die Mission ihre Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen fort. In der zweiten Jahreshälfte kam die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen im Inland deutlich voran. Im Laufe des Jahres fanden einige Prozesse in Abwesenheit der Angeklagten statt, was die Notwendigkeit einer verstärkten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien und Montenegro deutlich macht. Um dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen, organisierte die Mission im Juni eine Ministerkonferenz in Brioni zur Verstärkung der justiziellen Zusammenarbeit in der Region. Gemeinsam mit Richtern und Staatsanwälten machten die Justizministerien der drei Länder die rechtlichen Hindernisse fest, die eine Überstellung von unter Anklage stehenden Staatsangehörigen dieser drei Länder und die Weiterleitung ihrer Akten zwischen den drei Ländern beeinträchtigen.

Verweisung des ersten ICTY-Prozesses an Kroatien

Mitte September verwies das zuständige Gremium des Jugoslawien-Tribunals das Verfahren gegen Mirko Nora_ und Rahim Ademi an Kroatien, ganz im Sinne der Ausstiegsstrategie des Gerichtshofs durch Beendigung der Verfahren. Nora_ und Ademi standen wegen Kriegsverbrechen vor Gericht, die sie während einer kroatischen Militäroffensive 1993 in Südwestkroatien gegen unbeteiligte serbische

Zivilpersonen und Soldaten verübt hatten. Sie wurden persönlich und auch als Verantwortliche für Taten ihrer Untergebenen angeklagt.

Die formale Verweisung des Falles vom Gerichtshof an den kroatischen Generalstaatsanwalt erfolgte im November. Das zuständige Gremium genehmigte die Übertragung, nachdem es sich davon überzeugt hatte, dass die kroatische Justiz in der Lage ist, ein gerechtes Verfahren durchzuführen. Die Faktoren, die zu dieser Entscheidung beitrugen, waren unter anderem ein geeigneter Rechtsrahmen, Zeugenschutz, zwischenstaatliche Zusammenarbeit, keine Verhängung der Todesstrafe und ein OSZE-Beobachtungsmechanismus. Wie das Justizministerium feststellte, war der Fall Nora_ und Ademi die erste derartige Verweisung eines Prozesses an ein rein kroatisches Gericht. Der Fall wurde an das Komitatsgericht Zagreb, eines der vier Sondergerichte für Kriegsverbrechen in Kroatien, verwiesen.

Anfang 2005 unterzeichneten die Chefanklägerin des ICTY und der Amtierende Vorsitzende der OSZE eine Vereinbarung zur Überwachung der Durchführung von Kriegsverbrecherprozessen, die an Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien und Montenegro verwiesen wurden, da die OSZE-Missionen über umfassende Erfahrungen mit der Überwachung von Kriegsverbrecherprozessen im Inland verfügen. Im Rahmen ihres Mandats beobachtete die Mission in Kroatien buchstäblich alle Kriegsverbrecherprozesse, was ihr einen einzigartigen Erfahrungsschatz in Bezug auf die Abwicklung derartiger Prozesse in Kroatien einbrachte.

Die Teilnehmer der Konferenz kamen übereinstimmend zu dem Schluss, dass in Anbetracht der Gesetzeslage in den drei Ländern der einzige Weg zur Zusammenarbeit die Weiterleitung der Strafakten und Beweismittel im Wege gegenseitiger Rechtshilfe sei. In der Praxis war in der zwischenstaatlichen justiziellen Zusammenarbeit zwischen Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien und Montenegro bei einigen Fällen eine Verbesserung festzustellen. Erwähnenswert ist etwa, dass mehrere Zeugen aus Serbien und Montenegro bei der Wiederaufnahme der Causa Lora vor dem Komitatsge-

richt in Split (Kroatien) vor Gericht aussagten; es ging dabei um die Anklage gegen die kroatische Armee wegen Kriegsverbrechen gegen serbische Gefangene im Militärgefängnis Lora. Nach ihrer Rückkehr nach Serbien und Montenegro äußerten sich diese Zeugen gegenüber Medien positiv über ihren Auftritt vor einem kroatischen Gericht und ermutigten andere Zeugen dazu, sich zu offenbaren.

Förderung der Minderheitenrechte. Die Mission setzte ihre Zusammenarbeit mit der Regierung zur Umsetzung einiger Mechanismen des 2002 in Kraft getretenen Verfassungsgesetzes über nationale Minderheiten fort. Noch haben Minderheiten keine angemessene Vertretung in der staatlichen Verwaltung, der Justiz, den Gremien der Exekutive und den Selbstverwaltungsorganen erreicht. Als weiteren Schritt auf diesem Weg verabschiedete das Parlament in der zweiten Jahreshälfte ein neues Gesetz über den öffentlichen Dienst und Novellen zum Gesetz über kommunale und regionale Selbstverwaltung.

Die Mission konzentrierte sich unter anderem auf den Ausbau der Kapazitäten der nationalen Minderheitenräte. Gemeinsam mit dem Amt für nationale Minderheiten veranstaltete das Büro mehrere Tagungen über die Funktionsweise dieser Räte in Rijeka, Osijek und Split. Für das Frühjahr 2006 ist die Veranstaltung einer landesweiten Abschlusskonferenz geplant. Die Mission organisierte auch Schulungskurse zum Thema Minderheiten und Medien in Knin, Split und Zadar, um diesen Räten zu einer besseren PR-Arbeit im Hinblick auf die Präsentation ihrer Funktionen und Aufgaben in der Öffentlichkeit zu verhelfen.

Wahlrechtsreform. Die Mission trat weiterhin für eine umfassende Wahlrechtsreform ein. In der Vergangenheit hatten die Mission und das BDIMR die Einrichtung eines ständigen Gremiums zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen, zur Erhöhung der Transparenz der Wahlkampffinanzierung und der Wählerlisten sowie zur Optimierung der Stimmabgabe im Ausland empfohlen. Bei den Kommunalwahlen im Mai traten Probleme im Zusammenhang mit der Arbeits-

weise der kommunalen Verwaltungsstellen, politische Absprachen und Manipulationen zutage. Eine der zentralen Schwierigkeiten war die Frage, ob der Prozentsatz der Minderheitenvertretungen in den kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsgremien auf Grundlage der aktualisierten Wählerlisten oder auf Grundlage der Volkszählung 2001 berechnet werden sollte. Diese Probleme schärfen das Bewusstsein der Behörden und der Öffentlichkeit für die Notwendigkeit einer Wahlreform.

Als erster konkreter Schritt zu einer derartigen Reform wurden im Parlament zwei Gesetzesvorlagen eingebracht – eine für die Direktwahl von Bürgermeistern und Präfekten und die zweite für die Einrichtung einer festen staatlichen Wahlkommission. Eine derartige Kommission wird die Justiz entlasten, der mit der Überwachung der Wahlen neben ihren ordentlichen Aufgaben eine zusätzliche Belastung aufgebürdet wurde; sie wird auch die ordnungsgemäße Führung und regelmäßige Aktualisierung der Wählerlisten kontrollieren.

Medienfreiheit. Die Entwicklung der kroatischen Medien stand nach wie vor im Zentrum der Tätigkeit der Mission. Sie betonte immer wieder, wie wichtig angemessene Lösungen zum Schutz der öffentlichen Medien gegen politische Einflussnahme seien. Die 2005 gegen Journalisten des öffentlichrechtlichen Senders erlassenen Strafmaßnahmen könnten als Zeichen eines derartigen Druckes ausgelegt werden. Die Regierung konnte die Frist für die Novellierung des Gesetzes über die kroatische Rundfunk- und Fernsehanstalt (HRT), die bis Jahresende abgeschlossen sein sollte, nicht einhalten. Die Mission wird mit der Regierung weiter an der Abänderung des Gesetzes im Lichte der Vorschläge des Europarats, der Delegation der Europäischen Kommission und der Mission arbeiten, in denen verbesserte Mechanismen zur Unterbindung politischer Einflussnahme auf die Arbeit des öffentlichrechtlichen Senders gefordert werden.

Die Anklage des ICTY wegen Missachtung des Gerichts gegen Journalisten, die die Identität und Aussage einer unter Zeugenschutz stehenden Person enthüllt hatten, löste

eine öffentliche Mediendebatte über die Notwendigkeit aus, Medienfreiheit, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit gegeneinander abzuwägen.

Im Bereich der Gesetze gegen Verleumdung und üble Nachrede gab es 2005 positive Entwicklungen. Im November arbeitete das Justizministerium Änderungen zum Strafgesetzbuch aus, um Verleumdung und üble Nachrede zur Gänze zu entkriminalisieren, wofür sich die Mission und der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit eingesetzt hatten. Die Änderungen werden dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt.

DEMOKRATISIERUNG

In diesem Bereich konzentrierte sich die Mission 2005 darauf, bei der Konsolidierung des Rechtsrahmens für die Zivilgesellschaft mitzuhelfen. Von zentraler Bedeutung war in diesem Zusammenhang die Unterstützung und Beratung der wichtigsten staatlichen Institutionen Kroatiens, die mit nichtstaatlichen Organisationen (NROs) und der Zivilgesellschaft zu tun haben, namentlich die Nationale Stiftung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und das Amt für Verbände und Vereinigungen. Die Mission war diesen Institutionen bei der Erarbeitung einer eigenen Strategie behilflich und unterstützte sie bei der Programmentwicklung und dem Aufbau eigener Kapazitäten, damit sie ihrem Mandat nachkommen können. Gemeinsam mit anderen internationalen Partnern fungierte die Mission auch als Bindeglied zwischen Institutionen der Zentralregierung und örtlichen NROs.

In den Bereichen Good Governance und Zivilgesellschaft entwickelte die Mission mehrere Projekte für Rückkehr und Wiedereingliederung, Rechtsstaatlichkeit, Medien und Polizei. Insgesamt wurden 87 Projekte entwickelt und in Angriff genommen, deren Kosten sich auf rund 1,15 Millionen Euro belaufen.

Polizeientwicklung. Im Einklang mit dem Fahrplan des Innenministeriums für 2004 setzte die Mission ihre Zusammenarbeit mit dem Ministerium in Fragen der Polizeireform fort. Eines der wichtigsten Elemente der Reform ist die Entwicklung eines absolut transparenten Personalverwaltungssystems für

Polizeibeamte und zivile Mitarbeiter. Im Juni unterstützte die Mission gemeinsam mit deutschen Polizeierxperten einen Workshop für die Verwaltung von Personalressourcen.

Einen weiteren Schwerpunktbereich bildete die Hilfestellung für die kroatische Polizei auf dem Gebiet des *community policing*. Für das Programm zur Ausbildung so genannter „Kontaktbeamter“ für *community policing* stellte die Mission Schulung und Beratung durch Fachleute zur Verfügung; dies ist ein wesentlicher Teil der Polizeireform. 2005 kamen über 400 Beamte zum Einsatz, bis März 2006 sollen laut Plan 700 ausgebildete Polizisten ihren Dienst antreten. Weiters führte sie im

September in der Region Zadar auch ein Projekt zur Aufklärung von Schulkindern über die Arbeit der Polizei durch, mit dessen Hilfe das neuartige Konzept einer bürgernahen Polizeiarbeit besser in der Bevölkerung verankert werden soll.

Genderfragen. Im Oktober veranstaltete die Mission in Unterstützung der Tätigkeit des kroatischen Menschenrechtsamtes eine Konferenz zum Thema Menschenhandel. An der Konferenz, die Mechanismen zur Bekämpfung des Menschenhandels vorstellen und einen Fahrplan für künftige Maßnahmen festlegen sollte, nahm auch die Sonderbeauftragte der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels teil.

Die Mission arbeitete auch etliche Projekte mit Genderschwerpunkt aus. Eines dieser Projekte, das aus außerbudgetären Beiträgen des italienischen Außenministeriums finanziert wurde, stand unter dem Slogan „Frauen schaffen es“. Bei diesem Projekt ging es darum, Frauen zur Teilnahme am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben in Kroatien zu ermutigen.

Missionsleiter:

bis 30.4.2005

Botschafter Peter Semneby, anschließend:

Botschafter Jorge Fuentes

Monzonis Villalonga

Revidierter Haushalt: € 9.218.800

www.osce.org/croatia

Die Mission im Kosovo

Im Jahr 2005 wurde die Übergabe administrativer Zuständigkeiten an die vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen im Kosovo (PISG) beschleunigt und es wurden Verhandlungen über den künftigen Status aufgenommen.

Als eigene Komponente der VN-Mission im Kosovo (UNMIK) ist die

OSZE-Mission im Kosovo bemüht, in Zusammenarbeit mit ihren Partnern die Konsolidierung der demokratischen Entwicklung und politisch reifer Institutionen zu unterstützen. Ziel der Mission ist es, diesen in den „Standards für den Kosovo“ festgelegten Erfordernissen nachzukommen und dabei auch neue

Möglichkeiten zu nutzen.

Die Mission konzentrierte sich auf die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Reformen insbesondere im Hinblick auf die Lokalverwaltung und auf ihre Funktion als Anwalt für grundlegende Menschenrechte und Grundfreiheiten. Für die Verwirklichung dieser

Agenda ist die Zusammenarbeit mit ihren internationalen Partnern und den PISG des Kosovo unverzichtbar, die dem Kosovo dabei helfen soll, auf dem Weg in eine stabile Zukunft auf der Grundlage von Frieden und Toleranz zwischen den verschiedenen Volksgruppen weiter zu kommen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

POLIZEIAUSBILDUNG UND -ENTWICKLUNG

Die Kosovo-Polizei (KPS) übernahm 2005 mehr und mehr Verantwortung für Polizeieinsätze. Die Mehrheit der Polizeistationen und regionale Kommandofunktionen wurden an neu ernannte KPS-Beamte übergeben. In Anbetracht dieser positiven Entwicklung zur verstärkten Übernahme in örtliche Verantwortung verlagerte die Mission ihren Schwerpunkt auf den Übergabeprozess der von der Mission betriebenen Kosovo-Polizeiakademie und auf die Entwicklung eines Rechtsrahmens für die KPS.

Im Laufe dieses Jahres wurden an der Akademie 673 weitere Kosovo-Polizisten ausgebildet, wodurch sich die Gesamtzahl der Polizisten, die ihre Grundausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, auf 7.600 erhöhte. 15 Prozent davon sind Frauen und 16 Prozent kommen aus Minderheitengemeinschaften.

Schaffung eines Rechtsrahmens für die Kosovo-Polizei. Eine demokratische Polizei braucht den Rückhalt eines stabilen rechtlichen Rahmens, der uneingeschränkt den Prinzipien der Rechenschaftspflicht und Transparenz verpflichtet ist und auch die einzelnen Volksgruppen berücksichtigt. Derzeit bereitet sich die Kosovo-Polizei auf die Übernahme der Befugnisse einer Polizeibehörde im Kosovo vor, doch fehlt diese Rechtsgrundlage nach wie vor. 2005 leistete die Mission gemeinsam mit Experten von UNMIK, den PISG und anderen Organisationen Hilfestellung bei der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage für die Kosovo-Polizei.

Unterstützung für Ausbildung und Entwicklung im Bereich öffentlicher Sicherheit. Ein wichtiger Aspekt der am 20. Dezember verabschiedeten und als rechtlicher und ethischer Rahmen für die Polizei gedachten Verordnung betreffend die KPS ist die geplante Errichtung einer Kosovo-Akademie für öffentliche Sicherheit, Ausbildung und Entwicklung im Jahr 2006. Diese Institution wird als unabhängige Einrichtung im Rahmen der PISG einem Aufsichtsorgan unterstellt sein, das die Einhaltung von Mindestanforderungen für Ausbildung und Entwicklung sicherstellen soll. 2005 erhielten über 14.000 Auszubildende aus verschiedenen Bereichen der öffentlichen Sicherheit (Polizisten, Beamte des Strafvollzugs, Zollbeamte und Führungskräfte für Katastropheneinsätze) eine Aus- und Fortbildung an der Polizeiakademie.

Als unmittelbare Reaktion auf die Unruhen im Kosovo im März 2004 veranstaltete die Polizeiakademie Kurse für den Umgang mit Unruhen in der Bevölkerung. Grundlage des Programms bilden die Taktiken der dänischen *Force Mobile*, die der Polizei beim Aufbau von Kapazitäten für die Bewältigung derartiger Situationen helfen, unter anderem durch die Aussonderung gewalttätiger Demonstranten, die Verhinderung von tätlichen Angriffen auf Personen und von Sachbeschädigung. 2005 nahmen über 1200 Polizisten an diesem Kurs teil.

Polizeiarbeit in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung

Eine wichtige Initiative der Polizeiakademie zielt darauf ab, die Bevölkerung in die Polizeiarbeit einzubeziehen. Gemeinsam mit internationalen und lokalen Partnern gründete die Mission eine Len-

kungsgruppe für bevölkerungsnaher Polizeiarbeit im Kosovo, ein Aufsicht-, Koordinierungs- und Unterstützungsgremium für Community Policing, Verbrechenverhütung und öffentliche Sicherheit. Die Gruppe erarbeitete die Strategie für öffentliche Sicherheit im Kosovo, durch die alle Teile der Gesellschaft in vollem Umfang in die Bemühungen eingebunden werden sollen, den Kosovo für alle sicherer zu machen.

Auf mehr lokaler Ebene beruft die Mission im Rahmen ihres Programms Aktionsteams für öffentliche Sicherheit weiterhin Diskussionsforen für einen lebhaften Austausch und Bürgerbeteiligung ein. Solche Sicherheitsinitiativen für die Bevölkerung werden derzeit in 16 kosovarischen Gemeinden unterstützt. Diese Teams greifen Anliegen der Bevölkerung auf, um die Kriminalität einzudämmen und gleichzeitig Sicherheit und Schutz zu verstärken. Die Mission arbeitete gemeinsam mit KPS-Polizisten, Vertretern der Kommunalverwaltung, Menschen aus der Bevölkerung und Ausbildnern für Community Policing am Ausbau und der Vertiefung einer Partnerschaft in den Gemeinden.

Einrichtung einer Polizeiinspektion. Die Mission bereitete den Boden für eine Polizeiinspektion, ein unabhängiges Aufsichtsorgan, das Effizienz und Effektivität der Polizeistationen und Polizeiabteilungen prüfen und befugt sein wird, allen Beschwerden über gravierendes Fehlverhalten von KPS-Beamten aller Ränge nachzugehen. Diese Institution wird auf den Prinzipien Rechenschaftspflicht und Transparenz beruhen, die das Fundament jeder demokratischen Polizeiarbeit bilden, und wird die einzige ihrer Art auf dem ganzen Balkan sein. 2005

plante die Mission die erste Phase des Projekts, die aus einem umfassenden Aufbauprogramm für Inspektions- und Ermittlungskapazitäten besteht.

Initiativen gegen organisierte Kriminalität. Zur Unterstützung des Ausbildungsnetzes des Stabilitätspakts für Südosteuropa zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität veranstaltete die Mission gemeinsam mit Experten von Interpol und Europol das erste von drei Schulungsprogrammen gegen organisierte Kriminalität und Drogen delikte in Südosteuropa. Dieses Netz gibt den Führungskräften bessere Fähigkeiten und Techniken im Kampf gegen die organisierte Kriminalität auf der Grundlage europäischer und anderer internationaler Standards und Normen an die Hand. Es wird auch die Beziehungen zwischen Polizeiermittlern in der Region erleichtern und sie mit anderen internationalen Partnern bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität verknüpfen.

Fachkurse für KPS-Beamte

Bislang war die Grundausbildung der Polizei Hauptaufgabe der Polizeiakademie, die sich nun immer mehr auf Verwaltungs- und Führungsaufgaben verlegte sowie auf Spezial- und Fachkurse, die unter anderem Kompetenzen im Bereich der strafrechtlichen Ermittlung, Überwachung, Kriminaltechniken und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zum Gegenstand hatten. KPS-Beamte wurden auch in modernen Techniken für den Umgang mit häuslicher Gewalt ausgebildet, gegenüber Menschenhandel sensibilisiert und in Community Policing geschult.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTE

Aufbau von Menschenrechtskapazitäten. Um das Amt des Premierministers der PISG bei der Entwicklung der institutionellen Mechanismen für Gleichstellung der Geschlechter, Minderheitenschutz und allgemeinen Schutz der Menschenrechte zu unterstützen, wurden OSZE-Menschenrechtsberater bestellt. Vorläufiger Höhepunkt dieser Bemühungen war der Beschluss des Premierministers, in allen Mi-

nisterien eine Menschenrechtsabteilung einzurichten.

Die Mission setzte auch in 17 Gemeinden im gesamten Kosovo (Serbien und Montenegro) ihr Expertenprogramm für Menschenrechte fort. Hauptziel des Programms ist der Aufbau bestandfähiger und autonomer Menschenrechtskapazitäten in den Kommunalverwaltungen durch laufende Beratung und Schulung von Gemeindebediensteten. Die Verantwortung für dieses Programm wird derzeit den Gemeindebehörden übertragen. Die Mission stellte dem kosovarischen Institut für öffentliche Verwaltung einen Konsulenten zur Verfügung, der dabei behilflich sein soll, das Thema Menschenrechte als Querschnittsaufgabe in alle Schulungsmaßnahmen für Staatsbedienstete aufzunehmen und so dafür zu sorgen, dass der Aufbau von Menschenrechtskapazitäten im öffentlichen Dienst des Kosovo selbständig weitergeführt wird.

Das Programm der Mission zum Aufbau von Kapazitäten bediente sich verschiedener Workshops und Seminare, um öffentlich Bedienstete in Menschenrechten zu unterweisen und sie anzuleiten, in ihre tägliche Arbeit menschenrechtsverträgliche Methoden zu übernehmen. Die Mission arbeitete mit Menschenrechtsjugendclubs für Oberschüler zusammen, um den Jugendlichen zu helfen, durch eine informierte Debatte ein kritisches Verständnis für Menschenrechte zu entwickeln. Für den Staatsbürgerkundeunterricht im Kosovo führte sie nach Rücksprache mit dem PISG-Ministerium für Wissenschaft, Unterricht und Technik an allen Schulen für die sechste Schulstufe ein Unterrichtsprojekt für Menschenrechte ein.

Monitoring des Justizapparats.

Die Mission setzte ihr Monitoring des Justizapparats im Kosovo fort. Im strafrechtlichen Bereich wurde im Dezember 2005 ein umfassender Bericht über die Reaktion der Justiz auf die Unruhen vom März 2004 veröffentlicht. Der Bericht stellte einige besorgniserregende Fakten fest, wie Erschwerung der Beweisaufnahme durch Untertauschen der Verletzten oder Einschüchterung von Zeugen, Verschleppung von Verfahren, unzulängliche Anklagevorbereitung und

eine Tendenz zu milden Urteilsprüchen.

Im zivilrechtlichen Bereich beobachtete die Mission ein breites Spektrum von Verfahren in den Bereichen Familienrecht, Arbeitsrecht und Vertragsrecht, mit besonderem Augenmerk auf Eigentumsstreitigkeiten. Sie machte dabei auf ein konkretes Thema aufmerksam, nämlich die Bestellung einstweiliger Bevollmächtigter bei Eigentumsstreitigkeiten, in denen Minderheitenangehörige beklagte Partei sind. Kurz darauf begannen einige Richter, von dieser Praxis im Sinne des Rechtsstaates Abstand zu nehmen.

Schutz von Eigentumsrechten.

Häufig geht es bei den Spannungen in einer Gesellschaft nach einem Konflikt wie im Kosovo um Eigentumsfragen. Deshalb arbeitet die Mission partnerschaftlich mit lokalen und internationalen Behörden auf die Schaffung einer funktionierenden Rechtsordnung für Eigentumsfragen hin. Die diesbezüglichen Aktivitäten der Mission gingen in drei Richtungen. Erstens koordinierte die Mission ihre Aktivitäten zu Eigentumsfragen im Rahmen der Standardimplementierung mit den PISG. Zweitens kontrollierte die Mission die Verwaltungs- und Justizbehörden in Bezug auf Eigentumsrechtsfragen, wobei die Schaffung wirksamer Mechanismen zur Lösung von konfliktbedingten Streitigkeiten im Mittelpunkt stand. Und schließlich stellte die Mission der Regierung Gutachten für eine Reform des Eigentumsrechts zur Verfügung und war bei der Entwicklung einer umfassenden Strategie für Eigentumsrechte und Rückkehrfragen behilflich.

Illegale Inbesitznahme ist keine Lösung

Die Mission und das PISG-Ministerium für Umwelt und Raumplanung führten eine multimediale Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die illegale Inbesitznahme von Wohnungseigentum durch. Die Kampagne rief zur Achtung von Eigentumsrechten auf und betonte, dass das im Kosovo weit verbreitete Problem der illegalen Inbesitznahme keine gangbare oder legitime Lösung für die Wohnraumbeschaffung ist. Schwerpunkte der Kampagne waren die Auswirkungen der illegalen Inbesitznahme auf Menschenrechte und Rechtsstaat-

lichkeit und die notwendige Verstärkung des Rechtsrahmens sowie die Beilegung aller Eigentumsstreitigkeiten und Umsetzung aller Gerichtsurteile.

Bekämpfung des Menschenhandels. Der mit Unterstützung der Mission erstellte Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels im Kosovo wurde von den PISG im August in Angriff genommen. Mit örtlichen Nichtregierungsorganisationen (NROs) als Partnern bei der Umsetzung konzentrierte sich die Mission bei ihrer Arbeit auf inländische Opfer des Menschenhandels.

Im ganzen Kosovo führte die Mission Aufklärungsprogramme zu Themen im Zusammenhang mit Menschenhandel und geschlechtsbezogener Gewalt durch. Die PISG sowie NROs erhielten technische Unterstützung in Form von Beratung und Konsultation, durch die die Koordinierung zwischen den verschiedenen Partnern erleichtert und die Zusammenarbeit bei der Verhütung von Menschenhandel, der Opferhilfe und der Umsetzung eines Leitmechanismus gestärkt werden sollte.

Die Mission unterstützte die Schulung maßgeblicher NRO-Partner in Bezug auf die bestehenden Rahmenbedingungen und Beistands- und Unterstützungsmechanismen für Opfer häuslicher Gewalt, für den Umgang mit der besonderen Situation der Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt bzw. Menschenhandel und für geeignete psychologische bzw. medizinische Methoden zur Behandlung von Opfern. Die Mission setzte sich auch wie bisher für die Schaffung sicherer Unterkünfte für Opfer einschließlich Kindern ein, die vorübergehend einen sicheren Zufluchtsort brauchen. Sie half bei der Planung von Schulungskursen gegen häusliche Gewalt und *dating violence*, durch die häusliche Gewalt insbesondere unter Jugendlichen verhindert werden soll.

Beratung für das Amt des Premierministers der PISG in Genderfragen

Ein Schlüsselbereich der Aktivitäten der Mission im Rahmen ihres Programms für gutes Regieren ist ihre Unterstützung für die im Amt des Premierministers der PISG angesiedelte Beratungsstelle für gutes

Regieren, Menschenrechte, Chancengleichheit und Gender sowie für die Beratungsstelle für Gleichstellung der Geschlechter. Diese Beratungsstellen sind wichtige Ansprechpartner der Mission bei ihrer Tätigkeit zum Aufbau von zentralstaatlichen Institutionen und unterstützen den Premierminister bei der Übertragung von UNMIK-Zuständigkeiten in Menschenrechts sowie in Minderheiten- und Genderfragen. Das Amt des Premierministers erhielt auch Unterstützung in zahlreichen anderen Menschenrechtsfragen wie Rechtsdurchsetzung, Regierungsstrategie und -politik, Bürgerbeteiligung, Umsetzung der Standards und Verhinderung von Diskriminierung.

DEMOKRATISIERUNG

Unterstützung für Institutionen der Zentralregierung. Aufbauend auf ihre bisherigen Leistungen verstärkte die Initiative zur Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung – die 2001 von der Mission und internationalen Partnern als wichtigstes Unterstützungsgremium für die Institutionen der Zentralregierung eingerichtet wurde – ihre Bemühungen, der Parlamentarischen Versammlung des Kosovo, einem Organ der PISG, bei der Integration in regionale Mechanismen für parlamentarische Zusammenarbeit zu helfen. Im Juni trug die Mission zur Organisation eines erstmals stattfindenden Treffens südosteuropäischer Parlamente in Prishtinë/Pri_tina bei, bei dem die Kontrolle der Regierung durch das Parlament erörtert wurde.

Für den Premierminister und leitende Kabinettsmitglieder der PISG stellte die Mission auch ein maßgeschneidertes Unterstützungspaket zur Verfügung. Dieses „Exekutiv-Menü“ enthielt technische Erläuterungen zu Haushalts- und Strategieentwicklungsfragen und schloss auch Arbeitsbesuche in Wien und Brüssel ein.

Hilfestellung für Entscheidungsträger zur Verbesserung von Verhandlungstechniken

Zur Förderung eines konstruktiven Dialogs unterstützte die Mission ein umfassendes Programm für Entscheidungsträger und Regierungsvertreter, um deren Verhandlungstechniken durch Schulung in den Bereichen Kommunikation,

Führung und Teamwork zu entwickeln. Eine Schulungseinheit war auf Mitglieder der in den Dialog zwischen Prishtinë/Pri_tina und Belgrad eingebundenen Facharbeitsgruppen zugeschnitten. Zur Vorbereitung auf die Statusgespräche wurden weitere Schulungseinheiten für die politischen Führungskräfte der Kosovoalbaner und der Kosovo-serben durchgeführt. Dabei ging es um Verhandlungstheorie, praktische Übungen zum Aufbau von Kompetenzen in Kombination mit der Erstellung eines Handbuchs für die Formulierung einzelner Teile einer Statusregelung.

Unterstützung für Bürgerbeteiligung und Dialog. Zur Unterstützung der Entwicklung und Konsolidierung einer proaktiven und wachsenden Zivilgesellschaft befasste sich die Mission mit der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Netze und dem Aufbau von Kapazitäten in den Gemeinden, damit diese selbst ihre Anliegen vertreten und konstruktiv zur Entscheidung und zu politischen Prozessen beitragen können. Durch aktive Teilnahme lernten Bürgergruppen, wie man auf die politische Planung Einfluss nehmen und die Interessen der Bürger wirksam vertreten kann.

Jugendliche sind eine Gruppe, die der Mission ein besonderes Anliegen ist; sie war daher bemüht, ihnen die Grundsätze einer modernen demokratischen Gesellschaft zu vermitteln, unter Betonung von Toleranz und Achtung der Vielfalt. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultur, Jugend und Sport der PISG und dem Netz kosovarischer Jugendlicher trat die Mission als Sponsor für Diskussionsveranstaltungen und politische Foren zur Entwicklung von Empfehlungen und Beiträgen zum kosovarischen Aktionsplan für die Jugend auf.

Förderung des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung

In der Region Pejë/Pe_ unterstützte die Mission eine so genannte „Brücke zu den Bürgern“, die zur Entwicklung von Arbeitsbeziehungen zwischen der Kommunalverwaltung und der Bevölkerung beitragen soll. Dabei wurden eigene Lenkungsgruppen zur Ermittlung und Bearbeitung der Fragen eingerichtet, die im Gemeindebereich Anlass zur Sorge geben, wie Qua-

lität des Gesundheitswesens, Grund- und Sekundarschulwesen oder die Einhebung von Steuern auf Grundbesitz. Ihre Arbeit wurde von jungen Aktivisten unterstützt, die diese Fragen im Hinblick auf die Einhaltung der kommunalen Verordnungen, die Qualität der angebotenen Dienstleistungen sowie die Transparenz der Entscheidungsfindung und Umsetzung überprüften.

„Diese ‚Brücke zu den Bürgern‘ soll einen Mechanismus schaffen, der eine wirksame Umsetzung der demokratischen Prinzipien in der Praxis sicherstellt und den Bürgern Einflussnahme auf kommunale Entscheidungsprozesse ermöglicht“, erläutert Adem Lushaj von der Vereinigung unabhängiger Intellektueller aus Deçan/De_ani, einer örtlichen NRO, die bei der ‚Brücke zu den Bürgern‘ mitmacht.

So wurden Gemeindebediensteten die Vorteile einer partizipatorischen Politik nahe gebracht, während die Bürger Kompetenzen entwickeln konnten, um Regierungsstellen zu überwachen und zu beraten.

Stärkung der kommunalen Verwaltung. Die Mission verstärkte ihre Unterstützung für Reformprozesse sowohl auf zentraler als auch auf kommunaler Ebene. Sie stellte dem Lenkungsgremium für kommunale Verwaltung und der Arbeitsgruppe für Rechtsvorschriften Gutachten zur Verfügung und fungierte als Kovorsitz der Arbeitsgruppe für den Aufbau von Kapazitäten.

Im Juni veranstaltete die Mission gemeinsam mit dem Ministerium für Kommunalverwaltung der PISG eine internationale Konferenz zur Reform der Kommunalverwaltung, bei der Kommunalpolitiker und Experten aus Südosteuropa ihre Erfahrungen einbringen konnten. Bei dieser Konferenz wurden das demokratische Funktionieren kommunaler Institutionen, multiethnische Gemeinschaften und Erfahrungen im Kosovo sowie außerhalb des Kosovo und das Thema wirtschaftliche Nachhaltigkeit erörtert.

Als Teil der Reformagenda wurden im September probeweise drei kommunale Dienststellen eingerichtet. In enger Zusammenarbeit mit den bestellten Abgeordneten des vorläufigen Parlaments führte die Mission Schulungskurse durch,

um ihnen das geltende Recht und die demokratischen Prinzipien nahe zu bringen. Diese Bemühungen sollten die reibungslose Umstellung auf eine dezentralisierte Form der Kommunalverwaltung sicherstellen und eine wirksamere und repräsentativere Volksvertretung fördern.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Unterstützung für Juristen im Kosovo. Mit Erfolg führte die Mission mehrere Projekte zum Aufbau von Kapazitäten durch, unter anderem Schulungen zur Vorbereitung auf die Rechtsanwaltsprüfung, Schulungskurse für NROs, die Rechtshilfe anbieten, weitere juristische Lehrgänge für Mitglieder der kosovarischen Anwaltskammer und Fachfortbildungstage für Rechtsberufe. Bislang nahmen fast alle Richter und Staatsanwälte des Kosovo an mindestens einer der über 50 Fortbildungstagungen der Mission im Rahmen des Programms für laufende juristische Fortbildung teil. Die Mission unterstützte auch das kosovarische juristische Institut bei der Durchführung eines dreimonatigen Pilotprogramms für Einführungskurse, an dem rund 60 Kandidaten für Rechtsberufe aus dem gesamten Kosovo teilnahmen.

Unterstützung der Entwicklung eines menschenrechtsverträglichen Rechtsrahmens. Die Mission begutachtete 2005 mehr als 40 Entwürfe für Rechtsvorschriften und Gesetzesvorlagen in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Grundsätze. Dazu zählten auch eine Gesetzesvorlage über Prozesskostenhilfe sowie Gesetzesvorlagen zum kosovarischen Beamtenrecht, zur Gerichtsreform, zur Einrichtung des kosovarischen juristischen Instituts, zum Sprachengesetz, zur Volksanwaltschaft, zum Notstandsgesetz und zu parlamentarischen Untersuchungsausschüssen. Die Mission erstellte auch einen Bericht über alternative Streitbeilegung in zivilrechtlichen und strafrechtlichen Angelegenheiten und arbeitete mit dem Amt des Premierministers an einer Gesetzesvorlage zu Mediation.

Mit der zunehmenden Übertragung von Machtbefugnissen und Verantwortung an die örtlichen Institutionen befasste sich die Mission mit der Umsetzung der vom kosovarischen Parlament verabschiedeten

Gesetze durch die PISG. Die Analyse ergab, dass Durchführungsvorschriften zur Umsetzung der Gesetze nicht ausgearbeitet werden. Die Empfehlungen der Mission zur Vermeidung von Rechtsverletzungen enthielten auch eine verstärkte parlamentarische Kontrolle über die Exekutive.

MEDIENENTWICKLUNG

Aufbau zukunftsfähiger Medien. Die Bemühungen der Mission in diesem Bereich bewirkten eine wesentliche Verbesserung des institutionellen und rechtlichen Rahmens für Medienunternehmen. Sie unterstützte die Einrichtung des Kosovo-Presserats, eines Gremiums zur Selbstkontrolle der Printmedien. Das Kosovo-Medieninstitut, eine Fortbildungseinrichtung für Medienschaffende, soll im Januar 2006 seinen Betrieb aufnehmen. Die Mission war auch den PISG des Kosovo bei der Ausarbeitung des Gesetzes über Verleumdung und üble Nachrede behilflich.

Zwei von der Mission eingerichtete Institutionen machten weitere Fortschritte auf dem Weg zu langfristiger Stabilität und Bestandfähigkeit: Radio/TV Kosovo (RTK) soll schon bald von der Parlamentarischen Versammlung des Kosovo Rechtsstatus zugesprochen werden, und die Institution des Medienkommissars auf Zeit begann mit der Umwandlung in eine unabhängige Medienkommission.

Zur Förderung eines besseren Verständnisses bei Polizei und Journalisten für ihre Rechte und Aufgaben und zur Stärkung ihrer wechselseitigen beruflichen Beziehung entwickelte die Mission Leitlinien für den Umgang beider Seiten miteinander. Das bedienerfreundliche Nachschlagewerk informiert die Polizei über die Rechte von Journalisten und den vorschriftsgemäßen Umgang mit ihnen und umreißt für Journalisten ihre Verantwortung im Umgang mit der Polizei.

Radioprogramme für Roma

Die Mission unterstützte die Finanzierung einer Programmreihe in Roma-Sprache auf Radio Prizren, die sich mit Fragen auseinandersetzen sollte, die für diese Gemeinschaft von Belang sind. Diese Sendungen ermutigten die Roma dazu, sich ins zivilgesellschaftliche Leben

einzubringen, und förderten die Integration dieser Gemeinschaft in die Gesellschaft.

„Im Rahmen dieses Roma-Programms wurden Gäste in die Sendungen eingeladen und die Hauptanliegen der Roma-Gemeinschaft vermittelt, wie Bildungsdefizit, soziale Barrieren, öffentlicher Gebrauch der Roma-Sprache und Förderung der Gleichstellung. Die Roma-Gemeinschaft und die örtlichen Institutionen entwickelten größeres Verständnis für diese Probleme und wie man sie zum Nutzen unseres Gemeinwesens und der gesamten Gesellschaft löst“, erläuterte Nexhip Menkshe, Chefredakteur und Journalist des Roma-Programms von Radio Prizren.

Nachrichten in Gebärdensprache für Gehörgeschädigte im Kosovo

Im Kosovo leben nach Schätzungen rund 15.000 Gehörgeschädigte, die Hälfte davon im schulpflichtigen Alter. 2005 begann RTK mit der Ausstrahlung von Nachrichten in Gebärdensprache, eine wichtige Entwicklung, die von der Mission und dem Gehörlosenverband des Kosovo unterstützt wird. Ziel der Initiative war es, einer häufig vernachlässigten Gruppe umfassendere Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Die Programme sensibilisierten auch die Allgemeinheit verstärkt für diese schutzbedürftige Gruppe und förderten die Vereinheitlichung verschiedener Varianten der Gebärdensprache – eine unerwartete positive Nebenwirkung.

WAHLEN

In diesem Jahr konzentrierte sich die Mission auf zwei besondere Herausforderungen: den Aufbau von Wahlkapazitäten sowie die Verstärkung der Zuständigkeit örtlicher Stellen für den Wahlrahmen und des Vertrauens in Bezug auf Wahlen.

Um eine reibungslose Übergabe der Verantwortung an die Zentrale Wahlkommission (CEC) samt ihrem operativen Arm, dem CEC-Sekretariat, zu ermöglichen, stellte die Mission diesen Institutionen auch weiterhin ihr Fachwissen in Wahlfragen zur Verfügung und übertrug ihnen mehr und mehr operative Verantwortung. Die lokale

Eigenverantwortung ist entscheidend, da die CEC als ein Gremium gedacht ist, das in Zukunft die gesamte Abwicklung aller operativen und technischen Aspekte von Wahlen im Kosovo übernehmen soll. Um eine effiziente Durchführung und glaubwürdige Wahlergebnisse sicherzustellen, bot die Mission für alle Wahlbereiche Unterstützung und Gutachten an, einschließlich für Aufgaben, die sie bei den letzten Wahlen übernommen hatte. Darüber hinaus setzte sich die Mission für den Aufbau von Kapazitäten im CEC-Sekretariat ein, unter anderem im Hinblick auf die Aufstellung der Wählerlisten, die Stimmabgabe außerhalb des Landes und die Leitung des Zentrums für Stimmauszählung und Wahlberechnung.

Die CEC und die Mission richteten auch ein Wahlforum ein, das sich mit möglichen Änderungen des Wahlrahmens für die Kommunalwahlen Ende 2006 auseinandersetzen sollte. Das aus Vertretern politischer Parteien, der Minderheitengemeinschaften und der Zivilgesellschaft bestehende Forum erörterte Schlüsselfragen, wie die Einführung offener Wählerlisten und die Sicherstellung einer gerechten Vertretung beider Geschlechter auf den Stimmzetteln und in kommunalen Versammlungen. Man befasste sich auch mit der Neuaufteilung der Wahlkreise und einer möglichen Unterteilung der bisherigen Wahlkreise in kleinere Einheiten.

BILDUNG UND JUGEND

2005 liefen die Aktivitäten der Initiative der Mission zur Unterstützung der Jugend an, in deren Mittelpunkt die Unterstützung der Reformbemühungen an der Universität Prishtinë/Pri_tina und der Institutionen des kosovarischen Bildungs- und Unterrichtswesens stand sowie die verstärkte Einbindung der Jugend in Entscheidungsprozesse.

Die Mission ist federführend bei den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine Modernisierung der Führungsstruktur der Universität Prishtinë/Pri_tina und um die Straffung ihres Verwaltungssystems. Sie ist in dem Expertengremium vertreten, das bis zur Wahl eines neuen Rektors für die Kontrolle und Beratung des geschäfts-

führenden Leiters der Universität zuständig ist. Zur Unterstützung auf dieser Ebene gehört auch die Förderung der Entpolitisierung der universitären Führungsgremien und eines politischen Pluralismus in Studentenvereinigungen durch Hilfestellung bei der Abhaltung transparenter und demokratischer Wahlen für diese beiden Gremien. Die Mission verstärkte auch die Führungskapazitäten der Universität und führte eine Bedarfserhebung zur Feststellung der verbesserungsbedürftigen Bereiche der Haushaltsführung durch, wodurch die finanzielle Autonomie der Universität sichergestellt werden soll.

Die Mission unterstützte die PISG dabei, ihre Institutionen besser auf die Bedürfnisse junger Menschen abzustellen. Dem Bildungsausschuss des kosovarischen Parlaments der PISG stand ein Experte zur Verfügung, der bei der Entwicklung einer Bildungs- und Ausbildungsstrategie behilflich war, die für die Zukunft eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung anstrebt. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technik der PISG unterstützte diese „Vision eines Fahrplans“ als wichtigste Grundlage einer Strategie für den voruniversitären Bildungsbereich.

Die Mission unterstützte das erste Kosovo-Festival für lebenslanges Lernen, ein Konzept, das formales Lernen, außerschulische und informelle Bildung umfasst. Bei dieser von einer interministeriellen Arbeitsgruppe organisierten Veranstaltung kamen private und öffentliche Anbieter für Bildung und Ausbildung zusammen, um ein breites Spektrum an Möglichkeiten im Kosovo vorzustellen. Mit dieser Aktivität wollte die Mission die PISG und die Parlamentarische Versammlung des Kosovo dazu ermutigen, wirksame öffentlich-private Strategien und Politiken für lebenslanges Lernen zu entwickeln, um die Kluft zwischen formaler Bildung und dem Arbeitsmarkt überbrücken zu helfen.

**Leiter der Mission:
Botschafter Werner Wnendt
Revidierter Haushalt: €34.147.300
www.osce.org/kosovo**

Die Mission in Serbien und Montenegro

2005 konnte die Mission einige Erfolge in Bereichen verbuchen, die das Land und seine beiden Teilrepubliken vor große Herausforderungen stellten. Die Mitarbeiter der Mission im Hauptquartier in Belgrad (Serbien / Serbien und Montenegro), im Büro in Podgorica (Montenegro / Serbien und Montenegro), der Präsenz in

Südserbien und der Ausbildungszentren für Strafverfolgung in beiden Republiken unterstützten auch in diesem Jahr die demokratische Reform.

Ein Großteil der täglichen Arbeit der Mission galt der Unterstützung laufender Reformen, einschließlich der Förderung von Menschenrechten und Minderheitenrechten, der

Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie der Stärkung der Kapazität serbischer Juristen, im Inland Kriegsverbrecherprozesse gemäß internationalen Standards durchzuführen.

Die Europäische Union nahm mit dem Staaten-

bund Verhandlungen über ein Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen auf, was wiederum den Anstoß zu weiteren Reformen im Jahr 2006 gab, die Serbien und Montenegro dabei helfen werden, künftig euroatlantischen Institutionen beizutreten.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Konfliktverhütung in Südserbien.

Im Zentrum der Konfliktverhütungsaktivitäten der Mission standen die serbische und albanische Volksgruppe in Südserbien. Sie zielten darauf ab, den ethnischen Albanern Einfluss auf die Tätigkeit ihrer kommunalen Behörden zu ermöglichen, Vertrauen zwischen den verschiedenen Volksgruppen aufzubauen und örtliche Rechts- und Sicherheitsstrukturen zu schaffen, die allen Menschen in den Gemeinden zugute kommen.

Um die albanische Volksgruppe wieder zu integrieren, war die Mission den Behörden weiterhin bei der Umsetzung des Friedensabkommens von 2001 behilflich. Zur Verbesserung der Arbeit des von der Regierung ernannten südserbischen Koordinierungsgremiums unterstützte die Mission die Einrichtung von acht Arbeitsgruppen. Jede dieser Arbeitsgruppen befasst sich mit konkreten Themen, wie Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Wirtschaftsentwicklung. In jeder Gruppe sitzen Vertreter der maßgeblichen Ministerien der Zentralregierung, der örtlichen Gemeinde und politische Führungspersonlichkeiten sowie Vertreter der örtlichen Verwaltungsgremien. Präsident Boris Tadić und Premierminister Vojislav Koštunica nahmen an der Wiedereinsetzung des Koordinierungsgremiums teil und bekräftigten ihre Verpflichtung zum Abbau der Spannungen und zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Region.

Um die Öffentlichkeit besser über diese Fragen zu informieren, stellte

die Mission Schulung und technische Hilfe für lokale Rundfunksender zur Verfügung, die mehrsprachige Programme produzieren. Studenten aus Minderheitengruppen erhielten eine spezielle Ausbildung, die sie zur Arbeit für örtliche Behörden, die Justiz und die Gemeindeversammlungen befähigt.

Reform der Polizeidienste. In Montenegro wurde im April ein neues Polizeigesetz verabschiedet, das einen Modernisierungsprozess einleitet. Das serbische Polizeigesetz wurde im November verabschiedet, nachdem die Mission und der Europarat eigene Expertengutachten zum Gesetzesentwurf vorgelegt hatten. Die Programme für Polizeiausbildung und -entwicklung führten moderne Lehrpläne für verschiedene Zielgruppen unter bereits aktiven Polizisten ein. Schulungskurse für Auszubildende wurden in die Hände einheimischer Auszubildender gelegt, die mehr und mehr die Verantwortung für Polizeiausbildung und berufliche Weiterbildung in beiden Republiken übernehmen. Die Mission unterstützte die Umwandlung der Polizeiakademie Sremska Kamenica in eine Polizeiausbildungseinrichtung für die Grundausbildung neuer Rekruten. Eine professionelle Polizeiausbildung gilt als entscheidender Faktor für eine dauerhafte Reform der Polizei in beiden Republiken. Die Einhaltung international anerkannter Standards insbesondere in Bezug auf einen wirksameren Schutz der Rechte der Bürger ist zentraler Angelpunkt dieser Bemühungen.

Die Mission koordinierte nach wie vor die internationale Unterstützung für die zehn Pileteinrichtungen für

Community Policing in Serbien, die drei Standorten in Südserbien direkte Hilfestellung leisten. In Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und anderen internationalen Organisationen koordinierte die Mission auch die Erstellung nationaler Pläne für *Community Policing* in beiden Republiken. Die Mission war in ganz Serbien bei der Organisation von Diskussionsrunden behilflich, als deren Ergebnis Leitlinien zur Stärkung der Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Polizei und den Medien entwickelt wurden.

Zur Stärkung der Kapazitäten der Grenzpolizei für die Bekämpfung von Menschenhandel und grenzüberschreitender organisierter Kriminalität veranstaltete die Mission Fachseminare, stellte technische Ausrüstung zur Verfügung und war bei der Entwicklung einer integrierten Grenzmanagementstrategie behilflich.

Fortgesetzter Kampf gegen die Korruption. Im Rahmen der Bemühungen Serbien und Montenegros, das Land für Privatunternehmer und ausländische Investoren attraktiver zu machen, kommt Reformen zur Bekämpfung der Korruption eine zentrale Rolle zu. Die Mission unterstützte die Ausarbeitung und Durchführung von Korruptionsbekämpfungsgesetzen in den Bereichen öffentliches Beschaffungswesen, Verhütung von Interessenskonflikten, Parteienfinanzierung, Einrichtung eines Kontrollorgans auf höchster Ebene und einer unabhängigen Spezialeinheit für Korruptionsbekämpfung. Die Mission setzte auch ihre Unterstützung für den Antikorruptionsrat als Institutionen der serbischen Regierung fort.

Die Mission forderte die Regierungen von Serbien und Montenegro nachdrücklich auf, die internationalen Standards des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption in ihre Rechtsvorschriften zu übernehmen.

Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Mission beobachtete mehrere Aufsehen erregende Prozesse in Serbien und Montenegro. Die Ermordung des Assistenten des Leiters des Direktors für strafrechtliche Ermittlungen, Slavoljub __eki__, in Podgorica führte auf tragische Weise die Notwendigkeit vor Augen, die Bemühungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu verstärken.

Die serbische Strafverfolgungsbehörde und das italienische Direktorat für Mafiabekämpfung sind ein gutes Beispiel für wirkungsvolle internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Zu ihrer Arbeit gehört die Veranstaltung von Fortbildungsseminaren in Italien für Staatsanwälte und Ermittler gegen organisierte Kriminalität.

Regional wurde die Zusammenarbeit durch die Unterstützung des Netzes südeuropäischer Staatsanwälte verstärkt, auf internationaler Ebene durch die Arbeit mit der Internationalen Vereinigung der Staatsanwälte. Die Mission setzte sich federführend für die legislative Entwicklung und die Anwendung der vorhandenen Gesetze in den Bereichen Beschlagnahme und Einziehung von Vermögen ein und förderte die Bekämpfung von Cyber-Verbrechen.

Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Zeugenschutzgesetzen half die Mission Serbien und Montenegro durch die Bereitstellung von Gutachten. In Serbien wurde der Rechtsrahmen durch die Verabschiedung eines Strafgesetzbuchs verbessert, das neue Straftatbestände wie Terrorismusfinanzierung und Menschenhandel einführt.

Kriegsverbrechen. Die Mission trug zum Aufbau von Kapazitäten in der Justiz für die Strafverfolgung und Verhandlung von Kriegsverbrechen bei, indem sie Gutachten für die Ausarbeitung von Rechts-

vorschriften zur Verfügung stellte und bei einer landesweiten PR-Kampagne behilflich war. Die Mission beobachtete mehrere Prozesse in Serbien in Bezug auf die Einhaltung internationaler Standards. Gemeinsam mit der Mission in Bosnien und Herzegowina, der Mission in Kroatien und dem Konfliktverhütungszentrum des OSZE-Sekretariats förderte und erleichterte sie die justizielle zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Kriegsverbrecherprozessen

Serbien und Montenegros internationale Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien war ein Dauerthema der landesweiten Informationsstrategie der Mission. Ohne vollständige Zusammenarbeit kann der Staatenbund auf seinem Weg zur Integration in euroatlantische Institutionen nicht vorankommen. Einige angeklagte Polizisten und Militäroffiziere stellten sich freiwillig dem Gerichtshof in Den Haag, was einen Schritt in die richtige Richtung darstellt.

Die Zukunft Serbiens wird davon abhängen, wie Serbien mit den im ehemaligen Jugoslawien in den 90-Jahren begangenen Gräueltaten umgeht. In dem Bemühen, offene Diskussionen unter Studenten zu fördern, tat sich die Mission in Serbien mit der NRO *European Movement* und der Studentenunion zusammen und veranstaltete in größeren serbischen Zentren Ende 2005 und Anfang 2006 sechs Podiumsdiskussionen.

Zivile Kontrolle der Streitkräfte. Die demokratische Kontrolle der Armee und der Polizei- und Sicherheitseinrichtungen sowie ein klar umrissener Rechtsrahmen sind Voraussetzung für die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Serbien und Montenegro. Die Mission veranstaltete Aktionen zur Stärkung der für ein funktionierendes Sicherheitswesen unabdingbaren demokratischen Prinzipien. Dazu zählte die Förderung von Gesetzesänderungen durch Unterstützung von Parlament und Streitkräften bei der Ausarbeitung maßgeblicher Rechtsvorschriften.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umwelt-dimension

Verbesserung des Wirtschaftsklimas. Zur Förderung der gesamtwirtschaftlichen und unternehmerischen Entwicklung setzte sich die Mission für eine stärkere Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften, dem Wirtschaftssektor und verschiedenen örtlichen Vertretern der internationalen Gemeinschaft ein.

Zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen unterstützte die Mission mehrere Ausbildungskurse für selbständiges Unternehmertum für sozial gefährdete Gruppen wie Roma. Gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen war die Mission auch bei der Schaffung eines Unternehmungsgründungszentrums in Knja_evac behilflich. Sechs weitere derartige Zentren sind im Entwicklungsstadium, darunter auch ein Zentrum für die Roma-Gemeinschaft in Valjevo. Diese Zentren sind in Gemeinden mit relativ hoher Arbeitslosigkeit angesiedelt und stellen Büroräume, Coaching und Unterstützungsdienste für Unternehmen in der Anfangsphase zur Verfügung.

Als Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung nahm die Mission ein spezielles Programm unter dem Kürzel „3E“ in Angriff; damit sind Energie, Ökonomie und Umwelt (*Energy, Economy, Environment*) gemeint. Das Programm will den Einsatz erneuerbarer Energie und eine effizientere Energienutzung fördern und ist bei der Schaffung eines regionalen Energiemarkts behilflich.

In Montenegro nahm die Mission an mehreren Initiativen zur Sensibilisierung Jugendlicher für Umweltfragen und zur Förderung eines umweltverträglichen Tourismus als Maßnahme zur Arbeitsplatzbeschaffung teil.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Hilfe bei der Flüchtlingsrückkehr. Hochrangige Vertreter Serbiens und Montenegros, Bosniens und Herzegowinas und Kroatiens sowie Vertreter von UNHCR, Delegationen

der Europäischen Kommission und OSZE-Missionen in diesen Ländern hielten im Januar in Sarajewo eine regionale Ministerkonferenz zu Flüchtlingsfragen ab. Diese Tagung förderte den zwischenstaatlichen Dialog auf regionaler Ebene über offene Flüchtlingsfragen. Bei dieser Veranstaltung verabschiedeten die drei Länder eine Grundsatzklärung, die sie bei der Ausarbeitung einer Liste anstehender Aufgaben berücksichtigen wollten. Neben einem Satz messbarer Erfolgsindikatoren sollten sie so genannte „Fahrpläne“ zur Lösung der offenen Fragen bis Ende 2006 ausarbeiten. Die Mission arbeitete auch an einem Projekt mit lokalen NROs, das derzeit in Serbien lebenden Flüchtlingen Rechtsbeistand und Unterstützung anbieten will.

Unterstützung für eine unabhängige Justiz. Zur Förderung eines unabhängigen Justizapparates nach internationalen Standards unterstützt die Mission eine größere funktionelle Autonomie der Staatsanwälte. In Serbien und Montenegro ist nach wie vor eine Strukturreform unumgänglich. Die Rechtsvorschriften betreffend Richter und die Staatsanwaltschaft müssen mit dem internationalen Recht in Einklang gebracht werden.

In Serbien unterstützte die Mission die Richtervereinigung, die Vereinigung der Staatsanwälte und das Ausbildungszentrum für Richter. Die Unterstützung umfasste eine Fortbildung für Richter zu den Themen Kriegsverbrechen und organisierte Kriminalität und betreffend Austauschprogramme mit anderen europäischen Vereinigungen.

Hilfe bei der Gefängnisreform. Die Mission leistet den Behörden beider Republiken Hilfestellung bei der Reform des Gefängniswesens, um damit die Verpflichtung des Staatenbundes aus internationalen Übereinkommen über die Behandlung von Häftlingen umzusetzen und internationale Menschenrechtsstandards zu übernehmen.

In Serbien war die Mission bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften für strafrechtliche Sanktionen behilflich. Als wichtiger Schritt auf dem Weg zur Reform der Gefängnisverwaltung führte das Gesetz alternative Formen von Sanktionen ein und stellte die erste serbische

Ausbildungseinrichtung für Gefängnispersonal auf eine institutionelle Basis.

„Wenn ich Ministerpräsident von Serbien wäre ...“

Zum zweiten Mal hintereinander organisierte die Mission auch in diesem Jahr einen Aufsatzwettbewerb für Oberschüler zum Thema „Wenn ich Ministerpräsident von Serbien wäre...“. Dieser Wettbewerb war Teil der Bemühungen der Mission zur Förderung eines politischen Bewusstseins bei Jugendlichen und fand im Mai statt. Die Jury, der prominente Journalisten und Menschenrechtsaktivisten aus Serbien und Montenegro angehörten, zeichnete drei Schüler aus, deren Aufsätze die besten eigenen Ideen und Vorstellungen von politischer Führung und Demokratie zum Ausdruck brachten.

So schrieb etwa der erste Preisträger Nikola Jovanovi_ aus Ni_: „Der Krieg auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, an dem Serbien aktiv teilnahm, führte zu materieller Zerstörung, zu Morden und Verbrechen, für die häufig Menschen verantwortlich waren, die an der Spitze des politischen und öffentlichen Lebens unseres Landes standen. Das muss sich nun ändern, die heutige Generation muss dieses schwere Erbe antreten und alles tun, um das Land in die europäische Familie zu führen.“

Ein weiterer Preisträger, Ljubi_a Bojanovi_ aus Kraljevo, schrieb: „Als Nation haben wir das 20. Jahrhundert mit unnötigen politischen Experimenten und schwierigen Kriegen vertan, dieses Jahrhundert bietet uns die Chance, etwas Positives zu leisten ... Wäre ich an der Spitze der serbischen Regierung, könnte ich zeigen, dass es möglich ist, den Traum eines europäischen Serbiens zu verwirklichen.“

An dem Wettbewerb nahmen mehr als 1.000 Schüler von 100 höherbildenden Schulen teil. Als Preise winkten die Veröffentlichung der besten Arbeiten in der nationalen Tageszeitung *Danas*, ein Studienbesuch im OSZE-Sekretariat in Wien und eine großzügige Spende für die Bibliothek der jeweiligen Schule.

MENSCHENRECHTE

Auf Grundlage des von der Mission zur Verfügung gestellten Gutachtens verabschiedete Serbien ein

Gesetz für den Ombudsmann, der als „Beschützer der Bürger“ bezeichnet wird. Nach dem Vorbild des Ombudsmann-Amtes in der Republik Montenegro kann diese neue Institution Beschwerden von Bürgern gegen die öffentliche Verwaltung wegen Misswirtschaft, Diskriminierung oder anderen Verletzungen der Menschenrechte nachgehen.

In Montenegro wurde der Ombudsmann beim Start einer breit angelegten Informationskampagne unterstützt.

Mit ihren Aktivitäten in den Bereichen Menschenrechtsbeobachtung und Informationsmanagement kam die Mission auch regelmäßigen Ersuchen von Behörden, Organisationen und Einzelpersonen nach, die um eine Beurteilung und Begutachtung der Menschenrechtspolitik und Menschenrechtspraktiken der Regierung und anderer öffentlicher Stellen oder Einrichtungen baten.

Unterstützung des Parlaments und der örtlichen Selbstverwaltung. Die Mission organisierte auch in diesem Jahr Schulungskurse für örtliche Gemeindebedienstete über das serbische Selbstverwaltungsgesetz. Das Programm umfasste auch einen Kurs für wirksame Managementstrategien und Verhandlungskompetenzen und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter auf allen Regierungsebenen. Das Büro in Podgorica unterstützte die Durchführung der neuen Selbstverwaltungsgesetze in Montenegro mit Schwerpunkt auf der Förderung der Bürgerbeteiligung durch Zentren für Information und Aufklärung der Bevölkerung und Schulungsseminare.

Schutz der Menschenrechte von Angehörigen nationaler Minderheiten. Die Mission konzentrierte sich auf die Bereitstellung von Schulung und Ausbildung für Mitglieder der nationalen Minderheitenräte zu Themen wie öffentliche Interessenvertretung, Konsultationsverfahren, Teamleitung und Führungskompetenz.

Eine besondere Zielgruppe bildete die Roma-Gemeinschaft, die mit besonders schweren sozialen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert ist, wie hohes Analphabetentum, hohe Arbeitslosigkeit und Ar-

mut. Die serbische Regierung schloss sich der Dekade für die Integration der Roma an und sagte zu, die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Roma in Serbien zu verbessern. Die nationale Roma-Integrationsstrategie, die von der Mission unterstützt und im April vom nationalen Romarat verabschiedet wurde, muss noch von der Regierung genehmigt werden. Die Unterstützung umfasste ein breit angelegtes Schulungsprogramm für Mitglieder von Arbeitsgruppen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, um die Strategie in konkrete Aktionspläne und Projektvorschläge umzusetzen.

In Montenegro war die Mission bei der Errichtung einer Stiftung behilflich, die Stipendien für Roma-Studenten und Roma-Oberschüler bereitstellt.

Kampf gegen Menschenhandel. Die Mission führte in Serbien und Montenegro das Konzept nationaler Leitsysteme ein und setzte es um. Dadurch konnte der Staat seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen und die Menschenrechte der Opfer schützen, ein wesentliches Element im erfolgreichen Kampf gegen den Menschenhandel.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Mission auch lokalen Arbeitskreisen in beiden Republiken für Polizeibeamte, Staatsanwälte, Untersuchungsrichter sowie Richter; bei diesen Workshops kamen Teilnehmer aus allen für eine erfolgreiche Strafverfolgung maßgeblichen Institutionen zusammen.

Um sich über die Lage vor Ort auf dem Laufenden zu halten und ihre

Programme gegebenenfalls nachjustieren zu können, beobachtete die Mission auch rund ein Dutzend Gerichtsprozesse gegen Menschenhändler.

Unterstützung der Medienentwicklung. Das Engagement der Mission trug zur Stärkung der Tätigkeit der Rundfunkregulierungsbehörden in beiden Republiken bei. Unter den Entwicklungen in Serbien ist die Bestellung der Mitglieder für den Rundfunkrat durch das Parlament zu nennen, die Verabschiedung der Rundfunkentwicklungsstrategie, die Aufhebung von Gerichtsurteilen wegen der im erst vor Kurzem verabschiedeten Strafrechtskodex enthaltenen Tatbestände üble Nachrede und Verleumdung und eine Verpflichtung, sich mit der Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen im Medienbereich und mit der Medienkonzentration auseinanderzusetzen.

Die Mission verfolgte die Entwicklung im Bereich der Privatisierung von gemeindeeigenen Druck- und Rundfunkmedien. Sie wird dem serbischen Rundfunkrat bei der bevorstehenden Ausschreibung von Lizenzen für Rundfunkmedien behilflich sein. Nach wie vor spielte die Mission eine aktive Rolle bei der weiteren Umwandlung von Radio-TV-Serbien und Radio-TV-Crnegore (Montenegro) in eine echte öffentlich-rechtliche Anstalt und beriet diese bei der internen Umstrukturierung und Organisationsreform.

Zugehen auf die örtliche Bevölkerung

Während des ganzen Jahres setzte die Mission mit Erfolg ihr

„Programm der ausgestreckten Hand“ fort, das aus regelmäßigen Besuchen des Missionsleiters und seiner Mitarbeiter in verschiedenen Gemeinden in Serbien und Montenegro besteht. Diese Besuche bieten Gelegenheit zu Treffen mit örtlichen Vertretern der Verwaltung und der Medien, der Zivilgesellschaft, der Religionsgemeinschaften und der Polizei. Dank dieser Besuche konnten sich auch die Mitarbeiter der Mission ein Bild von der Lage vor Ort machen und dort die laufenden Projekte kurz vorstellen.

2005 fanden derartige Besuche in Kladovo, Novi Pazar und Knja_evac statt.

In dem Bemühen, eine vollständige Umsetzung sicherzustellen, unterstützte die Mission eine öffentliche Informationskampagne und plante Seminare, die die Bestimmungen und Mechanismen des Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen erläutern sollen. Diese Erfahrung kam der Mission zugute, als sie bei der Abfassung des montenegrinischen Gesetzes für Informationsfreiheit Hilfestellung leistete.

Darüber hinaus unterstützte die Mission die Ausbildung von Journalisten in kritischen Bereichen wie Berichterstattung über Korruption, organisierte Kriminalität, Justiz, Polizei, Parlament und Umwelt.

Missionsleiter:
Botschafter Maurizio Massari
Revidierter Haushalt: € 9.324.000
Website: www.osce.org/sam

Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje war 2005 Zeugin zweier großer Leistungen ihres Gastlandes, die ihr beide eine gefüllte Agenda mit Aufgaben für die Zukunft bescherten. Die erste Leistung war die Erfüllung aller rechtlichen Anforderungen aus dem Rahmenabkommen von Ochrid, dem Vertrag, der den bewaffneten Konflikt des Jahres 2001 beendete. Dazu gehörte auch ein Gesetz, das die Verwendung von Fahnen und Symbolen der Volksgruppen regelt, und das Gesetz über die endgültige territoriale Organisation, das neue Gemeindegrenzen festlegte und den Dezentralisierungs-

prozess einleitete. Die Mission leistete bei der Umsetzung dieser Rechtsreformen Hilfestellung.

Der wohl bedeutendste Schritt von allen diesen Implementierungsaufgaben war die Übertragung von Machtbefugnissen und Kompetenzen an die Kommunalverwaltungen per 1. Juli. Gemeinsam mit den Gemeinden und der Zentralregierung war die Mission darum bemüht, durch die Förderung von Kompetenzbildungsinitiativen und Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit einen reibungslosen Übergang zu ermöglichen. Die erste Phase der Dezentralisierung setzte kurz nach den

Kommunalwahlen vom 27. März ein. Die Wahlen wurden bereits auf Grundlage neuer Grenzen und in dem Wissen abgehalten, dass die neu gewählten Gemeindevertreter über erweiterte Kompetenzen verfügen würden. Obwohl die Wahlen vom BDIMR durchaus kritisch beurteilt wurden, waren sie es, die de facto den Anstoß für die Übertragung von Kompetenzen an die örtlichen Selbstverwaltungsbehörden gaben. Die Mission stand der Regierung bei der Planung eines einheitlichen Wahlrechts, das den Empfehlungen des BDIMR Rechnung tragen sollte, unterstützend zur Seite.

Die zweite wichtige Er-

rungenschaft des Jahres 2005 war die positive Stellungnahme der Europäischen Kommission zur Bewerbung des Landes um einen Beitritt zur EU. Auch daraus ergaben sich Verpflichtungen zu weiteren Reformen, insbesondere der Justiz, der Polizei, der öffentlichen Verwaltung und des Wahlsystems.

Die Reformempfehlungen in diesen Bereichen deckten sich mit den Prioritäten der Mission, deren Schwerpunkt ganz allgemein auf der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in allen Bereichen der Gesellschaft liegt.

Ausgewogene Vertretung

Eine der zentralen Verpflichtungen der OSZE aus dem Rahmenabkommen von Ochrid war die Unterstützung des Landes bei seinen Bemühungen um eine ausgewogene Vertretung im Polizeidienst.

Als die Mission im Jahr 2001 mit der Unterstützung der Polizeiakademie und der Ausbildung neuer Rekruten begann, gab es im Polizeidienst nur 3,8 Prozent ethnische Albaner und eine vernachlässigenswerte Zahl aus anderen Minderheiten. Im September 2005 waren die Albaner mit knapp 15 Prozent und die anderen Minderheiten mit rund 4,5 Prozent im Polizeidienst vertreten.

In Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten leistete die Mission auch Hilfestellung bei Rechtsreformen, durch die es auch in anderen öffentlichen Einrichtungen zu einer ausgewogeneren Vertretung kommen soll.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Mehr Bürgernähe für Polizeidienste. Dank der von der Polizeiakademie mit Missionsunterstützung angebotenen Spezialausbildung konnte die Übertragung der Zuständigkeit für die neu geschaffene Grenzpolizei vom Verteidigungs-

ministerium auf das Innenministerium abgeschlossen werden. Dieser kritische Schritt bedeutet, dass das gesamte Land, ganz wie andere europäische Länder auch, nunmehr der Polizeiverwaltung untersteht. Das Militär hat keinerlei Sicherheitsaufgaben im Lande mehr. Zum ersten Mal erhielt die Grenzpolizei eine Ausbildung, die auch eine eingehende Befassung mit Management und Kommunikation enthielt. Dank ihres erweiterten Mandats kann sie in den Grenzgebieten mit der Bevölkerung Kontakt aufnehmen und kommunizieren und dadurch mit ihr besser zusammenarbeiten und die Grenzen wirksamer kontrollieren.

Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung war der Mission bei ihrer Zusammenarbeit mit dem Innenministerium schon immer ein Anliegen. In diesem Jahr lag der Schwerpunkt der Bemühungen auf der jungen Generation. Die Mission führte zwei groß angelegte Aktionen durch, in deren Rahmen Polizisten im Schulunterricht Volksschülern das Thema öffentliche Sicherheit und die Aufgaben der Polizei näher brachten. Wie in der gesamten Zusammenarbeit der Mission mit der Polizei lag auch hier der Schwerpunkt auf dem Aufbau polizeilicher Kapazitäten für die Weiterführung der Programme

und die Durchführung ähnlicher Aktivitäten in der Zukunft.

Der Aufbau von Kapazitäten als wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung von Polizeireformen wurde auch in anderen Bereichen wie Management, Entscheidungsfindung, Menschenrechte und Ethik fortgesetzt. Die Fachausbildung zielte zum größten Teil auf die Vermittlung von Know-how zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ab. Die Kurse deckten Themenbereiche wie Überwachungstechniken, Zeugenschutz und Techniken zur Feststellung und Verhütung von Menschenhandel ab. Der Großteil der Kurse fand in der Polizeiakademie Idrizovo statt, wobei einheimische Auszubildende in der gesamten Grundausbildung federführend waren. Die Mission setzte ihre Hilfestellung für die Lehrplanelentwicklung und für Spezial- und Fortgeschrittenenausbildung fort.

Vertrauensbildung gepaart mit Community Policing

Zu Beginn waren die Bürgerbeiräte als Einrichtung gedacht, durch die die Volksgruppen dazu ermutigt werden sollten, sich zur örtlichen Polizei zu melden, aber auch als eine Methode zur Demonstration von Techniken des *Community Policing* durch die Fachauszubildenden. Es stellte sich jedoch bald heraus, dass

diese Gruppen auch das Potenzial zur Vertrauensbildung unter der beteiligten Bevölkerungsgruppe hatten.

Bislang stellte die Mission über 70 Beiräte in ganz unterschiedlichen Gemeinden auf die Beine, angefangen von Gebirgsdörfern bis zu Stadtvierteln in der Hauptstadt. Sie alle bieten ein Forum für die Erörterung lokalpolitischer Themen, den Informationsaustausch und die Entwicklung einer Gesprächskultur mit örtlichen Behörden und der Polizei. Einige Gruppen gingen einen Schritt weiter und verwirklichten Projekte wie die Anbringung von Wegweisern, eine Kampagne gegen die Entwendung von Straßenschildern und Geländern aus Metall und Projekte zur Müllentsorgung oder zur Bekämpfung des Problems streunender Hunde.

„Die Bürgerbeiräte sollen nicht nur Vertrauen und Kommunikation zwischen Bevölkerung und Polizei aufbauen helfen, sondern auch die Bürger selbst zur Zusammenarbeit untereinander animieren“, erläuterte der Missionsleiter, Botschafter Carlos Pais.

Die Mission freute sich auch über die zunehmende Einbindung von Vertretern der kommunalen Verwaltung in die Arbeit der Beiräte, entweder in Form häufiger Rückfragen oder einer direkten Teilnahme an den Beiräten. Die Mitglieder der Beiräte können am Ausmaß der Bürgerbeteiligung erkennen, wie groß ihr Einfluss auf ihre Gemeinde sein kann.

Einbindung aller Bevölkerungsgruppen in die Vertrauensbildung. Eine der besonderen Stärken dieser Mission ist ihre Präsenz vor Ort und ihr Kontakt mit der Bevölkerung an der Basis. Dank ihrer Fähigkeit, auf die Menschen zuzugehen, konnte sie wirksame Frühwarnungs- und Vertrauensbildungsinitiativen ergreifen. Besonders hilfreich war diese Tatsache bei einem Sicherheitsvorfall in Kondovo am Rande der Hauptstadt sowie bei einigen isolierten Zwischenfällen in abgelegenen Gebieten, in die Polizisten involviert waren. Die vertrauensbildenden Beobachter und Ausbilder für *Community Policing* der Mission führten regelmäßige Besuche durch, sprachen mit den betroffenen Bürgern und hielten auch in Zeiten erhöhter Spannung Kontakt zu den örtlichen Behörden. Durch diese Kontakte wurden

Ängste in der Bevölkerung abgebaut und überzogene Reaktionen auf allen Ebenen verhindert. Nach der Normalisierung der Lage nahm die Mission ihre Arbeit mit der örtlichen Verwaltung und Polizei wieder auf, um die ansässige Bevölkerung in die Bürgerbeiräte einzubinden und dadurch die Beziehungen innerhalb der Gemeinde zu verbessern.

Ismailaki Asani hilft mit, dem wilden Kahlschlag der Wälder in seinem Dorf ein Ende zu machen

Ismailaki Asani steht inmitten unzähliger Baumstümpfe auf einem Feld unweit seines Dorfes Merovo. Noch vor kurzem stand hier ein Wald. „Die Leute in unserem Dorf haben sich hier immer Holz geholt, aber nur das Notwendigste, um über den Winter zu kommen. ... Doch dann kamen ganze Gruppen aus anderen Gegenden, fällten Bäume ohne Genehmigung und holzten alles ab, junge Schösslinge, alte Bäume ... und schleppten sie weg, um sie zu verkaufen“, schildert er.

Viele Dörfer leiden unter diesem wilden Abholzen. Den Einwohnern von Merovo gelang es aber, dieser Zerstörung ihrer Wälder Einhalt zu gebieten, indem sie als Gemeinwesen mit der örtlichen Polizei zusammenarbeiteten.

„Erst haben wir versucht, mit den Eindringlingen zu reden, doch sie fällten so viele Bäume, wie sie nur konnten. Wir versuchten Gräben auszuheben, damit sie mit ihren Traktoren und Lastwagen stecken bleiben, doch der Boden ist hier zu felsig. Dann organisierten wir einen Bürgerbeirat und stellten gemeinsam mit unserer örtlichen Polizei und der OSZE ein neues Patrouillensystem auf die Beine. Das funktionierte dann“, erläutert Ismailaki Asani.

Nun überlegt er gemeinsam mit seinen Nachbarn Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der öffentlichen Forstverwaltung, um im Frühjahr 2006 den Schaden wenigstens teilweise durch Wiederaufforstung zu beheben. Er ist davon überzeugt, dass das gesamte Dorf mithelfen wird.

Neben ihrer Beobachtungstätigkeit führt die Mission einige Projekte mit Regierungsinstitutionen zur Verbesserung der Zusammenarbeit auf Gemeindeebene und der Beziehungen zwischen den Volksgruppen

durch. Mehrere Zwischenfälle in Schulen und in deren Umfeld unterstrichen die Notwendigkeit konkreter Aktionen zum Abbau der ethnischen Spannungen zwischen Jugendgruppen und ihrer Einbindung in konstruktive Tätigkeiten. Verschiedene Aktivitäten im Bildungsbereich in Zusammenarbeit mit örtlichen Behörden und Partnern aus der Zivilgesellschaft bauten das ethnisch motivierte Misstrauen an gemischten Schulen ab. Für Jugendliche wurden 74 verschiedene Seminare, Jugendlager und Schulungskurse veranstaltet. Sie sollten zur Aufnahme von Kontakten und zur Vertrauensbildung zwischen den Teilnehmern ermutigen und dabei Fertigkeiten wie Führungskompetenz, Kommunikation und Unternehmertum entwickeln.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Hilfestellung für die lokale Verwaltung bei der Übernahme neuer Aufgaben. Da die Dezentralisierung im Lande noch jung ist, ist der Bedarf an Information, Kommunikation und Transparenz auf allen Ebenen groß. Zeitlich abgestimmt auf die offizielle Übergabe von Kompetenzen an die örtliche Verwaltung brachte die Mission ein Handbuch für Gemeindebeamte heraus, das ihnen Hilfestellung in allen Aspekten ihres neuen Aufgabengebietes geben sollte. Das Handbuch wurde gemeinsam mit der Vereinigung örtlicher Selbstverwaltungseinrichtungen hergestellt und an alle 85 Gemeinden verteilt. Zur inhaltlichen Unterstützung des Handbuchs trug die Mission auch zu einigen Informationskampagnen bei, die sowohl auf die Bevölkerung als auch auf Gemeindebedienstete abzielten. Die größte Herausforderung für die Gemeinden im Zusammenhang mit der Dezentralisierung war die Übernahme der Verantwortung für zusätzliche finanzielle Aufgaben. Dazu zählen die Erhebung von Steuern und andere Einnahmen, die Aufwendungen für kommunale Dienstleistungen und die Ankurbelung der Wirtschaft. Die Mission organisierte für die Gemeindebediensteten einen Intensivkurs in Finanzgebaren. Mehr als 250 Finanzreferenten und Verwaltungsbeamte der Lokalbehörden nahmen

an diesen Kursen teil. Neben der bereitgestellten Fachausbildung für Finanzwesen unterstützte die Mission Bemühungen zur Verbesserung der allgemeinen Finanzpraktiken und des finanziellen Potenzials der Gemeinden.

Die Mission kümmerte sich weiterhin besonders um eine bewährte praktische Maßnahme, nämlich die Gleichstellungskommissionen in den Gemeinden. Diese waren ursprünglich gemeinsam mit dem Ministerium für Beschäftigung und Sozialpolitik und dem Verband der Frauenorganisationen eingeführt worden. Im Zuge der Dezentralisierung wurde ihre Stellung innerhalb der Gemeindeverwaltung fester verankert. Die Gleichstellungskommissionen sorgen dafür, dass Frauen ein Mitspracherecht bei allen wichtigen Fragen wie Wirtschaftsentwicklung, Prioritätensetzung im Finanzbereich und Infrastrukturentwicklung erhalten. Derzeit haben landesweit zehn Kommissionen ihre Funktion aufgenommen und setzen Initiativen um. In Veles etwa stellte die Kommission fest, dass Bedarf an Unterkünften für misshandelte Frauen besteht, vier davon wurden in der Folge von der Gemeinde finanziert.

Erhaltung der Umwelt und Sicherung der Zukunft. Für einige Gemeinden im Nordwesten des Landes wurde Umweltschutz zu einer Überlebensfrage. So wurde das seit 2001 ständig zunehmende illegale Abholzen in diesem Jahr zu einem kritischen Problem, insbesondere im _ar-Gebirge an der Grenze zu Albanien und zum Kosovo (Serbien und Montenegro) und in den Crna-Gora-Bergen nördlich von Skopje. Wie die Vertrauensbildungsbeobachter der Mission feststellten, geht das Problem inzwischen weit über den Rahmen der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und des Umweltschutzes hinaus. Die langfristigen Auswirkungen der Kahlschläge stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Gebirgsdörfer dar. Das Problem führt auch zu Spannungen zwischen den betroffenen Gemeinden und den Tätern. Die Mission ermutigte zur Zusammenarbeit zwischen Zentralbehörden, örtlichen Behörden, Forstpolizei, örtlichen uniformierten Beamten und der Bevölkerung. Die Außenstelle Tetovo beherbergte mehrere Zusammenkünfte zu diesem

Thema, die die Kommunikation zwischen allen Verantwortlichen fördern und Systeme zum Informationsaustausch in diesem Bereich schaffen sollten. An diesen Treffen nahmen auch örtliche Richter und Staatsanwälte teil.

Um zu verhindern, dass Umweltfragen in Zukunft Gräben aufreißen, arbeitet die Mission mit der ersten „Kinderbotschaft“ zusammen, wodurch junge Menschen dazu ermutigt werden sollen, sich aktiv für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung unter Erhaltung der Umwelt einzusetzen. Diese Aktivität wurde vom Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE unterstützt. Im Sommer nahmen 60 Studenten an einem einwöchigen Ausbildungsseminar teil, bei dem sie Fertigkeiten in den Bereichen selbstständiges Unternehmertum, Unternehmensgründung und Umweltschutz erwarben. Es war dies die erste derartige Aktivität. Für 2006 sind weitere geplant, als eine Möglichkeit, junge Menschen darauf vorzubereiten, zum wirtschaftlichen Wachstum des Landes beizutragen ohne das ökologische Erbe zu beschädigen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Erhöhung von Transparenz und Leistungsfähigkeit des Justizwesens. Die Justizreform hatte höchste Priorität für die Mission im Rahmen ihrer Unterstützung für die von der Regierung geplanten rechtlichen und strukturellen Änderungen. Die wichtigste dieser Reformen war ein Satz von Verfassungsnovellen, die vom Justizministerium als erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Regierungsstrategie für die nationale Justizreform vorgeschlagen wurden. Auf Ersuchen des Ministeriums stellte die Mission Gutachten zu den vorgeschlagenen Novellen zur Verfügung und veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Richtervereinigung mehrere öffentliche Diskussionsforen. Vertreter aller Bereiche der Rechtsberufe wurden eingeladen, zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Während die legislativen Änderungen in Gang waren, begann die Mission eine von einer örtlichen Interessensvertretung initiierte Aktivität, den „Rat für die Verhütung von

Jugendkriminalität“, zu unterstützen, um Transparenz und Zugang zu Informationen in der Rechtsprechung zu fördern. Das Projekt wurde an mehreren Standorten durchgeführt, am weitesten ist es bisher am erstinstanzlichen Gericht von Kavadarci gediehen. Im Rahmen dieses Projekts wurde eine Online-Datenbank für alle anhängigen Fälle, Gerichtstermine, Richterprofile und für die Information der Öffentlichkeit über die Verfahrenspraxis eingerichtet. Die Gerichte in Tetovo, Skopje, _tip und Strumica erstellten Jahresberichte über ihre Tätigkeit und veranstalteten öffentliche Präsentationen, um die Bürger über ihre Aktivitäten zu informieren.

Die Mission führte auch zahlreiche Schulungsprogramme für die Zielgruppen Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte zu Fragen des humanitären Völkerrechts, der organisierten Kriminalität und des Zeugenschutzes durch.

Institutionalisierung von Mechanismen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Im Einklang mit den Empfehlungen des OSZE-Plans zur Bekämpfung des Menschenhandels war die Mission der Regierung bei der Einrichtung eines nationalen Leitmechanismus unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für Beschäftigung und Sozialpolitik behilflich. Der Mechanismus wird über ein nationales Koordinierungsbüro umgesetzt, das die Opferhilfe koordinieren, die Mechanismen zur Identifizierung potenzieller Opfer verbessern und auf Rechtsreformen hinarbeiten soll, durch die Opfern des Menschenhandels verstärkter Schutz zuteil werden soll. Die Hilfe der Mission erfolgte in Form einer ersten Begutachtung und Überarbeitung des Handbuchs für das nationale Leit-system nach Maßgabe der lokalen Bedürfnisse sowie in Form sonstiger technischer Hilfe für das Ministerium während der Anlaufphase. Der Mechanismus wird dem Land dabei helfen, seinen Verpflichtungen in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte von Opfern des Menschenhandels nachzukommen.

Förderung des Menschenrechtsschutzes. Zum Schutz der Bürgerrechte wurde 1997 die Institution eines Ombudsmannes geschaffen. Um den Bestimmungen des Rahmenabkommens von Ochrid nach-

zukommen, wurde das Gesetz über den Ombudsmann so abgeändert, dass nun auch regionale Büros als Stellvertreter vorgesehen sind, was der Institution mehr Möglichkeiten gibt, Fälle landesweit aufzugreifen. Die stellvertretenden Ombudsleute für die Regionalbüros wurden in diesem Jahr bestellt. Mit zusätzlicher Unterstützung der kanadischen *International Development Agency* und der italienischen Regierung spielte die Mission eine entscheidende Rolle bei den Hilfestellungen für die Einrichtung der regionalen Büros und die Bekanntmachung ihres Aufgabenkreises in der Bevölkerung. Die neuen Büros haben bereits damit begonnen, Menschenrechtsfälle entgegenzunehmen und Beschwerden aus der Bevölkerung nachzugehen.

Die Institution eines Ombudsmanns stellt der Bevölkerung zwar einen Mechanismus zur Verteidigung ihrer Bürgerrechte zur Verfügung, doch ist es nach wie vor notwendig, besonders die Jugendlichen verstärkt über ihre Rechte zu informieren und ihnen zu erklären, was sie von staatlichen Institutionen erwarten dürfen. Als Teil des vom Vorsitz lancierten Projekts zur Einführung eines formalen Menschenrechtsprogramms für den Unterricht an Grundschulen in allen OSZE-Mitgliedstaaten nahm die Mission ein Pilotprojekt mit dem Bildungsministerium unter dem Motto „Unsere Rechte“ in Angriff. An dem Programm nahmen zwölf Schulen teil, die aus Städten im gesamten Land ausgewählt worden waren. Die Lehrer wurden für den interaktiven Kursus für Menschenrechte für Kinder der fünften und sechsten Schulstufe ausgebildet und begannen in diesem Herbst damit, diesen in ihren Unterricht einzubauen.

Unterstützung von Wirtschaftlichkeit, Diversität und Verantwortungsbewusstseins im Mediensektor. Der Erlass eines neuen Rundfunkgesetzes in diesem Jahr war ein wichtiger Schritt zur Sicherstellung sowohl eines überlebendigen privaten Medienmarktes als auch einer unabhängigen öffentlichrechtlichen Anstalt. Beim Zustandekommen dieses Gesetzes spielte die Mission eine Schlüsselrolle, wobei sie in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem Europarat und dem Stabilitätspakt Sach-

verständigengutachten und Auslegungshilfe in Bezug auf die maßgeblichen europäischen Richtlinien zur Verfügung stellte. Die Mission erleichterte die Diskussion zwischen Gesetzgebern und örtlichen Medienvertretern. Gestützt auf die Erfahrungen des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit war die Mission auch mit Gutachten und Kommentaren zu den vorgeschlagenen Abänderungen behilflich. Das neue Gesetz räumte der Kontrollbehörde größere Unabhängigkeit und Machtbefugnisse ein, die ihr die Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit im Rundfunkbereich ermöglichen. Es liberalisierte auch die Lizenzvergabe und ermöglichte damit privaten Rundfunksendern, sich leichter neuer Technologien zu bedienen und ein breiteres Publikum zu erreichen. Schließlich schuf das Gesetz ein wirklich unabhängiges Führungssystem für den öffentlichrechtlichen Rundfunk, der bereits Programme in allen sechs Verfassungssprachen ausstrahlt.

Die Elektronische Gesellschaft ist säulenübergreifend

Der Begriff Elektronische Gesellschaft, auch unter der Bezeichnung Informationsgesellschaft bekannt, bezieht sich auf die Integration der Informationstechnologien wie Internet, drahtlose Kommunikation und anderer in alle Bereiche des sozialen und politischen Lebens.

Da es einen derart umfassenden Bereich abdeckt, hat das Projekt der Mission für die elektronische Gesellschaft mit beinahe allen Aspekten der Tätigkeit der Mission zu tun. Es wurde gemeinsam mit der örtlichen Organisation *Metamorphose* durchgeführt und vom Büro des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit unterstützt.

Bei der Präsentation des Projekts auf einer internationalen Konferenz in Skopje wies der leitende Berater des Medienbeauftragten auf die ungeheuren Möglichkeiten hin, die diese neue Informationstechnologie für eine freie, transparente Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren der Gesellschaft, wie Regierung, Wirtschaft und Bürger, eröffnet.

Im ganzen Land wurde in den Städten eine vierteilige Serie kleinerer Konferenzen abgehalten. An der ersten zum Thema Cyber-Kriminalität nahmen neben anderen

Polizisten und Staatsanwälte teil, um mögliche Maßnahmen gegen die Internetkriminalität auszuloten. Die Konferenzen zum Thema elektronischer Unterricht und elektronische Medien waren unter anderem der Förderung des Multikulturalismus und dem Abbau von Grenzen durch Online-Kommunikation gewidmet. Eine Veranstaltung zum Thema E-Government richtete sich an Bürgermeister und andere Gemeindebeamte und befasste sich mit der Nutzung des Internet für mehr Transparenz und zur Einbindung der Bürger in Entscheidungsprozesse.

[Auf Grund seiner Mehrsprachigkeit und seiner Multiethnizität kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Diversität und Identität zu. Daher setzte die Mission ihre Unterstützung für seine Modernisierung und die Verbesserung seiner Professionalität durch Schulungsaktivitäten und technische Unterstützung fort. Die Schulungstätigkeit in diesem Jahr konzentrierte sich auf Produktionsmanagement in Radio und Fernsehen, damit diese Kapazitäten vor Beginn der im neuen Rundfunkgesetz versprochenen Umstrukturierung bereitstehen.

Die Mission unterstützte auch die Ausbildung künftiger Medienschaffender durch ihren Beitrag zum einjährigen Journalistendiplomkurs des mazedonischen Medieninstituts. Dieser Intensivdiplomkurs ist international anerkannt und setzt neue Maßstäbe für den Journalismus und die Ausbildung in diesem Bereich. Dabei wurde besonders auf die Aufnahme von Studenten aus ganz unterschiedlichen Verhältnissen Wert gelegt, die in Zukunft Berichte in Minderheitensprachen verfassen können.

Da professioneller Journalismus auch verlässliche offizielle Quellen braucht, setzte die Mission sich auch weiterhin nachdrücklich für den Erlass eines Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen ein, dessen Vorlage bereits vom Justizministerium ausgearbeitet wurde. In Zusammenarbeit mit der Delegation der Europäischen Kommission unterstützte die Mission eine Initiative der örtlichen Organisation *ProMedia*, um einerseits eine öffentliche Debatte über die drin-

gende Notwendigkeit eines derartigen Gesetzes in Gang zu setzen und andererseits die öffentlichen Institutionen durch Schulung auf die neuen Aufgaben vorzubereiten, die

mit dem Erlass eines derartigen Gesetzes auf sie zukommen.

Missionsleiter:
Botschafter Carlos Pais
Revidierter Haushalt: €
11.061.500
www.osce.org/skopje

Osteuropa



Das Büro in Minsk

Das Büro in Minsk half der Regierung von Belarus durch weitere Unterstützung des institutionellen Aufbaus, der rechtsstaatlichen Konsolidierung und der Beziehungen zur Zivil-

gesellschaft sowie mit seiner Hilfestellung für Belarus in Wirtschafts- und Umweltfragen. Mandatsgemäß konzentrierte das Büro sein Engagement auf zwei

Hauptbereiche: die Überwachung und Berichterstattung in Bezug auf die Einhaltung der Verpflichtungen des Gastlandes gegenüber der Organisation und die Umsetzung

von Feldprojekten in der Wirtschafts- und Umwelt- sowie in der menschlichen Dimension.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Legislative Verbesserungen. Zur Verbesserung des allgemeinen Investitionsklimas in Belarus arbeitete das Büro mit dem Nationalen Zentrum für Gesetzesentwürfe zusammen, um die Reform der Gesetze über kleine und mittlere Unternehmen (KMU) voranzutreiben. Im November war es bei der Veranstaltung einer Arbeitstagung für handwerkliche Gewerbebetriebe, einer neuen Form von KMU in Belarus, behilflich. Das Büro lud KMU-Experten aus der Europäischen Union und Fachleute aus Handwerk und Gewerbe aus Polen und Belgien zu einem Erfahrungsaustausch ein. Die Diskussion mündete in Empfehlungen für die Bereiche Organisation, Besteuerung und staatliche Unterstützung des handwerklichen und gewerblichen Sektors.

Entwicklung des Fremdenverkehrs in ländlichen Gebieten. Zur Förderung und Entwicklung des Fremdenverkehrs in ländlichen Gebieten von Belarus unterstützte das Büro ein Projekt der Nichtregierungsorganisation *Agro&Eco Tourism*, dessen Ziel eine Verstärkung des bestehenden Netzes von Bauernhöfen ist. Diese so genannten „Grünen Wege“ sind Routen, die zu einer gesunden Lebensweise und einem umweltfreundlichen Tourismus abseits der Autostraßen führen sollen. Nach einer entsprechenden Schulung in Polen entwickelten die Landwirte neue solche Routen im Nahbereich ihrer Höfe, unter Einbindung der örtlichen Bevölkerung und der vor Ort vorhandenen Ressourcen. Im Rahmen des Projekts wurde ein Führer für die bereits fertig gestellten Routen unter dem Titel „Grüne Wege durch Belarus“ veröffentlicht und in Belarus und im Ausland verteilt.

Zugang zu Umweltinformationen.

2005 genehmigte und registrierte die belarussische Regierung nach Gesprächen zwischen dem Büro und dem Ministerium für natürliche Ressourcen und Umweltschutz ein Projekt zur Einrichtung eines Aarhus-Zentrums in Minsk, das die Bevölkerung für Umweltfragen sensibilisieren und sie dazu ermutigen soll, sich in Entscheidungsprozesse einzubringen.

Im Dezember öffnete das Aarhus-Zentrum seine Tore für die ersten Besucher. Alle diese Zentren fördern die Aarhus-Konvention, die den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen verbessern, die Einbindung der Öffentlichkeit in Umweltentscheidungen fördern und dafür sorgen soll, dass die Bevölkerung Einspruch gegen staatliche Entscheidungen in Umweltfragen einlegen kann.

Nachhaltige Entwicklung durch Umwelterziehung.

Das Büro gab eine Untersuchung über die Einführung von Umweltmaterialien unter der Bezeichnung „Grünes Paket“ in den Schulunterricht in Auftrag. Zwei Sachverständige der regionalen Umweltausschüsse beurteilten die Durchführbarkeit der Einführung dieses Lehrmaterials, im Anschluss daran beschlossen die Parteien, einen Vorschlag für ein Projekt zusammenzustellen. Das vom Regionalen Umweltzentrum unter VN-Führung in Budapest ausgearbeitete multimediale Unterrichtsmaterial soll eher neue Verhaltensmuster bewirken und nicht so sehr Wissen zu bestimmten Umweltthemen vermitteln. Dazu finden sich Schüler und Lehrer zu verschiedenen Aktivitäten zusammen und führen gemeinsame Rollenspiele durch, spielen Entscheidungsfindungsprozesse und Diskussionen nach.

Sanierung und Wiederaufbau der von Tschernobyl betroffenen Gebiete. Das Büro führte fünf

Kleinprojekte zu diesem Thema durch. Diese waren für Subventionen durch das CORE-Programm 2004 ausgewählt worden, darunter ein Wiederaufbauprojekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den von der Tschernobylkatastrophe betroffenen Gebieten von Belarus. Ein Projekt in Stolín unterstützt behinderte Kinder durch einen kleinen Laden, der für den Verkauf der Bastelarbeiten der Kinder eingerichtet wurde. Ein zweites Projekt in Stolín unterstützt die örtliche Schule durch Bereitstellung von Geräten für medizinische Betreuung und Vorsorge. Ein weiteres Projekt hilft dem örtlichen Museum in Bragin bei der Erstellung einer eigenen Website (<http://bragin-museum.org>). Ein viertes Projekt in der Region Tschetschersk unterstützte eine örtliche Schule bei der Anlage eines Obst- und Gemüsegartens, dessen Produkte in den nächsten Jahren auf dem Markt zum Verkauf angeboten werden sollen. Das letzte Projekt schließlich richtete in Slawgorod Nähwerkstätten ein, um Jugendlichen aus schwierigen Familienverhältnissen eine Berufsausbildung zu ermöglichen.

Im Rahmen des CORE-Programms reichte das Büro auch drei Kleinprojekte zur Registrierung ein.

Umwelt und Sicherheit. Gemeinsam mit UNEP und UNDP nahm das Büro an Tagungen zur Förderung der Regionalen Initiative für Umwelt und Sicherheit in Osteuropa teil, eines Projekts zur Ermittlung und Bewältigung von Umweltproblemen, die die Sicherheit gefährden. Im Oktober leistete das Büro einen Beitrag zu Konsultationen zwischen einschlägigen Regierungsstellen und in Minsk ansässigen internationalen Organisationen, als ein UNEP-Experte das Konzept und die Methoden für eine Projektevaluierung im nächsten Jahr vorstellte.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Freizügigkeit. Das Büro war dem BDIMR bei der Umsetzung eines Projektes unter der Bezeichnung „Alternative Formen der Strafverfolgung“ behilflich, durch das die für den Justizbereich zuständigen belarussischen Entscheidungsträger mit strafrechtlichen Ansätzen bekannt gemacht werden sollten, die ohne Freiheitsentzug arbeiten. Der Schwerpunkt des gemeinsam mit dem Nationalen Zentrum für Gesetzesvorlagen und dem Institut für Fort- und Weiterbildung von Richtern, Staatsanwälten und Justizbediensteten durchgeführten Projekts bildeten Initiativen für Mediation und eine opferorientierte Justiz. Ziel dieser Initiativen ist die Wiedereingliederung der Täter in die Gemeinschaft und weniger die Durchsetzung von Strafmaßnahmen. Das von der Europäischen Kommission finanzierte Projekt war ein Followup zum 2003 und 2004 durchgeführten Projekt „Alternative Strafformen“, das die belarussische Regierung dabei unterstützte, vermehrt alternative Strafformen statt Freiheitsentzug einzusetzen und so die große Zahl von Häftlingen im Land abzubauen.

Die Abteilung des BDIMR für Migration/Freizügigkeit und das Nationale Zentrum für Gesetzesvorlagen unterstützten auch den Prozess zum Aufbau eines einheitlichen staatlichen Melderegisters. Im Rahmen dieses Projekts wurden verschiedene Aktivitäten organisiert, unter anderem Diskussionsrunden, Studienreisen und eine regionale Konferenz in Almaty (Kasachstan). Diese Bemühungen sollten den belarussischen Behörden bei der Ausarbeitung der schematischen und rechtlichen Grundlagen für die Schaffung eines Meldesystems nach internationalen Standards helfen.

Legislative Unterstützung und Good Governance. Im Rahmen seiner Bemühungen zur Verstärkung des Rechtsschutzes für Verbrechensopfer führte das Büro in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Zentrum für Gesetzesvorlagen ein Projekt durch. Im Rahmen dieses Projekts reisten im August fünf belarussische Experten in das Vereinigte Königreich, um

sich über die Erfahrungen der Behörde für die Entschädigung von Kriminalitätsoffern (CICA) und des Beschwerdeausschusses für die Entschädigung von Kriminalitätsoffern in London und Glasgow zu informieren. CICA erteilte den Experten eine Einführung in die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Hilfe für Kriminalitätsoffer sowie in ihr Entschädigungssystem, das den Opfern von Verbrechen eine materielle Entschädigung für alle erlittenen körperlichen und psychischen Verletzungen zuspricht.

Der Leiter der CICA kam zu einem Folgeseminar im Oktober, bei dem Lösungen für spezifisch belarussische Probleme erörtert werden sollten und den Behörden Unterstützung bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen für verstärkten Opferschutz zuteil werden sollte.

Das Büro unterstützte auch ein Projekt mit dem Nationalen Zentrum für Gesetzesvorlagen zur Verbesserung der Gesetzgebungsverfahren durch die Einführung kriminologischer Gutachten. Die beiden Seminare und eine Studienreise nach Italien trugen zur Erarbeitung einer Sammlung von Orientierungshilfen für die Begutachtung von Gesetzesvorlagen bei. Ziel dieser Orientierungshilfen ist es, eventuelle unerwünschte Auswirkungen von Gesetzen aufzudecken, wie die Zunahme von Korruption und anderen Straftaten.

Menschenrechtsüberwachung. Das Büro förderte die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension durch zahlreiche Beobachtungsaktivitäten. Regelmäßige Reisen vor Ort ermöglichten den Mitarbeitern des Büros, sich ständig über die Herausforderungen und Verhältnisse, unter denen örtliche zivilgesellschaftliche Interessensgruppen und Vertreter der Behörden tätig sind, auf dem Laufenden zu halten. Das Büro nahm an Gerichtsverhandlungen teil, bei denen es um zentrale OSZE-Verpflichtungen und Grundfreiheiten ging. Ein solcher Fall – der mit dem Recht auf Versammlungsfreiheit zu tun hatte – war der Prozess gegen ein renommiertes Umfrageinstitut, das Unabhängige Institut für soziale, wirtschaftliche und politische Studien, das nach dem Urteil des Obersten

Gerichtshofs von Belarus im April geschlossen wurde.

Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung

2005 stellte das Büro gemeinsam mit dem für den Ministerrat tätigen Ausschuss für Religionen und Nationalitäten zwei Veröffentlichungen fertig, die eine Stärkung der Kontakte zwischen nationalen Minderheiten und Religionsgemeinschaften bewirken und deren Beziehung zu den belarussischen Behörden verbessern sollen.

In ihrem gemeinsamen Grußwort an die Leser von *Multinational Belarus* stellten der Leiter des Ausschusses für Religionen und Nationalitäten, Stanislaw Boko, und der Leiter des OSZE-Büros, Botschafter Eberhard Heyken, fest: „Wir sind fest davon überzeugt, dass jeder von dieser ‚Reise‘ durch ein multinationales Belarus profitiert und dass diese Broschüre einen fruchtbaren Dialog zwischen den Behörden und verschiedenen Nationalitäten in Belarus und zwischen den Minderheitengruppen untereinander entstehen lassen wird.“

Die zweite Publikation *On Freedom of Conscience and Religious Organizations in Belarus* enthält Artikel zur aktuellen Lage und über die voraussichtliche Entwicklung der multikonfessionellen Gesellschaft von Belarus.

Der stellvertretende Vorsitzende des Dachverbandes der jüdischen Vereine und Gemeinschaften in Belarus, Jakow Bassin, selbst Experte auf diesem Gebiet, äußerte sich zu dieser Publikation wie folgt: „Dieser Sammelband ... wird ohne Zweifel das Verständnis für die unterschiedlichen religiösen Gemeinschaften in Belarus und für den interkonfessionellen Dialog vertiefen und damit die belarussische Gesellschaft weiter festigen helfen.“

Das Büro verfolgte auch das Schicksal mehrerer prominenter Strafgefangener, darunter der ehemalige Minister für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen, Michael Marinitsch, der Vorsitzende eines Streikkomitees der Marktverkäufer, Waleri Lewonewski, und sein Stellvertreter Aleksander Wassiljew, der ehemalige Parlamentsabgeordnete Sergei Skrebez, der Führer der Sozialdemokraten Nikolai Statkewitsch und Professor Juri Bandaschewski. Das Büro besuchte mehrere von ihnen im Gefängnis und äußerte

öffentlich seine Sorge über diese Fälle. Im Juli und August wurden Wassiljew und Bandaschewski auf Grund des letzten Amnestiegesetzes aus der Haft entlassen.

Medienüberwachung. Anfang Februar reiste der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Miklós Haraszti, nach Minsk. Er informierte sich vor Ort über die Lage der Medien in Belarus. In einem abschließenden Bericht sprach der Beauftragte eine Reihe von Empfehlungen aus, insbesondere in Bezug auf die Entkriminalisierung von übler Nachrede und Verleumdung.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Büros in diesem Bereich stand die

genaue Beobachtung der Lage der Medien in Belarus. Vertreter des Büros besuchten und beobachteten Prozesse gegen Zeitungen und Journalisten. Besondere Besorgnis lösten die Verleumdungsprozesse gegen die Zeitungen *Narodnaja Wolja*, *BDG. Delowaja Gaseta* und *Sgoda* aus.

Behandlung von Individualbeschwerden. Beim Büro gingen rund 150 Individualbeschwerden wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen ein, hauptsächlich im Zusammenhang mit Aktivitäten der Strafverfolgungsbehörden. Die Beschwerden bezogen sich sowohl auf zivilrechtliche als auch auf strafrechtliche Fälle. In den meisten

Fällen galten die Beschwerden angeblichen Verletzungen des Rechts auf ein gerechtes Verfahren und der Behandlung von Strafgefangenen. Die Erkenntnisse und Besorgnisse des Büros wurden den belarussischen Behörden regelmäßig zur Kenntnis gebracht, die im Allgemeinen sofort reagierten. In einigen Fällen schuf die zuständige Stelle nach der Intervention des Büros umgehend Abhilfe.

**Leiter des Büros:
bis 31. Juli
Botschafter Eberhard Heyken
seit 29. August
Botschafter Ake Peterson
Revidierter Haushalt: € 858.500
www.osce.org/belarus**

Die Mission in Moldau

Die Mission in Moldau bemühte sich 2005 um einen Neubeginn der Verhandlungen über eine politische Beilegung des Transnistrienproblems und setzte sich mit einer Reihe stabilitätsgefährdender Krisensituationen auseinander. Die ukrainische Initiative „Konfliktbeilegung durch Demokratisierung“ verlieh dem politischen Lösungsprozess neuen Schwung. Nach längerer

Blockade wurden die formellen Verhandlungen aber erst im Oktober unter Beiziehung der Vereinten Staaten und der Europäischen Union als Beobachter wieder aufgenommen.

Den größten Erfolg ihrer Krisenintervention hatte die Mission bei der Vermitteltätigkeit in der Frage der in lateinischer Schrift unterrichtenden moldauischen Schulen am linken

Ufer des Dnjestr / Nistru zu verzeichnen. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 22.) Eine verstärkte Präsenz des Missionspersonals, einschließlich regelmäßiger Patrouillen, half Spannungen hintanzuhalten und Auseinandersetzungen zwischen den ehemaligen Kampfteilnehmern in der Sicherheitszone zu verhindern.

Die Parlamentswahlen vom März und die Wie-

derwahl von Präsident Wladimir Woronin im April stärkten im Land das Einvernehmen über die Notwendigkeit demokratischer Reformen. Die Mission investierte viel Zeit und Mühe in die Unterstützung dieser Anstrengungen, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und Wahlreform.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Herbeiführung einer politischen Lösung auf dem Verhandlungsweg. Die Mission bemühte sich um einen Neubeginn der Verhandlungen zur Herbeiführung einer politischen Lösung, die im Sommer 2004 zum Stillstand gekommen waren. Die Mediatoren aus der Russischen Föderation, der Ukraine und der OSZE hielten mit Vertretern aus Chi_in_u und Tiraspol im Januar, Mai und September Konsultationen ab. Bei dem Treffen im Mai stellte die Ukraine den von Präsident Wiktor Juschtschenko ausgearbeiteten Lösungsplan „Konfliktbeilegung durch Demokratisierung“ vor. Diese Initiative zielt auf eine Demokratisierung der Region Transnistrien durch Wahlen zum regionalen gesetzgebenden Organ unter internationaler Schirmherrschaft ab, verbunden mit Schritten zur Förderung der Entmilitarisierung und der Transparenz und zur Stärkung des Vertrauens.

Im Juli verabschiedete das moldauische Parlament unter Berufung auf den ukrainischen Plan ein Gesetz über die Grundprinzipien eines rechtlichen Sonderstatus für Transnistrien. Im Verlauf von Konsultationen im September in Odessa vereinbarten Chi_in_u und Tiraspol, die EU und die Vereinigten Staaten als Beobachter zu den Verhandlungen einzuladen. Formelle Verhandlungen im erweiterten Rahmen wurden im Oktober nach einer 15-monatigen Unterbrechung wieder aufgenommen und im Dezember im Anschluss an das Laibacher Ministerratstreffen der

OSZE fortgesetzt. Am 15. Dezember gaben die Präsidenten der Ukraine und der Russischen Föderation, Wiktor Juschtschenko und Wladimir Putin, eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Beilegung des Transnistrienkonflikts begrüßten.

Im September ersuchten die Präsidenten Woronin und Juschtschenko gemeinsam den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, die Entsendung einer Internationalen Erkundungsmission in Erwägung zu ziehen, deren Aufgabe es sein sollte, die demokratischen Verhältnisse in Transnistrien zu analysieren und festzustellen, welche Schritte für die Durchführung demokratischer Wahlen in der Region notwendig wären. Gleichzeitig führte die OSZE-Mission fachliche Konsultationen und Analysen zu den grundlegenden Erfordernissen für demokratische Wahlen in der Region Transnistrien durch, wie sie im Juschtschenko-Plan vorgeschlagen worden waren. Bei der Verhandlungsrunde im Oktober wurde der OSZE-Vorsitz ersucht, die Konsultationen über die mögliche Entsendung einer solchen Erkundungsmission in der Region Transnistrien fortzusetzen.

Gemeinsam mit Militärexperten aus der Russischen Föderation und der Ukraine erarbeitete die OSZE-Mission ein Paket von Vorschlägen für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, die im Juli von den drei Mediatoren vorgestellt wurden. Die Mission nahm daraufhin mit Vertretern von Chi_in_u und Tiraspol Konsultationen über das

Maßnahmenpaket auf. Bei der Verhandlungsrunde im Oktober wurde begrüßt, dass durch einen gegenseitigen Austausch militärischer Daten, wie er in einzelnen Teilen dieses Maßnahmenpakets vorgesehen war, Fortschritte bei der Stärkung der Transparenz möglich seien.

Die Gemeinsame Kontrollkommission. Die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC), ein Gremium, das für die Durchführung des Waffenstillstandsabkommens vom Juli 1992 und für die Überwachung der Gemeinsamen Friedenstruppen in der Sicherheitszone zuständig ist, war auch 2005 aufgrund eines ungelösten Streits über einen Kontrollposten in Transnistrien und den Zugang zu landwirtschaftlich genutzten Flächen in dessen Nähe blockiert. Moldauische Bauern, deren Land sich de facto unter der Kontrolle der transnistrischen Behörden befindet, waren nach wie vor Schikanen und Einschüchterungsversuchen seitens der transnistrischen Miliz und transnistrischer Zollbeamter ausgesetzt. Sie konnten 2005 einen Großteil ihres Landes in dem von Transnistrien kontrollierten Gebiet nicht bebauen, was einen erheblichen Ernteausfall und zunehmende Spannungen nach sich zog. Die Mission beobachtete die Entwicklungen sehr genau und war bestrebt, im Wege der JCC und über diplomatische Kanäle eine Lösung zu erreichen, was bis jetzt aber noch nicht gelungen ist.

Abzug von Waffen und Ausrüstung der Russischen Föderation. Im Jahr 2005 wurden keine russi-

schen Waffen und Ausrüstungsgegenstände aus der Region Transnistrien abgezogen. Rund 20.000 Tonnen Munition warten nach wie vor auf den Abtransport. Der Kommandant der Einsatzgruppe der russischen Streitkräfte berichtete im Mai, dass 40.000 überschüssige Kleinwaffen und leichte Waffen aus den Beständen der russischen Streitkräfte in der Region Transnistrien vernichtet worden seien. Der OSZE wurde nicht gestattet, diese Behauptung zu verifizieren.

Vertrauens- und Sicherheitsbildung und Abbau von Bedrohungen. Zusätzlich zum VSBM-Paket erkundete die Mission, auf welche Weise das moldauische Verteidigungsministerium beim Abbau der Lagerbestände überschüssiger und veralteter Munition, bei der Vernichtung militärischer Ausrüstung und bei der Modernisierung von Munitionslagern unterstützt werden kann. Mitarbeiter der Mission führten Erkundungsbesuche in militärischen Einrichtungen des Landes durch und legten Empfehlungen für die Unterstützung von Entmilitarisierungsprojekten und anderer Initiativen vor.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

WAHLEN UND WAHLREFORM

Die Mission unterstützte die Internationale Wahlbeobachtungsmission bei den Parlamentswahlen im März 2005 und gab eine Beurteilung der Bürgermeisterwahlen in Chi_in_u vom Juli und November ab. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR verfolgte die Mission auch sehr genau die im Gange befindliche Wahlreform.

Schutz der sprachlichen Rechte. Die Mission konnte erfolgreich eine Wiederholung der Schulkrise des Jahres 2004 verhindern, als die transnistrischen Behörden einige moldauische Schulen, die Moldauisch / Rumänisch in lateinischer Schrift unterrichten, gewaltsam schlossen. Die in den Räumlichkeiten der Mission geführten Verhandlungen führten zu einer Vereinbarung zwischen den moldauischen und den transnistrischen Unterrichtsbehörden über einen Satz von Statuten für die moldauischen Schulen in der Region Transnistrien. Auf der Grundlage

dieser Statuten genehmigten die transnistrischen Behörden den Schulbetrieb auf unbefristete Zeit und das neue Schuljahr konnte planmäßig beginnen. Die Räumlichkeiten einer moldauischen Schule sind jedoch nach wie vor von den transnistrischen Behörden konfisziert und 550 Kinder mussten in Behelfseinrichtungen unterrichtet werden. Die Mission betreibt bei den transnistrischen Behörden nach wie vor die Rückgabe des Gebäudes. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 22.)

Beobachtung der Menschenrechtslage. Zahlreiche Individualbeschwerden von beiden Seiten des Dnjestr/Nistru betreffend Menschenrechtsverletzungen gingen bei der Mission ein und wurden von ihr beantwortet. Überwiegend handelt es sich um Beschwerden von Untersuchungshäftlingen oder Strafgefangenen. Untersuchungshäftlinge beschwerten sich in erster Linie über Verletzungen der Verfahrensrechte während der Untersuchungshaft. In vielen Beschwerden von Häftlingen geht es auch um die schwierigen Haftbedingungen und die unzureichende medizinische Versorgung.

Die Mission beobachtete sehr genau einzelne bei Gericht anhängige Fälle, darunter prominente Fälle mit möglicherweise politischem Hintergrund, bei denen es um das Recht auf ein faires Verfahren, Folter, Massenmedien und Religionsfreiheit ging. Besondere Aufmerksamkeit gilt nach wie vor den beiden noch verbliebenen Mitgliedern der Ilascu-Gruppe, die von den transnistrischen Behörden wegen angeblicher Straftaten während des Konflikts von 1992 verurteilt wurden.

Aufbau von Kapazitäten durch Förderung der Menschenrechte. Mit Mitteln aus dem Menschenrechtsfonds antwortete die Mission auf einige Finanzierungsersuchen von Nichtregierungsorganisationen (NROs), die um Unterstützung kleinerer Projekte zur Förderung der Menschenrechte und der Toleranz diesseits und jenseits des Dnjestr / Nistru und zwischen nationalen Minderheiten ersucht hatten. Die Teilnahme von öffentlich Bediensteten und NRO-Vertretern aus Gebieten zu beiden Seiten des Flusses an OSZE-Seminaren und anderen

internationalen Seminaren wurde ebenfalls durch Mittel aus diesem Fonds sichergestellt.

Bekämpfung des Menschenhandels und Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann

Die Mission spielt nach wie vor eine führende Rolle als Koordinator im Kampf gegen den Menschenhandel. Sie veranstaltete die monatlichen technischen Koordinierungssitzungen in Chi_in_u und sechs Sitzungen in den Regionen. Die Mission gibt auch zweimal pro Jahr einen Überblick über die Aktivitäten im Kampf gegen den Menschenhandel heraus, in dem nun auch Informationen über die Tätigkeit von NROs und Regierungsbehörden in den Regionen enthalten sind. Eine neue Website über Personen, die sich im Kampf gegen den Menschenhandel engagieren, über deren Aktivitäten und die in Moldau verfügbaren Ressourcen ist in Vorbereitung.

Die Mission unterstützte weiterhin die Aktivitäten des Staatskomitees zur Bekämpfung des Menschenhandels und der verschiedenen Bezirkskomitees. Sie führte den Kovorsitz in der Unterarbeitsgruppe des Staatskomitees zu legislativen Fragen und leistete technische Unterstützung im Zuge der kürzlich erfolgten Überarbeitung des Nationalen Aktionsplans (in Kraft seit September 2005). In Absprache mit dem BDIMR trat die Mission auch bei der Ausarbeitung des Gesetzes über die Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels, das am 20. Oktober vom Parlament verabschiedet wurde, mit technischer Unterstützung und als Interessenvertreter in Erscheinung.

Zur Erhöhung der Kompetenz staatlicher Behörden unterstützten die Mission und das BDIMR eine Reihe von Schulungsprogrammen für Richter und Staatsanwälte. In Zusammenarbeit mit der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten führte die Mission ein intensives Schulungsprogramm für Strafverfolgungsbeamte durch, das proaktive Untersuchungsmethoden im Kampf gegen den Menschenhandel zum Gegenstand hatte.

Die Mission unterstützte wie bisher die NRO *La Strada* bei der Erstellung eines nationalen Leitmechanismus, einschließlich der Führung

einer Datenbank betreffend soziale Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel und gefährdete Personen. Zur Unterstützung der Wiedereingliederung von Opfern des Menschenhandels in die Gesellschaft finanzierte die Mission Universitäts- und Berufsschulstipendien für die Betroffenen. Gemeinsam mit anderen internationalen Partnern finanziert die Mission das Projekt „Kampf gegen den Kinderhandel“, das von *Terre des Hommes* durchgeführt wird. Die Mission leistet auch Beiträge zu einer Aufklärungskampagne von *La Strada*, die zu einer toleranteren Einstellung der Gesellschaft gegenüber Opfern von Menschenhandel führen soll.

Förderung der Medienfreiheit. Die Förderung der Medienfreiheit bei-

derseits des Dnjestr/Nistru war einer der wichtigsten Tätigkeitsbereiche der Mission. Sie befasste sich eingehend mit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Teleradio Moldova. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR beobachtete die Mission auch die Berichterstattung über den Wahlkampf vor den Parlamentswahlen und den Kommunalwahlen des Jahres 2005 in Rundfunk und Fernsehen. Die Mission setzte sich für eine grundlegende Reform des moldauischen Rundfunkgesetzes ein.

Die Aufmerksamkeit der Mission galt auch der Transparenz bei der Zuteilung von Sendefrequenzen, der Privatisierung staatlicher Printmedien und der Umsetzung der moldauischen Rechtsvorschriften betreffend üble Nachrede und Ver-

leumdung und den Zugang zu Informationen.

Im Februar unterstützte die Mission den Leitenden Berater des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit bei einem Erkundungsbesuch in der Region Transnistrien. Im anschließenden Bericht wurde das Medienklima in der Region als restriktiv bezeichnet und es wurde empfohlen, den Dialog mit örtlichen Behörden fortzusetzen und die wenigen unabhängigen Medienunternehmen in der Region weiter zu unterstützen.

Leiter der Mission:
Botschafter William H. Hill
Revidierter Haushalt: € 1.485.700
www.osce.org/moldova

Der Projektkoordinator in der Ukraine

Der Projektkoordinator in der Ukraine hat den Auftrag, Projekte in allen drei OSZE-Dimensionen in Zusammenarbeit mit den zuständigen ukrainischen Behörden und mit der OSZE und ihren Institutionen zu planen, umzusetzen und zu überwachen.

Das Arbeitspensum des Projektkoordinators erhöhte sich 2005 beträchtlich, insbesondere im Bereich Good Governance

mit dem Schwerpunkt auf Kooperationsprogrammen zur Vorbereitung der ukrainischen Parlamentswahlen 2006. Das Projekt umfasst Schulungsmaßnahmen für Journalisten und die für Wahlen zuständigen Beamten, medienbezogene Aktivitäten und Wählererziehung.

Als weitere wichtige Aktivitäten sind Bemühungen um Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen

den Menschenhandel und bei der Entsorgung toxischer Raketentreibstoffkomponenten zu nennen. Diese Projekte waren mit anderen Projekten abgestimmt, durch die den kürzlich entlassenen Militärangehörigen der Übertritt ins Zivilleben erleichtert werden soll.

Das Büro arbeitet auch an der Durchführung umfangreicher Programme im Bereich Rechtsstaatlichkeit

und in der Wirtschafts- und Umweltdimension mit dem Schwerpunkt auf der Förderung des Wirtschaftswachstums durch Unterstützung örtlicher Entwicklungsinitiativen und Hilfe bei der Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas in ukrainischen Regionen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Hilfe für entlassene Soldaten. Um ehemaligen Militärangehörigen, die von der Verkleinerung der Streitkräfte des Landes betroffen sind, den Übertritt ins Zivilleben zu erleichtern, kooperierte die OSZE mit dem Verteidigungsministerium und dem ehemaligen Staatlichen Koordinationszentrum für die Wiedereingliederung von Soldaten in die Gesellschaft und die Konversion früherer Militäreinrichtungen. Fachliche Ausbildung, etwa in Betriebs- und Wirtschaftskunde sowie in Marketing und Verkauf, war kombiniert mit der Hilfe bei der Arbeitssuche und mit Informationsveranstaltungen, die Soldaten, deren Entlassung bereits erfolgte oder in Kürze bevorsteht, den Umstieg erleichtern sollen. 2005 nahmen daran 500 entlassene Militärangehörige teil. Achtzig Prozent von ihnen fanden innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Ausbildung einen Arbeitsplatz.

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Verteidigungsministerium bietet der Projektkoordinator Hilfe bei der Einrichtung eines Ressourcen- und Berufsberatungszentrums im Ministerium an. Sobald das Zentrum seinen Betrieb aufgenommen hat, wird es entlassenen Soldaten in verschiedenen Fragen behilflich sein, etwa bei Pensionen, Wohnraumbeschaffung und Stellensuche, und es wird eine Bibliothek mit Literatur zum Thema soziale Eingliederung beherbergen.

Entsorgung von gefährlichem Raketentreibstoff. Das Büro des Projektkoordinators hat jüngst gemeinsam mit dem Forum für Sicherheitskooperation eine neue Initiative zur Entsorgung von über 16.000 Tonnen einer hoch instabilen und toxischen Raketentreibstoffkomponente gestartet. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 13.)

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Unterstützung der örtlichen Unternehmensentwicklung. Das Büro des Projektkoordinators widmete sich der Verbesserung der Bedingungen für Unternehmer und leistete Unterstützung beim Aufbau von Kleinbetrieben auf regionaler Ebene. Seit seinem Start im Jahr 2004 konnte das wichtigste Projekt des Büros, das gemeinsam mit der *Eurasia Foundation* und staatlichen Arbeitsämtern in neun ukrainischen Regionen durchgeführt wird, zur Gründung von über 800 neuen Unternehmen und zur Schaffung von 1.100 neuen Arbeitsplätzen beitragen. 2006 wird das Projekt auf drei weitere Regionen ausgedehnt werden.

Belebung der Wirtschaft durch fortschrittliche Entwicklungsmodelle. Industriecluster, bei denen räumlich konzentriert zahlreiche Betriebe gegründet werden, und Ökotourismus, eine boomende Fremdenverkehrsbranche, können das lokale Wirtschaftswachstum ankurbeln, da sie neue Arbeitsplätze schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Im Wissen um die Bedeutung derartiger

fortschrittlicher Entwicklungsmodelle gaben die OSZE und die ukrainische *International Market Support Foundation* eine von ihnen finanzierte Studie über das Wirtschaftspotenzial von zehn ukrainischen Regionen in Auftrag, in der wachstumsträchtige Sektoren und komparative Vorteile aufgezeigt wurden.

Ausgehend von diesen Erkenntnissen und aufgrund des Erfolgs eines von der *Eurasia Foundation* finanzierten Pilotprogramms zur Schaffung eines Holzverarbeitungsclusters in der ukrainischen Region Riwna erstellte die OSZE einen strategischen Entwicklungsplan für den Cluster, der ihm zu einer stärkeren Diversifizierung und neuen Vertriebswegen verhelfen soll.

Die Studie kam auch zu dem Schluss, dass der Ökotourismus ein potenzieller Wachstumssektor in der ukrainischen Region an der unteren Donau ist. Dieses Flussdelta mit seiner reichen Flora und Fauna liegt in der ukrainischen Region Odessa und ist eines der berühmtesten Naturreservate Europas. In Zusammenarbeit mit dem Touristeninformationszentrum in Wylkowo sollen über 50 Haushalte eine Qualifikation als Beherbergungsbetrieb erhalten.

Regionale Wirtschaftsentwicklung. Im Mai gründeten der Projektkoordinator, die Stadt Riwna, die Staatliche Regionalverwaltung Riwna und die Handels- und Gewerbekammer Riwna gemeinsam in Riwna die Agentur für Investitionsförderung und Investorenhilfe.

Die Agentur, die im Mai offiziell eröffnet wurde, bietet fachkundige Beratung an und ist ein aktiver Förderer der Region. Sie hat bereits mehr als ein Dutzend potenzielle Investoren aus west- und mitteleuropäischen Ländern über Investitionsmöglichkeiten, die regionalen Wirtschaftsverhältnisse und rechtliche Fragen beraten.

Die Handels- und Gewerbekammer Rivne stellte der Agentur kostenlos Räumlichkeiten zur Verfügung und von der Stadtverwaltung Rivne kam finanzielle Unterstützung. Der Projektkoordinator überlegt zurzeit, wie dieses Projekt auf andere Regionen ausgedehnt werden kann.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Good Governance und Stärkung demokratischer Institutionen.

Angesichts zahlreicher Anfragen von ukrainischen Regierungsstellen erhöhte sich das Arbeitspensum des Büros des Projektkoordinators in diesen Bereichen beträchtlich, mit dem Schwerpunkt auf Kooperationsprojekten zur Unterstützung der ukrainischen Behörden bei der Vorbereitung der Parlamentswahlen 2006.

Auf der Grundlage von Empfehlungen des BDIMR unterstützte das Büro des Projektkoordinators eine Expertenarbeitsgruppe bei der Ausarbeitung des neuen ukrainischen Parlamentswahlgesetzes. Nach dessen Verabschiedung beteiligte sich das Büro an einer dem Ministerkabinett unterstehenden interministeriellen Arbeitsgruppe, die die ersten Schritte zur Schaffung eines zentralen Wählerverzeichnisses festlegte und die ukrainische Hauptwahlbehörde mit Computern, Servern, Druckern und Betriebssystemen ausstattete, die für die landesweite Zusammenfassung aktualisierter Wählerverzeichnisse benötigt werden.

Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels. Der Projektkoordinator nahm mehrere Projekte gegen den Menschenhandel in Angriff, setzte verstärkt auf politische Grundsatzarbeit und unterstützte die ukrainische Regierung weiterhin bei der Umsetzung eines umfassenden staatlichen Programms zur Bekämpfung des Menschenhandels. Dieses Programm unter-

stützt die Strafverfolgungsbeamten und Justizbehörden des Landes bei der Verfolgung von Straftätern und steht unter der Devise „Prävention durch Information“. Das Büro unterstützt auch nach wie vor Nichtregierungsorganisationen, die sich im Kampf gegen den Menschenhandel engagieren und in der gesamten Ukraine Hotline-Dienste anbieten und Aufklärungskampagnen durchführen. 2005 nahmen rund 14.000 Personen diese Hotline in Anspruch.

Auf Ersuchen des ukrainischen Ministeriums für Familie, Jugend und Sport sowie in Zusammenarbeit mit der OSZE-Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels und mit der Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung des Menschenhandels unterstützt der Projektkoordinator die Ukraine bei der Schaffung des Postens eines staatlichen Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels auf Ministeriumsebene. Gemeinsam mit der BDIMR-Gruppe Unterstützung in Gesetzgebungsfragen sorgte das Büro für eine Begutachtung des Entwurfs zu einem neuen Gesetz gegen den Menschenhandel durch einen Rechtsexperten und eine Bewertung des ukrainischen Adaptionssystems. Im Zuge dieser Bewertung, die vom Ministerium für Familie, Jugend und Sport in Auftrag gegeben worden war, wurde das derzeitige System analysiert, es wurden Lücken aufgezeigt und Reformmaßnahmen empfohlen.

Die OSZE initiierte einige Projekte, durch die die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Bevölkerungsgruppen gefördert werden soll, die besonders gefährdet sind, Opfer des Menschenhandels zu werden. Als erstes wurde der Arbeitsmarkt in den zehn Regionen der Ukraine untersucht, die am stärksten vom Menschenhandel betroffen sind. Diese gemeinsam mit der IOM durchgeführte Untersuchung mündete in der Empfehlung, die Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen zu unterstützen. Darüber hinaus arbeitete das Büro des Projektkoordinators in Partnerschaft mit dem Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE an einem Pilotprojekt, das ukrainischen Waisen Praktika sowie Unterstützung bei der Arbeitssuche und beim Erwerb

von Lebenskompetenz anbietet. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 16.)

Unterstützung bei der Einführung eines neuen Verwaltungsgerichtsapparats in der Ukraine.

Schwerpunkt auf der Tagesordnung des Projektkoordinators waren in diesem Bereich insbesondere Projekte zur Rechtsstaatlichkeit, in deren Rahmen die Einführung eines neuen Verwaltungsgerichtsapparats in der Ukraine unterstützt wurde. Auf Ersuchen der Justizakademie der Staatlichen Justizverwaltung half der Koordinator bei der Ausarbeitung neuer Kriterien zur Beurteilung der Qualifikation, des Wissens und der Kompetenz von Richtern, die sich für Posten an den neuen ukrainischen Verwaltungsgerichten bewerben. Das Büro des Koordinators entwickelte und publizierte auch gemeinsam mit der Staatlichen Akademie der Wissenschaften der Ukraine ein Handbuch für die Aus- und Weiterbildung der an Verwaltungsgerichten tätigen Richter auf der Grundlage der neuen Kriterien und ein Lehrbuch über internationale Standards in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Es hielt für über 200 Richter des Obersten Verwaltungsgerichtshofs und regionaler Gerichte Schulungsveranstaltungen ab und verfasste einen Kommentar zur Verwaltungsverfahrenordnung, auf den Richter und Staatsanwälte bei der Anwendung der entsprechenden Gesetze zurückgreifen können. Schließlich unterstützte es auch die Behörden bei der Entwicklung der ersten Rechtsstaatlichkeitskurse und ihrer Einführung an den Rechtsfakultäten.

Aktivitäten im legislativen Bereich. Auf Ersuchen des Obersten Gerichtshofs der Ukraine half das Büro des Projektkoordinators bei der Beseitigung von Lücken und Überschneidungen zwischen dem Zivil- und dem Handelsgesetzbuch des Landes, die beide im Januar 2004 in Kraft getreten waren. Das Büro gab ein Handbuch heraus, das widersprüchliche Rechtsvorschriften aufzeigt und Praxisleitlinien enthält, und unterstützte den Obersten Gerichtshof bei der Formulierung neuer Instruktionen für eine kohärente Anwendung der neuen Gesetze durch die Richter. Schulungskurse für Richter an Berufungsgerichten betreffend die Anwendung

der Gesetze wurden in sieben ukrainischen Regionen abgehalten. Der Projektkoordinator bot ferner Schulungskurse für Vertreter des ukrainischen Parlaments und örtlicher Selbstverwaltungsorgane an, in denen Techniken für die Ausarbeitung von Gesetzestexten auf dem Programm standen. Auf Ersuchen ukrainischer Parlamentsabgeordneter lieferte der Koordinator

dem ukrainischen Parlamentsausschuss für europäische Integration 68 unabhängige Gutachten zu Gesetzesvorschlägen. Das Team von Rechtsexperten überprüfte jeden Gesetzesentwurf auf seine Vereinbarkeit mit internationalen Menschenrechtsstandards, den Standards des Europarats, der Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, den

OSZE-Prinzipien, den gesetzlichen Anforderungen der zweiten und dritten Säule der Europäischen Union und den Kopenhagener Kriterien für den EU-Beitritt.

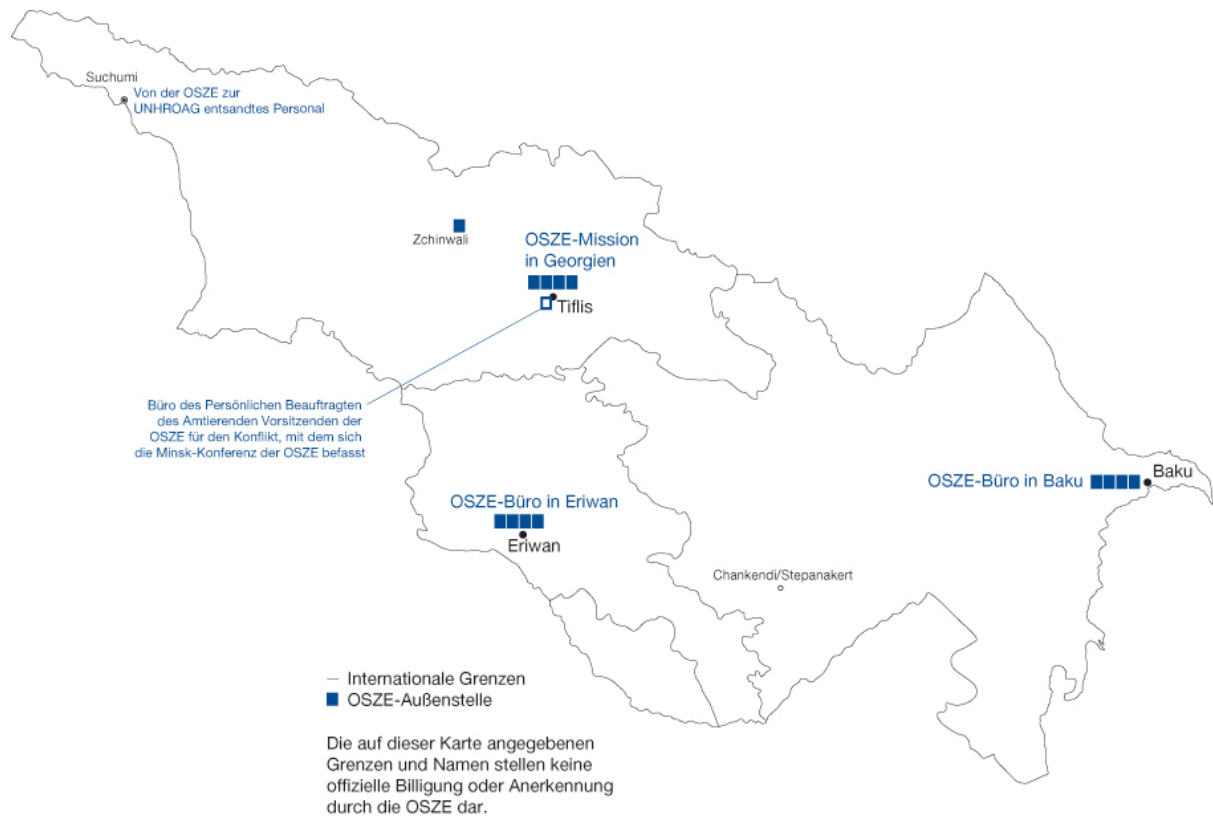
Missionsleiter:

Botschafter James F. Schumaker

Revidierter Haushalt: € 1.650.100

www.osce.org/ukraine

Kaukasus



Das Büro in Baku

Die Tätigkeit des Büros in Baku galt 2005 der Entwicklung der Zivilgesellschaft, dem Thema Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, der Bekämpfung des Menschenhandels, der Unterstützung der Polizeiarbeit,

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiunterstützungsprogramm. 2005 machte das Büro beachtliche Fortschritte bei der Sanierung des Polizeischulgebäudes und bei der Verbesserung des Ausbildungsprogramms. Die Schule verfügt nun über Mobiliar in allen Klassenzimmern und der Unterricht kann nun wenigstens teilweise in einer lernfreundlicheren Umgebung erfolgen. Ein Schlaftrakt und Spezialausrüstung fehlen jedoch nach wie vor.

Die Lehrer der Polizeischule nahmen erstmals an einem formellen, von den staatlichen Polizeiakademien der Tschechischen Republik angebotenen Lehrerbildungskurs teil, der die Polizeiausbildung in Aserbaidschan auf internationales Niveau heben soll. Die Lehrpläne für den neuen Einführungskurs wurden auf der Grundlage der inhaltlichen Vorgaben erstellt, die zuvor zwischen der Regierung und dem Büro vereinbart worden waren.

Schulung zum Thema Versammlungsfreiheit. Das Büro initiierte zwei Schulungsprojekte für die Polizei- und Sicherheitskräfte des Innenministeriums, einschließlich eines fünftägigen Praktikums, das die Überwachung öffentlicher Veranstaltungen zum Gegenstand hatte. Höhepunkt war die Demonstration von Abwehrtechniken, die mit internationalen Standards im Einklang stehen.

Vernichtung toxischer Raketentreibstoffkomponenten. Das Büro unterstützte ein Projekt, in dessen Rahmen Aserbaidschan technische und finanzielle Unterstützung für die Vernichtung bzw. Konversion veralteter toxischer chemischer Raketentreibstoffkomponenten an zwei Lagerstätten erhielt. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 13.)

Menschenrechtsschulung und der Kampf gegen den Terroris-

mus der Bekämpfung der Korruption und der Hebung des Umweltbewusstseins in der Öffentlichkeit. Die Unterstützung der Wahlreform und die Förderung der Versammlungsfreiheit in Aserbaidschan blieben an vor-

mus. Im Rahmen der Unterstützung Aserbaidschans im Kampf gegen den Terrorismus erteilte das Büro der Ölpipeline-Schutztruppe der Armee eine Menschenrechtsschulung, bei der im Einzelnen auf deren völkerrechtliche Rechte und Pflichten eingegangen wurde.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Fehlender Zugang zu betriebswirtschaftlicher Ausbildung und zu Mikrokrediten zählt zu den größten Problemen, die die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in den Regionen Aserbaidschans behindern. Insbesondere Frauen stoßen auf große Hindernisse, wenn sie sich um eine betriebswirtschaftliche Ausbildung, Kapital und Mikrokredite bemühen, was ihnen die Aufnahme oder Verstärkung wirtschaftlicher Aktivitäten erschwert. Aus diesem Grund widmete sich das Büro einer Ausbildung von Frauen aus ländlichen Regionen, die dieser Zielgruppe den Schritt in die Selbständigkeit ermöglichen soll. Ab Januar schulte das Büro über 200 Frauen in fünf aserbaidschanischen Bezirken, abschließender Höhepunkt war ein Wettbewerb zur Erstellung eines Unternehmenskonzepts, dessen Gewinnerinnen eine Unterstützung für die Betriebsgründung erhielten.

Good Governance und Korruptionsbekämpfung. Korruption gilt als eines der Haupthindernisse für die marktwirtschaftliche Liberalisierung und die regionale Wirtschaftsentwicklung, insbesondere dort, wo der Erdöl- und Erdgassektor große Gewinne abwirft. Gemeinsam mit dem Verband junger Rechtsanwälte veranstaltete das Büro öffentliche Diskussionsrunden zur Propagierung der neuen Antikorruptionsgesetze. Das Büro publizierte auch das Best-Practice-Handbuch der OSZE zum Thema Korruptionsbekämpfung in

derster Stelle der Tagesordnung des Büros. Es unternahm auch erste Schritte zur Wiederverwertung und Entsorgung einer toxischen Raketentreibstoffkomponente.

aserbaidschanischer Sprache und sorgte für dessen Verbreitung.

Hebung des Umweltbewusstseins in der Bevölkerung. Mit durchschnittlich 75 Bibliotheksbesuchern pro Woche war das Aarhus-Zentrum eine wichtige Anlaufstelle für Umwelt-NROs. Darüber hinaus diente es als Veranstaltungsort für über 50 öffentliche Zusammenkünfte.

Das Büro startete ein einjähriges Programm zur Entwicklung eines Umweltunterrichtsprogramms für den Einsatz in Schulen. Im Rahmen dieses Programms sollen Lehrer und führende Persönlichkeiten Anleitungen für die Integration so genannter „Grüner Koffer“, die Unterrichtsmaterial zu Umweltthemen enthalten, in den Lehrplan erhalten.

Wie bisher unterstützte das Büro das von der OSZE und der NATO betriebene *Flussüberwachungsprojekt im Südkaukasus*, in dessen Rahmen nun schon das vierte Jahr Beobachtungen durchgeführt und Daten gesammelt werden. Es unterstützte nach wie vor die Umwelt- und Sicherheitsinitiative von OSZE, UNDP und UNEP.

Das Büro und seine Implementierungspartner unterstützten die Energiebus-Initiative, die in Landgemeinden das öffentliche Bewusstsein für ein energiesparendes Verhalten heben und praktische Lösungen im Bereich alternativer Energiequellen vorstellen soll. Trotz beträchtlicher Öl- und Gasreserven, die derzeit erschlossen werden, herrscht in den ländlichen Regionen Aserbaidschans nach wie vor chronischer Energiemangel, der eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung verhindert und in diesen Gebieten die Abholzung begünstigt. Der Energiebus ist ein mobiler LKW mit Anhänger und enthält Ausstellungsmodelle und Informationen zum Thema Energiesparen und über kostengünstige Alternativen und erneuerbare Energiequellen als

mögliche Option für Landgemeinden; er trug maßgeblich zur Propagierung der von der Regierung angestrebten Förderung erneuerbarer Energiequellen im Hinblick auf die Sicherung der Energieversorgung bei. Der Bus brachte 2005 seine Botschaft in rund 150 Dörfer.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Prozessbeobachtung. Gemeinsam mit dem BDIMR legte das Büro der aserbaidischen Regierung im Februar einen Bericht über das *Prozessbeobachtungsprojekt in Aserbaidschan 2003 – 2004* vor. Im Anschluss an Gespräche mit dem BDIMR in Warschau verpflichtete sich die Regierung zu einem Dialog über die Umsetzung der im Bericht enthaltenen Empfehlungen. Im November erörterte eine Expertengruppe das Thema Untersuchungshaft. Vor den Parlamentswahlen vom 6. November ließen die Gerichte sieben prominente Oppositionsführer nach deren Begnadigung durch den Präsidenten frei und löschten die Vorstrafen jener Personen, die wegen Straftaten im Zusammenhang mit den öffentlichen Ausschreitungen nach den Präsidentenwahlen des Jahres 2003 verurteilt worden waren. Nach Löschung der Vorstrafen können die sieben Oppositionsführer, deren Verfahren von der OSZE beobachtet worden waren, nun bei den Parlamentswahlen kandidieren.

Programm zur Aufklärung der Öffentlichkeit über Berufungsmöglichkeiten beim Verfassungsgerichtshof. Das Büro, der Verfassungsgerichtshof und eine einheimische NRO starteten ein Programm, das Einzelpersonen Anleitungen für die Einbringung von Klagen beim Verfassungsgerichtshof erteilen soll. In allen Landesteilen fanden Kurse und Vorträge statt. Das Büro beauftragte auch einheimische Rechtsanwälte mit der Ausarbeitung einer Broschüre über die erforderlichen Voraussetzungen für Verfassungsbeschwerden.

Beobachtung der neu gegründeten Rechtsanwaltsvereinigung. Das Büro verfolgte die Tätigkeit der neuen Rechtsanwaltsvereinigung und setzte sich für die Aufnahme von Rechtsanwälten ein, denen die Mitgliedschaft verweigert worden war. Es brachte einen Bericht über

Die Lage der Rechtsanwälte in Aserbaidschan in Umlauf, in dem auf die kritische Situation der Rechtsberufe hingewiesen, die Bedeutung der Angelegenheit hervorgehoben und die Regierung um Behandlung dieses Themas ersucht wird.

Schulungsprogramm zur Stärkung der Funktion von Nicht-regierungsorganisationen (NROs) als Interessenvertreter. Das Büro entwickelte ein neues Schulungsprogramm für NROs zur Stärkung ihrer Funktion als Interessenvertreter und ihrer Verhandlungskompetenz und unterstützte von NROs veranstaltete Schulungskurse. Diese sollen einen nachhaltigen Dialog zwischen Vertretern von politischen Parteien, Gemeindeverwaltungen und Basisorganisationen ermöglichen und deren Fähigkeiten in den Bereichen Konsensbildung und Konfliktmanagement verbessern.

Studie über die Jugendgerichte. Das Büro beauftragte die NRO *Allianz für Kinderrechte* mit der Ausarbeitung eines Berichts über die Jugendgerichtsbarkeit in Aserbaidschan. Die Empfehlungen aus diesem Bericht, dem ersten seiner Art, bieten den Behörden eine Grundlage für die Auseinandersetzung mit den Defiziten des Justizsystems im Umgang mit Jugendlichen. Die Regierung sagte zu, die Erkenntnisse aus diesem Bericht zu berücksichtigen und Verbesserungsmöglichkeiten in Bezug auf die Lage inhaftierter Kinder ins Auge zu fassen.

Unterstützung bei der Einführung eines Melderegisters. Ein vom Büro beauftragter internationaler Experte beurteilte die für die Einführung eines landesweiten Melderegisters notwendigen Vorarbeiten im Hinblick auf die finanziellen und technischen Auswirkungen auf den Haushalt 2006. Das Büro skizzierte die Grundvoraussetzungen für das System und die wichtigsten Aufgaben staatlicher Stellen bei dessen Einführung. Das Register soll demographische Daten etwa zum Zwecke der Personenidentifikation oder der Erstellung von Wählerverzeichnissen archivieren.

Engagement gegen den Menschenhandel. Das Büro konzipierte und finanzierte einen Ausbil-

dungsplan für gefährdete Frauen in der nordaserbaidschanischen Provinzstadt Guba, wo die Berufsaussichten äußerst gering sind. Mit Unterstützung der Stadtverwaltung werden im Rahmen des Programms junge Frauen zu Sekretärinnen ausgebildet, es hilft ihnen bei der Arbeitssuche und wirkt dadurch der Gefahr entgegen, dass sie Menschenhändlern zum Opfer fallen.

Mit der Verabschiedung eines neuen Gesetzes über Menschenhandel und Novellierungen zum Strafgesetzbuch kam die Umsetzung des 2004 beschlossenen nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels in Gang. Das Büro und das Innenministerium renovierten ein Gebäude, das erstmals in Aserbaidschan Opfern des Menschenhandels und gefährdeten Personen eine sichere Unterkunft bieten soll.

Unterstützung des politischen Dialogs. Eine der wichtigsten Prioritäten des Büros war die Unterstützung von Gesprächen zwischen den Behörden und der Opposition. Über Vermittlung des Büros trafen die beiden Seiten im Mai zusammen, um die Grundwerte der Demokratie zu erörtern. Damit begann die erste Serie von „Dialogveranstaltungen“ zum Thema Demokratie. Alle Teilnehmer einigten sich auf einen neun Punkte umfassenden Rahmen für das Verhalten politischer Parteien.

Im September brachte eine zweite „Dialogveranstaltung“ führende Parteipolitiker, Leiter regionaler Verwaltungsbehörden und hochrangige Vertreter der Polizei und der Sicherheitskräfte an einen Tisch; dabei wurde unter anderem erörtert, an welchen Stellen Demonstrationen abgehalten und Streikposten aufgestellt werden dürfen. Bei dieser Begegnung wurden die Teilnehmer dringend dazu aufgefordert, sich um einen Dialog zwischen allen Betroffenen zu bemühen und vor jeder Versammlung bzw. vor Errichtung eines Streikpostens eine Vereinbarung über den Teilnehmerkreis, den Ort und den Ablauf der Veranstaltung zu treffen.

Parlamentswahlen. Das Büro unterstützte die Umsetzung der Änderungen und Empfehlungen zur Wahlordnung und die weitere Re-

form der gesetzlichen Grundlagen für Parlamentswahlen. Es leistete finanzielle Unterstützung und erteilte Beratung in Bezug auf die bei der inhaltlichen Gestaltung der von der NRO *Wahlbeobachtungszentrum* produzierten Fernseh- und Radiospots zu beachtenden Grundsätze. Dieses Projekt war Teil der Bemühungen des Büros, die Wähler zur Eintragung in die Wählerlisten und zu einer stärkeren Wahlbeteiligung zu veranlassen.

Mitarbeiter des Büros verfolgten die Stimmabgabe während der Parla-

mentswahlen am 6. November, die vom BDIMR beobachtet wurden. Das Büro beobachtete politische Zusammenkünfte und öffentliche Veranstaltungen sehr genau und verfolgte die Geschehnisse im Fall von Verhaftungen.

Genderfragen. Schwerpunktmäßig setzte sich das Büro in diesem Bereich für eine verstärkte Teilnahme von Frauen an den Parlamentswahlen als Wählerinnen, Aktivistinnen, Beobachterinnen und Kandidatinnen ein. In Zusammenarbeit mit der örtlichen Medien-NRO

Internews produzierte das Büro eine Reihe von themenbezogenen Beiträgen und Debatten unter dem Titel *Frauen und Wahlen*, die vor dem Wahltag landesweit ausgestrahlt wurden. Im Laufe des Jahres war das Büro Gastgeber mehrerer Diskussionsrunden zu Genderfragen, an denen internationale Organisationen, Geber und Botschaftsvertreter teilnahmen.

Leiter des Büros:
Botschafter Maurizio Pavesi
Revidierter Haushalt: € 1.593.500
www.osce.org/baku

Die Mission in Georgien

Das demokratische Reformprogramm der georgischen Regierung und die beträchtlichen Herausforderungen auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung des georgisch-ossetischen Konflikts verlangten von der Mission 2005 einen intensiven Einsatz und ein dimensionenübergreifendes Vorgehen.

Die Lage in der georgisch-ossetischen Konfliktzone blieb so unberechenbar und angespannt wie zum Zeitpunkt der Feuer-

einstellung im August 2004. Auch 2005 kam es zu gewaltsamen Zwischenfällen – Schießereien, Entführungen, Morden, Misshandlungen und einem Granatwerferangriff auf bebautes Gebiet. Verstöße gegen Abmachungen – etwa eine Militärparade am 20. September – heizten die Spannungen noch zusätzlich an.

Die Mission trug durch genaue Beobachtung und aktive Mitarbeit in der Gemeinsamen Kontrollkommission zur Stabilisierung

bei und konzentrierte ihre Tätigkeit auf Bereiche, die ein günstigeres Umfeld für den politischen Dialog schaffen sollten.

Große Herausforderungen waren auch mit der Schließung des Grenzbeobachtungseinsatzes zu Beginn des Jahres und mit der raschen Ausarbeitung und Umsetzung des Ausbildungsunterstützungsprogramms verbunden, das die Lehren und Erfahrungen aus dem Beobachtungseinsatz an den georgischen Grenzwachdienst

weitergeben sollte.

Die Mission unterstützte auch die neue georgische Regierung bei verschiedenen Aspekten ihres demokratischen Reformprogramms. Die in der Wirtschafts- und Umweltdimension und in der menschlichen Dimension tätigen Mitarbeiter der Mission leisteten dabei weiterhin substantielle Arbeit mit ihren Ansprechpartnern auf Regierungsseite und in der Zivilgesellschaft.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

FRIEDLICHE KONFLIKTBEILEGUNG

Der georgisch-ossetische Konflikt. Von größter Dringlichkeit war es für die Mission, in allen Dimensionen zur friedlichen Beilegung des georgisch-ossetischen Konflikts beizutragen. Sie beteiligte sich aktiv an Sitzungen der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC), die sechsmal zusammentrat, unter anderem zu einer Sonder-sitzung im November in Laibach auf Einladung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE. In der JCC führen Georgien, Südossetien, Nord-ossetien und Russland gemeinsam den Vorsitz. Ihr Ziel ist es, den politischen Prozess, der zu einer friedlichen Konfliktbeilegung führen soll, wieder in Gang zu bringen.

Die Mission forderte die Konfliktparteien eindringlich auf, praktische Schritte zur Verbesserung der Sicherheitslage zu unternehmen. Insbesondere schlug sie vor, die Konfliktzone weiter zu entmilitarisieren und die Zusammenarbeit zwischen den Polizeikräften der Konfliktparteien zu fördern.

Die Mission intensivierte ihre Konsultationen mit den JCC-Teilnehmern, hochrangigen georgischen Beamten und Botschaften, um dafür zu sorgen, dass die Konfliktparteien den Dialog fortsetzen und weiter nach Lösungen suchen, die zu einer Stabilisierung führen. Wichtige Auf-

gaben sind nach wie vor die Beobachtung der militärischen Lage in der Konfliktzone und die rasche Berichterstattung an die OSZE-Teilnehmerstaaten.

Um zur Stabilisierung der Sicherheitslage beizutragen und ein günstigeres Klima für den politischen Dialog zu schaffen, setzte die Mission mehrere Initiativen zum Aufbau des Vertrauens zwischen den Konfliktparteien. Dazu zählen Programme zu folgenden Themen: Sanierung der Wirtschaft und der Infrastruktur, Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte, Schulungen für die über den Konflikt berichtenden Journalisten im Hinblick auf eine unparteiische Berichterstattung über die Ereignisse in den Medien und Hilfeleistung bei der Herausgabe des JCC-Mitteilungsblattes.

Aktivitäten zum Thema Menschenrechte und Zivilgesellschaft in der georgisch-ossetischen Konfliktzone.

Die Mission unterstützte Projekte zur Förderung der Menschenrechte unter Einbindung der ossetischen und der georgischen Volksgruppe und zur Stärkung des Vertrauens in die Konfliktlösungskompetenz der Zivilgesellschaft. Mit Hilfe des Menschenrechtszentrums in Zchinwali veranstaltete die Mission eine Schulung für Strafvollzugsbeamte, wöchentliche Sitzungen zum Thema Menschenrechte sowie Englischkurse für Lehrer und für georgische und ossetische Kinder. Die Mission setzte sich auch dafür ein, die Zivil-

gesellschaft zu stärken und in den von den verschiedenen Konfliktparteien verwalteten Dörfern das Menschenrechtsbewusstsein zu heben. Die Mission setzte sich dafür ein, dass ossetischen und georgischen Schülern Kenntnisse über die internationalen Menschenrechte und die Geschichte des Kaukasus vermittelt werden. Sie finanzierte auch 14 bürgerorientierte Projekte und zwei Sprachausbildungszentren, um in der Konfliktzone die Berufsaussichten der Menschen zu verbessern.

Laufende Sanierungsprojekte

Die Mission fungierte nach wie vor als Koordinator für die Umsetzung von Projekten zur Sanierung der Infrastruktur in der Konfliktzone, die von der Europäischen Kommission mit einem Zuschuss von 2,5 Millionen Euro finanziert werden. Dazu zählten Projekte zur Verbesserung der Strom-, Gas- und Wasserversorgung in den Gemeinden. Über einen Lenkungsausschuss leitete die Mission regelmäßige Konsultationen zwischen beiden Konfliktparteien, der Europäischen Kommission und den Implementierungspartnern UNDP und UNHCR.

Überwachung der Situation vor Ort.

Die für die Mission tätigen Beobachter patrouillierten nach wie vor in der Konfliktzone und besuchten Kontroll- und Beobachtungsposten. Die Beobachter begleiteten auch die Überwachungsteams der Gemeinsamen Friedenskräfte (JPKF) und tauschten mit den Komman-

danten der besuchten Beobachtungsposten Informationen aus. Es fanden Waffeninspektionen statt, um sicherzugehen, dass die JPKF-Stellungen den Bestandsverzeichnissen entsprechend und vorschriftsgemäß ausgestattet sind.

Schulung von zwanzig georgischen und ossetischen Journalisten in Konfliktberichterstattung

Erstmals seit dem Anstieg der Spannungen im Jahr 2004 nahmen Journalisten aus Georgien und Südossetien an einer Fachausbildung zum Thema professionelle Konfliktberichterstattung teil. Die Initiative umfasste mehrere Ausbildungseinheiten in Zchinwali und eine Studienreise in das Vereinigte Königreich. Bei dem von der Mission und der britischen Botschaft in Tiflis gemeinsam organisierten Kurs wurden die Probleme einer ausgewogenen Berichterstattung über Konfliktthemen in Nordirland analysiert. Der Kurs trug auch dazu bei, den Dialog und Arbeitskontakte zwischen Medienschaffenden zu festigen

Bedarfserhebungsstudie betreffend den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung in der Konfliktzone

Im November gab die Mission eine Bedarfserhebungsstudie in der georgisch-ossetischen Konfliktzone in Auftrag, die von 18 internationalen und einheimischen Experten durchgeführt wurde. Ziel ist die Ausarbeitung mehrerer Projektvorschläge in den Bereichen Infrastrukturanierung und wirtschaftliche Entwicklung, die potenziellen Gebern vorgelegt werden sollen.

Der georgisch-abchasische Konflikt. Im Frühjahr 2005 kam der Friedensprozess in dem unter VN-Führung stehenden Genfer Verhandlungsrahmen und in den so genannten „Sotschi-Arbeitsgruppen“, die 2003 vom russischen und georgischen Präsidenten eingerichtet wurden, wieder in Gang. Die Mission nahm an zwei Treffen der Konfliktparteien zum Thema Sicherheitsgarantien teil.

Da die Zustimmung der abchasischen Seite noch aussteht, gab es 2005 keinen Fortschritt hinsichtlich der Eröffnung einer Außenstelle des gemeinsamen VN/OSZE-Menschenrechtsbüros in Abchasien (Georgien) in Gali.

Im Rahmen der Tätigkeit des Menschenrechtsbüros in Abchasien (Georgien) förderte die Mission den Menschenrechtsunterricht für 3.000 Kinder an Schulen im Bezirk Otschamschira, für den Unterrichtsmaterial des Europarats zum Thema Menschenrechte verwendet wurde. Sie beauftragte einen örtlichen kommerziellen TV-Sender in Suchumi mit der Produktion von Menschenrechtssendungen für die örtliche Bevölkerung zu verschiedenen Themen. Die Mission bot Bürgerorganisationen im Bezirk Gali Fortbildungsmöglichkeiten und finanzielle Zuschüsse zur Verbesserung ihrer Managementkompetenz und Professionalität.

WEITERE AKTIVITÄTEN IN DER POLITISCH-MILITÄRISCHEN DIMENSION

Vernichtung überschüssiger militärischer Bestände. Im Oktober unterzeichnete das georgische Außenministerium eine Vereinbarung über die Inangriffnahme der dritten Phase eines OSZE-Projekts zur Beseitigung und Wiederverwertung veralteter Munition auf georgischem Hoheitsgebiet. Im November waren in der Demonsterganlage in Dedoplistkaro Wartungs-, Einzäunungs- und andere Vorbereitungsarbeiten im Gang.

Maßnahmen gegen den Terrorismus. Um die Voraussetzungen für die Annahme der noch ausstehenden drei von zwölf universellen Übereinkommen und Protokollen gegen den Terrorismus zu schaffen, starteten die Mission und das Innenministerium ein Projekt, um die diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften Georgiens mit internationalen Standards in Einklang zu bringen.

Die Mission half durch Studienbesuche und andere gezielte Projekte den für Terrorismusbekämpfung zuständigen Stellen in Georgien bei der Stärkung der Zusammenarbeit mit ihren Ansprechpartnern in Europa und organisierte eine Serie von Workshops zur Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität, um deren Professionalität wesentlich zu verbessern.

Die enge Zusammenarbeit zwischen der Mission und dem Ministerium galt ferner dem Aufbau eines

Krisenmanagementzentrums, der Einrichtung eines gemeinsamen Informationssystems betreffend verurteilte und mutmaßliche Terroristen und Straftäter, der Ausarbeitung eines Best-Practice-Dokuments und der Entsendung offizieller Vertreter zu Antiterrorismuskonferenzen in Georgien und im Ausland.

Polizeireform. Im Einklang mit der Reformagenda des Innenministeriums schloss die Mission im Februar eine eingehende Bedarfserhebung unter Beteiligung internationaler Polizeixperten ab. Die Empfehlungen lieferten die Grundlage für das derzeitige Kurzzeit-Unterstützungsprojekt der OSZE, das dem Ministerium bei der Entwicklung eines umfassenden Personalmanagementsystems, der Einrichtung einer Dienststelle für den Aufbau des *Community Policing* und der Aufnahme eines neu entwickelten Grundkurses in den Lehrplan der Polizeiakademie helfen soll. Die Mission leistete auch einen finanziellen Beitrag zu Reparaturarbeiten und zur Neuausstattung der Bibliothek der Akademie.

Ausbildungsunterstützungsprogramm. In Beantwortung eines von der georgischen Regierung Anfang 2005 gestellten Ersuchens um Unterstützung beim Ausbau der Managementkapazitäten der georgischen Grenzschutztruppe richtete die Mission ein Ausbildungsunterstützungsprogramm ein. Ziel der Initiative ist die Weitergabe von Kompetenzen, die sich die Mission in den fünf Jahren ihres Grenzbeobachtungseinsatzes erworben hat.

Unter den Kursteilnehmern waren Offiziere mittlerer Ränge und Unteroffiziere, einige von ihnen kommen in Zukunft als Instrukteure in Frage.

Der praktische und theoretische Unterricht umfasste folgende Bereiche:

- Rettungseinsätze und Sicherheitsvorschriften in gefährlichen Gebirgsregionen
- Planung und Führung von Grenztrupps bei Tag und bei Nacht
- Patrouillendienst, Beobachtung und Berichterstattung
- Wartung der Spezialausrüstung
- Kartenlesen
- Kommunikationsmittel

- Erste Hilfe

Ein Team von 50 Personen, darunter 30 internationale Experten, setzt das Programm von der Zentrale der OSZE-Mission in Tiflis und von vier weiteren regionalen Schulungszentren aus (Lilo, Kasbegi, Lagodechi und Omalo) um.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Wirtschaftliche Sicherheit. Die Mission widmete sich wie bisher schwerpunktmäßig der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen, sie unterstützte den Kampf gegen Korruption und bot der Regierung wirtschaftspolitische Orientierungshilfe. Darüber hinaus unterstützte die Mission aktiv Good-Governance-Initiativen in den Regionen außerhalb von Tiflis. Dazu zählten folgende Aktivitäten:

- Beurteilung der Möglichkeiten für eine Rollstuhlproduktion in Georgien einschließlich Abchasiens. Diese Produktionsstätten werden nach ihrer Gründung Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung bieten.
- Organisation eines wirtschaftskundlichen Jugendsommerlagers. Durch diese Maßnahme wurden jungen Menschen aus ganz Georgien betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse vermittelt.
- Organisation eines Workshops gegen Geldwäsche für georgische Regierungsbeamte. Die Mission unterstützte NROs, die sich für die Umsetzung der Empfehlungen des Antikorruptionsnetzes der OECD einsetzen.
- Analyse des georgischen Privatisierungsplans. Diese eingehende Überprüfung, die von der Mission in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Sicherheitsrat durchgeführt wurde, widmete sich dem Wirtschaftswachstum und der Frage, wie eine solide Planung der Wirtschaftspolitik erfolgen soll.
- Einrichtung von Ressourcenzentren für Good Governance in Gardabani und Marneuli. Diese Zentren sollen örtlichen Verwaltungsbehörden bei der Erstellung und Umsetzung ihrer Haushaltspläne und bei der Verbreitung von Infor-

mationen in Dörfern und Regionen mit einem starken Anteil nationaler Minderheiten helfen.

Umweltsicherheit. Gemeinsam mit dem georgischen Umweltministerium richtete die Mission am 19. Dezember in Tiflis ein Aarhus-Zentrum ein. Zweck dieses Zentrums ist es, die Grundsätze der von Georgien 2003 unterzeichneten Aarhus-Konvention zu propagieren und zur Vertrauensbildung zwischen Regierung und Umweltschützern beizutragen.

Die Mission arbeitete an der Aufdeckung stabilitätsgefährdender und konfliktträchtiger Umweltprobleme. Unter Beiziehung des Büros des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE unterstützte die Mission die OSZE/VN-Umwelt und Sicherheitsinitiative bei der Entwicklung umweltbezogener Projekte.

Die Mission finanzierte auch ein Sommerlager für georgische Jugendliche zu Umweltthemen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Stärkung demokratischer Institutionen. Die Mission setzte sich für die Stärkung der Kapazitäten der georgischen Gesellschaft und ihrer Institutionen auf ihrem Weg zur Demokratisierung ein. Dazu zählen eine funktionierende örtliche Demokratie und die Fähigkeit zur Abhaltung freier und fairer Wahlen. Die Mission förderte auch die Unabhängigkeit und Professionalität georgischer Medien.

Der Wahlprozess. Die neue Zentrale Wahlkommission erhielt Unterstützung in ihren Bemühungen um verstärkte Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Einstellung von Beamten, die für die Abwicklung von Wahlen zuständig sind. Die Mission arbeitet nach wie vor an der Einschulung von Mitarbeitern örtlicher NROs als Wahlbeobachter und beteiligt sich an der Entwicklung der georgischen Rechtsordnung, um gut organisierte und faire Wahlen zu gewährleisten.

Örtliche Selbstverwaltung. In diesem Bereich unterstützte die Mission die Ausbildung von Beamten der örtlichen Selbstverwaltung, sie förderte die Bürgerbeteiligung in der

örtlichen Verwaltung und überwachte das örtliche Haushaltsgebaren in Städten in allen Landesteilen. Die Mission unterstützte eine öffentliche Debatte über Gesetzesänderungen im Bereich der örtlichen Selbstverwaltung im Vorfeld der Kommunalwahlen 2006.

Medienfreiheit. Im Interesse einer ausgewogenen und objektiven Information der Bürger durch die Medien setzte sich die Mission für mehr Professionalität in den unabhängigen regionalen Rundfunkanstalten ein. Dies umfasste Schulungsveranstaltungen für Journalisten aus Südossetien, Adscharien und anderen Regionen in Westgeorgien. Die Mission unterstützte auch die Beobachtung der Umsetzung des Gesetzes über Informationsfreiheit in den Regionen und in der Hauptstadt.

MENSCHENRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN

Die Mission arbeitete nach wie vor mit staatlichen Stellen und NROs zusammen, um internationale Menschenrechtsstandards zu fördern, wobei der Schwerpunkt auf ländlichen Gebieten lag. Sie wählte dabei einen zweifachen Ansatz: Umsetzung von Projekten zur Propagierung der Menschenrechte und Bearbeitung von Menschenrechtsfällen. Zu Letzterem zählte die Beobachtung von Gerichtsverfahren, die Bereitstellung von Rechtsberatung und die Äußerung von Bedenken über mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen.

Die Regierung erhielt Unterstützung bei der Umsetzung des *Nationalen Aktionsplans gegen Folter 2003 – 2005* durch Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Nationalen Sicherheitsrat, der Volksanwaltschaft, der Generalstaatsanwaltschaft und dem Innenministerium. Dazu zählten:

- unangekündigte Besuche in Haftanstalten
- Reaktion auf Verstöße
- Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der Haftbedingungen

Die Mission half bei der Stärkung von Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte in ländlichen Gebieten, in erster Linie durch Beratung der Volksanwaltschaft, Bereit-

stellung kostenloser Rechtsberatung und Abhaltung von Seminaren für Beamte, Rechtsanwälte und Menschenrechtsaktivisten.

Sie initiierte und finanzierte die Menschenrechtserziehung an Schulen in vier georgischen Regionen: Kwemo-Kartli, Samzche-Dschawacheti, Samegrola und Adscharien.

Darüber hinaus unterstützte die Mission die Integration ethnischer Minderheiten durch Einrichtung von Volksgruppenzentren in Kwemo-Kartli. In den Zentren finden regelmäßig Georgisch- und Englischkurse, Computerkurse und Menschenrechtsschulungen statt. Sie veranstalten auch Diskussionsrunden zu Fragen, die sich in einer multiethnischen Gesellschaft stellen.

Stärkung des Kampfes gegen den Menschenhandel. Ein wichtiger Tätigkeitsbereich war die Umsetzung des *Nationalen Aktionsplans gegen Menschenhandel 2005 – 2006*, der 2004 von der Regierung und NRO-Vertretern mit Unterstützung der Mission ausgearbeitet worden war. Im September wurden die Ergebnisse einer von der Mission unterstützten Begutachtung des nationalen Leitmechanismus veröffentlicht. Die Mission half auch

bei einem Pilotprojekt in der Region Adscharien, das die Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Behörden und NROs im Hinblick auf das Erkennen von Opfern des Menschenhandels und deren Zuweisung an Hilfseinrichtungen verbessern soll.

Gleichbehandlungsfragen. Die Mission half der Regierung und Frauenorganisationen bei der Entwicklung eines nationalen Aktionsplans zur Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann. Noch vor Jahresende wurde der Entwurf der Regierung zur Genehmigung vorgelegt.

FÖRDERUNG VON RECHTSREFORMEN IN GEORGIEN

Die Mission förderte die laufenden Arbeiten an einer Reform der georgischen Rechtsordnung. 2005 umfassten diese Aktivitäten Folgendes:

- Unterstützung des Justizministeriums bei der Umsetzung der Reform des Meldewesens
- Erleichterung der Entwicklung einer unabhängigen, professionellen und ausgewogenen Justiz in Georgien. Die Mission leistete finanzielle Unterstützung für die georgische Richtervereinigung, die der Ausarbeitung von Richtlinien für Gerichtsur-

teile in Straf- und Verwaltungssachen und in gewissen zivilrechtlichen Bereichen diente. Sie unterstützte die Richtervereinigung auch bei der Abhaltung einer Serie von Schulungsveranstaltungen für Richter aus dem gesamten Land von Juni bis September.

- Förderung der inneren und äußeren Sicherheit in Gefängnissen. Die Hilfestellung erfolgte in Form von Grundkursen für neu eingestellte Strafvollzugsbeamte.
- Erleichterung des Dialogs zwischen Vertretern der Rechtsberufe in Georgien. Die Mission erleichterte den Dialog zwischen Vertretern der Rechtsberufe in Georgien mit dem Schwerpunkt auf der Förderung eines Meinungsaustauschs über die laufenden Rechtsreformen in Georgien.

**Leiter der Mission:
Botschafter Roy Reeve
Revidierter Haushalt: €
12.324.800
www.osce.org/georgia**

Das Büro in Eriwan

Das Büro setzte im Jahr 2005 mehrere Initiativen, um die armenischen Behörden bei der Verbesserung der Menschenrechtsgesetze und der Arbeitsweise der Legislative zu unterstützen. Angesichts der im November per Referendum angenommenen Verfassungsänderungen zur Stärkung der Befugnisse der Nationalversammlung waren diese Bemühungen zeitlich genau abgestimmt. Das Büro leistete Beiträge zu

neuen gesetzlichen Bestimmungen über Wahlen und Versammlungsfreiheit und setzte seine Arbeit zur Verbesserung der Gesetze über Religionsfreiheit und den Kampf gegen Menschenhandel fort. Es führte auch zwei Großprojekte durch: die Wiederverwertung einer für die Umwelt gefährlichen Raketentreibstoffkomponente (*Mélange*) sowie die Unterstützung bei der Polizeiausbildung und der Förderung bürgernaher Polizei-

arbeit.

Im Zuge der Verlagerung seines Schwerpunktes auf Gebiete außerhalb von Eriwan richtete das Büro in der Provinz Sjunik zwei örtliche öffentliche Umweltinformationszentren ein und veranstaltete in mehreren Regionen Diskussionsrunden zu den Themen Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechte und Demokratisierung. Weitere Tätigkeitsbereiche waren der Schutz der Menschenrechte, Medienfreiheit, die

Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), Arbeitsmigration und Bemühungen zur Bekämpfung der Korruption, des Menschenhandels und der Geldwäsche.

Das Büro nutzte die Feiern anlässlich seines fünfjährigen Bestehens zur Propagierung der OSZE-Werte, -Verpflichtungen und -Prinzipien und zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit.

Rechtsreform. Das Büro machte bei der Förderung der Rechtsreform beachtliche Fortschritte. Die gesetzgebende Körperschaft genehmigte Änderungen der Wahlordnung und des *Gesetzes über die Abhaltung von Zusammenkünften, Kundgebungen, Aufmärschen und Demonstrationen*, was in diesen Rechtsvorschriften unter dem Gesichtspunkt internationaler Standards zu Verbesserungen führte. Das Büro hatte sich seit langem für legislative Reformen in diesen Bereichen eingesetzt und in beiden Fällen wurden die Gesetze auf der Grundlage von Empfehlungen verabschiedet, die das BDIMR und die Venedig-Kommission abgegeben hatten.

Das Büro unterstützte die in Gang befindliche Verfassungsreform. Das BDIMR lieferte den Behörden Stellungnahmen zu den Menschenrechtsbestimmungen des Novellierungspakets. Vor dem Verfassungsreferendum vom 27. November organisierte das Büro eine Medienkampagne, bei der zur Beteiligung an der Volksabstimmung aufgerufen wurde.

In Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen unterstützte das Büro weiterhin die Arbeit an Gesetzesvorlagen zu den Themen Religionsfreiheit und Arbeitsmigration.

Unterstützung der Nationalversammlung. Zur Stärkung der fachlichen Kompetenz von Parlamentarierinnen und -mitarbeitern führte das Büro mit Unterstützung seitens der Parla-

mentarischen Versammlung der OSZE einen dreiwöchigen Fortgeschrittenenkurs für Personalexperten aus drei ständigen Ausschüssen und zwei Abteilungen durch, gefolgt von einem einwöchigen Arbeitsbesuch im österreichischen und im slowenischen Parlament. Aufgrund der guten Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, organisierte das Büro auf Ersuchen des Außenministeriums einen ähnlichen einwöchigen Kurs zur Stärkung der Forschungs- und Analyseinstrumente und -Methoden der Ministeriumsmitarbeiter.

Bekämpfung der Korruption. Der dem Ministerpräsidenten unterstehende Antikorruptionsrat, der die Nationale Antikorruptionsstrategie Armeniens aus dem Jahr 2003 umzusetzen hat, steckte den Rahmen ab, in dem das Büro seine diesbezügliche Arbeit fortsetzte. Gemeinsam mit der für die Korruptionsbekämpfung zuständigen Überwachungskommission veranstaltete es eine internationale Konferenz, bei der internationale Experten bewährte Praktiken im Kampf gegen die Korruption erörterten. Das Büro führte auch weiterhin den Vorsitz in einer Arbeitsgruppe internationaler und bilateraler Missionen, die an der Unterstützung dieser Bemühungen interessiert sind.

Beseitigung der Lagerbestände einer Raketentreibstoffkomponente

Das Büro setzte sein Projekt zur Entsorgung einer Raketentreibstoffkomponente fort, das 2004 auf Ersuchen der armenischen Regierung

in Angriff genommenen worden war. *Mélange* ist ein Gefahrenstoff, der ein Risiko für Mensch und Umwelt darstellt, da sich der Zustand der Behälter, in denen er gelagert wird, laufend verschlechtert. Die Unterzeichnung einer Vereinbarung mit dem Verteidigungsministerium am 30. September leitete die letzte und entscheidende Phase der Projektumsetzung ein. Am Ende wird die umweltverträgliche Wiederverwertung von 872 Tonnen gelagerter *Mélange* durch Umwandlung in einen Mineraldünger stehen, der zur Verbesserung der Böden mit extrem niedrigem pH-Wert in der Region verwendet werden soll. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 13.)

Das Büro unterstützte die Mitglieder einer Antikorruptionskoalition von NROs, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Öffentlichkeit für die Korruption in so wichtigen Bereichen wie der Verkehrspolizei, der medizinischen Versorgung, dem Hochschulwesen und dem öffentlichen Dienst zu sensibilisieren. Gemeinsam mit der Generalstaatsanwaltschaft veranlasste das Büro die Übersetzung des vom Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE ausgearbeiteten Best-Practice-Handbuchs der OSZE zum Thema Korruptionsbekämpfung ins Armenische sowie dessen Publikation.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiunterstützung. Im Rahmen des Polizeiunterstützungsprogramms der OSZE förderte das

Büro die bürgernahe Polizeiarbeit in einem Stadtbezirk von Eriwan, um den Informationsaustausch zwischen Polizei und Bürgern zu verbessern und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu heben.

Das Büro unterstützte auch die Renovierung des staatlichen Ausbildungszentrums für Unteroffiziere und arbeitet an Ergänzungen zu dessen Lehrplan für 2006, um ihn mit internationalen Standards in Einklang zu bringen.

Befassung mit Fragen der Computer- und Netzsicherheit. Das Büro spielte eine führende Rolle bei der Auseinandersetzung mit dieser immer wichtiger werdenden Frage. Der rasch wachsende IT-Dienstleistungssektor in Armenien ist anfällig für Angriffe aus dem Internet. In Zusammenarbeit mit den Behörden war das Büro maßgeblich an der Einrichtung eines Nationalen Sonderstabs zur Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans für Computer- und Netzsicherheit beteiligt. Der Entwurf enthält Methoden zur Stärkung der rechtlichen und technischen Aspekte der Computer- und Netzsicherheit und zur Verstärkung des Kampfes der Regierung gegen die Internetkriminalität.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Das Büro unterstützte die Gründung von vier neuen Aarhus-Zentren in drei Regionen. Sie sollen das Umweltbewusstsein der Bevölkerung heben und die Öffentlichkeit zur Teilnahme an der Entscheidungsfindung in Umweltfragen ermutigen.

Das Büro unterstützte wie bisher die Durchführung des armenischen Teils des Flussüberwachungsprojekts im Südkaukasus, in dessen Zentrum 2005 die Wiederherstellung eines regionalen Wasserüberwachungssystems, die Stärkung der örtlichen technischen Kapazitäten und die Schaffung eines Modellsystems zum Austausch von Informationen über Internet standen. Im Rahmen dieses OSZE/NATO-Projekts, das nun schon das vierte Jahr läuft, wird die Wassergüte und -menge im Einzugsbereich der Flüsse Kura und Arax überwacht.

Das Büro unterstützte die Verwaltung der Provinz Sjunik bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser entlegenen und einzigartigen Region. Es erstellte unter anderem einen Führer für die Region Sjunik, der sowohl Touristen als auch potenzielle Investoren anziehen soll, und – auf Ersuchen der örtlichen Bevölkerung – eine Beurteilung der ökologischen Auswirkungen der Bergbauindustrie in der Stadt Kadscharan. Das Büro gab gemeinsam mit dem UNDP eine Machbarkeitsstudie über die Einrichtung eines Gründerzentrums in der Stadt Goris in Auftrag, das der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben dienen soll.

Als Beitrag zum Kampf gegen Geldwäsche und zur Unterbindung der Terrorismusfinanzierung unterstützte das Büro auf Ersuchen der armenischen Behörden die Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage und die Einrichtung einer der armenischen Zentralbank unterstehenden Zentralstelle zur Entgegennahme von Geldwäscheverdachtsanzeigen. Das Büro veranstaltete Konferenzen und ermöglichte Ausbildungsprogramme zur Unterstützung der Integration Armeniens in internationale Organisationen, die sich der Verbrechensbekämpfung widmen.

Zur Förderung von Handel und Gewerbe startete das Büro gemeinsam mit der *Eurasia Foundation* ein mehrjähriges Projekt, um im Südkaukasus einen Dialog in Gang zu bringen, in dessen Rahmen die Möglichkeiten zur Harmonisierung der Zollvorschriften und der Zollpolitik erörtert werden sollen. Das Büro half bei der Organisation eines Workshops, der Probleme der Rechts- und Strukturreformen in Bezug auf Handel und Gewerbe zum Gegenstand hatte und zu einem Dialog zwischen Geschäftsleuten und den zuständigen Beamten in der gesamten Region anregte.

Um die Reformen im Wirtschaftsrecht voranzutreiben, veranstaltete das Büro auf Ersuchen des Ministeriums für Handel und wirtschaftliche Entwicklung mehrere Gesprächsrunden, die dem Abbau administrativer Barrieren und der Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds für Klein- und Mittelbetriebe dienen sollten. Die bei diesen Veranstaltungen

empfohlenen Reformschritte fanden Eingang in das *Staatliche Entwicklungsprogramm für Klein- und Mittelbetriebe* für das Jahr 2006.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Das Büro führte den Vorsitz in der internationalen Arbeitsgruppe zu Fragen der Volksanwaltschaft. Gemeinsam mit dem BDIMR leistete es einen Beitrag zur Stärkung der Kapazitäten der armenischen Volksanwaltschaft durch gegenseitige Besuche bei der polnischen und der litauischen Volksanwaltschaft.

Durch Kultur zu Toleranz

Die im Juni auf dem OSZE-Treffen in Córdoba verabschiedete Erklärung veranlasste das Büro und das Außenministerium, am 29. September ein Konzert zur Förderung einer Kultur der Toleranz in Armenien zu veranstalten. Führende armenische Solisten und das Symphonische Jazzorchester der öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehanstalt führten Werke des angesehenen armenischen Komponisten Willi Weiner auf, dessen Musik aus der kulturellen Tradition verschiedener Völker schöpft. Aus diesem Anlass wurde eine dreisprachige Broschüre mit OSZE-Verpflichtungen auf der Grundlage der Schlussakte von Helsinki, des Kopenhagener Dokuments von 1990, der Charta von Paris für ein neues Europa von 1990 und der Erklärung von Córdoba publiziert und an die Gäste der Veranstaltung verteilt.

„Solche Veranstaltungen finden ungeheure Resonanz in der Bevölkerung“, sagte Armen Arnautow-Sargysan, Vizepräsident des Kulturzentrums Menora und Mitveranstalter des Konzerts. „Wir bauen Brücken und fördern so das Verständnis der Menschen füreinander, wir schaffen eine Annäherung über Geschichte, Kultur, Traditionen und Kunst und erreichen Respekt, Akzeptanz und Wertschätzung für die große Vielfalt der Kulturen in aller Welt.“

Rund 300 Strafvollzugsbeamte werden jährlich in einem Ausbildungszentrum, das jüngst aus Mitteln des Büros und des Justizministeriums renoviert wurde, eine Ausbildung erhalten.

Auf der Grundlage seines Projekts zur Beobachtung der Menschenrechtslage im armenischen Militär erarbeitete das Büro eine Reihe von Empfehlungen, die dem Verteidigungsministerium und den Streitkräften vorgelegt wurden; darunter befanden sich die Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Entgegennahme der Beschwerden von Soldaten und eine systematischere Unterweisung in Menschenrechten.

Mit dem Arbeits- und Sozialministerium und dem Gesundheitsministerium führte das Büro Konsultationen über eine Verbesserung des Wehersatzdienstes in Armenien. Es organisierte eine Gesprächsrunde, bei der wichtige Entscheidungsträger verschiedene Ansichten zur Praxis des Wehersatzdienstes erörterten und einen gemeinsamen Nenner finden sollten.

Rund 150 behinderte Kinder nutzten das Bürgerzentrum in der Region Nojemberjan, das mit Unterstützung des Büros eingerichtet worden war. Das Zentrum fördert die Sozialisierung und die Eingliederung behinderter Kinder in die Gesellschaft und unterstützt deren Familien. Es schärft bei den örtlichen Behörden und bei führenden Persönlichkeiten

aus der Gesellschaft das Bewusstsein für die Probleme dieser Kinder.

Das Büro arbeitete wie bisher eng mit den maßgeblichen armenischen Behörden, dem Menschenrechtsanwalt und der Zivilgesellschaft im Hinblick auf Individualbeschwerden betreffend Menschenrechte zusammen. Die Behandlung der Beschwerden durch diese Behörden ermöglicht eine bessere Beurteilung der Menschenrechtssituation im Land und stärkt die Menschenrechte. Das Büro betrieb auch Aufklärungsarbeit im Menschenrechtsbereich zu den Themen religiöse Minderheiten und Wehersatzdienst.

Das Büro unterstützte die Regierung bei der Ausarbeitung gesetzlicher Bestimmungen gegen den Menschenhandel und effizienter menschenrechtsorientierter Mechanismen zum Schutz und zur Unterstützung der Opfer des Menschenhandels (Nationaler Leitmechanismus). Das Büro veranstaltete eine Reihe von Diskussionsrunden und Seminaren für armenische Behörden und einschlägig tätige NROs. Mitte 2005 verstärkte das Büro seine Zusammenarbeit mit der Generalstaatsanwaltschaft im Hinblick

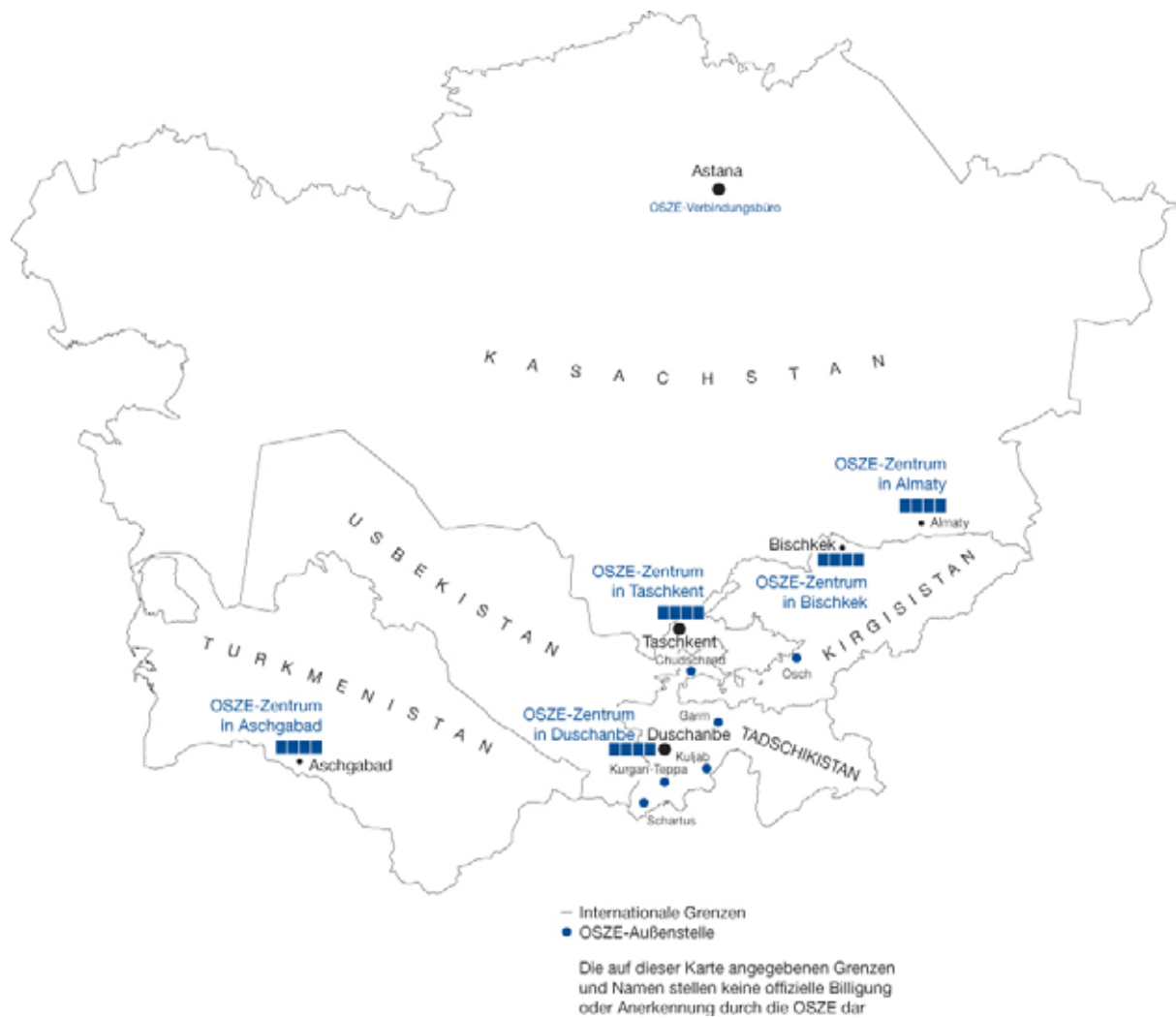
auf die Durchsetzung der geltenden Rechtsvorschriften.

Das Büro arbeitete mit der Regierung und anderen internationalen Partnern bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur beruflichen Förderung von Frauen zusammen, der 2004 verabschiedet worden war. Es führte ein Projekt durch, das bei Jugendlichen das Bewusstsein für die Rolle der Frau in der Gesellschaft schärfen sollte, und setzte sich gemeinsam mit dem UNDP für die Teilnahme von Frauen an den Kommunalwahlen im Herbst ein.

Wie bisher verfolgte das Büro auch sehr genau die Entwicklungen im Bereich der Medienfreiheit. Die Arbeitsgruppe Medienrecht, in der das Büro den Vorsitz führt, diente weiterhin als offenes Forum für den Informationsaustausch, in dem Probleme und gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation erörtert werden.

Leiter des Büros:
Botschafter Wladimir Prjachin
Revidierter Haushalt: € 1.460.900
www.osce.org/yerevan

Zentralasien



Das Zentrum in Almaty

Kasachstan stand im Jahr 2005 vor neuen Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit, Rechtsreform und Wahlen. Das OSZE-Zentrum in Almaty schenkte den Besorgnissen des Gastlandes große Aufmerksamkeit und bot seine Unterstützung bei der Abwägung zwischen Sicherheit und Menschenrechten, Stabilität und Reformen, Rechten

und Pflichten an. Kasachische Parlamentarier und das Zentrum setzten sich aktiv für die Teilnahme internationaler Experten an der Erörterung und Begutachtung der Entwürfe zu Gesetzen, Strategien und Plänen in den Bereichen Sicherheit, Extremismus, Nichtregierungsorganisationen (NROs), Menschenhandel, Justiz, Korruptionsbekämpfung und Me-

dien ein.

Das Zentrum in Almaty widmete sich weiterhin den besonderen Bedürfnissen der Regionen und verlegte einen Teil seiner Tätigkeit in die neue Hauptstadt Astana. Ein besonderes Anliegen war ihm der Aufbau der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens zwischen staatlichen und demokratischen Institutionen einer-

seits und der Zivilgesellschaft und der breiten Öffentlichkeit andererseits. Da gerade die junge Generation für die Unterstützung demokratischer Prozesse im Land entscheidend ist, wählte das Zentrum in allen Tätigkeitsbereichen Jugendliche und Berufseinsteiger als Zielgruppe.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Alternative Wege zur Aufrechterhaltung der Sicherheit. Gemeinsam mit der Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU) und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) ermöglichte das Zentrum Studien, Besuche, Diskussionsrunden und Workshops, die der Risikoanalyse und der Suche nach geeigneten nichtlegislativen Alternativen zur Verhütung und Bekämpfung neuer Sicherheitsrisiken wie Terrorismus und gewalttätiger Extremismus dienten. Im Rahmen dieser fortgesetzten Konzentration auf Präventivmaßnahmen förderte es den Dialog zwischen Volksgruppen und Glaubensgemeinschaften und veranstaltete Schulungen für Journalisten, die über Terrorismus und Extremismus berichten. Es verfolgte auch die rechtlichen Entwicklungen im Sicherheitsbereich und ermöglichte die Begutachtung und Erörterung neuer und abgeänderter Gesetze. Durch Unterstützung eines Mediationstrainings für NRO-Experten aus allen Regionen Kasachstans förderte das Zentrum deren Kompetenz im Bereich der Konfliktverhütung und -beilegung.

Das Zentrum stellte Beratung durch internationale Fachleute für zeitgemäße Polizeiarbeit zur Verfügung und bot der kasachischen Polizei Hilfestellung, insbesondere in den Bereichen Polizeiausbildung und *Community Policing*.

„Ich wähle zum ersten Mal!“

Der Lehrer Jewgeni Mjasnikow fragte seine Schüler der zehnten Schulstufe in der Schule Nr. 1 der

Stadt Karaganda in Zentralkasachstan, was sie sich von der bevorstehenden Unterrichtsstunde erwarteten; sie war Teil des Erstwählerprogramms, das von *Elections-2000* durchgeführt, vom OSZE-Zentrum finanziert und von der Zentralen Wahlkommission und vom Unterrichtsministerium unterstützt wurde.

„Zu lernen, wie wichtig es ist, dass man wählen geht“, sagte einer.

„Meine eigene Verantwortung für meine Wahlentscheidung zu ermessen“, meinte ein anderer.

In seiner Klasse der zehnten Schulstufe im Gymnasium Nr. 38 fragte der Lehrer Oleg Balanezki seine Schüler, ob die Teilnahme an einer Wahl freiwillig sei. „Sie ist freiwillig. Aber man muss hingehen und wählen, weil davon die Zukunft des Landes abhängt“, antwortete einer der Schüler.

Das sind nur einige der 7.000 Schüler aus Oberschulen in zehn Regionen Kasachstans, die an dem Programm für Schüler und Erstwähler teilnahmen. Wähler im Hochschulalter machen mindestens 35 Prozent der Wahlberechtigten aus.

Staatsbürgerkunde und Wählerbeteiligung. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2005 unterstützte das Zentrum zwei landesweite Wählererziehungs- und Mobilisierungskampagnen für Jugendliche und Erstwähler.

Vernichtung gefährlicher Waffen- und Munitionsbestände. Das Zentrum ging auf die Sicherheits- und Umweltbedenken der kasachischen Behörden ein und ermöglichte Bedarfserhebungsmissionen,

Informationsaustausch und die Entwicklung eines Konzepts für die sichere Lagerung und die Vernichtung überschüssiger und gefährlicher Waffen- und Munitionsbestände. Besondere Beachtung galt den Sicherheitsrisiken durch toxische Raketentreibstoffkomponenten. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 13.)

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen konzentriert sich das Zentrum immer stärker auf die Bekämpfung der Korruption, der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. Es setzte 2005 auch seine Arbeit zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, des Fremdenverkehrs, der Bewusstseinsbildung in Umweltfragen und des Zugangs zu Umweltinformationen fort.

WIRTSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN

Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung.

Das Zentrum förderte aktiv die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Geldwäsche und unterstützte die Schaffung der rechtlichen Grundlagen und die Einrichtung einer staatlichen Zentralstelle für die Entgegennahme, Analyse und Offenlegung von Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. Es veranstaltete Workshops und Studienreisen, damit sich Kasachstan bei der Verabschiedung einschlägiger Gesetze und administrativer Instru-

mente des Wissens internationaler Fachleute bedienen konnte. Regelmäßige Expertentreffen hatten ein rechtliches und institutionelles, mit internationalen Standards im Einklang stehendes Konzept zum Gegenstand. Im Anschluss an die Expertentreffen leistete das Zentrum Bewusstseinsarbeit unter Parlamentariern und Mitarbeitern von Ministerien.

Aktivitäten im Kampf gegen die Korruption. Die kasachischen Behörden baten das Zentrum, sie in ihren Bemühungen um Beitritt zu den einschlägigen internationalen Übereinkommen und um Annahme einer nationalen Antikorruptionsstrategie und eines Aktionsplans zu unterstützen. So ermöglichte das Zentrum die Teilnahme offizieller Vertreter Kasachstans am Istanbulen Aktionsplan der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, es organisierte Schulungsveranstaltungen für Bezirksstaatsanwälte und Veranstaltungen zum Austausch von Informationen mit Korruptionsbekämpfungsstellen anderer OSZE-Teilnehmerstaaten.

UMWELTAKTIVITÄTEN

Die Aarhus-Kovention. Im Mittelpunkt der Umweltaktivitäten des Zentrums stand die Förderung der Aarhus-Konvention, die den Zugang zu Informationen, die öffentliche Mitsprache und den Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten zum Gegenstand hat. Im Rahmen mehrerer öffentlicher Hearings in sieben Städten in allen Landesteilen wurde der Nationale Bericht über die Umsetzung der Aarhus-Konvention von Aktivisten aus der Zivilgesellschaft und staatlichen Vertretern beurteilt und kommentiert. Im Anschluss daran organisierte das Zentrum Konsultationen zwischen NROs und einschlägigen Ministerien sowie Tagungen des Öffentlichen Umweltrates zur Ausarbeitung eines Umweltkodex und der Rahmenbedingungen für die Errichtung von Aarhus-Zentren in Kasachstan. Das Zentrum unterstützte auch die kasachischen Umweltbehörden bei der Beurteilung der Frage, ob das Land in technischer und rechtlicher Hinsicht reif ist für den Beitritt zu dem 1993 in Kiew verabschiedeten *Protokoll über Register zur Erfassung der Frei-*

setzung und Verbringung von Schadstoffen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Rechtsstaatlichkeit, Aufbau von Kapazitäten und Unterstützung der Zivilgesellschaft, Engagement gegen den Menschenhandel und Genderfragen waren 2005 die wichtigsten Prioritäten des Zentrums. Angesichts einiger Gesetzesvorlagen, die im Winter und Frühsommer das Parlament passierten, ermöglichte das Zentrum mehrere Veranstaltungen, die zu einer öffentlichen Diskussion anregen sollten, und es setzte sich weiterhin für Medienfreiheit und die Förderung journalistischer Kompetenz durch Diplomkurse, insbesondere für junge Journalisten aus allen Regionen, ein.

Aktivitäten gegen den Menschenhandel. Das Zentrum unterstützte Kasachstan im Kampf gegen den Menschenhandel. Als Hilfestellung für Kasachstan bei der Ausarbeitung eines neuen Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels gab das Zentrum in enger Absprache mit dem BDIMR eine Studie über den Menschenhandel mit den Schwerpunkten Zwangsarbeit in Kasachstan und nationale Leitmechanismen in Auftrag. Gemeinsam mit dem Justizministerium organisierte es ein Seminar über die Ergebnisse und Empfehlungen der Studie hinsichtlich der Verbesserung des Schutzes der Opfer des Menschenhandels. Die Erkenntnisse fanden auch Eingang in die Schulung von NROs in Bezug auf nationale Leitmechanismen als ein Weg zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen NROs und den Behörden zum Schutz der Rechte der Opfer des Menschenhandels.

Menschenrechte. Das Zentrum unterstützte die dem Präsidenten unterstehende Menschenrechtskommission, deren Aufgabe es ist, die im Gange befindliche Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans für Menschenrechte zu koordinieren. Es brachte internationales Fachwissen ein und nahm an den Sitzungen der Kommission teil.

Das Zentrum setzte sich auch für die rasche Ratifizierung zweier Übereinkommen der Vereinten Na-

tionen noch im Jahr 2005 ein: des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte ohne Vorbehalte und des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die beide 2003 von Kasachstan unterzeichnet worden waren. Zur Unterstützung dieses Prozesses veranstaltete das Zentrum eine Konferenz über die Umsetzung internationaler Übereinkommen sowie einige andere Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden.

Rechtsstaatlichkeit. Das Zentrum arbeitete eng mit BDIMR-Experten zusammen, um Kasachstan durch Gutachten zu einigen Gesetzesentwürfen Hilfestellung zu leisten, so etwa zum Gesetz über Extremismus, zu Novellierungen der gesetzlichen Vorschriften über nationale Sicherheit und zu einem Gesetz über gemeinnützige Organisationen. Die Tätigkeit im Bereich der Rechtsstaatlichkeit umfasste ein breites Spektrum von Fragen, etwa den richterlichen Haftbefehl, ergänzende Ermittlungen, Prozessbeobachtung und Versammlungsfreiheit.

Menschenrechtserziehung. Das Zentrum setzte eine Reihe erzieherischer Aktivitäten, darunter eine Menschenrechtsschulung für Mittelschullehrer und Erzieher in kasachischer Sprache und Schulungskurse zu Menschenrechten für Studenten der Rechtswissenschaften und Bedienstete von Strafvollzugsanstalten. Es erleichterte auch die Koordination zwischen NROs und Regierungsstellen, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzen.

Genderfragen. Genderfragen sind eine der Prioritäten des Zentrums, mit besonderem Schwerpunkt auf der Stärkung der Mitsprache von Frauen im öffentlichen Leben. Das Zentrum arbeitete eng mit kasachischen Behörden und einschlägigen VN-Organisationen zusammen und trat für die Ausarbeitung einer Gleichstellungsstrategie für Kasachstan für die Jahre 2006 – 2016 ein; diese wurde am 29. November verabschiedet. Das Zentrum agierte dabei in enger Absprache mit Partner-NROs, die sich für die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Politik einsetzen, und mit internationalen Organisationen, insbesondere dem Entwicklungs-

fonds der Vereinten Nationen für die Frau.

Mit seinen einschlägigen Aktivitäten versucht das Zentrum die schwächsten Gruppen, wie etwa die Opfer häuslicher Gewalt, zu erreichen. Es organisierte einen Fortbildungskurs für 28 Rechtsanwälte aus Partner-NROs, die diese Opfer als Rechtsberater vor Gericht vertreten, und war gemeinsam mit der kanadischen NRO *Equitas* Mitveranstalter von Gesprächen zwischen NROs und dem VN-Sonderberichterstatter zum Thema Gewalt gegen Frauen.

Professionalität und Freiheit der Medien. Das Zentrum setzte sich für die berufliche Fortbildung örtli-

cher Journalisten und einen besseren Zugang der Medien und der Öffentlichkeit zu Informationen ein. Mit einer Reihe von Fachveranstaltungen für über 150 Journalisten zu den Themen Wirtschaft, Wahlen, Sicherheit, Menschenrechte und Zivilgesellschaft knüpfte es an das Diplomkursprogramm des Jahres 2004 an. Einen Schwerpunkt bildete auch die Förderung der investigativen Berichterstattung samt ihrem ethischen Hintergrund und den rechtlichen Grundlagen. Um für einen besseren Zugang zu Informationen zu sorgen, half das Zentrum bei der Einrichtung zweier weiterer Internetcafés und bei der Bereitstellung von Internetkursen für örtliche Journalisten in Kostanai und

Astana. Besondere Aufmerksamkeit galt den Rechtskenntnissen von Journalisten, insbesondere in Bezug auf Verleumdung und üble Nachrede, sowie dem Verhältnis und der Zusammenarbeit zwischen Journalisten und staatlichen Pressediensten. In Almaty war das Zentrum Gastgeber der 7. Zentralasiatischen Medienkonferenz, die den Themen Pluralismus im Medienbereich und Internet gewidmet war und der Medienarbeit des Zentrums zusätzliche regionale Bedeutung verlieh.

**Leiter des Zentrums:
Botschafter Ivar Vikki
Revidierter Haushalt: € 1.683.900
www.osce.org/almaty**

Das Zentrum in Aschgabad

Turkmenistan setzte 2005 einige positive Schritte zur weiteren Entwicklung des Landes. Es wurde ein Gesetz über das Verbot von Kinderarbeit in Kraft gesetzt. Das Land legte dem VN-Ausschuss über die Rechte des Kindes seinen ersten Bericht vor und begann, die Registrierung einiger Religionsgruppen zu erleichtern.

Turkmenistan gewährt über 13.000 ehemaligen Staatsbürgern Tadschikistans die Staatsbürgerschaft, hauptsächlich ethnischen Turkmenen, die während des Bürgerkriegs in Tadschikistan enturzelt worden waren und in Turkmenistan Zuflucht gefunden und das Aufenthaltsrecht erhalten hatten.

Zu den Prioritäten des Zentrums im Jahr 2005 zählten die Stärkung der

Grenzsicherheit und die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, Erleichterungen für die Entwicklung der Marktwirtschaft, die Unterstützung für die Umweltschutzprogramme des Landes sowie die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses und der Rechtsreform.

Das Zentrum setzte seine Bemühungen um eine intensivere Zusammenarbeit mit den Behörden und der Zivilgesellschaft des Landes fort, baute seine Arbeit mit internationalen Organisationen aus und sah eine seiner Hauptaufgaben in der Förderung der Einbindung Turkmenistans in die OSZE-Aktivitäten.

2005 beteiligten sich turkmenische staatliche Vertreter und Einzelpersonen verstärkt an OSZE-

Aktivitäten. Offizielle Vertreter nahmen am Treffen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Juli in Washington, am Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension im September in Warschau sowie an OSZE-Veranstaltungen zu Sicherheitsfragen, zur Arbeit der Strafverfolgungsbehörden sowie zu rechtlichen und humanitären Fragen teil.

Das Zentrum verstärkte seine Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft. Gemeinsam mit dem Technischen Hilfsprogramm der Europäischen Union für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (TACIS) befasste sich das Zentrum weiter mit der Umsetzung mehrerer langfristiger Projekte, darunter das Mik-

rokreditprojekt für freiwillige Bauernverbände sowie Computer- und Englischkurse für Bedienstete staatlicher Dienststellen. Es gab auch neue Gemeinschaftsinitiativen, etwa Projekte in Zusammenarbeit mit den Botschaften des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), dem US-amerikanischen *Peace Corps* und der US-Agentur für internationale Entwicklung

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Qualifizierungsmaßnahmen für Grenz- und Zollbeamte. Eine der wichtigsten Aktivitäten des Zentrums in dieser Dimension dient der Stärkung der Professionalität und der operativen Kapazitäten des Grenz- und des Zolldienstes Turkmenistans.

Im April nahmen sechs Mitglieder des Grenz- bzw. Zolldienstes des Landes an einem einwöchigen Ausbildungskurs in Süddeutschland teil, der vom Zentrum in Aschgabad mit Unterstützung der turkmenischen Regierung und des deutschen Finanzministeriums veranstaltet wurde. Die Schulung fand an Grenzübertrittsstellen zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz statt und beinhaltete auch Besuche in einem regionalen Zollamt und in einem Ermittlungsbüro für zollrechtliche Vergehen. Die Teilnehmer konnten sich ein Bild davon machen, wie andere Länder ein großes Volumen von Grenzverkehr bewältigen, und erlernten die neuesten Techniken zur Verhütung und Untersuchung des illegalen Handels mit Drogen, Waffen

und Menschen sowie des illegalen Geldtransfers.

Diskussionsrunde über grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Im September organisierte das Zentrum ein zweitägiges Gespräch am Runden Tisch über grenzüberschreitende Zusammenarbeit, in dessen Mittelpunkt die Frage stand, wie für die richtige Gewichtung der legitimen Erfordernisse der Grenzsicherheit und andererseits der Grundsätze des freien Waren- und Personenverkehrs über Grenzen hinweg gesorgt werden kann. An der Diskussionsrunde beteiligten sich Vertreter des staatlichen Grenz- bzw. Zolldienstes, der Dienststelle für Ausländerregistrierung, der Generalstaatsanwaltschaft, der Ministerien für Verteidigung, Justiz und nationale Sicherheit sowie Experten aus Deutschland, Russland und Turkmenistan sowie der NATO, des Marshall-Center und der Europäischen Kommission.

„Eine Grenze ist mehr als eine geopolitische Trennlinie. Sie ist jener Punkt, an dem die Länder im Interesse der Sicherheit und des Wohlergehens aller am effektivsten zu-

sammenarbeiten müssen.“

Botschafter Ibrahim Djiki,
Leiter des Zentrums in Aschgabad

Praktische Ausbildung in Rüstungskontrolle. Ein zweiwöchiger Ausbildungslehrgang für turkmenische Rüstungskontrollbeamte befasste sich mit der Umsetzung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen der OSZE. Der Kurs im November und Dezember im Zentrum für Verifikationsaufgaben der deutschen Bundeswehr in Geilenkirchen schloss auch die Teilnahme an einer echten Verifikationsinspektion in der Schweiz ein.

VN/OSZE-Projekt für fortschrittliche Methoden der Drogenerkennung und -testung. In Zusammenarbeit mit der UNODC-Außenstelle in Turkmenistan organisierte das Zentrum zwei einwöchige praktische Ausbildungslehrgänge zur Verbesserung der Ermittlungs- und Aufgriffsfähigkeiten der turkmenischen Strafverfolgungsbeamten im Kampf gegen den illegalen Drogenhandel. Bei diesen Schulungen im Oktober und November wurden die Teilnehmer mit Methoden zur Erkennung und zum Test von Drogen

vertraut gemacht und darin geschult, selbst Ausbildungskurse für Strafverfolgungsbeamte abzuhalten, die mit der Bekämpfung des Drogenhandels an Grenzübertrittsstellen befasst sind.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Zentrum schloss ein Projekt mit der staatlichen Steuerbehörde Turkmenistans ab, dessen Ziel es war, die Einhebung von Steuern durch die Einführung moderner Verfahren der Informationstechnologie und des Rechnungswesens zu verbessern. Dadurch wird eine effektive und verlässliche Steuereinhebung und Nachforschung ermöglicht und die Korruption im System verringert.

Im Rahmen einer Kooperationsinitiative mit dem TACIS-Programm der EU setzte das Zentrum seine Unterstützung für einen kleinen revolvingenden Mikrokredit-Fonds für vier freiwillige Bauernverbände in zwei Regionen Turkmenistans fort. Gemeinsam mit der britischen Botschaft unterstützte das Zentrum das Projekt zur Arbeitsplatzschaffung für Jugendliche, das in der Küstenregion am Kaspischen Meer umgesetzt wurde und mehrere ländliche Bezirke erfasste. Ziel dieses Projekts war es, Jugendlichen Wissen über eine selbstständige Berufstätigkeit zu vermitteln und ihren Zugang zu beruflicher Ausbildung anhand von Seminaren und mit Hilfe von Ressourcenzentren zu erleichtern. In Zusammenarbeit mit der britischen Botschaft und dem *Winrock International Institute für Agricultural Development* startete das Zentrum ein Projekt zur Unterstützung eines Ressourcenzentrums und eines Schulungsprogramms für eine landwirtschaftliche Genossenschaft in der Region Daschogus in Nordturkmenistan. Das Projekt wird die Entwicklung örtlicher landwirtschaftlicher Techniken unterstützen und den Aufbau von Kapazitäten in Geschäfts- und Marketingpraktiken fördern.

Bauern erlernen betriebswirtschaftliche Grundsätze

Im Oktober baute das OSZE-Zentrum gemeinsam mit TACIS

sein erfolgreiches Mikrokredit-Projekt für freiwillige Bauernverbände weiter aus, nachdem alle vier teilnehmenden Verbände die 2004 ausbezahlten Kredite zurückgezahlt hatten; die Gelder hatten sie in Vieh, Saatgut und Gerätschaften zur Erweiterung ihres Betriebs investiert. Im Rahmen des nunmehr erweiterten Programms organisierten die Partner für Vertreter jedes dieser Verbände Computerkurse und Schulungen in Betriebsplanung.

„Dieser Schulungskurs vermittelte den Bauernvereinigungen das nötige Wissen, um ihre Arbeit auf die nächsthöhere Stufe zu stellen, das Mikrokredit-Programm optimal zu nutzen und eigene komplexere Kooperationsprojekte in Angriff zu nehmen,“ sagte Farhat Orunow, der örtliche Projektkoordinator. „Sie alle beginnen nun zu verstehen, dass sie nicht nur Bauern, sondern auch Geschäftsleute sind.“

Hebung des Umweltbewusstseins. Das Zentrum setzte seine Zusammenarbeit mit dem turkmenischen Naturschutzministerium fort, insbesondere bei der Umsetzung des nationalen Umweltaktionsplans. Es förderte die Herausgabe des ersten turkmenischen Ökologie-Handbuchs in einer Auflage von 2.500 Exemplaren sowie eine vom Naturschutzministerium organisierte Konferenz, bei der die Umsetzung des Aktionsplans erörtert wurde. An der Veranstaltung nahmen über 80 Vertreter verschiedener Ministerien, von Forschungsinstituten, öffentlichen Vereinigungen und internationalen Organisationen aus dem ganzen Land teil.

In Kooperation mit der US-Botschaft finanzierte das Zentrum die Einrichtung von Ressourcenzentren in mehreren Regionen, um die turkmenische Gesellschaft für Naturschutz, eine eingetragene öffentliche Umweltorganisation mit mehreren tausend Mitgliedern, durchschlagskräftiger zu machen.

Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus. Ein zweitägiger Workshop im Dezember befasste sich mit rechtlichen und administrativen Instrumenten zur Bekämpfung von Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus. An dieser gemeinsamen Veranstaltung des Büros des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE, von UNODC, der turk-

menischen Regierung und des OSZE-Zentrums nahmen achtzehn offizielle Vertreter der Zentralbank, des Obersten Gerichtshofs, des Außen- und des Verteidigungsministeriums sowie von Strafverfolgungsdienststellen Turkmenistans teil. Internationale Experten stellten wichtige internationale Instrumente und Institutionen zur Bekämpfung von Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus vor und halfen den Teilnehmern, sich darüber klar zu werden, was in Turkmenistan diesbezüglich in gesetzlicher Hinsicht geschehen muss.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Unterstützung der Rechtsreform. Das Zentrum fuhr darin fort, die Rechtsreform im Land durch die Bereitstellung von Rechtsgutachten und Rechtsberatung durch die OSZE und durch Beratung über bewährte Praktiken zu unterstützen.

Demokratisierung und Zivilgesellschaft. In diesem Bereich ermöglichte das Zentrum Vertretern der Zivilgesellschaft die Teilnahme an Seminaren im Ausland, es bot Studenten Bildungsmöglichkeiten an und finanzierte Aktivitäten verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NROs). Es förderte auch ein Sommerlager für Jugendliche zu Gesundheits- und Sicherheitsfragen und sponserte gemeinsam mit UNICEF einen Kunstwettbewerb für Kinder zum Internationalen Tag des Kinderschutzes. Das Zentrum beriet örtliche NROs darin, wie sie sich in den Gesetzen über öffentliche Organisationen zurechtfinden können. Außerdem finanzierte es wie schon bisher eine Rechtsberatungsstelle, die mehr als 200 kostenlose Rechtsberatungen für turkmenische Bürger zu Fragen von Staatsbürgerschaft bis zu Eigentumsrechten durchführte.

Förderung der Bildung

Das Zentrum sponserte die Veröffentlichung eines dreisprachigen Gesundheitswörterbuchs (Turkmenisch, Russisch und Englisch), das von Freiwilligen des US-amerikanischen *Peace Corps* in Zusammenarbeit mit örtlichen Mitarbeitern des Gesundheitswesens und Bildungsexperten entwickelt und herausgegeben wurde. Das Zentrum förderte das Masters-Programm in politischen Wissenschaften

ten der OSZE-Akademie in Bischkek und stellte für die Studenten der Akademie einen Modul über Turkmenistan zur Verfügung.

Das Zentrum wählte Studenten aus Turkmenistan aus und finanzierte ihre Teilnahme am zentralasiatischen Jugendnetzwerk der OSZE, ein Projekt, das 2004 begonnen wurde und sich dem Aufbau von Toleranz und Verständnis in der Region widmet.

In enger Zusammenarbeit mit dem TACIS-Programm der EU unterstützte das Zentrum weiter Computer- und Englischkurse für Zollbeamte und Mitarbeiter von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen im ganzen Land.

Förderung der Menschenrechte.

Im Juni organisierte das Zentrum gemeinsam mit dem Nationalen Institut für Demokratie und Menschenrechte Turkmenistans zwei

Seminare über die internationale Rechtslage in Sachen Menschenrechte. An den Kursen in Mary und Turkmenbaschi nahmen Vertreter des Parlaments, der Generalstaatsanwaltschaft, der Polizei, der Anwaltskammer und des staatlichen Grenzdienstes teil. Sie erörterten Fragen vielfältiger Natur, die von der historischen Entwicklung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit bis zur Umsetzung der internationalen Rechtsnormen und zu internationalen Berichtsverfahren reichten.

Monitoring. Das ganze Jahr hindurch langten beim Zentrum Individualbeschwerden in großer Zahl ein, die von der Verweigerung eines fairen Gerichtsverfahrens, der Missachtung von Eigentumsrechten bis zu Einschränkungen der Bewegungsfreiheit reichten. Das Zentrum sorgte für die rechtliche Beratung

von Privatpersonen und brachte den Behörden regelmäßig bestimmte Fälle zur Kenntnis.

Vier Journalisten aus Turkmenistan gewannen Preise auf dem fünften Zentralasiatischen Festival des Umweltjournalismus im November in Almaty. Bei dem Wettbewerb wurden die besten Zeitungsartikel, Dokumentationen und TV- und Radioprogramme zu Umweltfragen prämiert, die von Journalisten aus ganz Zentralasien eingereicht wurden. Das OSZE-Zentrum in Ashgabad ermöglichte acht Journalisten aus Turkmenistan die Teilnahme an der Veranstaltung.

**Leiter des Zentrums:
Botschafter Ibrahim Djiki_
Revidierter Haushalt: € 1.050.600
www.osce.org/ashgabad**

Das Zentrum in Bischkek

Das abgelaufene Jahr war für das OSZE-Zentrum in Bischkek äußerst arbeitsreich. Politische und soziale Umbrüche brachten Kirgisistan über einen Großteil des Jahres hinweg in die Schlagzeilen und erforderten eine rasche Reaktion seitens der OSZE. Nach den Parlamentswahlen im Februar und März 2005 gingen die Bürger des Landes auf die

Straße: Sie zwangen den Präsidenten zur Flucht aus dem Land und anschließend zum Rücktritt. Dann folgte eine vorgezogene Präsidentenwahl. Als Reaktion auf diese Veränderungen entwickelte das Zentrum einen Arbeitsplan, der dem Land helfen sollte, seinen unmittelbaren und auch längerfristigen Bedürfnissen nachzukommen. (Mehr zu diesem

Thema siehe S. 24.)

Trotz dieser Phase der Unruhe gelang es dem Zentrum, die Aktivitäten, die im Voraus für das Jahr geplant worden waren, umzusetzen. Es betraf dies vor allem die Stärkung der politischen Stabilität und der Rechtsreform, die Verbesserung der Menschenrechtslage und Hilfe bei der Medienentwicklung, Umweltsicherheit, die Ent-

wicklung der Wirtschaft sowie Good Governance. Die OSZE engagiert sich langfristig im Land für die Polizeireform und die OSZE-Akademie in Bischkek. 2005 richtete sie in Kirgisistan ein Netz von Projektkoordinatoren ein, um ihr Wirken auf Gebiete außerhalb der Hauptstadt ausdehnen zu können.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Wahlen. Nach den Ereignissen vom März kam Bewegung in die Reformbemühungen. Das Zentrum initiierte und unterstützte verschiedene Aktivitäten sowohl während der ersten Parlamentswahlen vom 27. Februar als auch bei den Präsidentenwahlen vom 10. Juli. Es handelte sich in erster Linie um rechtliche und technische Unterstützung für die Zentrale Wahlkommission (CEC), Informationen für die Wähler, die Schulung einheimischer Beobachter und die Entwicklung von Frühwarnmechanismen für mögliche Gewalttätigkeiten in Verbindung mit den Wahlen. Der 2004 eingeführte Wahlkoordinierungsmechanismus des Zentrums sorgte für eine wirksame Kanalisierung der internationalen Hilfe. Nach den Wahlen arbeitete das Zentrum mit mehreren Gruppen zusammen, um die Wahlrechtsreform zu fördern.

Bildung: Die OSZE-Akademie in Bischkek. Mit ihrer Akademie investiert die OSZE in zukünftige Entscheidungsträger in Zentralasien. Die 2002 gegründete Akademie ist ein Studien- und Forschungsinstitut, das Schulungsprogramme für Experten und wissenschaftliche Forschung in regionalen Sicherheitsfragen mit Schwerpunkt Zentralasien anbietet. Ihr Angebot umfasst ein Masters of Arts Diplom in politischen Wissenschaften (Zentralasien) für ausgewählte Studenten. Der erste Jahrgang von 36 Studenten vollendete das MA-2004/2005-Programm am 1. Juli 2005. Im Rahmen eines Wettbewerbs wählte die Akademie 2005 einen neuen Jahrgang von 27 MA-

Kandidaten aus allen fünf zentralasiatischen Ländern aus. Die Akademie bietet ihren Studenten die nötige Erfahrung in einem professionellen Arbeitsumfeld.

Polizeiarbeit

Das OSZE-Polizeiunterstützungsprogramm und das kirgisische Innenministerium arbeiten gemeinsam darauf hin, aus der kirgisischen Miliz langfristig einen modernen Polizeidienst zu machen.

Die politischen Ereignisse vom März führten zu einem fast vollständigen Zusammenbruch von Recht und Gesetz im Land. Angesichts dieser Situation entwickelte die OSZE ein schwerpunktmäßig strukturiertes einjähriges vorläufiges Unterstützungsprogramm.

Multiethnische Polizeiarbeit. Die Einführung einer multiethnischen Polizei kann mithelfen, die interethnische Stabilität und die soziale Integrität zu stärken. Die OSZE und die kirgisische Staatsakademie für Management organisierten eine Reihe von Projekten für ranghohe Polizeibeamte sowie für Lehrer und Kadetten von Polizeischulen. Diese Projekte sollen auch den Zugang von Vertretern nationaler Minderheiten zu den Polizeistrukturen erleichtern.

Medien. Die OSZE konzentriert ihre Bemühungen derzeit auf folgende Bereiche: rechtliche Unterstützung für Journalisten, Hilfestellung beim Umbau staatlicher Medien, Journalismuskurse für staatliche Pressedienste, Förderung der regionalen Medienunterstützungszentren und des landesweiten Internetzugangs in Kirgisistan. Das Institut des Medienkommissars, das von der OSZE

mit unterstützt wird, bietet rechtliche Unterstützung an. Das Medienunterstützungsprogramm des Zentrums befasste sich hauptsächlich mit Medienbeobachtung während der Parlaments- und Präsidentenwahlen.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Wirtschaftsentwicklung. 2005 widmete sich das Zentrum der Förderung der Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und von Wirtschaftsvereinigungen, der Mobilisierung ausländischer Direktinvestitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche. Das Zentrum unterstützte darüber hinaus Initiativen zur Förderung des Fremdenverkehrs, zur Verbesserung des rechtlichen und administrativen Umfelds für KMU, zur Stärkung der Einrichtung des Schiedsspruchs durch Dritte und zum Aufbau von Kapazitäten für Landfrauen zur Verbesserung ihrer unternehmerischen Fähigkeiten. In Zusammenarbeit mit einer örtlichen Nichtregierungsorganisation (NRO) organisierte das Zentrum Programme, die zukünftige Auszubildende heranzubilden, um örtliche Gemeinschaften und den staatlichen Sektor besser in die Lage zu versetzen, ein spezielles Beschäftigungsprogramm für sozial schwache Gruppen durchzuführen.

Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit führten das Zentrum und die staatliche Stiftung „Karriere- und Beschäftigungszentrum“ ein Projekt zur Verbesserung des Ausbildungsstandes von Jugendlichen durch. Universitätsstudenten nah-

men neben ihrem Studium an angewandten betriebswirtschaftlichen Kursen teil und absolvierten Praktika bei örtlichen Arbeitgebern. Das Zentrum kooperierte darüber hinaus mit dem Sekretariat des Nationalen Rates für Frauen, Familie und Genderentwicklung der Kirgisischen Republik in der lebenswichtigen Frage der Beseitigung der latenten Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und des verbesserten Zugangs von Frauen in ländlichen Gebieten zu wirtschaftlichen Ressourcen.

Umweltsicherheit. Das Zentrum unterstützte die institutionelle Entwicklung sowie den Aufbau von Kapazitäten in Fragen der Umweltsicherheit auf nationaler und regionaler Ebene. Es begrüßte eine Reihe von Initiativen zur Umsetzung internationaler Umweltübereinkommen. Es förderte auch den Umweltjournalismus und betrieb Aufklärung über Gesetze und Verordnungen über Umweltschutz und Wassernutzung für Gemeinden entlang der kirgisch-tadschikischen Grenze. Gemeinsam mit dem kirgisischen Umwelt- und Notfallministerium und einer örtlichen NRO hielt das Zentrum Diskussionen über den nationalen Bericht über die Umsetzung der Aarhus-Konvention ab.

Good Governance, der Kampf gegen Korruption und Geldwäsche. Die Regierung ist sich darüber im Klaren, dass weit verbreitete Korruption das Wachstum massiv behindert und eine Gefährdung des Allgemeinwohls darstellt. Das Zentrum befasste sich daher besonders intensiv mit Fragen der Korruptionsbekämpfung. Es unterstützte die Behörden, die mit der Festlegung der Schwerpunkte einer Nationalen Korruptionsbekämpfungsstrategie samt dazugehörigem Aktionsplan, der auch die Einrichtung einer unabhängigen Antikorruptionsagentur vorsieht, befasst sind.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Verfassungs- und Rechtsreform. 2005 unterstützte das Zentrum die Verfassungsreform. Es leistete dem BDIMR und der Venedig-Kommission Hilfestellung bei der Erstellung eines Sachverständigengutachtens über einen Änderungsentwurf, der mithelfen wird, die Rechtslage im

Land in Einklang mit seinen internationalen Verpflichtungen zu bringen. Gemeinsam mit dem BDIMR sorgte es ferner für Rechtsgutachten zu mehreren anderen Gesetzesentwürfen, etwa betreffend die Anwaltschaft und die Rechtsanwaltskammer. Es wirkte auf die Behörden ein, um diese zu veranlassen, die Todesstrafe abzuschaffen und weitere Schritte zu unternehmen, um das Strafrecht menschlicher zu gestalten.

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Kampf gegen den Menschenhandel. Die OSZE setzte sich dafür ein, dass mehr Frauen in Führungspositionen gelangen und im Bereich der Entscheidungsfindung Geschlechtergleichstellung eingeführt wird. Um mit Frauen, die dieses Jahr eine wichtige Rolle im politischen und öffentlichen Leben des Landes gespielt haben, in einen Dialog einzutreten, unterstützte das Zentrum mehrere Tagungen, bei denen Frauen gezeigt werden sollte, wie sie ihre Interessen mit friedlichen und konstruktiven Mitteln artikulieren und verteidigen können. Das Zentrum und der Nationale Rat Kirgisistans für die Bekämpfung des Menschenhandels begannen mit der Ausarbeitung eines neuen Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels für die Jahre 2006 bis 2008.

Die Außenstelle Osch

2005 befasste sich die Außenstelle Osch hauptsächlich mit Wahlgängen und mit der Beobachtung der Entwicklungen nach den Ereignissen vom März in den südlichen Provinzen Dschalalabat und Osch. Die Außenstelle trug zur Organisation und Förderung vertrauensbildender Aktivitäten für Strafverfolgungsbehörden und führende Persönlichkeiten von Gemeinschaften bei, um die Spannungen abzubauen, die sich während der Ereignisse vom März verstärkt hatten. Bei diesen Sitzungen hatten beide Seiten Gelegenheit, sich über die für die Spannungen hauptverantwortlichen Faktoren klar zu werden und miteinander zukünftige gemeinsame Aktivitäten zur Verhinderung von Konfliktsituationen zu planen. Nach den gewalttätigen Ausschreitungen vom Frühjahr in Andischan im benachbarten Usbekistan strömten Flüchtlinge in die Provin-

zen Osch und Dschalalabat. Die Außenstelle überwachte gemeinsam mit anderen internationalen Partnern das Flüchtlingslager in Osch und organisierte mehrere vertrauensbildende Veranstaltungen, um die durch die Ankunft von über 400 Flüchtlingen verursachten Spannungen zu entschärfen. Die Außenstelle überwachte auch die von der Migrationsabteilung des kirgisischen Außenministeriums geleiteten Asylverfahren und das Gerichtswesen, um ein transparentes und faires Vorgehen zu gewährleisten. Den meisten Asylsuchenden wurde Flüchtlingsstatus gewährt, und sie wurden in Drittländer gebracht. Vier wurden in Untersuchungsgefängnisse eingeliefert, wo sie auf ihren Prozess warten.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

In enger Zusammenarbeit mit örtlichen Medienorganisationen richtete die Außenstelle ein Medien-Ressourcenzentrum für Journalisten in der Südprovinz Batken ein. Das Zentrum war Veranstaltungsort zahlreicher Aktivitäten, durch die Journalisten in ihrer Fähigkeit gestärkt werden sollten, Nachrichten zu melden, zu verfassen und zu veröffentlichen, und die Zusammenarbeit zwischen der staatlichen Presse und unabhängigen Journalisten verbessert werden sollte. Eine weitere Maßnahme im Medienbereich bestand in der technischen Unterstützung für einen Rundfunksender in Kysyl Kia, durch den der weitere Sendebetrieb und eine größere Reichweite auch in entlegene Gebiete sichergestellt wurde. Das Medienzentrum leistete dem Fernseher Osch Hilfestellung bei der Produktion und Ausstrahlung von Dokumentationen über die Lage in weiter entfernten Gebieten.

Wirtschaftsentwicklung. Die Außenstelle sah eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Süden Kirgisistans zu verbessern, indem sie den örtlichen Wirtschaftstreibenden zeigte, wie sie ihre wirtschaftlichen Interessen gegenüber den örtlichen und den zentralen Behörden vertreten können. Ziel dieser Initiativen war es, die süd-kirgisische Geschäftswelt verstärkt in Entscheidungen über die Wirtschaftspolitik und die Wirtschafts-

gesetze einzubinden. Ein weiterer Schwerpunkt war die Frage der Arbeitslosigkeit und ihrer Konsequenzen für die Entwicklung der örtlichen Wirtschaft. Die Außenstelle förderte örtliche Bildungseinrichtungen und die Organisation konkreter, auf praktische Arbeit abgestellter Ausbildungskurse für Jugendliche und Arbeitslose. Die Außenstelle befasste sich in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit und sozialen Schutz mit den Bedürfnissen der schwächsten sozialen Gruppen im Rahmen mehrerer Veranstaltungen für Sozialplanung unter Mitwirkung der Beteiligten.

Förderung der Menschenrechte und Bekämpfung des Menschenhandels. Die Außenstelle richtete ein Menschenrechts- und Lobbyingzentrum ein, das von den meisten Menschenrechts-NROs in Südkirgisistan als Ort der Begegnung sowie zur Durchführung von Lobbying-Kampagnen zu drängenden Fragen genutzt wird. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt 2005 betraf den Menschenhandel. Die Außenstelle führte gemeinsam mit örtlichen

NROs mehrere Aufklärungskampagnen durch, die potenzielle Opfer wie etwa im Sexgewerbe tätige Personen und Wanderarbeitnehmer auf die Gefahren des Menschenhandels aufmerksam machten.

Nuripa: Neustart für ein Opfer des Menschenhandels

Bei der OSZE treffen wir über Vermittlung einer Frau namens Gulbara aus dem Bezirk Usgen der Provinz Osch ein Opfer von Menschenhandel:

Die junge Frau und ihr Ehemann nahmen ein Jobangebot in Kasachstan an, für das sie gut entlohnt werden sollten. Als sie ankamen, musste die junge Frau feststellen, dass die seit langem versprochene Arbeit nicht verfügbar war. Stattdessen wurde sie angewiesen, in einer Tabakplantage zu arbeiten. Sie arbeitete hart, erhielt aber niemals einen Lohn.

„Lange Zeit hatten wir kein Geld. Wir erhielten nur Versprechungen. Es gab nicht einmal medizinische Betreuung,“ sagt Nuripa, eine 22-jährige Frau aus Usgen.

Sie und ihr Mann beschlossen wegzugehen, hatten aber nicht ge-

nug Geld, um nach Kirgisistan zurückzukehren. Und hier kam die OSZE ins Spiel.

„Wir machten uns ein Bild von ihren Bedürfnissen und boten ihr im Rahmen unseres Projekts zur Bekämpfung des Menschenhandels in Südkirgisistan einen Computerkurs an. Nachdem sie den Kurs erfolgreich absolviert hatte, wurde sie in der örtlichen Schule als Systemadministrator angestellt,“ sagt Jérôme Bouyjou, der Leiter der Außenstelle Osch.

„Die willensstarke und engagierte Nuripa beschloss jedoch, dass ihr das noch nicht genügte. Sie ersuchte die OSZE und deren Partner, ihr die Teilnahme an anderen verfügbaren Kursen, etwa einem Nähkurs, zu ermöglichen. Derzeit nimmt sie an diesen Kursen teil.“

**Leiter der Mission:
Botschafter Markus Müller
Revidierter Haushalt: € 2.454.800
www.osce.org/bishkek**

Das Zentrum in Duschanbe

Das Zentrum in Duschanbe nahm 2005 ein Sicherheits- und Militärprojekt in Angriff, mit dem Kleinwaffen, leichte Waffen und konventionelle Munition vernichtet werden sollen, und setzte seine Arbeit in der Minenräumung fort. Seine politischen Aktivitäten konzentrierten sich auf die Ver-

besserung der Wahlordnung und auf die Aufklärung der Jugend über ihre bürgerlichen und politischen Rechte.

Das Zentrum unterstützte die tadschikische Regierung bei der Umsetzung ihrer Armutsbekämpfungsstrategie und bei der Entwicklung einer nationalen Umweltstrategie. Es

bemühte sich auch um eine Verringerung der Schädigung von Umweltsystemen und befasste sich mit den Gefahren von Atommüll.

Das Zentrum half der Regierung, die Justizreform voranzutreiben und andere Menschenrechtsverpflichtungen zu erfüllen. Es unterstützte die Ent-

wicklung regionaler Medien und half mit bei der Ausbildung junger Journalisten. Es leistete Aufklärungsarbeit und Kapazitätsaufbau, auch über Genderfragen und Menschenhandel, bei Nichtregierungsorganisationen (NROs) und den Behörden.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Kleinwaffen, konventionelle Munition und Minenräumung. Das Zentrum begann ein Programm zur Vernichtung von 21 Tonnen überschüssiger Munition und 26.000 Stück Kleinwaffen und leichten Waffen. Im Juni entsandte die norwegische Regierung einen technischen Berater zur Unterstützung bei der Durchführung dieser Initiative. Finnland, die Niederlande, Norwegen, Slowenien, Schweden und die Vereinigten Staaten sagten Finanzierungsmittel zu. Vorerst soll das Programm dem Aufbau nationaler Kapazitäten zur Vernichtung konventioneller Waffen dienen. Zu diesem Zweck wurde im November in Lohur, 30 km von Duschanbe, ein Schulungszentrum für Kampfmittelentsorgung und ein Sprengplatz eröffnet. Ein französisches Team schulte dort 13 Mitarbeiter aus dem Verteidigungs- und dem Innenministerium, wobei im Zuge dieser Ausbildung 8,5 Tonnen Munition zerstört wurden. Weitere Ziele dieses Programms sind der Aufbau von Kapazitäten zur Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen, die Erhöhung der Sicherheit von Lagerbeständen an solchen Waffen und die Errichtung eines Munitionslagers für das tadschikische Staatskomitee für Grenzschutz.

Das Zentrum unterstützte das Verteidigungsministerium bei der Wiederherstellung einer Anbindung seines Verifikationszentrums an das OSZE-Kommunikationsnetz, das zur Unterstützung der Umsetzung des Wiener Dokuments 1999 geschaffen wurde, in dem Verfahren für den Informationsaustausch, die Zusammenarbeit, Besuche und die

Beobachtung von Aktivitäten im militärischen Bereich zwischen den Teilnehmerstaaten festgelegt sind. Tadschikische Inspektoren wurden in der Umsetzung des Wiener Dokuments geschult, da das Zentrum 2006 eine Reihe von Inspektionen, wie sie im Dokument vorgesehen sind, durchzuführen beabsichtigt.

Das Zentrum wies seinem Minenräumprogramm 360.000 Euro zu. Der Durchführungspartner, die NRO *Fondation Suisse de Déminage*, machte 125.000 Quadratmeter Land minenfrei. Sie zerstörte außerdem 4.546 Tonnen nicht explodierter Kampfmittel, 1.032 Antipersonenminen und eine Panzerabwehrmine. Zum Aufbau nationaler Kapazitäten führte es Schulungen in den Bereichen medizinische Traumata, Grundsätze der Minenräumung und Landvermessung durch.

Wahlen und politischer Dialog. Durch Treffen des tadschikischen Öffentlichen Rates förderte das Zentrum den offenen Dialog zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft. Der Rat setzt sich aus 70 Vertretern staatlicher Dienststellen, politischer Parteien und der Zivilgesellschaft zusammen, die dringende soziale Fragen erörtern und sich dazu um Konsens bemühen. In mehreren Seminaren, die der Förderung der Toleranz in Südtadschikistan dienten, wurde die Öffentlichkeit über die Beziehungen zwischen Recht und Religion aufgeklärt. In Sommerlagern wurden Jugendliche in Staatsbürgerschaftskunde unterrichtet.

In Seminaren unter Beteiligung von Wahlkommissionen und rund 1.600 staatlichen Vertretern wurden politische Parteien im Vorfeld der Parla-

mentswahlen vom 27. Februar darin unterwiesen, wie sie sich effektiver präsentieren können.

Der Kampf gegen den Terrorismus. Anhand von Konferenzen, Aufklärungskampagnen und der Veröffentlichung von Broschüren wurde dazu beigetragen, die Verbreitung von extremistischem Gedankengut und des Terrorismus einzudämmen, wobei auf die Ursachen und die Ziele des internationalen Terrorismus eingegangen wurde. Bei diesen Veranstaltungen lernten die Teilnehmer überdies, wie sie sich selbst vor Terrorismus schützen können.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umwelt-dimension

Aufbau von Kapazitäten für Kleinunternehmen. Zur Unterstützung des Armutsbekämpfungsprogramms der Regierung finanzierte das Zentrum zahlreiche kleine Betriebsentwicklungsprojekte in den Regionen, die es den Begünstigten gestatteten, ihr eigenes Unternehmen zu gründen. Viele Projekte konzentrierten sich auf den armen Osten und Süden des Landes und vermittelten Fertigkeiten wie Nähen und Backen, wodurch Frauen, deren Männer auf der Suche nach Arbeit ins Ausland gingen, sich selbst und ihre Familien versorgen können.

In Sommerlagern, von denen zwei auch kirgisischen und afghanischen Schülern offen standen, wurden jungen Leuten, die ihre eigenes Unternehmen gründen möchten, die wichtigsten betriebswirtschaftlichen Kenntnisse vermittelt.

Rechte von Wanderarbeitneh-

mern. Alljährlich gehen hunderttausende tadschikische Bürger, die meisten von ihnen Männer, ins Ausland auf Arbeitssuche, hauptsächlich nach Russland. Viele von ihnen kennen die Zuwanderungs- und Registrierungs Vorschriften nicht und werden zu illegalen Migranten. Seit 2004 finanzieren das Zentrum und die Internationale Organisation für Migration ein Informationszentrum für potenzielle Migranten in Duschanbe.

Unterstützung für die Landreform. Seit 1996 wandelt Tadschikistan große Staatsfarmen und Kollektive in Genossenschaften um. 2004 begann ein Projekt des Zentrums zur Förderung der Landreform, in dessen Verlauf Bauern Schulung erhalten, um sicherzustellen, dass sie ihre Rechte verstehen und wissen, wann sie Anspruch auf Land haben. 2005 führte die Partner-NRO *Agence d'aide à la Coopération Technique et le Développement* in landwirtschaftlichen Betrieben, die zur Reorganisation anstehen, Schulungskurse durch.

Grenzüberschreitender Handel. Das Zentrum fördert seit 2004 die Entwicklung des Handels zwischen Tadschikistan und Afghanistan. Im Oktober wurde in Chorog, dem Verwaltungszentrum der Region Badachschan, eine internationale Konferenz über die Entwicklung des Handels zwischen den Nachbarländern der Pamirregion abgehalten. Dank dieser Konferenz kamen einige Geschäfte über Grenzen hinweg zustande.

Umweltstrategie und Umweltausbildung. Das Zentrum unterstützte Tadschikistan bei der Erstellung einer nationalen Umweltstrategie für die Jahre 2005 bis 2020. Anhand dieser Strategie sollen die Rechtsvorschriften und die institutionellen Kapazitäten verbessert sowie Schwerpunkte zur Lösung von Umweltproblemen festgelegt werden. Nach den Schulungen und Aufklärungskampagnen des Jahres 2004 pflanzten die Bewohner des Rascht-Tales im Südosten Tadschikistans auf eigene Initiative 500.000 Bäumchen, also erheblich mehr, als die im Rahmen des Projekts vorgesehenen 12.500. Mit diesen Bäumen soll der Devastierung und Bodenerosion entgegengewirkt werden.

In Informationsseminaren über die Verseuchung durch Atommüll wurde die richtige Nutzung der Wasserressourcen besprochen und örtlichen Gemeinschaften der richtige Umgang mit Naturkatastrophen näher gebracht.

Green Patrols and Ecological Summer Camps schulten 1000 Schüler aus ganz Tadschikistan in Umweltfragen. In der südlichen Region Kurgon-Teppa wurden 2100 Personen ausführlich über die Folgen der Schädigung von Ökosystemen für die Sicherheit des Menschen informiert.

Die Aarhus-Konvention. Das Aarhus-Zentrum in Duschanbe, das 2003 von der OSZE eingerichtet wurde, wirkte an der Ausarbeitung eines Gesetzes über Umweltschutz mit, gab Informationsmaterial heraus und entwarf eine Website über die Aarhus-Konvention (www.aarhus.land.ru), auf der die Umweltrechte der Öffentlichkeit aufgeführt sind. Es organisierte Seminare und öffentliche Anhörungen unter Beteiligung örtlicher Gemeinschaften und der Behörden, mit denen die Konvention besser im öffentlichen Bewusstsein verankert werden soll. Die OSZE eröffnete ein zweites Zentrum im nordtadschikischen Chudschan im Rahmen der gemeinsamen Umwelt- und Sicherheitsinitiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, der Vereinten Nationen, der OSZE und der NATO.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Hebung des Bewusstseins für die Menschenrechte. Weitgehende Unkenntnis der Menschenrechte in Tadschikistan veranlasste das Zentrum, die Öffentlichkeit über Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu informieren und darin zu schulen. Die *OSCE Human Rights Summer School* bildete zukünftige Führungskräfte in Menschenrechtsstandards und -verpflichtungen aus.

Gemeinsam mit dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte half das Zentrum mit, ein kleines Projekt für Menschenrechtserziehung in Mittelschulen zum ersten umfassenden, landesweiten Programm Tadschikistans auszubauen. Sehr bald

werden die meisten Schulen in das Programm eingebunden sein.

Rechts-, Justiz- und Strafvollzugsreform. Das Zentrum unterstützte die Regierung bei der Ermittlung von Lücken im Justizsystem und schulte NRO-Beobachter in der Beobachtung und Analyse von Gerichtsverfahren nach den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren. Allein das Vorhandensein inländischer Beobachter, etwas völlig Neues in Tadschikistan, brachte vielen Gerichtshöfen die Standards für faire Gerichtsverfahren zu Bewusstsein.

Eine Kultur der Rechtsstaatlichkeit bedeutet auch, dass gewöhnliche Bürger Zugang zur Justiz haben. Im Rahmen seines Projekts für Individualbeschwerden im Bereich der Menschenrechte finanzierte das Zentrum Schulungen für Rechtsanwälte aus allen Regionen, damit diese den von solchen Verstößen Betroffenen besser helfen können.

Ein Runder Tisch befasste sich mit der Humanisierung des tadschikischen Strafgesetzbuchs, mit Alternativen zu Gefängnisstrafen und gemeinsamen Bemühungen der Regierung und der Zivilgesellschaft um die Entwicklung alternativer Strafen.

Minderheitenrechte. Eine Enquête über Minderheiten und eine 2005 eingerichtete Website sollen Einblick in die Lage nationaler Minderheiten geben und der Regierung einen besseren Rahmen für ihre politischen Entscheidungen vorgeben.

Medienentwicklung. Das Zentrum erweiterte die Aktivitäten des 2004 gegründeten Ressourcenzentrums für Medien, das nun auch Schulungen für Journalisten in journalistischen Kenntnissen und Informationstechnologie umfasst. Im Zuge des einmonatigen Intensivkurses *Master School of TV Journalism* wurden 13 junge Leute mit den Grundlagen des Fernsehjournalismus vertraut gemacht, vom richtigen Umgang mit einer TV-Kamera bis zur Produktion von Nachrichtensendungen. Zur Verbesserung der Qualität der Internet-Nachrichten im FerganaTal wurden weitere Schulungskurse abgehalten und die Online-Presseagentur *Varorud* (www.varorud.org) auf den neues-

ten Stand gebracht.

Das Zentrum in Duschanbe setzte seine Unterstützung für die süd-tadschikischen Regionalzeitungen *Kuljabskaja Prawda* (in Russisch und Tadschikisch) und *Bomdod* (in Tadschikisch) sowie für die Zeitschrift *Nafosat* in usbekischer Sprache für die usbekischsprachige Minderheit fort.

Hebung des Genderbewusstseins. Das Zentrum organisierte für Mitarbeiter des staatlichen Fortbildungsinstituts für Staatsbedienstete Tadschikistans Kurse in Gendererziehung. Im Rahmen dieses Projekts, das auch 2006 fortgeführt werden wird, wurde eine allgemeine Beurteilung des Wissensstandes und der Sensibilität der Staatsbediensteten für Gleichberechtigungsfragen vorgenommen; das Projekt dient auch der Ausarbeitung von Ausbildungsmodulen für verschiedene tadschikische Ministerien.

Häusliche Gewalt: Ein Neubeginn für Nargis und ihren Mann

Mit Hilfe von US-Geldern konnte das OSZE-Zentrum im Juli das erste Heim für Opfer von häuslicher Gewalt in Tadschikistan eröffnen.

Im August wurde eine 33-jährige Frau, die wir Nargis nennen wollen, im Heim aufgenommen und beraten; sie war von ihrem Mann immer wieder geschlagen, sexuell miss-

braucht und psychisch misshandelt worden. In Anwesenheit eines Rechtsanwalts unterzeichnete ihr Ehemann in der Folge eine Erklärung, in der er versprach, Übergriffe gegen Nargis künftig zu unterlassen, und zusagte, sich widrigenfalls einem Gerichtsverfahren zu stellen. Er bat darüber hinaus um eine zweite Chance, um die Familie wieder zusammenzuführen.

„Nargis ist kürzlich nach Hause zurückgekehrt und macht derzeit gemeinsam mit ihrem Mann eine Therapie im Heim,“ erklärte Mawsona Chakimbajewa, die Leiterin des Heims. „Sie scheinen ein harmonischeres Leben zu führen, und ich betrachte ihren Fall als Erfolg.“

Seit der Eröffnung des Heims in Chudschand in Nordtadschikistan wurden in seinen Räumlichkeiten 160 und über die telefonische Helpline 580 psychologische Beratungen durchgeführt. Fast 20 Frauen fanden Zuflucht im Zentrum.

Ressourcenzentren für Frauen.

Die OSZE finanzierte neun Ressourcenzentren für Frauen in den Regionen. Diese Zentren informieren Frauen über die Menschenrechte, bieten ihnen kostenlose Rechtsberatung und psychologische Betreuung und helfen ihnen, beruflich verwertbare Kenntnisse zu erwerben. Alphabetisierungsgruppen halfen Landmädchen, ihren durch Armut und den Bürgerkrieg

verursachten Bildungsrückstand aufzuholen.

Das OSZE-Projekt „Frauenrechte im Islam“ aus dem Jahr 2004 wurde mit Seminaren und TV-Programmen über die Gleichberechtigung der Geschlechter, bei denen das laizistische Recht dem traditionellen und dem Scharia-Recht gegenübergestellt wurde, fortgesetzt. Die letzten drei abschließenden Seminare wurden für Studenten von Islamschulen in Nordtadschikistan abgehalten.

Der Kampf gegen den Menschenhandel. Das Zentrum finanzierte die Erstellung des ersten Berichts Tadschikistans über die Umsetzung des *Protokolls von Palermo zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels*, in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Dadurch konnten Schwachstellen in den nationalen Rechtsvorschriften und Praktiken erkannt und ein nationaler Aktionsplan gegen den Menschenhandel ausgearbeitet werden.

Leiter des Zentrums:
Botschafter Alain Couanon
Revidierter Haushalt: € 3.728.900
www.osce.org/tajikistan

Das Zentrum in Taschkent

Die Arbeit des Zentrum im politisch-militärischen Bereich konzentrierte sich 2005 auf den Kampf gegen den Terrorismus, die Vernichtung unbenutzter Raketentreibstoffkomponenten, die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und die Stärkung

der Grenzsicherheit, alles Fragen, die zu den von den usbekischen Behörden genannten Sicherheitsanliegen zählen.

Im wirtschaftlichen Bereich war das Zentrum gemeinsam mit usbekischen Bauern bemüht, deren Rechtsschutz zu verbessern, und es schulte

Frauen und Jugendliche im unternehmerischen Handeln. Es half mit, das öffentliche Bewusstsein für Umweltfragen zu heben und leistete Hilfestellung bei der Ausarbeitung eines Lehrplans für ein Unterrichtsfach Gewässerschutz an Mittelschulen, da das Land sehr arm an Res-

ourcen ist.

In der menschlichen Dimension startete das Zentrum ein Projekt zur Förderung eines interkulturellen Studentenaustauschs, und es setzte seine Arbeit zur Gefängnisreform und zur Rechtserziehung fort.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus. Das Zentrum entwickelte ein Langzeitprogramm, mit dem Usbekistan bei der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus unterstützt werden soll. Nach einem Workshop, das im Dezember 2004 in Taschkent stattgefunden hatte, führte das Zentrum Gespräche mit der Regierung über ein mögliches Projekt zur Verbesserung des nationalen Reisepasssystems.

Es sorgte dafür, dass offizielle Vertreter Usbekistans an mehreren Expertenworkshops der Gruppe Terrorismusbekämpfung des OSZE-Sekretariats teilnehmen konnten, darunter jene über *Containersicherheit* (Februar), *Zusammenarbeit in strafrechtlichen Fällen mit Terrorismusbezug* (April), *Selbstmordterrorismus* (Mai) und *Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken* (Oktober).

Förderung der Grenzsicherheit. Das Zentrum ermöglichte fünf Experten des afghanischen Grenz- bzw. Zolldienstes die Teilnahme an einem regionalen Schulungskurs für spezialisierte Hundeführer in Zentralasien, der in Taschkent im Rahmen des UNDP/EU-Grenzmanagementprogramms für Zentralasien abgehalten wurde. Fünf weitere Teilnehmer kamen aus Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan. Mit dem Schulungskurs sollte Folgendes erreicht werden:

- Verbesserung der praktischen und theoretischen Kenntnisse von Hundeführern/auszubildern
- Ausbildung von Hunden zum Aufspüren von Drogen und Sprengstoff
- Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit zwischen Ver-

tretern von Hundeausbildungszentren und Hundeführern in Zentralasien

Vernichtung einer toxischen Raketentreibstoffkomponente. Im Januar langte beim Zentrum ein offizielles Ersuchen des Verteidigungsministeriums um Unterstützung bei der Vernichtung von Lagerbeständen einer toxischen Raketentreibstoffkomponente ein. Rund 1.000 Tonnen des flüssigen Treibstoffs befinden sich in Oqtosh in der Region Samarkand. (Mehr zu diesem Thema siehe S. 13.)

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Das Zentrum sorgte für die Teilnahme einer usbekischen Delegation an einem Vorbereitungsseminar zum 13. OSZE-Wirtschaftsforum zum Thema *Migration aus Sicht der Wirtschaft, der Umwelt und der Sicherheit* in Almaty. Die Delegation bestand aus Vertretern des Innenministeriums, des Zentrums für effektive Wirtschaftspolitik, des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Arbeit und sozialen Schutz der Bevölkerung sowie des Zentrums für Sozial- und Marktforschung.

Unterstützung für die Entwicklung der Landwirtschaft. Gemeinsam mit dem Bauernverband Usbekistans organisierte das Zentrum Schulungskurse zur Entwicklung der Landwirtschaft. Das Projekt gab rund 520 Bauern Gelegenheit, praktische Fragen wie Vertragsbeziehungen, Steuer- und Versicherungsfragen sowie Bewässerung, Bodennutzung und Bodenproduktivität zu diskutieren. Anhand der von den Teilnehmern aufgezeigten Hindernisse, mit denen sie

als Unternehmer konfrontiert sind, erarbeitete das Zentrum eine Reihe von Empfehlungen. Das Zentrum setzte sich auch für eine Schiedsgerichtsbarkeit ein. Ziel der von einer Nichtregierungsorganisation, dem *Legal Problems Research Centre*, durchgeführten zweitägigen Kurse war es, in den Provinzen eine Schiedsgerichtsbarkeit einzuführen und den Rechtsschutz für Bauern zu fördern, indem örtliche Rechtsanwälte in der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Bauern und in einer entsprechenden Rechtsberatung geschult wurden.

Bachtjor Toschpulatow erstellt einen Geschäftsplan

Die Entwicklung unternehmerischer Initiativen ist von lebenswichtiger Bedeutung für den Übergang Usbekistans zur Marktwirtschaft. Es herrscht hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere in ländlichen Gebieten. Viele junge Leute haben große Schwierigkeiten, Arbeit zu finden, da Arbeitsplätze knapp sind und sie über keine praktischen unternehmerischen Fähigkeiten verfügen.

Das Zentrum in Taschkent ist bemüht, die Chancen für junge Leute zu verbessern und sie dadurch von der Abwanderung ins Ausland abzuhalten, soziale Spannungen zu verringern und der Wirtschaft des Landes Impulse zu geben. Mit Hilfe der Republikanischen Jugend-Sozialbewegung *Kamolot* organisiert das Zentrum eine Reihe von Schulungsworkshops, die jungen Usbeken helfen sollen, selbst einen Geschäftsplan zu entwickeln und ihre eigenen Interessen zu vertreten.

Bachtjor Toschpulatow produziert und verkauft Sportbälle. Er nahm an einem von der OSZE gesponserten Jungunternehmerprojekt in seiner Heimatprovinz Fergana teil. Eine Expertenkommission

wählte den von ihm vorgelegten Plan zur Erweiterung seines Geschäftsbereichs und zur Produktion weiterer Arten von Bällen für einen größeren Markt zur Finanzierung aus.

„Dank der OSZE-Schulung weiß ich nun mehr über privates Unternehmertum und rechtliche Fragen,“ sagte er. „Dadurch konnte ich die Schwerpunkte und die Möglichkeiten meines eigenen Geschäftsplans selbst bestimmen.“

Auf die Frage nach seinen zukünftigen Plänen erklärte Toschpulatow, er wolle sein Produkt national und international bekannt machen – ein ehrgeiziger Plan für den jungen Unternehmer. Doch mit der Unterstützung seines Landes und des OSZE-Zentrums ist es durchaus denkbar, dass es ihm gelingt.

Frauen als Unternehmer. Das Zentrum setzte sein Projekt für Unternehmerinnen fort und beriet rund 125 Frauen in rechtlichen und praktischen Aspekten des Geschäftslebens. Auf Ersuchen des Frauenkomitees Usbekistans führte das Zentrum Workshops in jenen fünf Provinzen durch, die vom Programm des Jahres 2004 nicht erfasst waren. Das Frauenkomitee möchte mit diesen Unternehmerinnen in Kontakt bleiben und ihnen bei der Beschaffung von Krediten zur Gründung ihrer eigenen Unternehmen helfen. Das ganze Jahr hindurch bot das Frauenkomitee / das OSZE-Informationszentrum Frauen, die Unternehmerinnen werden wollen, kostenlose Rechtsberatung in Wirtschaftsfragen an.

Der Kampf gegen Korruption. Das Zentrum stellte weitere Exemplare der usbekischen Ausgabe seines Handbuchs *Best Practices in Combating Corruption* unter anderem für die Generalstaatsanwaltschaft und den Obersten Wirtschaftsgerichtshof zur Verfügung.

Tourismus. Das Zentrum führte eine OSZE-Initiative zur Förderung der Entwicklung von Kleinbetrieben im Tourismussektor fort. In der ersten Phase untersuchte das Projekt die Bedingungen und Erfolgchancen der Entwicklung des Fremdenverkehrs in den Provinzen Surchandarja und Kaschkadarja.

Mitsprache der Öffentlichkeit in Entscheidungen in Umweltangelegenheiten. Das Zentrum unter-

stützte das für die Mitsprache der Öffentlichkeit in Umweltfragen ein tretende Zentrum *Armon* und förderte zu diesem Zweck in mehreren Provinzen einige Diskussionsrunden über Umweltsicherheit und Bürgerinitiative. Die Teilnehmer diskutierten über gefährlichen Industriemüll und dessen Auswirkungen auf den Zustand der Umwelt und das soziale Wohl. Im Rahmen des Projekts konnten sich Bürger in Umweltangelegenheiten kostenlos rechtlich beraten lassen.

Der Kampf gegen den illegalen Drogenhandel. Das Zentrum sponserte die Veröffentlichung von 1.000 Exemplaren einer Informationsbroschüre über die Drogensituation in Zentralasien 2004. Diese jährlich erscheinende Publikation wird vom örtlichen Partner, dem *National Center on Drug Control*, unter der Schirmherrschaft des usbekischen Ministerkabinetts produziert. Die Informationen in der einschlägige internationale und nationale Organisationen kostenlos verteilten Broschüre stammen aus den nationalen Zentren für Drogenkontrolle in Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan.

Förderung des Unternehmertums und des Umweltschutzes in Mahallas. Das Zentrum und die nationale *Mahalla*-Stiftung örtlicher Gemeinschaftsorganisationen veranstalteten in einigen Provinzen Usbekistans Workshops im Rahmen der Serie mit dem Titel „*Mahallas: Förderung des Unternehmertums und des Umweltschutzes*“. In diesen Workshops werden Führungskräfte der *Mahallas* über Wirtschafts- und Umweltrecht, den sparsamen Einsatz von natürlichen Ressourcen, Hausmüllaufbereitung und Unternehmertum informiert.

Umwelterziehung für Schüler. In Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Informationszentrum der Zwischenstaatlichen Wasserkoordinationskommission für Zentralasien unterstützte das Zentrum die Ausarbeitung eines Lehrplänenentwurfs für Mittelschulen zu Fragen des Gewässerschutzes. Das wissenschaftliche Informationszentrum stellte Mittelschullehrern den Lehrplan vor und organisierte ein zehntägiges Sommerlager für Schüler aus den Provinzen, bei denen den Jugendlichen Umweltfragen zu Bewusstsein gebracht

wurden.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels. Das Zentrum organisierte eine Studienreise für Mitglieder einer organisationsübergreifenden Arbeitsgruppe von Strafverfolgungsbeamten und Vertretern der Zivilgesellschaft in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und nach Italien, die Transit- und Zielländer sind. Diese Studienreise und regelmäßige gemeinsame Sitzungen halfen mit, die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft und die Koordination im Vorgehen gegen den Menschenhandel effektiver zu machen. Das Zentrum unterstützte darüber hinaus Kleinprojekte vor Ort, die dem Zweck dienten, die Frage in das allgemeine Bewusstsein zu rücken und Risikogruppen in Termes, Samarkand und Fergana risikobewusster zu machen. Zur Unterstützung einer Initiative einer NRO in Navoji veröffentlichte das Zentrum die Broschüre *Make your own choice*. Das Zentrum bildete ferner rund 1.500 Ermittler in Erkennungs- und Untersuchungsmethoden für Straftaten in Verbindung mit Menschenhandel aus.

Förderung der Eigenständigkeit von Frauen. Das Zentrum konzentrierte seine Arbeit in diesem Bereich auf die Erhöhung der Fähigkeiten von Frauenorganisationen zum Lobbying sowie zur Überwachung der Frauenrechte und Berichterstattung über deren Einhaltung. Seine besondere Aufmerksamkeit galt einem gemeinsamen Ombudsmann, einer Initiative der Zivilgesellschaft zur Ausbildung nationaler Experten im Hinblick auf die Umsetzung, Beobachtung und Berichterstattung im Sinne des *Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau*.

Gefängnisreform. Das Zentrum widmete sich der weiteren Humanisierung und Liberalisierung des Strafvollzugssystems. Es unterstützte die Behörden sowie NROs durch die Bereitstellung von Literatur, die Erarbeitung von Reforminitiativen und den Aufbau von Kapazitäten. Seine Unterstützung galt hauptsächlich usbekischen NROs, die Strafvollzugsanstalten überwachen. Das Zentrum schulte NRO-

Vertreter aus verschiedenen Regionen in Menschenrechtsmonitoring und baute damit entsprechende Kapazitäten auf, damit auch Gefängnisse in anderen Gebieten überwacht werden können. Es half mit, im Schulungszentrum für Justizvollzugsbeamte einen Ressource-Unit bestehend aus einer Fachbibliothek und einem Computerraum mit ständigem Zugang zum Internet einzurichten.

Unterstützungsprogramm für Rechtserziehung. Das Zentrum, die US-Botschaft, die *American Bar Association* und das Zentraleuro-

päische und Eurasische Rechtsinstitut starteten ein Programm mit Kursen für Ausbilder, das die laufende Rechtsausbildung für Staatsanwälte durch praktische Übungen ergänzt. Die ersten Kurse dieser Art waren dem Schutz der Rechte des Angeklagten bei der ersten Einvernahme sowie den professionellen Standards für Staatsanwälte gewidmet.

Jugendarbeit. Gemeinsam mit drei örtlichen NROs initiierte das Zentrum das Projekt „Die Jugend des XXI. Jahrhunderts“. Dabei werden Jugendliche in die Entwicklung der

Gesellschaft einbezogen und der Dialog, die kritische Debatte und der interkulturelle Austausch zwischen Schülern gefördert. Im Rahmen dieses Projekts nehmen junge Leute an Seminaren und Sommerkursen zu Themen wie Toleranz und Multikulturalismus, Konfliktverhütung und die Rolle der Jugend in der Gesellschaft teil.

Leiter des Zentrums:
Botschafter Miroslav Jen_a
Revidierter Haushalt: € 1.275.900
www.osce.org/tashkent

Der OSZE-Vertreter in der estnischen Expertenkommission für pensionierte Militärangehörige

Hauptaufgabe des Vertreters ist die Teilnahme an der Arbeit der estnischen Experten-

kommission für pensionierte Militärangehörige, die an die Regierung Empfehlungen betreffend

die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für pensionierte russische Militärangehörige richtet,

die nach dem Abzug des Großteils der russischen Streitkräfte 1994 in Estland geblieben sind.

Aktivitäten und Entwicklungen

Bearbeitung von Anträgen auf befristete Aufenthaltsgenehmigungen. In den sechs Sitzungen 2005 gelang es der Kommission, die Anzahl der Rentner und ihrer Familienangehörigen, die über kurzfristige Aufenthaltsgenehmigungen (ein bis drei Jahre) verfügen, auf nur mehr 27 zu verringern. Ihre Zahl betrug 2004 300 und im Jahr 2003 450 Personen.

Aufgrund der Arbeit der Kommission verfügen nun 5.665 Personen von insgesamt 5.692 über eine langfristige Aufenthaltsgenehmigung (vier bis fünf Jahre).

Unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen. Das Fremden-gesetz wurde dahingehend abgeändert, dass seit 1. Januar 2004 pensionierten Militärangehörigen keine unbefristeten Aufenthaltsgenehmigungen mehr ausgestellt werden dürfen. Nach einem diesbezüglichen Entscheid des Staatsgerichts aus dem Jahr 2005 bewilligten die estnischen Behörden schließlich die Überprüfung von rund 250 Fällen, die bereits anhängig waren, als die Gesetzesnovelle kundgemacht wurde.

Etwa 5.500 Personen beantragten vor der Novellierung des Fremden-gesetzes keine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung, was immer ihre Beweggründe dafür waren. Nun haben sie keinen unmittelbaren

Regressanspruch auf eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung.

Die Arbeit der OSZE für die Kommission. Die Kommission für pensionierte Militärangehörige bearbeitet Anträge auf befristete und unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen für Rentner und ihre Familien, die unter das *Estnisch-russische bilaterale Abkommen von 1994 über Sozialgarantien* fallen. Der OSZE-Vertreter leistete weiter Hilfestellung bei der Lösung mehrerer schwierig gelagerter Anträge auf Aufenthaltsbewilligung und wird die estnische Kommission für pensionierte Militärangehörige auch weiterhin in ihrer Arbeit unterstützen.

OSZE-Vertreter: Uwe Mahrenholtz
Revidierter Haushalt: € 105.000

Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Wie schon in den vergangenen Jahren leistete der OSZE-Vertreter Hilfeleistung bei der Umsetzung des Abkommens von 1994 zwischen der lettischen und der russischen Regierung über soziale Garantien für die in Lettland wohnhaften pensio-

nierten Militärangehörigen der Russischen Föderation und ihre Familien.

Nach Artikel 2 dieses Abkommens hat der OSZE-Vertreter die Aufgabe,

- gemeinsam mit der lettischen und der russischen Seite Beratungen in

Fragen der Rechte von pensionierten Militärangehörigen zu prüfen,

- bei der Annahme von Empfehlungen und Beschlüssen auf Konsensbasis mitzuwirken und
- auf Ersuchen einer der Seiten Fragen betreffend die Anwendung des Ab-

kommens zu prüfen.

Im Jahr 2005 waren insgesamt 17.202 Personen anspruchsberechtigt im Sinne des Abkommens, 674 weniger als 2004. Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Abkommens 1994 waren es insgesamt 22.320 Personen.

Aktivitäten und Entwicklungen

Abfederung möglicher Härten.

Die in jüngster Zeit von pensionierten Militärangehörigen eingelegten Beratungen betreffend soziale Fragen wurden von den zuständigen örtlichen lettischen Verwaltungsorganen in Zusammenarbeit mit den zuständigen russischen Behörden größtenteils gelöst.

Wie schon 2004 nahmen Wohnrechtsfragen in so genannten „entnationalisierten“ Wohnungen und Häusern an Bedeutung zu, da von diesen Fragen eine zunehmende

Zahl von Rentnern und deren Familien betroffen war. Lettland verabschiedete 1991 ein Gesetz zur Regelung der Rückgabe von nationalisiertem Eigentum an seine rechtmäßigen Eigentümer bzw. deren Nachkommen. Die Entnationalisierung begann 1993/1994, wobei den in diesen Häusern oder Wohnungen lebenden Mietern für die Dauer von sieben Jahren besonderer Schutz eingeräumt wurde. Die lettischen Behörden boten betroffenen Rentnern günstigste Finanzkonditionen an und setzten Obergrenzen für die Mieten in „entnationalisierten“ Häusern, die bis Ende 2007 gelten sollen.

Beihilfen für Umsiedler. Die lettischen Behörden haben sich mit der Problematik von Rentnern befasst, die von Lettland nach Russland übersiedeln wollen. Am 1. Januar 2006 trat das lettische Finanzhilfeprogramm für die Umsiedlungsfrage in Kraft.

OSZE-Vertreter:
Helmut Napiontek
Revidierter Haushalt: € 8.300

Institutionen

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Hoher Kommissar für nationale Minderheiten

Beauftragter für Medienfreiheit

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Das BDIMR ist die wichtigste Institution in der menschlichen Dimension der OSZE, einem umfangreichen Konzept, das folgende Bereiche einschließt: den Schutz der Menschenrechte, die Entwicklung demokratischer Gesellschaften mit den Schwerpunkten Wahlen, Aufbau von Institutionen und Governance, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Förderung der aufrichtigen Achtung und des gegenseitigen Verständnisses zwischen Menschen und Nationen.

Der österreichische Diplomat Botschafter Christian Strohal steht dem BDIMR seit März 2003 vor. Das Büro beschäftigt rund 125 Mitarbeiter aus 27 der 55 OSZE-Teilnehmerstaaten.

Der Einsatzbereich des in Warschau (Polen) angesiedelten Büros erstreckt sich über die gesamte OSZE-Region und umfasst Aktivitäten wie die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Förderung und den Schutz der Menschenrechte, die Befassung mit einschlägigen Schwachstellen sowie die Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen. Das Büro informiert auch immer öfter den Amtierenden Vorsitzenden über Entwicklungen in diesen Bereichen, etwa über schwere Menschenrechtsverletzungen, und trägt damit zur Frühwarnfunktion der OSZE bei.

Als die führende Wahlbeobachtungsorganisation in der Region beobachtete das BDIMR in den letzten Jahren Wahlgänge im gesamten OSZE-Gebiet, von den Vereinigten Staaten im Westen bis in die östlichsten Gebiete Russlands und viele Orte dazwischen. 2005 führte das BDIMR insgesamt zehn Beobachtungs- oder Beurteilungsmissionen sowohl in neuen als auch in langjährigen Demokratien durch. Es war bemüht, Wahlbeobachter aus einer möglichst großen Anzahl von Ländern aus der ganzen OSZE-Region heranzuziehen und die Kompetenz der von

Regierungen oder Nichtregierungsorganisationen entsandten Beobachter zu erhöhen.

Über sein neues *Toleranz- und Nichtdiskriminierungsprogramm* leitete das Büro Bemühungen zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten beim weiteren Aufbau ihrer Kapazitäten im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung im gesamten OSZE-Raum ein. Es wurden Projekte entwickelt, die Daten über Häufigkeit und Art der verübten Hassdelikte sammeln, bewährte Praktiken im Vorgehen gegen Hassdelikte fördern und Strafverfolgungsbeamte, die in der Verteidigung gegen alle Formen von Hass und Diskriminierung an vorderster Front stehen, gezielt ausbilden.

Wahlen

In Anerkennung der Tatsache, dass ein demokratischer Wahlprozess die Grundlage einer demokratischen Staatsführung ist, bemüht sich das BDIMR um ein höheres Maß an Integrität in den Wahlprozess und um eine Verbesserung der gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen für Wahlen.

Im Rahmen der acht Wahlbeobachtungsmissionen und zwei Beurteilungsmissionen des Jahres 2005 wurden über 3.000 Beobachter eingesetzt. Zusätzlich wurden 113 Kurzzeit- und 19 Langzeitbeobachter über den freiwilligen Fonds des BDIMR für die Diversifizierung der Beobachtungsmissionen finanziert, der eingerichtet worden war, um eine verstärkte Teilnahme von Staatsangehörigen der 19 Teilnehmerstaaten zu ermöglichen, die Beobachter zu BDIMR-Beobachtungsmissionen entsenden können, dies jedoch möglicherweise nicht regelmäßig tun.

Terminplan der BDIMR-Wahlbeobachtungs- und Beurteilungsmissionen 2005

Land	Art der Wahl	Datum
Kirgisistan	Parlamentswahlen	27. Februar / 13. März
Tadschikistan	Parlamentswahlen	27. Februar / 13. März
Moldau	Parlamentswahlen	6. März
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	Kommunalwahlen	13. März / 27. März / 10. April
Vereinigtes Königreich	Allgemeine Wahlen	5. Mai
Bulgarien	Parlamentswahlen	25. Juni
Albanien	Parlamentswahlen	3. Juli / 21. August
Kirgisistan	Vorgezogene Präsidentenwahlen	10. Juli
Aserbaidshchan	Parlamentswahlen	6. November
Kasachstan	Präsidentenwahlen	4. Dezember

Das BDIMR entsandte ferner kleine Expertenteams zur Beurteilung der Wahlen durch OSZE-Feldeinsätze in den beiden Fällen, in denen keine Beobachtungsmission durchgeführt wurde. Es waren dies die Nachwahlen zu den Parlamentswahlen in Georgien und die Kommunalwahlen in Moldau.

Das BDIMR und das OSZE-Sekretariat führten 2005 gemeinsam zwei Einsätze außerhalb des OSZE-

Raums durch: Sie entsandten ein Team zur Erhebung des Schulungsbedarfs in die palästinensischen Gebiete während der Präsidentenwahlen im Januar und ein Wahlunterstützungsteam zu den Parlamentswahlen in Afghanistan im September. (Mehr zu diesem Thema siehe S. 26.)

Reform und Überprüfung der Wahlordnung. Rechtliche Rahmenbedingungen, die nicht in ausreichenden

dem Maße die OSZE-Verpflichtungen wiedergeben, sind keine gute Voraussetzung für die Durchführung wirklich demokratischer Wahlen. Zur Behebung gesetzlicher Schwachstellen in vielen Ländern greift das BDIMR auf einen freiwilligen Fonds zurück, der es erlaubt, eine fundierte Fachberatung zu Fragen der Reform von wahlbezogenen Gesetzen anzubieten. 2005 gab das Büro gemeinsam mit der Venedig-Kommission des Europarats einige Empfehlungen ab, darunter über Änderungen der Wahlordnung Aserbaidschans, die geänderte Wahlordnung Moldaus, die Gesetzesnovelle der Ukraine über die Wahl von Parlamentsabgeordneten, das Gesetz über die staatliche Wahlkommission Kroatiens sowie Änderungen zur Wahlordnung Armeniens. Das BDIMR nahm außerdem eine unabhängige Überprüfung des usbekischen Parlamentswahlgesetzes vor.

Maßnahmen aufgrund von Empfehlungen und deren Umsetzung. Das BDIMR hat entsprechende Kapazitäten geschaffen, um die in seinen Beobachtungsberichten enthaltenen Empfehlungen zu verfolgen, und bietet bei Bedarf Hilfestellung bei der Umsetzung dieser Empfehlungen an. 2005 führte das BDIMR konkrete Folgebesuche in Albanien, in der Ukraine, den Vereinigten Staaten und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien durch.

Neue Herausforderungen und neue Verpflichtungen. Im Zuge seiner Beobachtungsaktivitäten stößt das BDIMR immer wieder auf neue Probleme, die die Abhaltung demokratischer Wahlen behindern können und unter anderem auch mit der Einführung neuer Wahltechniken und -verfahren zu tun haben. Dieses Thema war einer der Schwerpunkte in den Erörterungen auf dem *Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension über die Herausforderungen von Wahltechniken und -verfahren* im April. Die Teilnehmerstaaten wurden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass neu eingeführte Wahltechniken das Vertrauen einer breiten Öffentlichkeit genießen.

Die Staaten haben Erörterungen über zusätzliche Verpflichtungen im Umgang mit diesen neu aufgetretenen Herausforderungen aufgenommen. Das BDIMR berief im September eine Expertentagung ein, die sich mit der Notwendigkeit zusätzlicher Verpflichtungen befassen sollte. Das Ergebnis dieser Arbeit war ein Dokument mit dem Titel *Explanatory Note on Possible Additional Commitments for Democratic Elections*, das den OSZE-Teilnehmerstaaten zugeleitet wurde. Nach Ansicht des BDIMR könnten drei Grundprinzipien, die das Wesen demokratischer Wahlen ausmachen, – Transparenz, Rechenschaftspflicht und öffentliches Vertrauen – die Grundlage für zusätzliche Verpflichtungen bilden.

Methodik. Die grundlegende Methodik des BDIMR hat sich seit der Veröffentlichung des ersten *Election Observation Handbook* 1996 nicht wesentlich geändert, doch wird sie regelmäßig dem letzten Stand angepasst, um neuen Herausforderungen sowie den Erfahrungen von über einem Jahrzehnt Wahlbeobachtung Rechnung zu tragen. So hat das BDIMR etwa in den letzten Jahren zunehmend darauf geachtet, inwieweit Frauen und nationale Minderheiten am Wahlprozess teilnehmen.

2005 aktualisierte und veröffentlichte das Büro eine fünfte Auflage des *Handbook*. Das in englischer, französischer, russischer und ukrainischer Sprache vorliegende Werk wird in Kürze in einigen anderen Sprachen verfügbar sein. Die Übersetzungen ermöglichen es nicht nur, die Methodik des BDIMR einem breiteren Kreis von an Wahlbeobachtung interessierten Personen zur Verfügung zu stellen, sondern helfen dem BDIMR auch dabei, die Wahlbeobachtung durch inländische Beobachter als eine eigene, jedoch ergänzende Aktivität zu unterstützen.

Inländische Beobachtung. Das BDIMR hat wesentlichen Anteil daran, dass einheimische Beobachterorganisationen zu einem Erfahrungsaustausch und zur gegenseitigen Information über bewährte Praktiken zusammentreffen. Im September veranstaltete das Büro eine Tagung zum Thema „15 Jahre inländische Wahlbeobachtung in der OSZE-Region“. Die Teilnehmer würdigten die wichtige Rolle, die inländische Beobachtergruppen für die Gewährleistung der Integrität der Wahlprozesse in ihren jeweiligen Ländern spielen können.

Demokratisierung.

Das Ziel der Demokratisierungsarbeit des BDIMR ist es, eine Kultur der Demokratie fest zu verankern. Das Büro bietet den Rahmen für abgestimmtes Vorgehen, bringt Regierungen und die Zivilgesellschaft einander näher und greift Fragen auf, die in einem Arbeitsumfeld zu Konfrontation führen können.

Bei der Entwicklung eines Programms zu irgendeiner speziellen Frage sind zwei Faktoren von kritischer Bedeutung für den Erfolg: die lokale Eigenverantwortung und die Inanspruchnahme von Fachwissen anderer OSZE-Teilnehmerstaaten, die mit vergleichbaren Situationen konfrontiert sind. Diesem Umstand wird dadurch Rechnung getragen, dass systematisch Berater aus den betreffenden Regionen in Anspruch genommen und Mechanismen entwickelt werden, dank derer auch andere von den gewonnenen Erfahrungen profitieren können und in Südosteuropa gemachte Erfahrungen an einen breiteren OSZE-Kreis weitergegeben werden.

Die Methodik des Demokratisierungsprogramms des Büros wurde auch 2005 nach der Rationalisierung der Projektaktivitäten im Jahr zuvor weiterentwickelt. So wurde etwa eine Maßnahme zur Maximierung der Ressourcen der Organisation eingeführt: strukturierte Beurteilungsmissionen als Voraussetzung für die Aufnahme irgendwelcher Demokratisierungsaktivitäten.

An den fünf Haupttreffen zur menschlichen Dimension 2005 nahmen im Vergleich zu den Vorjahren mehr NROs teil, wobei die Teilnehmerzahl von 433 Vertretern von 315 NROs beim *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* einen Rekord darstellt.

Rechtsstaatlichkeit und legitime Unterstützung

Reform der Strafrechtspflege. Das BDIMR trägt in mehreren Ländern zu den Bemühungen um eine Reform der Strafrechtspflege bei, insbesondere im Hin-

blick auf die Verhütung von Folter und auf die Inspektion von Haftanstalten.

Folter ist im OSZE-Raum ein reales und häufig anzutreffendes Problem. In allzu vielen Ländern sind Folter und andere Formen der entwürdigenden und unmenschlichen Behandlung fester Bestandteil der Strafverfolgung. In manchen Staaten gilt ein Fall nur dann als gelöst, wenn ein Geständnis vorliegt, was einer Kultur Vorschub leistet, in der Aussagen unter Folter abgepresst werden. Richter und Staatsanwälte tragen oft zu dieser Sachlage bei, indem sie nichts dagegen unternehmen, dass solche Aussagen in Hauptverhandlungen als Beweismittel zugelassen werden.

Das BDIMR hat sich mit der Frage der staatsanwaltlichen Befugnis, Arrest anzuordnen, befasst und spricht sich für die Übertragung dieser Befugnis an die Richterschaft aus. In Kasachstan organisierte das BDIMR gemeinsam mit der Generalstaatsanwaltschaft, dem Obersten Gerichtshof und dem OSZE-Zentrum in Almaty eine Diskussionsrunde, um den Dialog in dieser Frage zu eröffnen.

Das BDIMR tritt dafür ein, dass die Öffentlichkeit sich ein Bild von den Verhältnissen in Haftanstalten macht. Es organisierte bzw. unterstützte Runde Tische über die Inspektion von Haftanstalten in Kirgisistan und Kasachstan, die dazu beitrugen, dass in Kasachstan ein öffentlicher Inspektionsrat eingerichtet wurde. Derartige Kontrollgremien sind eine unschätzbare Hilfe bei der Verhütung von Folter und der Verbesserung der Haftbedingungen, da sie Gefängnisse für die Außenwelt öffnen und sowohl die Isolation als auch den Missbrauch hinter geschlossenen Türen verhindern.

Faire Gerichtsverfahren. Rechtsanwälte sind für das BDIMR eine der wichtigsten Zielgruppen für seine Bemühungen zur Gewährleistung fairer Gerichtsverfahren, und zwar im Hinblick sowohl auf Reformen im Bereich der Strafverteidigung als auch auf die Erhöhung der Kompetenz der einzelnen Anwälte durch Schulung.

Die internationale Gemeinschaft hat der Bedeutung der Strafverteidigung bisher kaum Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl diese ein Bestandteil jedes funktionierenden Rechtssystems ist. Um verstärkt auf dieses Thema aufmerksam zu machen, befasste sich eines der zusätzlichen OSZE-Treffen zur menschlichen Dimension 2005 mit der Bedeutung der Strafverteidiger für die Gewährleistung eines fairen Gerichtsverfahrens. Bei dieser Tagung trafen Rechtspraktiker aus der gesamten OSZE-Region zusammen, um die Herausforderungen für Strafverteidiger zu erörtern und Empfehlungen darüber abzugeben, in welcher Weise die OSZE sinnvolle Hilfe leisten kann.

Legistische Unterstützung. Auf Ersuchen von Teilnehmerstaaten stellt das BDIMR Fachwissen und Unterstützung bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften zur Verfügung, die im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen stehen. 2005 nahm das BDIMR Stellung zu Verfassungsänderungen in Georgien und Kirgisistan sowie zu einer Reihe von Gesetzestexten in den Bereichen Menschenhandel, Bekämpfung des

Terrorismus, faire Gerichtsverfahren, Polizeireform, Genderfragen, Versammlungsfreiheit und Wahlen in verschiedenen Teilnehmerstaaten.

Die Vorgehensweise des BDIMR ist dabei auf lokale Eigenverantwortung und auf Folgemaßnahmen abgestellt, die auf ausgrenzungsfreie und transparente gesetzgeberische Verfahren abzielen. Das BDIMR und die Venedig-Kommission des Europarats unterstützten z. B. in Armenien einen durch örtliche Eigeninitiative ausgelösten Prozess, der zu Abänderungen des Versammlungsgesetzes aus dem Jahr 2004 führte. Diese Abänderungen stellen eine wesentliche Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Versammlungsfreiheit dar.

Das BDIMR unterhält auch eine legistische Datenbank (www.legislationline.org) für Parlamentarier und BDIMR-Experten, die damit einen hervorragenden Überblick über Muster in der gesetzgeberischen Tätigkeit in der gesamten OSZE-Region erhalten und bewährte Praktiken feststellen können. Die Datenbank wird nun erweitert und in Hinkunft auch Material über gesetzgeberische Prozesse und Gesetzwerdung beinhalten.

Demokratische Staatsführung

Gesetzgeberische Prozesse. Im Anschluss an das *Seminar zur menschlichen Dimension über demokratische Staatsführung 2004* entwickelte das BDIMR 2005 eine neue Methodik, die für den gesetzgeberischen Prozess an sich gelten soll. Es hatte sich als notwendig erwiesen, Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität einzelner Gesetze durch eine Überarbeitung der Verfahren und Praktiken zu ergänzen, mit denen Rechtsvorschriften ausgearbeitet, verfasst, verabschiedet, veröffentlicht, bekannt gemacht und evaluiert werden. Der Ausgangspunkt hierfür ist eine Bestandsaufnahme der Rahmenbedingungen, in denen ein Gesetz entsteht, einschließlich der Fragen Transparenz und Mitwirkung aller Beteiligten. Auf dieser Grundlage werden Möglichkeiten zur Beseitigung der erkannten Risiken und Schwachstellen analysiert und vorgeschlagen.

In Georgien führten BDIMR-Experten eine Erhebung unter Mitgliedern der Regierung und des Parlaments sowie bei anderen für diese Frage maßgeblichen Personen durch, die die Grundlage für eine umfassende Analyse des Gesetzgebungsprozesses in diesem Land lieferte. Diese Analyse wird als Orientierungshilfe für die Unterstützung der inländischen Bemühungen um eine Verbesserung der Qualität und Effektivität der Gesetzgebung durch Workshops mit nationalen und internationalen Experten dienen.

Unterstützung für politische Parteien. Um sicherzustellen, dass die politischen Reformen in Ländern, die sich im Übergang zur Demokratie befinden, Bestand haben, sind in einigen Ländern Änderungen in den Beziehungen zwischen den Regierenden und den Regierten notwendig. Das Ziel ist eine transparente, zugängliche und rechenschaftspflichtige Regierung. Mit diesem Ziel vor Augen entwickelte und testete das BDIMR 2005 eine Methode für eine kritische Selbst-

beurteilung in Bezug auf die Entwicklung der politischen Parteien und die Parlamentsreform.

Als Testland diente Georgien, wo das BDIMR gemeinsam mit den sechs wichtigsten politischen Parteien, einem führenden Think-tank, dem Kaukasus-Institut für Frieden, Entwicklung und Demokratie, und dem niederländischen Institut für Mehrparteidemokratie ein Beurteilungsprojekt durchführte. Die Parteien beantworteten Fragen über ihren Sinn und Zweck und ihren Platz in der Gesellschaft sowie über die Art, wie ihr Parteiprogramm zustande kommt und welche Beziehungen zwischen den Mitgliedern und den Parteistrukturen bestehen.

Die Parteien werden mithelfen, bis Januar 2006 einen Bericht auszuarbeiten, der als Aktionsplan für die weitere Entwicklung der politischen Parteien in Georgien dienen wird.

In seinem Bestreben, die Bestandfähigkeit der demokratischen Reformen in Georgien zu sichern, unterstützt das Büro ferner das Parlament durch die Schaffung eines Zentrums für Parlamentsreform in seiner Fähigkeit, seinen eigenen Reformprozess wirksam voranzutreiben.

Die Teilnahme von Frauen an demokratischen Prozessen. Das BDIMR führt im Südkaukasus und in Zentralasien länderspezifische Programme durch, die zu einer stärkeren Beteiligung von Frauen an demokratischen Prozessen führen sollen. 2005 zählten zu den Prioritäten des Büros in diesem Bereich die Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft auf nationaler und lokaler Ebene, der Aufbau von Kapazitäten und Fachwissen für zivilgesellschaftliche und staatliche Strukturen, die Entwicklung der Führungsqualitäten von Frauen, die Einbindung des Genderaspekts in die politische Arbeit sowie die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt in der Familie.

Dank vergangener Bemühungen traten mit BDIMR-Unterstützung gegründete Frauennetzwerke 2005 erfolgreich für eine Reihe positiver Änderungen ein. So wurde etwa in Kirgisistan der Posten eines Beauftragten des Präsidenten für Gleichberechtigungsfragen im Parlament eingerichtet. Dieser neue Posten entstand aufgrund der beharrlichen Lobbyarbeit eines Frauennetzwerks nach den Parlamentswahlen 2005, bei denen keine einzige Kandidatin gewählt wurde.

In Georgien bewirkte die Koalition von Frauen-NROs durch ihr Lobbying die Schaffung eines Staatskomitees für die Gleichstellung der Geschlechter, das den Auftrag hat, eine umfassende landesweite Politik und einen Implementierungsplan für Gleichstellungsfragen zu entwickeln.

Migration und Freizügigkeit. Der slowenische Vorsitz gab das Tempo für die Arbeit des BDIMR im Bereich der Freizügigkeit vor, indem er Migrationsfragen stärker betonte.

Im Mai wurde auf dem *Seminar zur menschlichen Dimension über Migration und Integration* auf die Wichtigkeit der Migrationssteuerung und der Entwicklung

von Integrationsprozessen verwiesen und eine verstärkte Kooperation der Teilnehmerstaaten in diesem Bereich gefordert. Es wurde auch betont, dass sowohl die Herkunfts- als auch die Aufnahmeländer von der Migration profitieren können.

Die Migrationsarbeit des BDIMR war stets von dem von der Demokratisierungsabteilung vorgegebenen Schwerpunkt Austausch von Fachwissen und Erfahrung in regionalem Kontext – wie die regionale Konferenz des BDIMR für Vertreter der GUS-Länder und der baltischen Staaten über die Reform des Meldewesens – geprägt.

Menschenrechte

Das BDIMR unterstützt die Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer in den OSZE-Verpflichtungen und anderen einschlägigen internationalen Standards festgelegten Verpflichtung zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte. Es überwacht die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten und bietet Rat und Hilfe an. In der Praxis bedeutet dies, dass eine große Bandbreite von Fragen – von den Grundrechten Versammlungs-, Vereinigungs- und Redefreiheit bis zu heiklen und aktuellen Fragen wie der Todesstrafe und dem Umgang mit den Menschenrechten im Kampf gegen den Terrorismus – genau verfolgt werden muss.

Allgemein gesehen liefert das Monitoring Indikatoren für den vom BDIMR betriebenen Institutionsaufbau, indem Bereiche aufgezeigt werden, in denen Verbesserungen in der Rechtslage oder in der Funktionsweise staatlicher Dienststellen einen besseren Schutz der Menschenrechte für alle bewirken könnten. Außerdem tragen die BDIMR-Aktivitäten zur Frühwarnung und Konfliktverhütung als Bestandteil des umfassenden Sicherheitskonzepts der Organisation bei.

Todesstrafe. Das BDIMR verfolgt die Anwendung der Todesstrafe in allen Teilnehmerstaaten, um mehr Transparenz herbeizuführen und sicherzustellen, dass internationale Garantien eingehalten werden, und erleichtert gleichzeitig den Informationsaustausch über die Abschaffung der Todesstrafe. Der Jahresbericht *The Death Penalty in the OSCE Area* des Büros wurde auf dem *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* im September vorgestellt.

Im November fand in Almaty eine regionale Konferenz über Alternativen zur Todesstrafe in Zentralasien statt. Die Konferenz bot Regierungen, nichtstaatlichen Organisationen und anderen interessierten Gruppierungen Gelegenheit zum Gedanken- und Informationsaustausch über Alternativen zur Todesstrafe sowie einen Einblick in die Erfahrungen anderer Staaten, die bereits Alternativen zur Todesstrafe eingeführt haben.

Prozessbeobachtung. Die Prozessbeobachtung dient der Beurteilung der Fairness von Gerichtsverhandlungen und zeigt, inwieweit OSZE-Verpflichtungen und andere internationale Standards eingehalten werden. Prozessbeobachtung bezieht sich lediglich auf die Fairness eines Gerichtsverfahrens, nicht auf Schuld oder Unschuld des Angeklagten. Die im Zuge der Prozessbeobachtung gesammelten Informationen können die Grundlage für Reformbemühungen bilden

und in Projekte des BDIMR und anderer internationaler Organisation zum Aufbau von Institutionen einfließen.

Im abgelaufenen Jahr nahm das BDIMR in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Zentrum in Almaty, dem OSZE-Zentrum in Bischkek und den Obersten Gerichtshöfen Kasachstans und Kirgisistans ein Prozessbeobachtungsprojekt in Angriff. Eine Beobachtergruppe aus mehreren NROs, die 2004 vom BDIMR geschult worden waren, beobachtete 2005 Strafverfahren in mehreren Regionen beider Länder. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse der Prozessbeobachter, die im März 2006 vorliegen werden, werden die Grundlage für einen Dialog mit den zuständigen staatlichen Behörden über mögliche Reformen bilden.

Im Februar veröffentlichte das BDIMR einen Bericht über ein Prozessbeobachtungsprojekt in Aserbaidschan aus den Jahren 2003 und 2004. Der Bericht enthielt eine Reihe von Empfehlungen allgemeinen Charakters zur sofortigen Umsetzung sowie konkrete Empfehlungen betreffend spezielle Garantien für faire Verfahren.

Auf Einladung der usbekischen Regierung beobachteten BDIMR-Experten den Prozess gegen 15 Männer, die beschuldigt wurden, im Mai in Andischan Straftaten verübt zu haben. Das BDIMR wird dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE über diese Prozessbeobachtung Bericht erstatten.

Menschenrechte und der Kampf gegen den Terrorismus. Der globale Kampf gegen den Terrorismus stellt eine Reihe von Grundrechten und Grundfreiheiten in Frage. Es muss unbedingt darauf geachtet werden, dass Sicherheitserwägungen nicht eben jene Rechte gefährden, die sie schützen wollen. Diese Überlegungen veranlassten die OSZE, ihr zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension 2005 dieser Frage zu widmen und dadurch zur Debatte über drei wichtige Anliegen in Verbindung mit den Menschenrechten und der Bekämpfung des Terrorismus anzuregen: Religionsfreiheit, das Verbot der Folter und die Rolle von NROs im Kampf gegen den Terrorismus.

Das Büro führte auch erstmals einen Schulungskurs für mit der Bekämpfung des Terrorismus befasste ranghohe offizielle Vertreter und Entscheidungsträger durch. Ein nationaler Kurs in Kirgisistan und ein regionaler Kurs in Österreich vermittelten den staatlichen Vertretern Methoden, durch die sichergestellt werden kann, dass ihre Politik im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsstandards steht.

Menschenrechtsausbildung und -erziehung. Es liegen Hinweise dafür vor, dass in manchen Teilen der OSZE-Region Menschenrechtsverletzungen in Haftanstalten an der Tagesordnung sind. Besondere Sorge bereiten Untersuchungsgefängnisse, wo es vorkommen kann, dass Geständnisse mit Gewalt erzwungen werden, um eine Verurteilung zu erreichen. Die Überwachung der Lage in derartigen Einrichtungen kann einerseits manche dieser Menschenrechtsverstöße verhindern und es andererseits interessierten Organisationen wie dem BDIMR und inländischen NROs gestatten, Strategien zu entwickeln, die Abhilfe

schaffen.

In vier zentralasiatischen Staaten – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan – schulte das BDIMR Vertreter der Zivilgesellschaft in der Beobachtung der Menschenrechtslage in Haftanstalten und Untersuchungsgefängnissen. In Armenien und Tadschikistan half das BDIMR mit, NROs in der Überwachung der allgemeinen Menschenrechtslage auszubilden.

Menschenrechte, Frauen und Sicherheit. Das BDIMR entwickelte 2005 ein neues Programm zum Thema Menschenrechte, Frauen und Sicherheit. In seinem ersten Jahr konzentrierte sich das Programm auf die Überwachung des Umgangs mit Frauenrechten in Usbekistan und es sah gleichzeitig eine Schulung zur Hebung des Bewusstseins für die Geschlechterproblematik für das Zentralasiatische Jugendnetzwerk der OSZE in Kirgisistan vor. Bei einem Runden Tisch in Moldau erörterten Regierungs- und Nichtregierungsvertreter, wie Gewalt gegen Frauen bekämpft werden kann, um auf diese Weise wirksam gegen den Frauenhandel vorzugehen. Das Treffen befasste sich hauptsächlich mit dem moldauischen Gesetzesentwurf über die Verhütung und Bekämpfung der häuslichen Gewalt und machte in Form gemeinsamer Empfehlungen einige Änderungsvorschläge. Um die Sicherheitsaspekte seiner Arbeit im Bereich der Frauenrechte zu stärken, organisierte das BDIMR ein internationales Beratungstreffen über Frühwarnindikatoren für Konflikte und Menschenrechte. An dem Treffen nahmen unter anderem Akteure wie UNIFEM und das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sowie die NROs *Kvinna Till Kvinna* und *International Alert* teil.

Bekämpfung des Menschenhandels. Mit der Schaffung der Funktion eines Sonderbeauftragten der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels im Jahr 2004 richtete die Organisation eine dimensionsübergreifende zentrale Anlaufstelle für alle ihre Aktivitäten gegen den Menschenhandel ein. Das BDIMR hat deshalb seine eigenen diesbezüglichen Aktivitäten dahingehend angepasst, dass sie mit der Sonderbeauftragten koordiniert werden können. Dazu zählte die Entwicklung eines Katalogs gemeinsamer Prioritäten und die Bereitstellung wichtiger Beiträge und von Fachwissen für von der Sonderbeauftragten organisierte Konferenzen. Ferner sorgte es dafür, dass das hohe politische Profil, das der Kampf gegen den Menschenhandel durch Länderbesuche der Sonderbeauftragten erhielt, auch seiner Projektarbeit zugute kam.

Toleranz und Nichtdiskriminierung

Die Themen Toleranz und Nichtdiskriminierung, die zuvor einer von vielen Themenbereichen aus der Zuständigkeit der Menschenrechtsabteilung waren, wurden 2005 zu einem eigenständigen Programm. Von wichtigen OSZE-Konferenzen über die Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung mit neuen Ressourcen und einem umfangreichen Mandat ausgestattet, widmete sich das Programm in seinem ersten Jahr einer Vielzahl von Tätigkeiten, deren Ziel es war, Achtung und Verständnis zu fördern und den Schutz der Grundrechte Gedanken-, Gewis-

sens-, Religions- und Glaubensfreiheit zu gewährleisten

Der Kampf gegen Hassdelikte. In vielen Staaten wird das Vorgehen gegen Hassdelikte vor allem durch das Fehlen genauer Statistiken behindert. Da die meisten Länder noch keine Mechanismen zur Ermittlung der Täter oder Opfer von Hassdelikten geschaffen haben, ist es schwierig, die Größenordnung des Problems bzw. die Ansatzpunkte zu seiner Lösung einzuschätzen. 2004 begann das BDIMR, Rechtsvorschriften, Statistiken und bewährte Praktiken aus OSZE-Staaten zusammenzutragen, um daraus einen ausführlichen Bericht mit dem Titel *Combating Hate Crimes in the OSCE Region: An Overview of Statistics, Legislation and National Initiatives* zusammenzustellen. Anhand dieser Informationen zeigte das BDIMR Lücken in der Sammlung von Daten auf und entwickelte Instrumente, darunter Arbeitsdefinitionen und ein polizeiliches Anzeigeformular, um die Staaten in ihren Bemühungen zur Verbesserung der Datensammlung und der Rechtslage zu unterstützen.

Das Büro entwickelte ein Programm, mit dem Strafverfolgungsbeamte in ihrer Fähigkeit gestärkt werden sollen, Hassdelikte zu erkennen, wirksam dagegen vorzugehen und mit den betroffenen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten, das erstmals im Mai in Spanien und Ungarn eingesetzt wurde. Ein unmittelbares Ergebnis war ein verstärktes Bewusstsein in beiden Ländern, dass man sich mit der Frage von Hassdelikten auseinandersetzen und dabei eng mit den betroffenen Gemeinschaften zusammenarbeiten muss. Diese Notwendigkeit kam in der Manöverkritik der Teilnehmer sowie in den von den Behörden beider Länder ergriffenen Folgemaßnahmen zum Ausdruck, die Teile dieses Schulungslehrplans in ihre vorhandenen Fortbildungsprogramme für Strafverfolgungsbeamte übernahmen. Nun ist geplant, das Programm in Kroatien und in der Ukraine durchzuführen.

Schulung zu den Themen Holocaust im Unterricht, Bekämpfung von Antisemitismus und Förderung von Toleranz. Als Reaktion auf Anzeichen von Antisemitismus in der OSZE-Region, der sich oft in Neonazi-Aktivitäten, der Leugnung des Holocausts und gewalttätigen Angriffen auf Juden und jüdische Institutionen äußert, verpflichteten sich die OSZE-Teilnehmerstaaten, Schulungsprogramme zur Bekämpfung von Antisemitismus sowie zur Förderung des Holocaust-Gedenkens und der Holocaust-Erziehung zu unterstützen.

Zur Beurteilung bestehender Programme, zur Ermittlung bewährter Praktiken in den OSZE-Staaten und zur Erkennung von Schwachstellen im Bereich der Holocaust-Erziehung legte das BDIMR 2005 eine Untersuchung zum Thema *Education on the Holocaust and Anti-Semitism: An Overview and Analysis of Educational Approaches* vor.

Im Sinne der Erkenntnisse der Untersuchung entwickelte das BDIMR in Zusammenarbeit mit einigen Partnern, darunter die *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research*, Yad Vashem in Israel und dem Anne-Frank-Haus in Amsterdam sowie mit Experten aus der

gesamten OSZE-Region Richtlinien und Unterrichtsmaterial für Lehrer, um diese in ihren Bemühungen um eine verbesserte Behandlung des Holocaust und zeitgenössischer Formen des Antisemitismus im Unterricht zu unterstützen.

Das Büro hielt ferner in Polen die erste einer Reihe von Expertenrunden mit Bildungsbehörden und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen ab, bei der Initiativen zur Unterstützung und Ermutigung nationaler Behörden in ihren Bemühungen um Einführung von Erziehungsprogrammen zum Thema Holocaust und Antisemitismus erörtert wurden.

Im größeren Zusammenhang der Toleranzerziehung wurde in der zweiten Jahreshälfte 2005 ein Schulungsprogramm zur Förderung von Achtung und Vielfalt entwickelt. Das Programm, das 2006 umgesetzt werden wird, soll die in der gesamten OSZE-Region vorhandenen Bildungsstrategien und -initiativen bewerten und evaluieren.

Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit.

Der aus 57 Mitgliedern bestehende Expertenbeirat des BDIMR für Religions- und Glaubensfreiheit, ein beratendes Gremium für die OSZE-Staaten zur Förderung der Religionsfreiheit, unterstützt die Staaten bei der Ausarbeitung von Gesetzestexten und gibt Stellungnahmen zu konkreten Fällen ab. Auf der Grundlage der neu entwickelten *Guidelines for Review of Legislation Pertaining to Freedom of Religion or Belief* überprüfte der Beirat auf Ersuchen von Teilnehmerstaaten eine Reihe von Gesetzen. Die Richtlinien wurden auch ins Russische übersetzt, damit von ihnen in der ganzen OSZE-Region verstärkt Gebrauch gemacht wird.

Aufbau von Kapazitäten der Zivilgesellschaft. Das Büro begann damit, die Bemühungen von Nichtregierungsorganisationen zur Überwachung und Berichterstattung über Hassdelikte und gewalttätige Äußerungen von Intoleranz zu unterstützen. Im Juni fand erstmals ein Lehrgang für NROs über das Monitoring von hassmotivierten Straftaten und Zwischenfällen statt. Das BDIMR unterstützte auch das *International Network Against Cyber Hate* bei der Organisation eines Seminars über das Monitoring von Verhetzung im Internet. Diese erstmals abgehaltenen Schulungskurse wurden anschließend bewertet, um daraus ein umfassendes Schulungsprogramm zu gestalten, das 2006 durchgeführt werden soll.

In Zusammenarbeit mit den Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden organisierte das BDIMR überdies drei Treffen mit Vertretern von NROs, um deren Zusammenarbeit zu stärken und den Austausch bewährter Praktiken ebenso wie die Entwicklung von Empfehlungen zu Fachthemen zu fördern.

Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti

Roma, Sinti und ähnliche Bevölkerungsgruppen sind in faktisch allen Aspekten ihres Lebens den verschiedensten Formen von Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt, die sie in ihrer Fähigkeit behindern, sich voll in die Gesellschaften, in denen sie leben, zu integrieren.

rieren.

Die OSZE hat dieser Tatsache in zahlreichen Verpflichtungen Rechnung getragen, insbesondere in dem 2003 verabschiedeten Aktionsplan zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet, in dem die Teilnehmerstaaten aufgefordert werden, Maßnahmen zu treffen, um in ihren Gesellschaften jede Form von Vorurteil gegen Roma auszumerzen.

Mehrere Staaten haben Maßnahmen in diese Richtung unternommen, indem sie einerseits die nötigen Rechtsvorschriften gegen Diskriminierung verabschiedet und andererseits Institutionen zur Durchsetzung dieser Gesetze geschaffen haben. Einige Länder haben darüber hinaus nationale Strategien zur Verbesserung der Lage der Roma und ähnlicher Bevölkerungsgruppen entwickelt.

Das BDIMR sieht in dieser Frage eine seiner wichtigsten Aufgaben darin, zu einer laufenden Überprüfung und Bewertung der Umsetzung des Aktionsplans aufzurufen. Besonders aktiv war in diesem Bereich die Kontaktstelle des Büros für Fragen der Roma und Sinti, die auf großen OSZE-Konferenzen und anderen Veranstaltungen zur Debatte über romabezogene

Fragen anregt, Dokumentationen zur Lage der Roma in der gesamten OSZE-Region verbreitet und die Teilnahme von Roma und ähnlicher Gruppen an diesen Veranstaltungen erleichtert.

Das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* war diesbezüglich besonders nützlich, da das BDIMR am Rande dieses Treffens mehrere Parallelveranstaltungen über verschiedene Fragen mit Romabezug organisierte, darunter die Beteiligung der Roma und Sinti an Wahlprozessen, die Lage der Roma aus dem Kosovo, die im Kosovo eine Minderheit sind und von denen viele in anderen Gebieten zu Binnenvertriebenen wurden, Monitoring einzelstaatlicher Romapolitik, insbesondere in den Bereichen Armutsbekämpfung und Verbesserung der Chancengleichheit, sowie der Aufruf, Roma gleichberechtigten Zugang zu Wohnraum, gesicherten Aufenthalt und Zugang zu qualitativ hoch stehender Bildung zu ermöglichen.

Revidierter Haushalt: € 11.963.700
www.osce.org/odihr

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten

Für die meisten der jüngsten Konflikte in der OSZE-Region waren Spannungen und Friktionen zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb von Staaten – aufgrund der Volkszugehörigkeit, Religion und Sprache – verantwortlich. In Anbetracht dieser Tatsache richtete die OSZE 1992 den Posten eines Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) ein.

Der Hohe Kommissar hat die Aufgabe, ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, zu erkennen und deren rasche Lösung anzustreben. In seinem Mandat wird er als ein „Instrument der Konfliktverhütung im frühestmöglichen Stadium“ bezeichnet.

Seit 1. Juli 2001 ist der Schwede Rolf Ekéus Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten.

Seinem Mandat entsprechend kam der Hohe Kommissar im Berichtsjahr weiter seiner Aufgabe nach, auf Spannungen zwischen Volksgruppen zu achten und Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, um zu verhindern, dass sie in Konfrontation ausarten, und mögliche Konfliktsituationen zu stabilisieren. Er unterstützte konkrete Projekte, mit denen örtlich relevante Konfliktursachen angesprochen wurden und die der Eindämmung und dem Abbau von Spannungen rund um nationale Minderheiten dienen.

Im Rahmen seiner Arbeit zu speziellen Fragen galt seine besondere Aufmerksamkeit der Polizeiarbeit im multiethnischen Umfeld, da die Art und Weise, wie die Polizei ihre Aufgabe erfüllt, großen Einfluss auf die Beziehungen zwischen Volksgruppen hat. In enger Zusammenarbeit mit der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten im OSZE-Sekretariat, mit internationalen Organisationen, die direkt mit diesen Fragen befasst sind, und anderen Experten analysierte der Hohe Kommissar die einschlägigen internationalen Standards und Praktiken im Bereich der Polizeiarbeit, um daraus praktische Leitlinien für die Polizeiarbeit in Gesellschaften ableiten zu können, in denen verschiedene Volksgruppen leben.

2005 sah der Hohe Kommissar eine seiner Hauptaufgaben darin, Grundprinzipien einer Integrationspolitik unter voller Achtung der Vielfalt zu entwickeln, vor allem im Zusammenhang mit dem vom Vorsitz festgelegten Schwerpunkt Migration und Integration.

In seiner Berichterstattung über jüngste Spannungen und, in manchen Fällen, soziale Unruhen in Teilnehmerstaaten verwies der Hohe Kommissar nachdrücklich auf die Komplexität und die möglichen gesellschaftlichen Auswirkungen des Entstehens neuer Minderheiten und unterstrich die Notwendigkeit, sich mit derartigen Situationen in einem frühen Stadium zu befassen, damit sie sich nicht zu gravierendem sozialem Unfrieden entwickeln. Er verwies überdies auf die Bedeutung der Methoden und Praktiken, die er in diesen neuen Minderheitensituationen anwendet.

Länderberichte

Belarus. 2005 befasste sich der Hohe Kommissar

intensiv mit der Lage der Union der Polen in Belarus, der größten Organisation der polnischen Minderheit.

Kroatien. Bei einem Besuch in Kroatien im Februar erörterte der Hohe Kommissar mit Vertretern der Regierung und der Minderheiten verschiedene Aspekte der Flüchtlingsrückkehr, etwa den Wiedereintritt in Eigentumsrechte und Wiederaufbauhilfe sowie die Justizreform. Dabei wurde unter anderem das Verfassungsgesetz des Landes über die Rechte der nationalen Minderheiten thematisiert, insbesondere die Bestimmungen über Bildung und die anteilmäßige Vertretung der Minderheiten in der Verwaltung und in der Justiz. Der HKNM stellte einerseits ermutigende Verbesserungen im Bereich der Flüchtlingsrückkehr fest, betonte aber andererseits gegenüber den Behörden die Wichtigkeit, die Integration im Bildungswesen zu fördern und die Bestimmungen des Gesetzes im Bereich der Minderheitenvertretung in Justiz und Verwaltung umzusetzen.

Estland. Während eines Besuchs in Estland vom 24. bis 26. Oktober stellte der Hohe Kommissar eine Verbesserung in den Beziehungen zwischen den Volksgruppen fest, was auch durch die Kommunalwahlen am 16. Oktober bestätigt wurde. Das Wahlverhalten der an den Wahlen teilnehmenden Nichtstaatsbürger und russischsprachigen Bürger war anscheinend eher durch die Wirtschaftsprogramme der wahlwerbenden Parteien als durch deren Politik in ethnischen und Minderheitenfragen bestimmt.

Der HKNM registrierte spürbare Verbesserungen in der sozioökonomischen Lage in der Region Narva und stellte eine positivere Einstellung seitens der Schüler, Eltern und Lehrer in den russischen Schulen zur beginnenden Bildungsreform fest. Er begrüßte die in der Gesellschaft im Gange befindliche Debatte zum Beginn der Reform und ihrer Umsetzung, verwies jedoch auch auf die Notwendigkeit einer verstärkten Lehrerbildung, auch in Bezug auf Kurse in estnischer Sprache und in Lehrmethoden.

Der HKNM begrüßte die von der estnischen Regierung ergriffenen gesetzlichen und administrativen Maßnahmen zur Erleichterung der Einbürgerung. Allerdings wies er auch darauf hin, dass weitere positive Schritte erforderlich seien, um den Prozess zu beschleunigen, insbesondere für ältere Bürger, die die Staatsbürgerschaft anstreben.

Georgien. In Georgien konzentrierte sich die Arbeit des Hohen Kommissars auf das *Konfliktverhütungs- und Integrationsprogramm für Samzche-Dschwacheti*. Das seit 2003 laufende Programm fördert die Integration der armenischen Minderheit in das politische, soziale und kulturelle Leben Georgiens. Es hilft mit, den Staatsbediensteten in der Region eine bessere Kenntnis der georgischen Sprache zu vermitteln, die Qualität des georgischen Sprachunterrichts für Minderheitenschüler zu verbessern, den Informationsfluss aus den Minderheitenregionen ins Zentrum und umgekehrt zu fördern und den Zugang zu landesweiten Fernsehnachrichten zu erhöhen. Einer der Programmpunkte,

das *Sprachunterrichtsprojekt für Staatsbedienstete*, sah georgische Sprachkurse für über 500 Staatsbedienstete vor.

In Abchasien setzte der HKNM seine Arbeit mit den *De-facto*-Behörden in Suchumi fort, mit dem Ziel, das Recht der georgischen Schüler im Distrikt Gali auf Unterricht in ihrer Muttersprache zu gewährleisten. 2005 hielt das Büro des Hohen Kommissars im Rahmen des Projekts *Teachers for Understanding* sechs Lehrerbildungsseminare ab, durch die die berufliche Kompetenz der Lehrer für die georgische und die abchasische Sprache in den Distrikten Gali, Tkvarscheli und Otschamtschira verbessert werden sollte. Das Projekt, das seit August 2004 durchgeführt wird, soll auch mithelfen, Vertrauen zwischen den beiden Gemeinschaften aufzubauen.

Ungarn. Der Hohe Kommissar beobachtete aufmerksam die Initiativen Ungarns zur Unterstützung der ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten. Nach dem Scheitern des Referendums von 2004 über eine doppelte Staatsbürgerschaft entwickelte die ungarische Regierung neue Initiativen. Im Mai begab sich der Hohe Kommissar nach Budapest, um sich näher über diese Initiativen zu informieren und ihre umstrittenen Aspekte zu erörtern. Er forderte die ungarische Regierung eindringlich auf, direkte Konsultationen mit jenen Nachbarstaaten aufzunehmen, die von diesen Initiativen betroffen sind, um Spannungen in den bilateralen Beziehungen zu vermeiden. Die ungarische Regierung machte ihrerseits den HKNM auf die Lage der ungarischen Minderheiten in der serbischen Provinz Vojvodina aufmerksam. Der HKNM stellte dazu fest, dass er die Entwicklung in der Vojvodina weiterhin verfolge, und sagte, dass die sich ändernde ethnische Zusammensetzung der Region sowie die schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen die harmonischen Beziehungen zwischen den Volksgruppen, die in der Vojvodina in der Vergangenheit bestanden hatten, beeinträchtigen könnten.

Kasachstan. In seinen Unterredungen mit offiziellen Vertretern sowie Vertretern nationaler Minderheiten in Kasachstan widmete der Hohe Kommissar der Frage der Sprachen besondere Aufmerksamkeit. Er ermutigte die Regierung des Landes, bei der Stärkung der Rolle der Staatssprache ausgewogen und schrittweise vorzugehen, die Bildung in den Vordergrund zu stellen und die Amtssprache und die Sprachen der nationalen Minderheiten intensiver zu fördern.

Der HKNM setzte seine Unterstützung für ein Pilotprojekt fort, das dem mehrsprachigen Unterricht in der südkasachischen Region gewidmet ist. Das Projekt wurde gemeinsam mit der regionalen Unterrichtsbehörde ausgearbeitet und unterstützt Schüler der letzten Schulstufe in usbekischsprachigen Schulen, ihre Kenntnisse entweder in der Staatssprache Kasachisch oder in der Amtssprache Russisch zu verbessern und dadurch bei der staatlichen Aufnahmeprüfung für die Zulassung zu höheren Bildungseinrichtungen in Kasachstan bessere Leistungen zu erbringen. Nachdem das Projekt nun zwei Jahre lang in zwei Schulen durchgeführt wurde, haben sich der Anteil der erfolgreichen Anträge auf Zulassung zur Universität und die bei der staatlichen Aufnahmeprüfung erzielten

Ergebnisse erheblich verbessert. Angesichts dieses Erfolgs erörterte der Hohe Kommissar mit den Behörden die Möglichkeit einer Ausdehnung dieser Initiative auf andere Schulen, wozu er sein Wissen und seine Unterstützung anbot.

Kirgisistan. Der durch die Entwicklung in Kirgisistan im Frühjahr 2005 entstandene wirtschaftliche, soziale und politische Druck hat die Beziehungen zwischen den Volksgruppen beeinträchtigt. Viele Angehörige nationaler Minderheitengemeinschaften in Kirgisistan beschlossen aus Angst um ihre Zukunft und ihre persönliche Sicherheit, das Land zu verlassen.

2005 begab sich der Hohe Kommissar dreimal nach Kirgisistan. Zweimal reiste er in die südkirgisischen Provinzen Osch und Dschalalabat zu Gesprächen mit örtlichen offiziellen Vertretern und Vertretern nationaler Minderheiten. Die Präsidentenwahlen und die Bildung des neuen Kabinetts gaben den nationalen Minderheiten zwar ein gewisses Gefühl von Stabilität, doch rief der Hohe Kommissar die neue Führung des Landes dennoch dazu auf, Schritte zur Stärkung der sozialen Integration zu ergreifen und sich engagiert mit interethnischen Fragen auseinanderzusetzen; zu diesem Zweck solle eine konsequente Politik der nationalen Integration und des sozialen Zusammenhalts im Land entwickelt werden.

Lettland. Der Hohe Kommissar besuchte Lettland Anfang Juni, einige Tage nach der Ratifikation des *Rahmenabkommens über nationale Minderheiten* durch das lettische Parlament. Im Mittelpunkt seiner Gespräche mit den lettischen Behörden standen die Ratifikation und der Text der Erklärung des Parlaments, die gleichzeitig mit der Ratifikation verabschiedet worden war.

Der Hohe Kommissar machte die lettischen Behörden nachdrücklich darauf aufmerksam, dass bei der Umsetzung des Abkommens niemand ausgegrenzt werden dürfe, was ja auch Ziel und Zweck des Abkommens sei, und dass kein Unterschied zwischen verschiedenen Gruppen von Staatsbürgern gemacht werden dürfe.

Da noch immer ein großer Teil der Bewohner nicht über die Staatsbürgerschaft verfügt, ersuchte der HKNM die lettische Regierung nachdrücklich, das Einbürgerungsverfahren zu beschleunigen. Die Regierung müsse zusätzliche Ressourcen und Gelder zur Verfügung stellen, um den Einbürgerungsrat besser in die Lage zu versetzen, die zunehmende Anzahl von Anträgen ordnungsgemäß und rasch zu behandeln. Ferner empfahl er als sofortigen konkreten Schritt, allen Kindern, die nach 1991 in Lettland geboren wurden, automatisch die Staatsbürgerschaft zu verleihen. Damit würde die Regierung auch ihre Absicht unter Beweis stellen, das Einbürgerungsverfahren im Land zu beschleunigen.

Der HKNM forderte die lettischen Behörden eindringlich auf, bei der praktischen Umsetzung der Schulreform, der zufolge mindestens sechzig Prozent des Unterrichts in Lettisch abzuhalten sind, Flexibilität zu zeigen. Er betonte, dass die Regierung die spezielle Situation jeder einzelnen Schule berücksichtigen

müsse, damit sichergestellt wird, dass die Qualität des Unterrichts nicht in Frage gestellt wird. Alle notwendigen Lehr- und Lernmittel und jeder Unterricht müsse verfügbar sein und es müssten regelmäßig Qualitätskontrollen in den Schulen durchgeführt werden, erklärte der Hohe Kommissar.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Ein vorrangiger Schwerpunkt des Hohen Kommissars waren die Entwicklungen an der Südosteuropa-Universität, die eingerichtet wurde, um albanischen Studenten eine hochwertige akademische Ausbildung zu ermöglichen. 2005 inskribierten über 5.000 Studenten, von denen 25 Prozent Nichtalbaner waren. Dank der Universität stieg der Anteil der unterrepräsentierten Ethnien in der höheren Bildung im Land in kurzer Zeit spürbar an. Sie fand auch höchste Anerkennung für ihr akademisches Niveau und ihren Vorbildcharakter für interethnische Integration und Zusammenarbeit.

Der HKNM erweiterte auch eines seiner größten Vorhaben, das *Transition Year Project*. Das nun seit acht Jahren laufende Projekt soll die Anzahl der albanischstämmigen Studenten an den staatlichen Universitäten in Skopje und Bitola erhöhen. Zu diesem Zweck bot es dieses Jahr intensive Vorbereitungskurse für Prüfungen in mehreren Lehrfächern in mazedonischer Sprache für albanischsprachige Studenten der vierten Sekundarschulstufe an. An dem Projekt beteiligten sich sieben albanische Mittelschulen im ganzen Land. 2004 schrieben sich 1.066 Schüler ein, und in einigen Schulen betrug der Anteil der Projektteilnehmer bis zu 88 Prozent der Schüler.

Der Bildungsminister lud einen HKNM-Experten als Mitglied in den Gründungsausschuss der neuen Universität Tetovo ein, der vom Parlament gegründeten dritten staatlichen Universität. Insgesamt soll durch das Projekt eine Universität entstehen, die modernen internationalen Standards entspricht, an der multiethnisch und mehrsprachig gelehrt wird und die mit der Südosteuropa-Universität zusammenarbeitet und diese ergänzt.

Der Hohe Kommissar befasste sich auch schwerpunktmäßig mit einer ausgewogenen Vertretung in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, da diese als eine Grundvoraussetzung für die Mitgliedschaft in der NATO anzusehen ist und auch die EU diesen Punkt als ein wesentliches Element der Kopenhagener Kriterien von 1993 für den Beitritt zur Union ansieht.

Nachdem der HKNM in den letzten Jahren beträchtliches Fachwissen in dieser Frage erworben hat, beriet er die Behörden in Bezug auf das Gesetz über die Verwendung der Flaggen von Gemeinschaften. Eine solche Regelung ist wichtig, um zu verhindern, dass Flaggen Auslöser für interethnische Spannungen werden. Der HKNM schlug vor, bei der Verwendung von Flaggen im öffentlichen Bereich für ein angemessenes Gleichgewicht zu sorgen, und empfahl, die Frage der Verwendung von Flaggen durch Privatpersonen als eine Angelegenheit der freien Meinungsäußerung zu behandeln, die innerhalb vernünftiger Grenzen ausgeübt werden sollte. Am 15. Juli novellierte das Parla-

ment offiziell die Rechtsvorschriften über die Verwendung von Flaggen und trug damit zur Umsetzung des Rahmenabkommens von Ochrid bei, mit dem der gewalttätige Konflikt 2001 beendet wurde.

Moldau. Der Hohe Kommissar trat weiter für das Recht auf Unterricht in lateinischer Schrift in Schulen Transnistriens ein. Da eine gute Kenntnis der Staatssprache der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integrationspolitik ist, untersuchte er Möglichkeiten für verschiedene Bildungsprojekte in Moldau, insbesondere im Bereich des Unterrichts der Staatssprache (Moldauisch / Rumänisch) für Staatsbedienstete gagausischer und bulgarischer Herkunft in Südmoldau. Der gagausischen Bevölkerung im Allgemeinen und den gagausischen Staatsbediensteten im Besonderen fehlt es an ausreichenden Kenntnissen in der Staatssprache, was die Beziehungen zwischen den gagausischen Behörden und der Zentralregierung erschwert. Dieser Umstand behindert auch eine angemessene Vertretung der Interessen der gagausischen Bevölkerung und isoliert die gagausische Gemeinschaft innerhalb Moldaus.

Rumänien. Der Hohe Kommissar besuchte im September auf Einladung des rumänischen Außenministers Bukarest, wo er das von der rumänischen Regierung ausgearbeitete Gesetz über den Status nationaler Minderheiten erörterte. Noch vor seinem Besuch hatte er eine detaillierte Stellungnahme zu den Stärken und Schwächen des Gesetzes an die Regierung gerichtet. Mit diesem weit reichenden Gesetz wird ein Konzept der kulturellen Autonomie eingeführt. In Bukarest erklärte der HKNM, dass das Gesetz zwar einige politische und rechtliche Schwachstellen habe, jedoch gleichzeitig einen großzügigen Rahmen für den Minderheitenschutz schaffe, was Rumänien in seinem Status als demokratischer Staat stärke.

Serbien und Montenegro. Im Februar besuchte der Hohe Kommissar Serbien und Montenegro einschließlich der Vojvodina und Südserbiens. Die wichtigsten Themen auf seiner Agenda waren die Sicherheitslage in diesen beiden Regionen und die Auswirkungen des Kosovo auf die Situation auf dem Westbalkan. Der HKNM brachte auch die Umsetzung des *Gesetzes des Staatenbundes über nationale Minderheiten* zur Sprache, das mit Hilfe seines Büros ausgearbeitet worden war. Führende Politiker in Belgrad ermutigten den Hohen Kommissar, sich im Kosovo zu engagieren.

Der HKNM suchte auch verstärkt nach Möglichkeiten, um die Aussöhnung zwischen den Gemeinschaften im Kosovo zu fördern und zu unterstützen. Während eines Aufenthalts im Kosovo im Mai, in dessen Verlauf er Priština, Mitrovica und eine serbische „Enklave“ besuchte, erörterte der Hohe Kommissar, inwieweit er angesichts der für Anfang 2006 vorgesehenen Statusgespräche Hilfestellung leisten kann.

In Montenegro wirkte der HKNM weiter an der Ausarbeitung des *Gesetzes des Staatenbundes über nationale Minderheiten* mit. Mit diesem Gesetz sollen die montenegrinischen Rechtsvorschriften in Einklang mit den Rechtsvorschriften des Staatenbundes gebracht werden, insbesondere in Bezug auf die Verfassung, sowie mit den internationalen und nationalen Stan-

dards für den Schutz von Minderheitenrechten. Die Gutachten und Empfehlungen zu dem Gesetz wurden weitgehend in Zusammenarbeit mit dem Europarat verfasst.

Gemeinsam mit Vertretern des serbischen Bildungsministeriums und der örtlichen albanischen Gemeinschaft nahm der Hohe Kommissar ein Bildungsprojekt für die albanische nationale Minderheit in Angriff, mit dem ein Geschichtsbuch in albanischer Sprache für Kinder in der sechsten Grundschulstufe in der Region ausgearbeitet werden soll. Die Kommission stellte den Entwurf zum Geschichtslehrplan im Sommer 2005 fertig, und das Buch soll Anfang 2006 erscheinen.

Tadschikistan. Im März besuchte der Hohe Kommissar Tadschikistan, um sich näher über aktuelle Probleme zu informieren, mit denen das Land konfrontiert ist und die die Beziehungen zwischen den Volksgruppen beeinträchtigen. Im Zuge von Gesprächen mit offiziellen Vertretern, Vertretern nationaler Minderheiten und von NROs wurde deutlich, dass die Gesetze zur Regelung des Bildungswesens im Land dringend verbessert und modernisiert werden müssen. Alle Parteien sahen im Bildungswesen eine Priorität, die mithelfen würde, das Land nach den Unruhen der letzten Jahre wieder zu einen.

Der HKNM und das Bildungsministerium organisierten eine Konferenz über Bildung als Mittel zur Integration in Tadschikistan. Auf der Konferenz wurde untersucht, wie das Bildungswesen durch neue Ansätze in der Lehrplangestaltung, der Lehrerausbildung und dem Sprachunterricht besser als bisher zu harmonischeren Beziehungen zwischen verschiedenen Volksgruppen beitragen könnte. Es wurde auch die Frage erörtert, wie die Zusammenarbeit zwischen Nachbarstaaten in Fragen des Minderheitenschulwesens die nationale Integration fördern und die regionale Stabilität festigen kann.

Als Ergebnis der Konferenz verstärkte der Hohe Kommissar seine Zusammenarbeit mit den Behörden Tadschikistans und er bot an, Hilfestellung bei der Organisation der Lehrerausbildung und der Erstellung von Lehrbüchern zu leisten, die für eine multiethnische Gesellschaft geeignet sind.

Türkei. Nach seinem ersten Besuch im Januar 2003, mit dem er einen Dialog mit den türkischen Behörden im Rahmen seines Mandats einleitete, reiste der Hohe Kommissar im Februar 2005 erneut nach Ankara.

Turkmenistan. In den letzten Jahren hatte sich der Dialog des Hohen Kommissars mit den turkmenischen Behörden darauf konzentriert, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen den legitimen Bildungsansprüchen und sprachlichen Anliegen der Mehrheit und den Rechten der Angehörigen nationaler Minderheiten zu finden. Im Mai besuchte der HKNM Turkmenistan zu Gesprächen mit dem Präsidenten und anderen Vertretern des Staates. Während seines Besuchs begab er sich in die Region Daschogus, wo er mit örtlichen offiziellen Vertretern zusammentraf. Er sagte zu, sein Engagement in Turkmenistan verstärken zu wollen.

Ukraine. Als Teil seiner Bemühungen zur Förderung der Integration ehemaliger Deportierter aus der Ukraine – insbesondere jener aus der Krim – besuchte der Hohe Kommissar im Juni Kiew und Simferopol, wo er neuerlich den Dialog mit der neuen ukrainischen Führung und der Führung der Krim sowie mit Vertretern von Minderheitengemeinschaften suchte. Hinsichtlich der Integration der Krimtataren konzentrierten sich die Diskussionen vor allem auf eine umstrittene Landfrage sowie auf das Gesetz über die Anerkennung der Rechte der ehemals Deportierten. Nun untersucht der HKNM die Möglichkeit eines Programms, das das gegenseitige Verständnis zwischen den Gemeinschaften auf der Halbinsel Krim fördert.

Der HKNM brachte gegenüber der ukrainischen Regierung auch die wichtige Frage der Minderheitengesetze zur Sprache. Er begrüßte die Fortschritte zu den wichtigen Gesetzen über die Sprachen und über die Minderheiten und besprach Möglichkeiten, wie er zu den Bemühungen der Regierung um eine Anpassung dieser Gesetze an die europäischen Standards beitragen kann.

Revidierter Haushalt: € 2.697.600
www.osce.org/hcnm

Der Beauftragte für Medienfreiheit

Die jüngste der drei Fachinstitutionen der OSZE, der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, wurde 1997 nach einem entsprechenden Beschluss des Lissabonner Gipfeltreffens 1996 offiziell geschaffen. Angesichts der Tatsache, dass die freie Meinungsäußerung ein grundlegendes Menschenrecht ist, hat der Beauftragte die Aufgabe, in den Teilnehmerstaaten für freie, unabhängige und pluralistische Medien zu sorgen.

Seine wichtigsten Aufgaben sind

- die Beobachtung maßgeblicher Medienentwicklungen in den OSZE-Teilnehmerstaaten, um frühzeitig auf Verstöße gegen die freie Meinungsäußerung aufmerksam machen zu können, und
- die Unterstützung der Teilnehmerstaaten in enger Zusammenarbeit mit dem Amtierenden Vorsitzenden, indem er für die volle Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in Bezug auf freie Meinungsäußerung und freie Medien eintritt und diese fördert.

Der zweite OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Miklós Haraszti, trat sein Amt im März 2004 an. Der Schriftsteller und ehemalige Regimekritiker Haraszti war einer der Gründer der ungarischen demokratischen Oppositionsbewegung.

Im Büro des Beauftragten in Wien sind 13 internationale Mitarbeiter beschäftigt.

2005 befasste sich der Beauftragte für Medienfreiheit aktiv mit den beiden wichtigsten Bereichen seines Mandats: der Beobachtung der Mediensituation in allen 55 OSZE-Teilnehmerstaaten und der Unterstützung der Regierungen bei der Erfüllung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in Bezug auf Medienfreiheit.

Interventionen. Der Beauftragte intervenierte in mehreren Fällen quer durch die OSZE-Region, im Westen ebenso wie im Osten von Wien, wo immer diese Verpflichtungen gefährdet oder verletzt wurden. Solche Interventionen gab es in über 20 OSZE-Teilnehmerstaaten. Der Beauftragte setzte auch seine Länderbesuche fort.

Länderberichte

Belarus. Im Februar besuchte der Beauftragte auf Einladung des belarussischen Außenministeriums erstmals Minsk. Er führte Unterredungen mit Regierungsvertretern, Parlamentariern, Journalisten und der NRO-Gemeinde und veröffentlichte einen Bericht über diesen Besuch.

Der Bericht zeigt auf, dass sich die Mediensituation in Belarus in den letzten Jahren verschlechtert hat. Angesichts dieser Sachlage bot der Beauftragte für Medienfreiheit der Regierung kurz- und langfristige Hilfe bei der Ermittlung jener Bereiche an, in denen Verbesserungen wünschenswert wären. Abgesehen von den nötigen gesetzlichen Reformen zur Liberalisierung der gesamten Medienlandschaft betonte der Beauftragte, dass die Regierung mit sofortiger Wirkung mehrere restriktive Praktiken einstellen sollte, die nach den gelten Regelungen gestattet, aber nicht verpflichtend vorgeschrieben sind.

Die transnistrische Region Moldaus. Im Januar besuchte einer der leitenden Berater des Beauftragten die moldauische Region Transnistrien. Der Beauftragte hatte versucht, während seines Beurteilungsbesuchs in Moldau letztes Jahr selbst in diese Region zu reisen, doch hatten die Regionalbehörden in Tiraspol von diesem Besuch abgeraten.

Die Situation der unabhängigen Medien ist äußerst schwierig. Jene wenigen Journalisten, die nicht der offiziellen Linie folgen, sind unterschiedlichen Druckmethoden ausgesetzt. Die regionale Führung schien jedoch aufgeschlossen für einen Dialog mit der OSZE, was von großer Bedeutung ist, um die Beschränkungen, unter denen die unabhängigen Medien arbeiten, zu lockern.

Italien: das Gasparri-Mediengesetz. Mit seinem Besuch in Italien im März/April verfolgte der Beauftragte einen zweifachen Zweck. Erstens beurteilte er die Lage des Fernsehens ein Jahr nach der Verabschiedung des Gasparri-Gesetzes 2004. Dieses Gesetz, das erste umfassende Gesetz des Landes zur Regelung aller Rundfunkmedien, wurde in Kraft gesetzt, nachdem der italienische Verfassungsgerichtshof und europäische politische Organe wiederholt dazu aufgefordert hatten, Maßnahmen gegen die in einigen wenigen Händen konzentrierten Eigentumsverhältnisse der Fernsehanstalten in Italien zu ergreifen. In einem Bericht mit konkreten Empfehlungen hieß es, dass das neue umfassende Mediengesetz der digitalen Ära in Italien einer sorgfältigen rechtlichen Prüfung bedürfe, um das gegenwärtige „Duopol“ bestehend aus RAI und Mediaset zu regeln.

Zweitens evaluierte Haraszti das Frattini-Gesetz, wobei er zu dem Schluss kam, dass das Gesetz noch keine endgültige Lösung für den Konflikt zwischen den Privatinteressen öffentlicher Funktionsträger und ihrem politischen Einfluss im italienischen Fernsehen darstellt.

Aserbaidschan. Die Ermordung des prominenten Herausgebers und Journalisten Elmar Huseynov kurz vor einem Beurteilungsbesuch des Beauftragten im April in Aserbaidschan wurde unweigerlich zu einem der zentralen Themen seiner Gespräche. Der Fall erregte weltweites Aufsehen und bewirkte, dass Medienfragen in diesem Land international kritisch betrachtet wurden.

Die Vielfalt der in den Printmedien geäußerten Meinungen – und der hohe Grad an Politisierung – zeigten, dass der Pluralismus Fuß gefasst hat. Trotzdem ist diese Vielfalt mehr oder weniger auf die Printmedien beschränkt, die nur eine sehr geringe Verbreitung haben. Sie stehen auch finanziell und professionell auf schwachen Beinen. Der Bericht des Beauftragten enthält eine große Bandbreite von Empfehlungen an die Behörden, wie die Situation bereinigt werden kann.

In Absprache mit aserbaidchanischen Regierungsvertretern initiierte der Beauftragte ein Pilotprojekt für Hilfeleistung und Schulung in den Beziehungen zwi-

schen der Regierung und den Medien, das ursprünglich vom Außenminister vorgeschlagen worden war. Der erste Workshop, an dem Mitarbeiter der Regierungspresse und staatliche Kommunikationsbeamte sowie Journalisten teilnahmen, fand vom 18. bis 20. Juli in Baku statt.

Der Umgang mit den Medien während der Andischankrise in Usbekistan. Der Beauftragte gab auch einen Bericht über die Berichterstattung anlässlich der Ereignisse während der Andischankrise in Usbekistan im Mai und den restriktiven Umgang der Regierung mit der Presse heraus. Es war dies der dritte Bericht des Beauftragten, der die Berichterstattung in der Presse über Ereignisse in Verbindung mit Krisensituationen zum Gegenstand hatte. Die früheren Berichte betrafen die Ereignisse im Kosovo im März 2004 und die Tragödie von Beslan im Oktober 2004.

Der Bericht enthielt detaillierte Empfehlungen. Er betonte, dass die Arbeit mit der Presse in Krisenzeiten ein Lernprozess sei. Die Presse leiste jedoch auch einen wichtigen Beitrag zur friedlichen Lösung von Krisen, da sie Informationen verbreitet, auf die die Gesellschaft ein Anrecht hat.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Im Oktober begab sich der Beauftragte in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, um sich ein Bild vom gegenwärtigen Stand der Medienfreiheit in dem Land zu machen, insbesondere im Zusammenhang mit einem neuen Rundfunkgesetz, das im Parlament zum Zeitpunkt des Besuchs erörtert wurde.

Insgesamt ist im Land ein hohes Maß an Medienpluralismus vorhanden, und zwar sowohl hinsichtlich der Zahl der Medienunternehmen als auch der Darstellung unterschiedlicher Meinungen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für freie Medien entsprechen allgemein den OSZE-Verpflichtungen, und die Regierung arbeitet gemeinsam mit anderen Akteuren an den restlichen Bestimmungen. Der Beauftragte erklärte, die Regierung achte zwar die Gesetze, doch stellte er auch fest, dass gelegentlich immer noch Druck auf einzelne Journalisten ausgeübt werde oder Journalisten durch wirtschaftliche Einschränkungen daran gehindert werden, ihren Beruf in Freiheit auszuüben.

Er begrüßte die Einführung eines neuen Rundfunkgesetzes durch das Ministerium für Kommunikation und Verkehr und dessen Verabschiedung durch das Parlament. Dieses Gesetz führt das Land näher an die europäischen Standards heran.

Im November wurden zwei Journalisten wegen Verleumdung zu Gefängnisstrafen verurteilt. Derartige Urteile widersprechen der Judikatur des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs in Bezug auf freie Meinungsäußerung.

Die Lage der Medien im Kosovo. Im Anschluss an seinen Bericht über die Rolle der Medien während und nach den tragischen Ereignissen vom März 2004 ernannte der Beauftragte einen Sonderbeauftragten für den Kosovo mit einem auf sechs Monate befristeten Mandat. Der Sonderbeauftragte sollte vor allem bei

der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht Hilfestellung leisten.

Die Fortschritte im Kosovo während des genannten Zeitraums sind nachhaltig und viel versprechend. Der Beauftragte erklärte, dass diese Errungenschaften nicht durch Druck der internationalen Gemeinschaft auf die Medien des Kosovo erreicht wurden, sondern dass bei jedem Schritt die jeweiligen Medienverbände und die Medien selbst beteiligt waren und konsultiert wurden.

Die vorläufige Medienkommission im Kosovo, die OSZE-Mission im Kosovo und der Beauftragte für Medienfreiheit leiteten diesen Prozess ein, unterstützten ihn und waren auch beratend tätig. Parallel arbeitete eine ethnisch gemischte Gruppe von Kosovo-Journalisten einen Berufskodex aus, wobei ebenfalls die internationale Gemeinschaft Hilfestellung leistete.

Gesetzesüberprüfungen. Der Beauftragte setzte die Überprüfung von Mediengesetzen in den Teilnehmerstaaten fort.

Er prüfte den Entwurf zu einem Mediengesetz und die Verordnungen über die Zuweisung von Domänenplätzen in Kasachstan.

In Kirgisistan überprüfte er das Mediengesetz, das Gesetz über die berufliche Tätigkeit von Journalisten, Rufschädigung und Verleumdung, das Gesetz über den Schutz von Staatsgeheimnissen und den neuen Gesetzesentwurf über die Informationsfreiheit und den garantierten Informationszugang.

Er befasste sich mit dem Entwurf zum Gesetz über Rundfunkanstalten und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Lettland. Er beriet die Regierung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien in Fragen des inzwischen verabschiedeten Rundfunkgesetzes.

In Moldau war er zu den Gesetzesentwürfen über Information bzw. über das Staats- und Amtsgeheimnis beratend tätig.

Im Mai gab der Beauftragte eine umfassende Analyse des Entwurfs zum türkischen Strafgesetzbuch heraus. Er nannte darin eine Reihe von Bestimmungen, die die Erörterung öffentlicher Fragen behindern und die Pressefreiheit bedrohen könnten. Während einige dieser Punkte in der endgültigen Fassung des Strafgesetzbuches korrigiert wurden, dienen seither einige dazu, Personen wegen ihrer Meinung strafrechtlich zu verfolgen.

Projekte

Die Matrix – Rückläufige Tendenz bei den Verleumdungsgesetzen. Im Anschluss an ein Projekt, das 2004 begonnen wurde, veröffentlichte der Beauftragte die erste Version einer einzigartigen Datenbank über Gesetze und den Umgang der Gerichte im OSZE-Raum mit Verleumdung und Rufschädigung. Die Datenbank *Libel and Insult Laws: a Matrix on Where We Stand and What We Would Like to Achieve* ist ein nützliches Instrument für Gesetzgeber, For-

scher, Medien-NROs und Journalisten, die zur Entkriminalisierung der Verleumdung in ihren Ländern beitragen möchten. Bisher wurden Verleumdung und Ehrenbeleidigung in sieben OSZE-Teilnehmerstaaten als strafrechtliche Tatbestände abgeschafft.

Gewährleistung der Medienfreiheit im Internet. Das Projekt *Guaranteeing Media Freedom on the Internet* wurde 2005 fortgesetzt. Das *Media Freedom Internet Cookbook* wurde ins Russische übersetzt, und die Medienfreiheit im Internet war ein prominentes Thema mehrerer vom Büro des Beauftragten veranstalteter Konferenzen. Das Büro befasste sich auch aktiv mit der Vorbereitung mehrerer OSZE-Expertenworkshops und -konferenzen wie jene über die Benützung bzw. den Missbrauch des Internets für terroristische Zwecke.

Unterstützung von Teilnehmerstaaten durch Schulung. Der Beauftragte nahm dieses Jahr ein langfristiges Unterstützungsprojekt in Angriff, das den Beziehungen zwischen den Regierungen und den Medien und dem Zugang zu Informationen gewidmet ist.

Er veranstaltete zwei Ausbildungslehrgänge für Mitarbeiter der Regierungspresse und Medientreibende in Aserbaidschan und Kirgisistan. Die Themen betrafen unter anderem das Recht von Journalisten auf Zugang zu Informationen, den ordnungsgemäßen Betrieb von Pressebüros und Professionalität auf beiden Seiten der Regierung/Medien-Beziehungen. Der Beauftragte plant ähnliche Lehrgänge nächstes Jahr in Kasachstan, Tadschikistan, in mehreren Regionen der Ukraine und erneut in Kirgisistan, dieses Mal für Regionaljournalisten. Er hat den Regierungen Usbekistans und Turkmenistans seine Hilfe angeboten und erwartet in Kürze ihre Zustimmung.

Nächstes Jahr will der Beauftragte Möglichkeiten für neue Schulungsprojekte im Bereich der Mediendemokratisierung und -professionalisierung prüfen.

In Georgien organisierte der Beauftragte gemeinsam mit der OSZE-Mission einen Schulungskurs, der sich an Experten für Mediengesetze richtet.

Internationale Konferenzen

Dritte Amsterdamer Internet-Konferenz. Die *Dritte Amsterdamer Internet-Konferenz* fand am 17. und 18. Juni im Rathaus von Amsterdam statt. Der Teilnehmerkreis bestand aus führenden internationalen Experten für Menschenrechte und das Internet aus West- und Osteuropa, dem Kaukasus, Zentralasien und Nordamerika.

Der Beauftragte und die in Paris beheimatete NRO *Reporters sans frontières* veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel *Guaranteeing Media Freedom on the Internet*. In der Erklärung sind sechs Hauptprinzipien für den Schutz der Medienfreiheit im Internet aufgeführt. Es wird betont, dass in einer demokratischen und offenen Gesellschaft die Bürger selbst entscheiden sollten, worauf sie im Internet zugreifen und was sie ansehen wollen. Jegliche Filterung oder Zugangsbeschränkung von Internet-

Inhalten durch Regierungen ist unannehmbar, und es sollte keine Registrierung von Websites bei Regierungsbehörden vorgeschrieben werden.

Die Ergebnisse der Konferenz wurden an Medienkonferenzen weitergeleitet, die im Verlauf des Jahres im Kaukasus und in Zentralasien stattfanden.

Zentralasiatische Medienkonferenz in Almaty. Am 13. und 14. Oktober fand in Almaty (Kasachstan) die jährliche *Zentralasiatische Medienkonferenz* statt, die unter der Schirmherrschaft des Beauftragten und des OSZE-Zentrums in Almaty stand.

Es war dies das siebente Jahr in Folge, dass Teilnehmer aus allen fünf zentralasiatischen Ländern – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – zusammenkamen, um Entwicklungen im Medienbereich in der Region zu erörtern. Zu den 150 Teilnehmern zählten Journalisten und Vertreter von Medien-NROs sowie staatliche Vertreter, Experten und ausländische Gäste. Wie in den vorangegangenen Jahren bot die Konferenz eine ausgezeichnete Gelegenheit zum Gedankenaustausch zwischen den Teilnehmern und zur Anknüpfung neuer Kontakte.

Die beiden Hauptthemen waren dieses Jahr Medienpluralismus und das Internet. Bei den getrennten Diskussionen zu den beiden Themen zeigte sich, dass sie eng miteinander verknüpft sind. In den letzten Jahren entwickelte sich das Internet in Zentralasien zur letzten Bastion des Pluralismus und zur alternativen Quelle für pluralistische Informationen gegenüber dem Fernsehen und den Printmedien.

Die Teilnehmer verabschiedeten die *Erklärung von Almaty zum Medienpluralismus und dem Internet*, in der empfohlen wird, dass internationale Organisationen wie die OSZE sich intensiver für den Schutz der Freiheit im Internet einsetzen, und bekräftigt wird, dass in das Internet nur in jenen Fälle regulierend eingegriffen werden darf, wo dies absolut unerlässlich ist.

Die Kaukasus-Medienkonferenz in Tiflis. Die jährliche *Südkaukasus-Medienkonferenz* fand am 17. und 18. November in Tiflis (Georgien) statt. Organisiert wurde die Konferenz vom Büro des Beauftragten für Medienfreiheit und der OSZE-Mission in Georgien.

Zum zweiten Mal diskutierten 70 Teilnehmer aus allen südkaukasischen Ländern – Armenien, Aserbaidschan und Georgien – jüngste Entwicklungen im Medienbereich in der Region. Zu den Teilnehmern zählten Journalisten, Vertreter von Medienorganisationen, staatliche Vertreter, Experten und ausländische Gäste. Die an die erste Südkaukasus-Medienkonferenz des Jahres 2004 anschließende Veranstaltung erwies sich als ein äußerst nützliches Forum für den gegenseitigen Gedankenaustausch über wichtige Medienfragen, die für alle drei Länder in der Region von Bedeutung sind.

Die Erörterungen in Tiflis konzentrierten sich auf die Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunkbetriebs und die Freiheit des Internet. Die Konferenz verabschiedete eine Erklärung zu diesen Themen, in der die

Regierungen im Südkaukasus eindringlich aufgefordert wurden, ihr Bekenntnis zur Weiterführung eines starken und lebendigen unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesens zu bekräftigen und sich jeder Einmischung in die redaktionelle Unabhängigkeit und institutionelle Autonomie öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten zu enthalten.

Die Teilnehmer stellten ferner fest, dass die auf der Konferenz des vorangegangenen Jahres behandelten Fragen, Verleumdung und Informationsfreiheit, unverändert aktuell seien und die im Oktober 2004 verabschiedeten Empfehlungen nach wie vor ihre Gültigkeit hätten.

OSZE-Gesprächsrunde über die Vergabe von Fernseh- und Rundfunklizenzen in Aserbaidschan.

Bei einem vom OSZE-Büro in Baku im April organisierten Runden Tisch wurden die notwendige Weiterentwicklung des Regulativs für die Vergabe von Fernseh- und Rundfunklizenzen, die Befugnisse der Regulierungsbehörden und die Garantie der Gleichbehandlung der Sendeanstalten erörtert.

Der Beauftragte stellte fest, dass private Sendeanstalten klare und nichtdiskriminierende Regeln für die Zuteilung von Frequenzen und für den Erwerb von Lizenzen brauchen.

Die Veranstaltung sollte Gelegenheit zu ausführlichen Diskussionen und zum intensiven Meinungsaustausch zwischen Experten und allen Akteuren im Prozess der Lizenz- und Frequenzvergabe für aserbaidische TV- und Rundfunksender bieten.

Es war dies die erste Veranstaltung in einer Reihe von Aktivitäten des Büros in Baku, mit denen die dringendsten Fragen im Medienbereich in Aserbaidschan angesprochen werden sollen.

Über 60 Experten, Vertreter nationaler Institutionen in Aserbaidschan, darunter die Präsidentschaft, Ministerien, NROs und internationale Experten nahmen an der Veranstaltung teil.

Diverses

Die Medien als Thema des OSZE-Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension. Das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension im September in Warschau war den Medien gewidmet. Der Beauftragte für Medienfreiheit wirkte an der Vorbereitung des Treffens mit und richtete eine Parallelveranstaltung zum Thema *Staatsgeheimnisse und freier Journalismus: Von den USA zur GUS* aus.

Eine mit internationalen Experten besetzte Podiumsdiskussion besprach die Verhaftung der Reporterin der *New York Times*, Judith Miller, in den Vereinigten Staaten sowie die Folgen der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Gemeinsame Erklärung der Sonderberichterstatter für freie Meinungsäußerung am Tag der Pressefreiheit. Anlässlich des Welttags der Pressefreiheit am 3. Mai gaben die vier Sonderberichterstatter der internationalen Gemeinschaft für freie Meinungsäußerung eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie den Mut und die Professionalität der zahlreichen Journalisten und anderen Medientreibenden würdigten, die in Ausübung ihres Berufs getötet oder verletzt wurden.

Sie besprachen auch Fragen wie die Entkriminalisierung von Verleumdung sowie die Wichtigkeit des Zugangs zu Informationen und der Medienvielfalt in der Gesellschaft.

Erstmals schloss sich dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Miklós Haraszti, dem Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen über die Förderung und den Schutz der Meinungsfreiheit und des Rechts der freien Meinungsäußerung, Ambeyi Ligabo, und dem Sonderberichterstatter der Organisation der amerikanischen Staaten über freie Meinungsäußerung, Eduardo Bertoni, als vierter der Sonderberichterstatter der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker, Andrew Chigovera, an.

Revidierter Haushalt: € 1.095.800
www.osce.org/fom

Das Sekretariat

Aktivitäten des Sekretariats

Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit

Der Leitende Berater für Gleichbehandlungsfragen

2005 baute die OSZE ihr Programm zu Genderfragen aus. In Umsetzung des Aktionsplans 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern entwickelte das Sekretariat eine Strategie zur durchgängigen Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts und erhöhte die Zahl der Mitarbeiter, die sich mit Genderfragen befassen. Ferner wurden laufend Bemühungen unternommen, um die Sensibilität der Mitarbeiter für diese Frage zu erhöhen.

In dem Bestreben, die Gleichstellung von Frauen und Männern und die durchgängige Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts als wesentliche Elemente der umfassenden Sicherheit zu fördern, gab der Ministerrat dem Programm für Genderfragen eine neue Richtung und verabschiedete den *Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern*. Der Plan schreibt vor, dass die Geschlechterperspektive in allen Aktivitäten, politischen Festlegungen, Programmen und Projekten der OSZE zu berücksichtigen ist. Ferner fordert er die Entwicklung eines Prozesses der durchgängigen Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in der Personaleinstellung, am Arbeitsplatz und in den Strukturen. Zur Entwicklung der internen Strategie für den Gender-Mainstreaming-Prozess organisierte die Leitende Beraterin für Gleichbehandlungsfragen Workshops mit Kontaktstellen für Gleichbehandlungsfragen in den Missionen und der Dienststelle für Gleichstellungsfragen im BDIMR. Die Kontaktstellen für Gleichbehandlungsfragen, die von Abteilungen und Gruppen des Sekretariats benannt wurden, erhielten durch die Leitende Beraterin eine Einweisung über die Erfordernisse des Aktionsplans und die Grundlagen von Gender-Mainstreaming. Jede Abteilung erhielt auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Schulungsunterlagen, um den Kontaktstellen für Gleichbehandlungsfragen dabei zu helfen, die jeweiligen Aktivitäten und Strukturen im Hinblick auf die Einführung eines Gender-Aspekts zu analysieren.

Das Sekretariat und die Institutionen sollen laut dem Aktionsplan 2004 Umsetzungspläne mit konkreten Maßnahmen zur Erreichung des Planziels entwickeln. Die Leitende Beraterin, der seit September ein weiterer Gender-Mitarbeiter zur Seite steht, unterstützt die betreffenden Strukturen bei der Erfüllung dieser Forderung. Sie entwickelte einen umfassenden Entwurf der Mainstreaming-Strategie und eine Reihe von Indikatoren zur Messung ihrer Umsetzung und stellte diese vor.

Auf zwei von Teilnehmerstaaten organisierten und von der Leitenden Beraterin unterstützten Seminaren wurde die Gleichstellung der Geschlechter als ein notwendiges Element der umfassenden Sicherheit betont. Ein Seminar war dem Thema „Gewalt gegen

Frauen“ gewidmet, das zweite Frauen in der Konfliktverhütung und im Krisenmanagement. Beide Themen wurden in der *Informellen Arbeitsgruppe für Geschlechtergleichstellung und den Kampf gegen den Menschenhandel*, die sich aus Vertretern der OSZE-Delegationen zusammensetzt, weiter diskutiert. Dieses Forum skizzierte die zukünftige Rolle der OSZE bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und der Förderung der Mitwirkung von Frauen an Konfliktverhütung in Form von Entwürfen für zwei Ministerratsbeschlüsse, die im Dezember in Laibach verabschiedet wurden. Die Leitende Beraterin und der Mitarbeiter für Genderfragen leisteten wichtige Beiträge dazu.

Im März wurde der Umsetzungsgrad der auf der Vierten Weltfrauenkonferenz (Beijing, 1995) verabschiedeten Aktionsplattform geprüft und bewertet. Die Leitende Beraterin sprach auf der 49. Tagung der *Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau* in einer prominent besetzten Podiumsdiskussion über die Rolle der Regionalorganisationen bei der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.

Zur weiteren Förderung einer professionellen und für Gleichstellungsfragen sensiblen Führungskultur und eines ebensolchen Arbeitsumfelds verfolgte die Leitende Beraterin weiter die Umsetzung einschlägiger Vorschriften und unterstützte die Missionen bei der Durchsetzung einer gegen Belästigung und Diskriminierung gerichteten Politik. Sie bemühte sich auch um eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Netz von Genderberatern aus anderen Organisationen und Institutionen, dem *Organisatorischen und institutionellen Netz für Gender-Informationen* (ORIGIN). Diese Gruppe verfügt über beachtliche Erfahrung und eine ausgezeichnete Sammlung bewährter Praktiken für die Einführung gleichstellungsorientierter politischer Grundsätze in Organisationsstrukturen und stellt für die Kontaktstellen für Gleichstellungsfragen im Sekretariat und in den Missionen eine wertvolle Informationsquelle bei der Umsetzung des Aktionsplans dar.

Um das Bewusstsein für Gleichstellungsfragen zu wecken und Kapazitäten für die Einbeziehung von Genderaspekten in die Arbeit der Feldeinsätze zu schaffen, unterstützte die Dienststelle für Gleichstellungsfragen weiter die Schulungsabteilung bei der Durchführung des Einführungskurses für Bedienstete und Missionsarbeiter. Ferner nahm sie an mehreren themenspezifischen Gesprächsrunden teil, um sicherzustellen, dass alle Bediensteten mit den Erfordernissen des Aktionsplans 2004 vertraut sind und beginnen, sich in den Gender-Mainstreaming-Prozess einzubringen. Es wurden spezielle Module über Gender Mainstreaming und die Rolle der Frauen in der Konfliktverhütung entwickelt, die in verschiedenen Missionen zur Mitarbeiterschulung benützt werden.

Die Unterstutzungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels (ATAU)

Die mit der Unterstützung der Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels, des Amtierenden Vorsitzenden und des Generalsekretärs betraute Gruppe koordiniert die Aktivitäten aller an der Bekämpfung des Menschenhandels mitwirkenden OSZE-Strukturen und -Institutionen, wobei sie insbesondere folgende Aufgaben erfüllt: Aufklärung über den Menschenhandel und das damit verbundene Geschehen in der gesamten OSZE-Region, Festlegung politischer Konzepte, Planung und Lobbying insbesondere im Bereich neu entstehender Trends im Menschenhandel und wirksamer Ansätze im Kampf gegen den Menschenhandel sowie direkte Hilfe für Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen in praktischer und technischer Hinsicht.

2005 konzentrierte sich die Gruppe darauf, auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, dass der Kampf gegen den Menschenhandel sich am Opfer orientieren muss, insbesondere wenn es um Schutz und Beistand für die Opfer geht. Sie lenkte die Aufmerksamkeit auch auf die speziellen Bedürfnisse von Kindern als Opfer von Menschenhandel. Im Juli genehmigten die OSZE-Teilnehmerstaaten den *Zusatz zum OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels „Berücksichtigung der besonderen Schutz- und Hilfsbedürftigkeit von Kindern als Opfer von Menschenhandel“*.

Konkret widmet sich ATAU folgenden Aufgaben:

Aufklärung über den Menschenhandel und das damit verbundene Geschehen in der gesamten OSZE-Region. Die Gruppe plante und förderte folgende Konferenzen auf hoher Ebene und Expertentagungen im Rahmen der Allianz gegen den Menschenhandel:

- *Taking a Stand: Effective Assistance and Protection to Victims of Trafficking* im Februar
- *Combating Trafficking in Children* im März
- Expertenkonsultation der OSZE und des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) über *Developing a Legal Framework to Prosecute the Exploitation of Trafficked Persons* im Juli
- *Human Trafficking for Labour Exploitation and Forced and Bonded Labour: Identification, Prevention, Prosecution* im November

Politik, Planung und Lobbying. Durch ihre laufende Forschungs- und Analysearbeit sind bei der Gruppe

umfassende Informationen über Aktivitäten im Kampf gegen den Menschenhandel in der OSZE-Region vorhanden. Sie nützt diese Informationen, um auf neu entstehende Trends bzw. neue Ansätze zur Bekämpfung des Menschenhandels aufmerksam zu machen. Zu diesem Zweck

- unterstützt sie die Aktivitäten der Sonderbeauftragten beim Monitoring von Maßnahmen der Teilnehmerstaaten gegen den Menschenhandel im Rahmen ihrer Länderbesuche,
- arbeitet sie mit dem Europarat im Kampf gegen den Menschenhandel zusammen und
- berät sie die Staaten der Europäischen Union gemeinsam mit der Sonderbeauftragten und dem Expertenkoordinationssteam der Allianz bei der Erarbeitung eines Aktionsplans.

Direkte Hilfeleistung und Unterstützung für Teilnehmerstaaten. In Zusammenarbeit mit einschlägigen OSZE-Strukturen setzte die Gruppe ihre Unterstützung der Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der Erfüllung der im OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels festgelegten Verpflichtungen in folgenden Bereichen fort:

- Entwicklung innerstaatlicher Aktionspläne
- Einrichtung innerstaatlicher Koordinationsmechanismen
- Überprüfung und Reform der Gesetze gegen den Menschenhandel
- Förderung der Entwicklung nationaler Leitsysteme

Prioritäten für 2006. In enger Zusammenarbeit mit dem belgischen Vorsitz 2006 wird sich die Unterstutzungsgruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels im Rahmen des Mandats zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität auf folgende Tätigkeitsbereiche konzentrieren:

- Hebung des Bewusstseins für alle Formen von Menschenhandel, insbesondere für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften, der Zwangsarbeit und Zwangsdienstbarkeit sowie Kinderhandel
- Förderung eines dimensionsübergreifenden Ansatzes in der Bekämpfung des Menschenhandels mit speziellem Schwerpunkt auf Schutz und Beistand für die Opfer von Menschenhandel
- Entwicklung und Stärkung einzelstaatlicher Koordinationsmechanismen
- bessere Koordination der Maßnahmen im Kampf gegen den Menschenhandel zwischen OSZE-Strukturen und -Institutionen sowie zwischen einschlägigen Nichtregierungsorganisationen

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten soll die Fähigkeit der Teilnehmerstaaten im Umgang mit der von kriminellen Aktivitäten ausgehenden Gefahr verbessern und die Staaten bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit unterstützen. 2005 waren dies ihre Arbeitsschwerpunkte in Kirgisistan, Kasachstan und Georgien. Sie beteiligte sich auch an der Bekämpfung

des Menschenhandels, indem sie die Kapazitäten von Strafverfolgungsbehörden zur Verfolgung der Täter aufbaute. Sie befasste sich mit Hassdelikten und entwickelte ein Datenbanksystem, um die Einführung bewährter Praktiken in der Strafverfolgung zu fördern.

Der politische Umsturz in Kirgisistan im März rückte das OSZE-Polizeiunterstützungsprogramm in diesem Land in den Mittelpunkt des Interesses. Das Programm, das nach der Erschießung von fünf Demonstranten durch die kirgisische Miliz während einer unbedeutenden Demonstration im März 2002 nahe Aksy eingerichtet worden war, soll die Polizei in ihrer Fähigkeit stärken, Konflikte zu verhüten und sich bei Unruhen richtig zu verhalten; dank des Programms wurden zwei Sondereinheiten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Bischkek bzw. Osch ausgebildet und ausgerüstet.

Die erste echte Bewährungsprobe musste das Programm am 24. März bestehen, als sich zahlreiche regierungskritische Demonstranten vor dem Büro des Präsidenten von Kirgisistan in Bischkek versammelten und den sofortigen Rücktritt von Präsident Askar Akajew und seiner Regierung verlangten. Die Reaktionen der kirgisischen Miliz zeigten, dass es mit dem Programm gelungen war, die Kultur der Polizeiarbeit zu verändern. Die Miliz war nicht bereit, gegen die professionellen, in demokratischen Staaten weithin akzeptierten Polizeipraktiken zu verstoßen, um das herrschende Regime um jeden Preis zu verteidigen.

Am 7. April reagierte die Gruppe auf die Entwicklungen, indem sie den ersten von drei Beauftragten für Polizeiangelegenheiten zur Unterstützung des OSZE-Zentrums in Bischkek entsandte. Die Mitarbeiter der Gruppe leisten Beiträge zum OSZE-Gesamtarbeitsplan und führten ein einjähriges vorläufiges Polizeiunterstützungsprogramm ein, das sich den dringendsten kurz- und mittelfristigen Sicherheitsproblemen im Land widmete. Dank dieses vorläufigen Programms konnte die kirgisische Miliz sicherstellen, dass die Zeit des politischen Übergangs friedlich ablief und im ganzen Land Recht und Ordnung aufrechterhalten wurde. Das Programm unterstützte auch die staatliche Kommission für Polizeireform dabei, die Ausarbeitung eines detaillierten und konkreten Reformkonzepts wieder aufzunehmen.

Um diesen Prozess weiter zu unterstützen, wurden drei internationale Polizeiberater entsandt, die Seite an Seite mit dem Innenministerium in Bischkek und führenden Polizeibeamten in Dschalalabat und Osch arbeiten sollten. Es war dies das erste Mal, dass die OSZE einen Berater direkt in ein Innenministerium entsandte. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 24.)

Gemeinsam mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) schulte die Gruppe die kasachische Miliz in *Menschenrechten und Polizeiarbeit*. Im Rahmen dieser Arbeit wurde im September vorübergehend ein Polizeiberater in das OSZE-Zentrum in Almaty abgestellt. Kasachstan war auch Gastgeber des ersten *OSZE-Regionalworkshops für die Untersuchung sexueller Straftaten* vom 8. bis 10. November, an dem auch Polizeibeamte aus

Russland, Kirgisistan, Turkmenistan und Kasachstan teilnahmen.

Bis März 2006 werden die Gruppe und die OSZE-Mission in Georgien ein *Kurzzeit-Hilfsprojekt* in Georgien abgeschlossen haben, das in folgenden Bereichen Soforthilfe leistet: bürgernahe Polizeiarbeit, Polizeiausbildung und Entwicklung eines neuen Systems für Personalmanagement. In Armenien und Aserbaidschan unterstützte die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten die OSZE-Feldeinsätze bei der Umsetzung der Polizeischulungskomponente ihrer jeweiligen Polizeiunterstützungsprogramme.

In Ergänzung der OSZE-Arbeit zur Bekämpfung des Menschenhandels setzte sich die Gruppe dafür ein, dass die zuständigen Behörden als Alternative zur Zeugenaussage von Opfern von sich aus Beweise gegen Straftäter sammeln. In Chisinau fand eine zwölf tägige Echtzeit-Simulation für Polizeiermittler, Staatsanwälte, Richter und Mitarbeiter nichtstaatlicher Organisationen statt, um zu zeigen, wie mit verfügbaren Mitteln ausreichende Beweise zur Verfolgung von Straftätern zusammengetragen werden können, ohne sich auf Zeugenaussagen stützen zu müssen. Dank dieser Schulung wurden seither die Befragungstechniken ebenso verbessert wie die Zusammenarbeit im gesamten Bereich der Strafrechtspflege in Moldau. Weitere drei OSZE-Feldeinsätze haben im Namen ihrer jeweiligen Gaststaaten um dieses aktive Training ersucht.

Im September organisierte die Gruppe in Wien ein zweitägiges Treffen von Polizeiexperten zum Thema Verhütung und Bekämpfung von Hassdelikten. An dem Treffen nahmen über 60 Polizeiermittler aus 27 europäischen und zentralasiatischen Ländern sowie eine Reihe renommierter Experten teil. Der Workshop bot eine wertvolle Gelegenheit, erworbenes Wissen im Bereich von Hassdelikten an andere weiterzugeben, sowie Einblicke in das Schulungsprogramm des BDIMR für Strafverfolgungsbeamte im Umgang mit Hassdelikten zu gewinnen.

2005 entwarf und testete die Gruppe eine Versuchsversion des *OSZE-Informationssystems „Policing OnLine“* (POLIS). Diese drei Datenbanken vereinigen alle Aspekte moderner Polizeiarbeit, gewonnene Erkenntnisse und gute Praxis der OSZE. In POLIS können Polizei- und Strafverfolgungsbeamte in aller Welt auf die von ihnen benötigten Informationen zum gewünschten Zeitpunkt zugreifen. Gewonnene Erkenntnisse und gute Praxis werden darin nicht nur aufbewahrt. Sie sind so aufbereitet, dass sie von den Beamten in der Praxis tatsächlich verwendet werden.

www.osce.org/policing

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU)

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung ist die zentrale Anlaufstelle für die Koordination und Arbeit der OSZE im Kampf gegen den Terrorismus. Sie wurde 2002 eingerichtet und arbeitet eng mit dem Ausschuss der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus (UNCTC) und dessen Exekutivdirektorium (CTED), dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und anderen internationalen Partnern zusammen.

Die ATU steht in enger Kooperation mit der *Informellen Freundesgruppe des Vorsitzes für die Bekämpfung des Terrorismus* der OSZE, die sich zu einem nützlichen Bindeglied zwischen dem Sekretariat und den Teilnehmerstaaten sowie zu einem wichtigen Forum für die Überprüfung der Umsetzung von Verpflichtungen im Kampf gegen den Terrorismus und für die Ausarbeitung der Reaktion der OSZE auf neue terroristische Bedrohungen entwickelt hat.

Kernziel der Gruppe ist nach wie vor die Ratifikation und Umsetzung der zwölf VN-Übereinkünfte zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Partnerschaft der Gruppe mit den Vereinten Nationen und dem BDIMR in Workshops und bilateralen Konsultationen hat dazu beigetragen, dass die Ratifikationsrate in der Region im letzten Jahr um 4 Prozent gestiegen ist und nun 92 Prozent beträgt.

Eine andere Schlüsselfunktion der ATU besteht darin, OSZE-Teilnehmerstaaten beim Aufbau von Kapazitäten zur Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen. 2005 organisierte sie vier große Workshops für die gesamte OSZE-Region zu den Themen:

- *Containersicherheit*, finanziert von den Vereinigten Staaten, Slowenien und Schweden
- *Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen zur Terrorismusbekämpfung*, finanziert von Deutschland, den USA, Liechtenstein und Schweden
- *Selbstmordterrorismus*, finanziert von den USA und
- *Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken*, finanziert aus dem konsolidierten Haushalt

An diesen Veranstaltungen nahmen Vertreter nahezu aller Teilnehmer- und Partnerstaaten sowie von ein-

schlägigen internationalen Organisationen teil. Es wurden bereits Folgeaktivitäten eingeleitet, darunter nationale Schulungsworkshops und eine engere Zusammenarbeit mit internationalen Fachorganisationen.

In dem Bestreben, die Sicherheit von Reisedokumenten in der OSZE-Region zu erhöhen, begann die ATU eine neue Workshop-Reihe über die Normen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) für die Handhabung und Ausstellung von Reisepässen mit einem von den USA gesponserten Workshop für Südosteuropa in Sofia und einem weiteren für Zentralasien in Almaty (Kasachstan). Diese Workshops sollen den Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtung helfen, Ortsveränderungen einzelner Terroristen oder von Terroristengruppen durch wirksame Grenzkontrollen und Kontrollen bei der Ausstellung von Personal- und Reisedokumenten zu verhindern.

Um einen rechtzeitigen Informationsaustausch zwischen den mit dem Kampf gegen den Terrorismus befassten Fachleuten zu ermöglichen, betreibt die ATU ein internetgestütztes Netz zur Bekämpfung des Terrorismus, das den Informationsfluss zwischen den Teilnehmerstaaten, für den Kampf gegen den Terrorismus zuständigen offiziellen Vertretern in den Hauptstädten und der ATU erleichtern soll. Die Gruppe gibt außerdem monatlich einen elektronischen Newsletter heraus, der praktische Informationen über Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen enthält.

Um eine Doppelgleisigkeit in den Bemühungen zu vermeiden, führt die ATU ein Verzeichnis sämtlicher OSZE- und Nicht-OSZE-Programme zu den Themen Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherheit und Strafverfolgung in der Region. Die ATU stellt diese Informationen OSZE-Programmplanern zur Verfügung und hält Workshops ab, in denen sie diese über Antiterrorismus-Aktivitäten in der Region informiert.

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung betreibt eine Website mit Informationen über laufende OSZE-Antiterrorismus-Programme und -Aktivitäten sowie mit Links zu wichtigen Organisationen und Partnern im Kampf gegen den Terrorismus.

www.osce.org/atu

Der Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE

Die Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE wurden 2005 ausgeweitet, insbesondere in Bezug auf die Umweltaktivitäten, die Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus, den Kampf gegen Korruption und die Bekämpfung von Menschenhandel. Die intensivere Befassung mit diesen Bereichen folgt aus dem *Strategiedokument 2003 für die Wirtschafts- und Umweltdimension*, den vom slowenischen Vorsitz gesetzten

Prioritäten, dem Dreizehnten Wirtschaftsforum sowie aus Aktivitäten im Anschluss an frühere Treffen des Forums.

Die Wirtschaftsforen. Das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE (OCEEA) setzte sich mit den Empfehlungen des Dreizehnten Wirtschaftsforums auseinander, das im Mai 2005 zum Thema *Demographische Trends, Migration*

und Integration der Angehörigen nationaler Minderheiten – Gewährleistung von Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung im OSZE-Raum – abgehalten wurde, und machte konkrete Vorschläge in den drei ausgewählten Bereichen, etwa durch Ausarbeitung eines *Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies in Countries of Origin and Destination* in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration.

In Abstimmung mit dem belgischen Vorsitz 2006 haben die Vorbereitungen für das Vierzehnte Wirtschaftsforum zum Thema *Verkehrswesen im OSZE-Raum – Verkehrsentwicklung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Stabilität auf regionaler Ebene* begonnen. Der erste Teil des Forums fand am 23. und 24. Januar in Wien statt, der zweite wird vom 22. bis 24. Mai 2006 in Prag abgehalten. Die erste Vorbereitungskonferenz für das Vierzehnte Forum fand am 7. und 8. November in Duschanbe (Tadschikistan) statt.

Umweltaktivitäten

Fortschritte bei der Umwelt- und Sicherheitsinitiative. Die Umwelt- und Sicherheitsinitiative setzte ihr Arbeitsprogramm für Südosteuropa, den Südkaukasus und Zentralasien weiter fort. Die eingehende Analyse der Umweltsituation im Fergana-Tal wurde abgeschlossen. (Mehr zu diesem Thema siehe www.envsec.org).

Entsorgung von gefährlichem Abfall und einer Raketentreibstoffkomponente. Vom 6. bis 8. Juli fand in Kiew ein gemeinsamer technischer Workshop von OSZE und NATO über die Entsorgung einer Raketentreibstoffkomponente statt. In Abstimmung mit der NATO wurden in der Folge mehrere Bedarfserhebungsmissionen in der Ukraine, in Aserbaidschan und in Kasachstan durchgeführt. Das Entsorgungsprojekt für *Mélange* in Armenien wurde fortgesetzt. (Mehr zu diesem Thema siehe S. 13.)

Aufklärung. Das OCEEA unterstützte die Einrichtung von Umweltinformationszentren (Aarhus-Zentren). 2005 wurden Zentren in Eriwan, Baku, Duschanbe, Osch (Kirgisistan) und Chudschand (Tadschikistan) gegründet. Weitere Zentren sind in Gandscha (Aserbaidschan), Tiflis und Südossetien (Georgien), Bischkek, Taschkent und Minsk geplant. In Aserbaidschan und Belarus wird ein Programm für Umwelterziehung (das so genannte *Green Pack*) durchgeführt.

Wasserbewirtschaftungsprojekte. Das OCEEA und die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) unterstützten weiter ein Projekt, durch das eine Einigung zwischen den zwei Anrainerstaaten des Dnjestr – der Ukraine und Moldau, einschließlich seiner transnistrischen Region, – darüber herbeigeführt werden soll, wie es zu einer Zusammenarbeit über eine integrierte Wasserbewirtschaftung im Dnjestr-Becken kommen kann. Darüber hinaus wurde die Flussüberwachung am Tschu und am Talas zwischen Kasachstan und Kirgisistan sowie an der durch Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Serbien und Montenegro fließenden Save fortgesetzt.

Aktivitäten im Wirtschaftsbereich. Das OCEEA förderte in enger Zusammenarbeit mit den OSZE-Feld-einsätzen die Entwicklung von Good Governance, Geschäftschancen und Unternehmertum in der OSZE-Region. Diesbezüglich unterstützte es die Entwicklung und außerbudgetäre Finanzierung von Projekten zur technischen Schulung von kleinen und mittleren Unternehmen, Seminare für Jungunternehmer, Frauen und andere förderungswürdige Bevölkerungsgruppen sowie Wirtschaftssommerlager für junge Leute.

Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus. Im Rahmen des weltweiten Programms gegen Geldwäsche setzten OCEEA und UNODC ihre Unterstützung der Teilnehmerstaaten in deren Bemühungen im Kampf gegen die Geldwäsche und gegen die Finanzierung des Terrorismus fort, insbesondere in Form einer hochrangig besetzten Konferenz über die Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus vom 9. bis 11. November in Wien, eines Workshops für Finanzaufsichtsbeamte im Juni in Wien und mehrerer nationaler Workshops. Auch in Bezug auf die Einrichtung bzw. Unterstützung von Zentralstellen zur Entgegennahme von Geldwäscheverdachtsanzeigen in Armenien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Rumänien und Usbekistan wurde die Zusammenarbeit fortgesetzt. Bei diesen Zentralstellen handelt es sich um nationale Meldestellen, die Informationen über verdächtige Gelder, die aus Straftaten stammen und möglicherweise zur Finanzierung des Terrorismus dienen könnten, entgegennehmen, analysieren und an die zuständigen Behörden weitergeben, um Geldwäsche und die Finanzierung des Terrorismus zu unterbinden.

Programm gegen den Menschenhandel. Das *Programm über die Zusammenarbeit des öffentlichen und des privaten Sektors zur Verhütung von Menschenhandel* wurde gemäß dem *OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels* ins Leben gerufen, um sich mit den tieferen wirtschaftlichen Ursachen und dem Nachfragefaktor des Menschenhandels auseinanderzusetzen und den Privatsektor zu veranlassen, sich in Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu engagieren. Bei dem Programm handelt es sich um ein auf drei Jahre angelegtes Rahmenprogramm, das derzeit aus 13 Projektaktivitäten besteht, die in acht OSZE-Teilnehmerstaaten umgesetzt werden, unter anderem zugunsten von Waisenkindern in der Ukraine, denen zur Selbstständigkeit verholfen werden soll. (Mehr zu diesem Thema siehe Kasten auf S. 16.). Unter den sonstigen Aktivitäten des Jahres 2005 ist ein Projekt über *Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zur Qualifizierung potenzieller Menschenhandelsopfer* durch Berufsausbildung in Rumänien zu nennen, das gemeinsam mit der *Youth Career Initiative* des *International Business Leaders Forum* durchgeführt wurde, sowie das Projekt *Schulung von Unternehmerinnen und Geschäftsplanwettbewerb* in Aserbaidschan.

Bildung. Das OCEEA unterstützte weiter die mehrjährige Initiative *Zentralasiatisches Netz für angewandte Forschung* der *Eurasia Foundation*. Ziel dieser Initiative ist es, regionale Universitäten und Forschungseinrichtungen in Zentralasien sowohl instituti-

onell als auch personell in ihrer Kompetenz für ange-

wandte Wirtschaftsforschung zu stärken.

Bericht des Direktors des Konfliktverhütungszentrums

„Das KVZ war auch 2005 wieder ein wichtiger Akteur zur Förderung der Koordination zwischen den verschiedenen operativen Strukturen der OSZE. Die Leiter der Feldeinsätze, Institutionen und Fachgruppen des Sekretariats arbeiten nun bei der Unterstützung der Durchführung themenspezifischer und regionaler Programme verstärkt zusammen, um die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum zu fördern.“

Botschafter Lamberto Zannier
Direktor des Konfliktverhütungszentrums

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) koordiniert die Aktivitäten der OSZE-Feldeinsätze und unterstützt sie bei der Umsetzung ihrer Mandate. Es dient außerdem als zentrale Anlaufstelle im Sekretariat für die Weiterentwicklung der Rolle der OSZE in der politisch-militärischen Dimension. Eine wichtige Aufgabe des KVZ ist die Unterstützung des Vorsitzes, des Generalsekretärs und der Entscheidungsgremien bei der Erfüllung der Aufgaben der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge.

Das KVZ ist in folgende Organisationseinheiten gegliedert:

- die Abteilung Missionsprogramme als wichtigste Koordinations- und Verbindungsstelle für die OSZE-Feldeinsätze
- die Gruppe Projektkoordination, die die Feldeinsätze bei der Planung, Entwicklung und Bewertung außerbudgetärer Projekte unterstützt
- die Gruppe Einsatzplanung, die neben der Planung künftiger Einsätze auch mögliche Krisengebiete identifiziert, für Frühwarnung und Analysen sorgt und als zentrale Anlaufstelle für Fragen der Grenz-sicherung und des Grenzmanagements dient
- das Lage-/Nachrichtenzentrum, das Entwicklungen in den OSZE-Regionen beobachtet und als Kriseneinheit in Notsituationen dient
- die FSK-Unterstützungsgruppe, die in Fragen der politisch-militärischen Dimension der Sicherheit berät und ihr diesbezügliches Fachwissen zur Verfügung stellt

Die Abteilung Missionsprogramme. Die Abteilung Missionsprogramme ist in vier regionale Referate gegliedert: Südosteuropa, Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien. Die jeweils für die betreffende Region zuständigen Mitarbeiter beraten und unterstützen die Feldeinsätze in grundsatzpolitischen sowie in Programm- und Managementfragen einschließlich Haushaltsangelegenheiten. Außerdem informieren sie den Vorsitz über Frühwarnsignale aus den Einsatzgebieten, analysieren diese gemeinsam mit dem Vorsitz und erteilen Ratschläge über die geeignetsten Vorgehensweisen. Gleichzeitig helfen sie mit, Besuche des Amtierenden Vorsitzenden, des Generalsekretärs und anderer OSZE-Funktionsträger vor Ort vorzubereiten. Sie koordinieren die Erstellung von Besuchsunterla-

gen für den Amtierenden Vorsitzenden, führen strategische Beratung durch, verfassen Besuchsberichte und sorgen für geeignete Folgemaßnahmen.

2005 unterstützte das **Südosteuropa-Referat** aktiv den Amtierenden Vorsitzenden bei der Koordination der Arbeit der sechs OSZE-Feldeinsätze in dieser Region. Dadurch wurde nicht nur das weitere wirksame Engagement der OSZE in Südosteuropa – einem der wichtigsten Schwerpunkte des slowenischen OSZE-Vorsitzes – sichergestellt, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeit der seit Beginn der Aktivitäten der OSZE in der Region erzielten Erfolge geleistet.

Das Referat koordinierte außerdem gemeinsame Bemühungen der OSZE-Feldeinsätze und des Vorsitzes zur Planung und Organisation von zwei Folgetreffen im Rahmen des von der OSZE geförderten Prozesses über die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Kriegsverbrecherprozessen, der im November 2004 in Pali_ (Serbien) begann. Eines der Treffen auf Expertenebene fand im Juni im Brijuni (Kroatien) statt, ein weiteres im Oktober 2005 in Mostar (Bosnien und Herzegowina). Vor dem Expertentreffen in Brijuni fand eine dreiseitige Ministerkonferenz statt. Der konstruktive Gedankenaustausch verlieh der gemeinsamen Arbeit der Experten neue Impulse, nachdem die Minister dieser Arbeit im Rahmen des Prozesses ihre volle Unterstützung zugesichert hatten. Die OSZE ist bereit, zur Unterstützung der Arbeit auf Expertenebene weitere Diskussionen auf politischer Ebene zu vermitteln.

Das Referat widmete sich ganz besonders intensiv der Kosovofrage und arbeitete an der Gestaltung einer kohärenten und umfassenden Politik mit, die die zukünftige Arbeit der OSZE im Kosovo (Serbien und Montenegro) in enger Interaktion mit ihren Kooperationspartnern leiten wird.

Das **Osteuropa-Referat** verstärkte seine allgemeine Unterstützung für seine Feldeinsätze in dem Gebiet, nachdem die verschiedenen OSZE-Foren der Region mehr Aufmerksamkeit als bisher widmeten. Unter den eingetretenen Änderungen ist die Ernennung von zwei neuen Leitern von Feldeinsätzen zu erwähnen, im OSZE-Büro in Minsk und der neue OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine, der dieses Amt nach dem Tod von Botschafter David Nicholas übernahm.

Ferner half das Referat dem Vorsitz in dessen Bemühungen, in den Verhandlungen um Transnistrien auf dem Weg zu einer friedlichen Beilegung der laufenden Konflikte voranzukommen. Die Wiederaufnahme des Transnistrien-Verhandlungsprozesses und der *Juschtschenko-Plan* verliehen dem Prozess neue Impulse. Darüber hinaus unterstützte das Referat das Büro des Projektkoordinators in der Ukraine dabei, der gestiegenen Nachfrage der staatlichen Behörden nach

Projekten nachzukommen.

Das **Kaukasus-Referat** konzentrierte sich 2005 auf die Unterstützung der Feldeinsätze in der Region, insbesondere in Bezug auf deren Arbeit zur Beilegung der nach wie vor schwelenden Konflikte. Beispielsweise unterstützte das Referat die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe und den Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, bei der Vorbereitung und Durchführung einer Erkundungsmission in den besetzten Gebieten um Berg-Karabach. Zu Beginn des Jahres half das Referat der Mission in Georgien bei der Entwicklung und Umsetzung von Plänen für die Schließung ihres Grenzübergangseinsatzes, und es half mit, die Voraussetzungen für die Entwicklung eines Schulungsunterstützungsprogramms für georgische Grenzbeamte zu ermitteln. Schließlich erfüllte es auch eine Verbindungsfunktion zwischen dem OSZE-Sekretariat, der Internationalen Wahlbeobachtungsmission und dem OSZE-Büro in Baku während der Parlamentswahlen in Aserbaidschan im November.

Nach den dynamischen politischen Entwicklungen in der Region beteiligte sich das **Zentralasien-Referat** an den Vorbereitungen für die hochrangigen Besuche des Amtierenden Vorsitzenden, des Generalsekretärs und des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden in den Ländern der Region. Im April unterstützte das KVZ den Vorsitz in einer raschen und effektiven Reaktion auf die sich zuspitzende Lage in Kirgisistan. Der Direktor des KVZ bemühte sich gemeinsam mit dem Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien um das Zustandekommen eines politischen Dialogs und politischer Verhandlungen und, gemeinsam mit den kirgisischen Behörden, um Ermittlung von Schlüsselbereichen, in denen die OSZE unterstützend tätig sein kann. Als Ergebnis ihres Besuchs in Bischkek wurde ein konkreter Arbeitsplan erstellt, der die wichtigsten Schwerpunkte für die OSZE-Präsenz in Kirgisistan auf kurze und längere Sicht festhält. Er enthält auch eine Liste einzelner Projekte. Die in dem Arbeitsplan vorgesehenen Aktivitäten bezogen sich auf die Vorbereitung der Präsidentenwahlen am 10. Juli und auf die Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 24.)

Die Gruppe Projektkoordination. Die OSZE-Feldeinsätze führen in zunehmendem Maße große und komplizierte Projekte durch, die sowohl aus Haushaltsmitteln als auch aus außerbudgetären Geldern finanziert werden. Die Gruppe koordiniert in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Missionsprogramme die aus außerbudgetären Beiträgen finanzierten Aktivitäten der Feldeinsätze mit jenen der Institutionen und des Sekretariats. Die Gruppe dient als Forum für Gedankenaustausch und die Weitergabe von technischem Know-how zwischen den Feldeinsätzen, den Institutionen und dem Sekretariat. 2005 koordinierte die Gruppe die Bewertung von 115 aus außerbudgetären Mitteln finanzierten und von den Feldeinsätzen geplanten Projekten im Gesamtwert von über 31,2 Millionen Euro.

Die Gruppe unterstützt auch Programmmanager in

den Feldeinsätzen bei der Planung, Entwicklung und Bewertung ihrer Projekte und Programme. Anhand eines 2003 gemeinsam mit der Hauptabteilung Personalressourcen entwickelten *Ressource Manual* sorgte die Gruppe weiter für die Aktualisierung und Verbreitung von Projektmanagementinstrumenten im Sinne eines ganzheitlichen Projektmanagements. Entsprechend dem *OSZE-Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern* begann die Gruppe darauf zu achten, dass bei der Entwicklung und Planung von Projekten der Feldeinsätze die Genderperspektive durchgängig berücksichtigt wird.

Einsatzplanung, Verbindung und Analyse. Die Gruppe Einsatzplanung erwies sich weiterhin als wichtiges Instrument zur Unterstützung des Vorsitzes und der Teilnehmerstaaten bei der Einsatzplanung. Für Vertreter und hochrangige Besucher aus den Teilnehmerstaaten wurden Hintergrundinformationen und Präsentationen vorbereitet, und das kleine Analykerteam der Gruppe unterstützte den Generalsekretär, den Vorsitz und die Delegationen der Teilnehmerstaaten mit Hintergrunddokumenten, Analysen und der Abfassung von Reden. Sie spielte eine wichtige Rolle bei der Unterstützung des Vorsitzes in der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* im Juni. Die Erörterungen in allen vier Sitzungen der Konferenz ergaben einen fruchtbaren Gedanken- und Informationsaustausch zu aktuellen wichtigen Sicherheitsfragen, darunter insbesondere der Kampf gegen den Terrorismus, Grenzsicherung und -management und umfassende Sicherheit, und gaben Anregungen für die Festlegung von Strategien und Prioritäten für das kommende Jahr.

Zum weiteren Ausbau und zur Verbesserung der operativen Verbindungen zu Partnerorganisationen nahm die Gruppe im Januar an der Krisenmanagementübung der NATO und im April an der ersten EU/VN-Übungsstudie über die Zusammenarbeit im Krisenmanagement in sowohl ziviler als auch militärischer Hinsicht teil. Die Gruppe beteiligte sich außerdem an einer Reihe von Veranstaltungen in London und Genf, wo Empfehlungen für das 6. hochrangige Treffen zwischen den Vereinten Nationen und Regionalorganisationen im Juli in New York vorbereitet wurden. In regelmäßigen Sitzungen mit Partnerorganisationen auf Mitarbeiterebene berichtete sie über gewonnene Erkenntnisse, informierte über ihre Einschätzung von Situationen und tauschte Informationen über laufende Feldaktivitäten aus.

Grenzsicherung und Grenzmanagement. Das in der Einsatzgruppe tätige Expertenteam für Grenzmanagement- und Grenzsicherungsfragen führte Phase zwei des *OSZE-Programms für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Südosteuropa* durch. Diese Phase des zweijährigen Programms bestand aus einer Reihe von fünf Workshops, vier davon innerhalb des eigentlichen Programms und einer mit einem Konsortium des *Gemeinschaftshilfeprogramms für Wiederaufbau, Demokratisierung und Stabilisierung* (CARDS). Dieses Konsortium förderte die Umsetzung mehrerer grenzüberschreitender Vereinbarungen bezüglich Land- und Seegrenzen auf operativer Ebene, die organisationsübergreifende Zusammenarbeit sowie Maßnahmen

zur Eindämmung der illegalen Einwanderung. Sobald die zweite Phase des Programms abgeschlossen ist, wird das Konfliktverhütungszentrum die Zweckmäßigkeit, Wirksamkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit dieses Programms evaluieren und feststellen, inwieweit die gewonnenen Erkenntnisse auf andere OSZE-Regionen übertragen werden können.

Aufgrund entsprechender Ersuchen aus Teilnehmerstaaten führte das Team Beurteilungsbesuche in Zentralasien, Georgien und Belarus durch, um in der Folge technische Hilfe bei der Verbesserung des Grenzmanagements und der Grenzsicherung leisten zu können.

Die Einsatzgruppe unterstützte auch die informelle *Arbeitsgruppe für die Erstellung eines OSZE-Konzepts für Grenzsicherung und Grenzmanagement* bei der Ausarbeitung dieses Konzepts, das im Dezember auf dem OSZE-Ministerratstreffen in Laibach verabschiedet wurde.

Lage-/Nachrichtenzentrum. Die Dienste des Lage-/Nachrichtenzentrums (*Sit-Room*) stehen der OSZE 7 Tage die Woche rund um die Uhr zur Verfügung. Das Team der Diensthabenden ist nach wie vor die zentrale Kontaktstelle für die Organisation, insbesondere außerhalb der regulären Arbeitszeiten. Zu den vielen Dienstleistungen des *Sit-Room* zählen die laufende Verfolgung der Medienberichterstattung über wichtige Ereignisse und die Verbreitung von Informationen in Krisenzeiten sowie die Unterstützung bei der medizinisch bedingten Rückholung von Mitarbeitern in Not-situationen. Durch sein ständiges Monitoring der Medienunternehmen erfüllt der *Sit-Room* eine Frühwarnfunktion für den Generalsekretär. 2005 nahmen Mitarbeiter des *Sit-Room* an Sitzungen mit Vertretern der Lagezentren anderer internationaler Organisationen in New York und Brüssel teil, um den Informationsaustausch zu verbessern.

Die FSK-Unterstützungsgruppe. Die FSK-Unterstützungsgruppe unterstützt und berät die FSK-Troika und die OSZE-Delegationen durch die Bereitstellung detaillierter Quartals- und Monatsberichte über die Umsetzung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen durch die Teilnehmerstaaten. 2005 spielte sie eine wichtige Rolle bei der Unterstützung des Vorsitizes bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des *Jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung* im März und der zweiten *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* im Juni.

Im Berichtsjahr leistete die Gruppe den Teilnehmerstaaten Hilfestellung durch neun Beurteilungsbesuche und durch die Ausarbeitung von Projekten über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), konventionelle Munition und die Raketentreibstoffkomponente *Mélange*. Hier einige konkrete Beispiele: die erfolgreiche Durchführung von Projekten in Tadschikistan, die Entwicklung von Projektplänen betreffend SALW in Belarus bzw. gefährliche Munition in der Ukraine und in Kasachstan sowie die Evaluierung des *Mélange-*

Problems in mehreren OSZE-Staaten. Diese Aktivitäten fanden in enger Zusammenarbeit mit den OSZE-Feldeinsätzen statt. Die Gruppe bietet den Feldeinsätzen Fachberatung in Fragen der Entwicklung und Durchführung von Projekten. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 13.)

Die Gruppe leistete einen aktiven Beitrag zur *Zwei-jährlichen Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten* vom 11. bis 15. Juli in New York. Mit Unterstützung der Delegationen der Teilnehmerstaaten beim FSK organisierte sie eine *OSZE-Parallelveranstaltung über die OSZE-Aktivitäten zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten in SALW-Fragen* und führte diese auch durch. Ferner nahm sie an einer Reihe von Vorbereitungsveranstaltungen im Vorfeld des Zwei-jährlichen Treffens der Staaten 2005 teil, insbesondere an den Konferenzen in Beijing (asiatische Region einschließlich der zentralasiatischen Republiken) und Algier (Liga der arabischen Staaten), an der Konferenz über die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte in Prag (GUS-Länder) und an der Konferenz zur Unterstützung der OSZE-Kooperationspartner.

Bei der Durchführung mehrerer Projekte agierte die Gruppe in engerer Abstimmung mit der NATO als bisher. Um die Effizienz von Beurteilungsbesuchen zu erhöhen, organisierte sie am 1. und 2. Juni einen Workshop in Kasachstan, der sich mit der Prüfung von Problemen im Zusammenhang mit der Sicherheit von Lagerbeständen und der Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen und konventioneller Munition beschäftigte. Auf dem *Gemeinsamen technischen Workshop über die Raketentreibstoffkomponente Mélange* der OSZE und der NATO vom 6. bis 8. Juli in der Ukraine wurden mögliche Ansätze zur Auseinandersetzung mit diesem Problem geprüft.

Das OSZE-Kommunikationsnetz, das für direkte Kommunikationsverbindungen zwischen den Hauptstädten der Teilnehmerstaaten für den Austausch militärischer Information sorgt, wurde 2005 weiter aufgerüstet. Dank eines neuen Betriebssystems und einer vereinfachten Netzwerk-Architektur konnte seine Effizienz, Verlässlichkeit und Sicherheit erhöht werden. Das für das Kommunikationsnetz zuständige Referat der Gruppe betreibt das Netz und führt den Vorsitz in der Kommunikationsgruppe der OSZE, über die die Delegationen ihren notwendigen Beitrag einbringen und für Aufsicht sorgen. Durch die technischen Verbesserungen ist es für alle Teilnehmerstaaten noch einfacher und kostengünstiger geworden, ihren Meldeverpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension nachzukommen.

www.osce.org/cpc

Die Hauptabteilung Personalressourcen

Mit der im Januar erfolgten Umsetzung der im Integrierten Ressourcenmanagement-System (IRMA) vorgesehenen Module für die Lohnverrechnung und die Arbeitseinteilung in allen Institutionen und Feldeinsätzen der OSZE schloss die Hauptabteilung Personalressourcen des OSZE-Sekretariats die Einführung des neuen Personalressourcen-Management-Systems ab. Abschluss bedeutet, dass alle wichtigen Aufgaben im Bereich der Personalressourcen, einschließlich Personaleinstellung, Schulung sowie Gehalts- und Anspruchsverwaltung, gestrafft und zu einer einzigen Plattform zusammengefasst wurden. Dies verbessert die Möglichkeiten der Berichterstattung und die Managementkontrolle. Das System muss jedoch noch benutzerfreundlicher und funktioneller werden. Seit seiner Einführung sorgt die Hauptabteilung regelmäßig für die Unterstützung und Schulung von Institutionen und Feldeinsätzen in IRMA-Angelegenheiten.

Die späte Genehmigung des Haushalts- und des Dienstpostenplans 2005 bedeutete für die Hauptabteilung, dass sie im ersten Quartal keine neuen Posten ausschreiben konnte. Dank neuer und verbesserter Verfahren, durch die der Zeitaufwand für die Auswahl und Einstellung von Personal verringert wurde, hielten sich die negativen Auswirkungen dieses Umstands jedoch in Grenzen. Die Hauptabteilung schrieb 99 Vertragsbedienstetenposten aus, für die es 8.878 Bewerbungen gab. Im Lauf des Jahres führten 88 Einstellungskommissionen Gespräche mit rund 440 Bewerbern. Die Hauptabteilung bearbeitete 2.700 Nennungen für mit entsandtem Personal zu besetzende Posten, woraufhin insgesamt 278 Bewerber zu Feldeinsätzen und Institutionen entsandt wurden.

Die Personalabteilung unterstützte die Feldeinsätze und Institutionen in allen Bereichen der Verwaltung von Personalressourcen, hauptsächlich jedoch in personalpolitischen Grundsatzfragen und hinsichtlich der korrekten und konsequenten Anwendung des Personalstatuts und der Dienstordnung. Die seit 2004 geführten Konsultationen mit dem Beratenden Ausschuss für Management und Finanzen über die Abänderung mehrerer Bestimmungen des Personalstatuts und der Dienstordnung wurden fortgesetzt und in der Folge wurde im März, Juli und September eine Reihe von Änderungen genehmigt. Diese Änderungen mit dem Schwerpunkt auf Fragen der sozialen Sicherheit betrafen auch eine Vereinbarung, der zufolge die Beiträge einzelner Mitarbeiter vom Pensionsfonds der Vereinten Nationen in den Vorsorgefonds der OSZE übertragen werden können, und die Umsetzung einer neuen Krankenversicherungsbestimmung betreffend vorübergehende Arbeitsunfähigkeit, die den Mitarbeitern der OSZE und der Organisation eine Besserstellung und größeren Schutz bietet.

Die Schulungsabteilung konzentriert sich darauf, neuen Mitarbeitern einen reibungslosen und effizienten Einstieg in die OSZE zu ermöglichen. 2005 nahmen über 300 neu eingestellte OSZE-Bedienstete vor ihrem Dienstantritt in Institutionen und Feldeinsätzen an einem der 19 Einführungskurse („GO-Programme“) im Sekretariat teil. Die Schulungsabteilung ist unmittelbar für den Schulungsbedarf im Sekretariat zuständig. Sie organisierte 28 sachbezogene Seminare für

rund 220 Mitarbeiter. Gemäß der Schulungsstrategie der OSZE unterstützte sie verstärkt die Einschulung zukünftiger Missionsmitarbeiter in den Teilnehmerstaaten. Die Abteilung erwartet, dass auch in Zukunft Nachfrage nach dieser Art von Unterstützung bestehen wird, insbesondere in speziellen Bereichen wie etwa der Wahlbeobachtung. Im Oktober fand in Wien die zweite OSZE-Tagung zu Schulungs- und Personaleinstellungsfragen statt, an der über 60 einschlägige Experten aus den Hauptstädten und Vertreter des Sekretariats, der Institutionen und der Feldeinsätze teilnahmen.

Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen. Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen (DMF) ist innerhalb der OSZE für Dienstleistungen und Unterstützung in den Bereichen Management, Finanzen und Verwaltung zuständig. Sie umfasst den Konferenzdienst, den Finanzdienst, die Missionsunterstützung, die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Zentrale Archiv- und Dokumentenverwaltung (CRDM) und das Prager Büro.

IRMA und Managementreformen. DMF stand an vorderster Front der Managementreformen der OSZE. Durch die Reformen, die 2001 als Reaktion auf das rasche Wachstum der OSZE eingeleitet wurden, sollte die Organisation besser in die Lage versetzt werden, politische Entscheidungen rasch und flexibel in die Tat umzusetzen, wobei gleichzeitig die Kostenwirksamkeit, die Transparenz und die Rechenschaftspflicht gegenüber den Teilnehmerstaaten verbessert werden sollte.

Im Zentrum der Reformen steht der *Konsolidierte Haushaltsprozess* – ein Schlüsselinstrument für den Ständigen Rat bei der Steuerung der Arbeit der OSZE. Nachdem der Ständige Rat den Grundsatz der Programmhaushaltsplanung gebilligt hatte, verbesserte DMF das Format durch eine deutliche Verknüpfung zwischen Programmzielen und Programmressourcen.

2005 traten die Managementreformen in eine entscheidende Phase und die operative Tätigkeit der OSZE wird nun mithilfe eines gemeinsamen, modernen und integrierten IT-gestützten Managementsystems unter der Bezeichnung *IRMA* (Integriertes Ressourcenmanagement-System) verwaltet. *IRMA* verlangt die Zuweisung klarer Verantwortlichkeiten, Befugnisse und Rechenschaftspflichten. Der normative Rahmen wurde dementsprechend an die gestrafften operativen Erfordernisse und vereinfachten Arbeitsabläufe angepasst.

Der normative Rahmen umfasst nun 29 Anweisungen – 12 vorläufige Finanz- und Verwaltungsanweisungen und 17 Dienstanweisungen. Die letzten fünf Anweisungen wurden 2005 herausgegeben und betrafen den konsolidierten Haushalt, die Archiv- und Dokumentenverwaltung, die Gebäudeverwaltung, die Dienstreisenverwaltung und Grundsätze für die Nutzung von EDV-Ressourcen.

Eine weitere entscheidende Komponente der Managementreformen ist das Dokumentenmanagementsystem *Doc.In*. Dieses System, das 2003 eingeführt wurde, um das Wissens und Informationsmanagement der OSZE zu verbessern, wird im Januar 2006 an allen OSZE-Standorten voll einsatzfähig sein.

Um die OSZE-Delegationen mit verlässlichen und aktuellen Informationen über die operative Tätigkeit zu versorgen, ist die *Delegierten-Website* mit einem eigens entwickelten „Armaturenbrett“ verlinkt, über das auf Informationen wie etwa Sitzungspläne, offizielle OSZE-Dokumente sowie aktuelle, online abrufbare IRMA-Berichte über die operative Tätigkeit der OSZE leicht zugegriffen werden kann.

Wahlunterstützung für Afghanistan. Wie schon 2004 für die Präsidentenwahlen entsandte die OSZE ein Wahlunterstützungsteam nach Afghanistan. Für die operative und die administrative Komponente der Mission, deren Aufgabe es war, die ersten Parlamentswahlen im Land seit mehr als 30 Jahren zu unterstützen, war ein Freiwilligenteam von DMF zuständig, das sein Hauptquartier in Kabul hatte. Die Schwierigkeiten beim Einsatz in so großer Entfernung und in einer relativ feindlichen Umgebung waren beträchtlich, doch konnte die Mission in sehr kurzer Zeit erfolgreich zusammengestellt, durchgeführt und abgeschlossen werden.

Neue Sekretariatsräume in der Wallnerstraße. Ende 2007 werden das OSZE-Sekretariat und der Beauftragte für Medienfreiheit neue Räume in einem historischen Gebäude – dem Palais Palfy in der Wallnerstraße 6 – beziehen. Die von der österreichischen Regierung zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten werden derzeit umgebaut. DMF verfolgt aktiv den Fortschritt der Bauarbeiten. Sobald die Wiener Büros in diesem repräsentativen Gebäude im Herzen Wiens unter einem Dach untergebracht sind, wird die OSZE auch optisch stärker präsent sein.

Betreuung von Sitzungen und Konferenzen. Der Konferenzdienst unterstützt den jeweiligen Vorsitz und die Teilnehmerstaaten der OSZE, die Gemeinsame Beratungsgruppe und die Beratungskommission „Offener Himmel“ sowie das OSZE-Sekretariat bei der Vorbereitung und Abhaltung von Sitzungen und Konferenzen.

2005 war der Konferenzdienst auch Mitorganisator einer Reihe von Veranstaltungen außerhalb von Wien, darunter das Treffen des Wirtschaftsforums in Prag, die Konferenz von Córdoba zur Bekämpfung des Antisemitismus und anderer Formen der Intoleranz, das Ministerratstreffen der OSZE in Laibach und das zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension in Tiflis.

Das Prager Büro. Als ursprünglicher Sitz des KSZE-Sekretariats (1991) ist das Prager Büro Erbe der historischen Sammlungen von KSZE/OSZE-Konferenzdokumenten und die älteste institutionelle Einheit der Organisation. Das Büro – auch als Forschungs- und Dokumentationszentrum bezeichnet – hat im Wesentlichen die Aufgabe, OSZE-Dokumente effizient zu erhalten und den Teilnehmerstaaten sowie wissenschaftlichen Forschern zugänglich zu machen. Im März übersiedelte das Büro in neue Räume im Botenschaftsviertel, die vom Gastland zur Verfügung gestellt wurden.

Das ganze Jahr 2005 hindurch arbeitete das Büro mit dem Konferenzdienst und CRDM beim Aufbau der *Doc.In*-Datenbank eng zusammen, in die es über 3.500 Dateien einbrachte. Es nahm auch elf Diplomanden und Dissertanten im Rahmen seines *Gastforscherprogramms* auf und hielt Vorträge über die Tätigkeit der OSZE vor rund 380 Besuchern. Das Büro leistete Unterstützung beim Start der neuen öffentlich zugänglichen Website und bei der Verwaltung der Online-Dokumentenbibliothek und der offiziellen Versandliste. Es betreut nach wie vor Veranstaltungen in Prag, darunter das Wirtschaftsforum der OSZE und die Treffen der Minsk-Gruppe der OSZE.

Ausblick. 2006 wird DMF weiter daran arbeiten, über die „Armaturenbretter“ Informationen, Verfahren, Unterstützungsdienste und Berichte einheitlich zugänglich zu machen, um zu gewährleisten, dass die Reformen ihren Nutzen voll entfalten können und dass die neue Managementphilosophie fest verankert wird. Besondere Aufmerksamkeit wird DMF der Bereitstellung von Fortbildung und Unterstützung für Verwaltungs- und Programmpersonal schenken, und DMF wird sich mit Management- und Systemfragen befassen, die sich aus der Umsetzung von IRMA ergeben. DMF wird auch eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung des Generalsekretärs in der Wahrnehmung seiner mandatsgemäßen Aufgaben spielen, indem im Haushaltsprozess durch Vorgabe klarer strategischer Ziele mit einem stärkeren Bezug zu Programmaktivitäten für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht gesorgt und die Arbeitsleistung zunehmend ergebnisorientiert und messbar gemacht wird.

**Revidierter Gesamthaushalt des Sekretariats:
€ 27.319.300**

Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit

Zusammenwirken zwischen Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum

2005 verstärkte die OSZE ihre Beziehungen zu Partnerorganisationen und -institutionen wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, dem Europarat und der Nordatlantikvertrags-Organisation sowie zu anderen regionalen und subregionalen Organisationen, die sich mit der Förderung von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum befassen. Die engere Zusammenarbeit und bessere Koordination mit Partnerorganisationen ergab sich aus den Beschlüssen der Teilnehmerstaaten, insbesondere der auf dem Gipfeltreffen von Istanbul 1999 verabschiedeten Plattform für kooperative Sicherheit, der auf dem Ministerrattreffen von Maastricht 2003 beschlossenen OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert und anderen einschlägigen Ministerratsbeschlüssen.

In den Gesprächen über die OSZE-Reform wurde die Wichtigkeit enger Partnerschaften betont. In seinem Schlussbericht unterstrich der Weisenrat, dass „die Zusammenarbeit und Koordination mit anderen Akteuren die gemeinsame und umfassende Sicherheit im OSZE-Raum stärkt“. In dem Bericht wurde zur Weiterentwicklung der Beziehungen mit den Vereinten Nationen und dem Europarat sowie zur Verstärkung einer pragmatischen und ausgewogenen Zusammenarbeit mit anderen regionalen und subregionalen Organisationen aufgerufen. Bei den anschließenden Konsultationen auf hoher Ebene im September in Wien stellten viele Delegationen fest, dass die OSZE Mittel und Wege finden müsse, um die Zusammenarbeit und Koordination mit anderen Organisationen weiter zu verbessern.

Eine solche Zusammenarbeit wurde auch auf der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* der OSZE im Juni in Wien erörtert, wo unter den Teilnehmerstaaten breites Einvernehmen über die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit und Synergie zwischen verschiedenen internationalen Akteuren herrschte. An der zweitägigen Veranstaltung nahmen mehrere Organisationen und Institutionen mit sicherheitsbezogenen Mandaten teil, darunter die Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Europarat, GUAM (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldau), die NATO, der Stabilitätspakt für Südosteuropa, der Ausschuss der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung.

Ende des Jahres wurden auf dem 13. Treffen des Ministerrats in Laibach mehrere Beschlüsse verabschiedet, in denen betont wurde, wie wichtig es ist, die Beziehungen zu Partnerorganisationen als wesentlichen Aspekt bei der Umsetzung dieser Beschlüsse und bei der Förderung der umfassenden Sicherheit im OSZE-Raum aufrechtzuerhalten und auf diesen Beziehungen aufzubauen.

Das Sekretariat, die Institutionen und die Feldeinsätze der OSZE pflegten daher aktive Kontakte mit ihren Amtskollegen in anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und arbeiteten mit diesen zusammen. Die Sekretariatsabteilung Externe Zusammenarbeit diente als Anlaufstelle für die Förderung der Beziehungen mit Partnerorganisationen und -institutionen sowie mit den Partnerstaaten der OSZE.

2005 war die Entwicklung der Beziehungen der OSZE insbesondere zu den Vereinten Nationen und zum Europarat von einer neuen Dynamik geprägt. Gemeinsam mit den Vereinten Nationen nahm die OSZE an mehreren Tagungen im Rahmen der Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit regionalen Organisationen teil und lieferte auch Beiträge zu diesen Veranstaltungen, deren Höhepunkt die Verabschiedung der Resolution 1631 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen war, in der dieser seine Entschlossenheit bekundete, die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen Organisationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit weiter auszubauen.

Die Partnerschaft mit dem Europarat wurde im April durch die Verabschiedung einer Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen und die Einsetzung der OSZE/Europarat-Koordinationsgruppe verstärkt.

Die OSZE nahm im Februar in Straßburg am traditionellen jährlich stattfindenden hochrangigen Dreiertreffen zwischen der OSZE, den Vereinten Nationen und dem Europarat teil. Gegenstand der Erörterungen war die Rechtsstaatlichkeit als grundlegende Voraussetzung für die Förderung der Sicherheit, der Stabilität und der nachhaltigen Entwicklung auf dem gesamten Kontinent. Vertreter der Institutionen der Europäischen Union (der Kommission und des Ratssekretariats), das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) nahmen ebenfalls an dem Treffen teil, dem ein zielorientiertes Treffen auf Arbeitsebene zum Thema Meinungsfreiheit voranging.

Gemeinsam mit den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der NATO beteiligte sich die OSZE auch an der Lenkungsgruppe für zukünftige Vorkehrungen im Kosovo.

Auf der *OSZE-Konferenz über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz*, die im Juni in Córdoba (Spanien) stattfand, versammelten sich mehrere internationale und regionale Organisationen und Institutionen wie der Europarat, die Liga der arabischen Staaten, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte. Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Arbeitsgruppe für internationale Zusammenarbeit in Fragen der Holocaust-Erziehung, des Holocaust-Gedenkens und der Holocaust-Forschung nahmen ebenfalls teil.

Im Kampf gegen den Terrorismus hielt der OSZE-Generalsekretär erstmals eine Rede vor dem Ausschuss der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus. Eine Reihe von Workshops der Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU) dienten der Verstärkung der Zusammenarbeit mit verschiedenen VN-Organen, der Europäischen Union, dem Europarat, der NATO, der GUS, der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (CSTO), der G8 und der INTERPOL. Die ATU arbeitete auch eng mit der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation, der IOM und der EU zusammen, um die Sicherheit von Reisedokumenten im OSZE-Raum zu erhöhen.

Das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE arbeitete mit internationalen Finanzinstitutionen und Partnerorganisationen in Bezug auf Geldwäsche, Finanzierung des Terrorismus, Unternehmensentwicklung, kleine und mittlere Unternehmen, Good Governance, Aufbau personeller Kapazitäten und Umweltprobleme zusammen. Im Zusammenhang mit dem 13. Wirtschaftsforum, auf dem demographische Trends, Migration und Integration besprochen wurden, arbeitete das Büro ebenfalls eng mit der IOM und dem Internationalen Zentrum für Migrationspolitikentwicklung zusammen.

2005 fand erstmals ein Treffen zwischen dem Leitenden Polizeiberater der OSZE, dem Leiter der Polizeibehörde der VN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und dem Leiter der Polizeibehörde des EU-Ratssekretariats statt.

Die Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels und die Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels (ATAU) veranstalteten drei hochrangige OSZE-Konferenzen, die Opferhilfe und Opferschutz sowie die Bekämpfung des Kinderhandels und des Menschenhandels zum Zwecke der Ausbeutung der Opfer als Arbeitskräfte und für Zwangsarbeit bzw. Zwangsdienstbarkeit zum Gegenstand hatten. Diese Konferenzen fanden im Rahmen der Allianz gegen Menschenhandel statt, eines offenen Forums internationaler Organisationen und NROs. Auf Arbeitsebene wurde im Rahmen der Allianz ein Expertenkoordinationsteam eingerichtet, das die Zusammenarbeit durch Informationsaustausch, gemeinsame Strategien gegen den Menschenhandel und Koordination der Geber verstärken soll. 2005 berief die ATAU drei solcher Treffen ein, wodurch die OSZE einen direkten Beitrag zum EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels leisten konnte.

Im Rahmen des laufenden Informationsaustauschs über internationale Initiativen mit Roma-Bezug war das BDIMR Mitveranstalter von drei Treffen der Informellen Kontaktgruppe für Roma-Fragen unter Beteiligung mehrerer internationaler Organisationen, darunter das jüngst gegründete Europäische Forum für Roma und Traveller.

Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit stand weiterhin in engem Kontakt mit anderen internationalen Organisationen wie dem Europarat, insbesondere zu Rechtsfragen, und der UNESCO, deren Vertreter an Treffen, die der Medienbeauftragte veranstaltete, auf

Basis der Gegenseitigkeit teilnahmen. Der Medienbeauftragte arbeitete auch mit NROs zusammen, die Rechtsgutachten sowie Informationen über Medienfreiheit im Internet lieferten und Entwicklungen im Medienbereich beobachteten. Im Dezember gaben die drei Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit, die im Auftrag der OSZE, der Vereinten Nationen und der Organisation der amerikanischen Staaten tätig sind, eine gemeinsame Erklärung zum Thema Internet und Meinungsfreiheit ab; in der Erklärung wurde auch betont, dass im Kampf gegen den Terrorismus die Bürgerrechte gewahrt werden müssen.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE setzte ihre enge Zusammenarbeit mit anderen parlamentarischen Institutionen fort, darunter das Europäische Parlament, die Parlamentarischen Versammlungen des Europarats und der NATO, die Versammlung der Westeuropäischen Union und die Interparlamentarische Versammlung der GUS. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE war einer von über 100 Parlamentspräsidenten aus aller Welt, die an der von der Interparlamentarischen Union veranstalteten Zweiten Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten teilnahmen.

In ihren Einsatzgebieten lud die OSZE in bewährter Tradition Vertreter internationaler Organisationen zu regionalen Missionsleitertreffen ein, auf denen Informationen über laufende und geplante Aktivitäten ausgetauscht und Fragen der Zusammenarbeit erörtert wurden.

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, unterstützte die Hochrangige Planungsgruppe bei der Erfüllung ihrer mandatsgemäßen Aufgaben. Zu den Organisationen, mit denen er in Fragen der Kriegsgefangenen, Vermissten und Internierten und hinsichtlich der Lage der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge sowie in Fragen der Minenräumung in Kontakt stand, zählten die EU, der Europarat, UNHCR, das IKRK und verschiedene internationale NROs.

Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen und die OSZE haben ihre Beziehungen erheblich vertieft. Die OSZE nahm an einer Reihe von Veranstaltungen teil, die ihren Höhepunkt in der Verabschiedung einer Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen hatten.

Am 25. und 26. Juli fand in New York das *Sechste Treffen auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen* unter Beteiligung von 20 Organisationen statt. Die OSZE wurde von ihrem Generalsekretär vertreten. Gegenstand des Treffens waren unter anderem der Dialog zwischen den Zivilisationen, die Zusammenarbeit bei der Friedenssicherung, der Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten, Abrüstung und der Schutz der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus. Das OSZE-Sekretariat und das BDIMR waren schon in den Vorbereitungs-

prozess eingebunden und lieferten Beiträge zu drei Tagungen im März, April und Juni. Auf dem hochrangigen Treffen wurde eine Gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der die Notwendigkeit einer strukturierten Beziehung zwischen den Vereinten Nationen sowie regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen betont wurde, und ebenso eine Gemeinsame Erklärung über *Partnerschaft zwischen Zivilisationen*.

„Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, zu gewährleisten, dass unsere Kooperationsmechanismen so gut wie möglich funktionieren. Sie müssen wirksam und effizient sein und einander verstärken. Sie müssen flexibel sein und sich auf den raschen Wandel und die Integrationsprozesse in unserer Welt einstellen können. Und sie müssen mit der Charta im Einklang stehen und deren Grundsätze und Ziele fördern.“

VN-Generalsekretär Kofi Annan bei der Sitzung des Sicherheitsrats über die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit regionalen Organisationen

Im Oktober fand eine Sitzung des Sicherheitsrats statt, die der Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit regionalen Organisationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gewidmet war. Der Generalsekretär der OSZE betonte, dass die Organisation mit ihren 55 Teilnehmerstaaten und 18 Feldmissionen sehr gut in der Lage sei, den VN-Sicherheitsrat im Umgang mit regionalen Konflikten, bei der Konfliktverhütung, der Übermittlung von Daten und Analysen und der Umsetzung der einschlägigen Beschlüsse und Resolutionen des VN-Sicherheitsrats zu unterstützen. Die Sitzung schloss mit der Verabschiedung einer Resolution des Sicherheitsrats, in der dieser seine Entschlossenheit bekundete, die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit weiter auszubauen.

Die OSZE setzte sich wie bisher für die Ratifikation der 12 weltweiten Übereinkünfte zur Bekämpfung des Terrorismus und für die Ausarbeitung von einschlägigen Gesetzen ein. Die ATU veranstaltete zwei Expertenworkshops zur Bekämpfung des Terrorismus, einen zum Thema *Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten mit Terrorismusbezug* in Zusammenarbeit mit dem Exekutivdirektorium des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus und dem UNODC und einen zweiten zum Thema *Selbstmordterrorismus* gemeinsam mit dem Interregionalen Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege. VN-Vertreter nahmen an OSZE-Workshops zu den Themen Containersicherheit und Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken teil.

Die OSZE eröffnete ein neues Kapitel in ihren Beziehungen mit den Vereinten Nationen, als der Ständige Rat am 19. Mai beschloss, durch die Beobachtung von Gerichtsverfahren gegen Kriegsverbrecher in Bosnien und Herzegowina, Kroatien sowie Serbien und Montenegro größere Verantwortung zu übernehmen. Der Rechtsdienst des OSZE-Sekretariats antwortete auf Ersuchen des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien um Aufhebung der Immunität

ehemaliger und derzeitiger Bediensteter, die zur Aussage vor den Strafgerichtshof geladen worden waren, und stellte dem Strafgerichtshof entsprechendes Material zur Verfügung.

Die Leitende Genderberaterin der OSZE sprach auf der 49. Tagung der VN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau über die Rolle regionaler Organisationen bei der Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau. Sie nahm an verschiedenen von den Vereinten Nationen veranstalteten Experten- und Regionaltreffen zur Vorbereitung der Studie des VN-Generalsekretärs über Gewalt gegen Frauen teil.

In Zusammenarbeit mit dem unter UNODC-Leitung stehenden Globalen Programm gegen Geldwäsche und der Weltbank veranstaltete das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE in interessierten Teilnehmerstaaten Workshops über die Bekämpfung der Geldwäsche und die Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus. In Bezug auf die Umwelt- und Sicherheitsinitiative wurde mit dem UNDP, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der NATO kooperiert. Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) leistete ebenfalls Beiträge zu einigen Projekten, so etwa zu einem ukrainisch-moldauischen Projekt betreffend die nachhaltige Entwicklung des Dnjestr. Die UNECE wird sich 2006 ENVSEC als einer der Hauptpartner anschließen.

Hinsichtlich der politisch-militärischen Dimension leistete das Konfliktverhütungszentrum der OSZE einen Beitrag zur *Zweijährlichen Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) unter allen Aspekten*, die im Juli in New York stattfand. Mit Unterstützung der Delegationen des Forums für Sicherheitskooperation organisierte das Konfliktverhütungszentrum eine Parallelveranstaltung über *OSZE-Aktivitäten zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten in SALW-relevanten Bereichen*. Im Vorfeld der Zweijährlichen Tagung nahm das Konfliktverhütungszentrum an einer Reihe von Vorbereitungsveranstaltungen teil, insbesondere an Konferenzen in Beijing, Algier und Prag. Es leistete auch einen Beitrag zu einem Bericht des Instituts der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung zum Thema *Verstärkung des europäischen Vorgehens in Bezug auf SALW und explosive Kriegsrelikte*, der im November fertig gestellt wurde.

Das KVZ beteiligte sich auch am dritten Treffen des Forums für Konfliktverhütung in Zentralasien, das von der VN-Hauptabteilung Politische Angelegenheiten organisiert und im Dezember von der tadschikischen Regierung in Duschanbe veranstaltet wurde. Die Teilnehmer erörterten die Probleme und die wechselseitigen Verbindungen von Terrorismus, Drogenhandel und organisierter Kriminalität in Zentralasien. Das Treffen schloss mit dem Vorschlag, in Zentralasien ein regionales Analysezentrum für Konfliktverhütung einzurichten.

Das BDIMR arbeitete mit UNHCHR, UNHCR und dem UNDOC zusammen, um in Bezug auf den Schutz der

Menschenrechte, einschließlich des *Non-refoulement* von Opfern des Menschenhandels, und hinsichtlich der Analyse von Fallbeispielen betreffend die Umsetzung des Palermo-Protokolls der Vereinten Nationen gemeinsame Aktivitäten zu setzen. Das BDIRM leistete Beiträge zu einschlägigen VN-Tagungen zu den Themen Auslieferung und Schutz der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus, Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau.

UNHCR leistete regelmäßig Beiträge zu informellen Arbeitsgruppen der OSZE und verschiedenen Treffen auf hoher Ebene. Die UNHCR-Verbindungsgruppe in Wien stand in regem Kontakt und führte häufig Konsultationen mit dem Vorsitz, den Teilnehmerstaaten, dem Sekretariat und anderen Institutionen der OSZE, unter anderem zur Lage der usbekischen Flüchtlinge in Kirgisistan.

In *Südosteuropa* waren die Beziehungen zwischen den OSZEFeldeinsätzen und den Vereinten Nationen besonders eng. Die OSZE-Mission im Kosovo ist ein eigener Bestandteil der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, die so genannte dritte Säule. Sie spielt eine führende Rolle im institutionellen und demokratischen Aufbau und bei der Förderung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Sie arbeitete mit verschiedenen VN-Einrichtungen im allgemeinen Menschenrechtsmonitoring und beim Aufbau von Kapazitäten zusammen. Die OSZE-Mission wird die Zusammenarbeit mit der Abteilung Zivilverwaltung der VN-Mission (ehemalige zweite Säule) auf kommunaler Ebene im Hinblick auf eine schrittweise Übertragung von Funktionen und Verantwortlichkeiten an die OSZE verstärken. Die Zusammenarbeit in Fragen der Flüchtlingsrückkehr, der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratisierung und der Kosovo-Polizeischule wurde fortgesetzt.

Gemeinsam mit verschiedenen VN-Einrichtungen wurde in Albanien, Bosnien und Herzegowina, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie in Serbien und Montenegro eine Reihe von Projekten betreffend Flüchtlinge, nationale Minderheiten und Gleichstellung von Mann und Frau durchgeführt. Die Missionen in Bosnien und Herzegowina sowie in Serbien und Montenegro arbeiteten mit dem UNDP, der EUFOR und dem Stabilitätspakt für Südosteuropa an der Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen.

Südkaucasus. Die Mission in Georgien unterstützte den unter VN-Führung stehenden Friedensprozess in Abchasien (Georgien) und stellte wie bisher einen Mitarbeiter zum dortigen VN-Menschenrechtsbüro ab. In der Zone des georgischossetischen Konflikts arbeitete die Mission eng mit UNDP und UNHCR im Hinblick auf ein von der Europäischen Kommission finanziertes großes Wiederaufbauprogramm zusammen. Das Büro in Eriwan und UNDP arbeiteten in Fragen der menschlichen Dimension zusammen, darunter die Bekämpfung von Korruption und Menschenhandel, Wahlen, Gleichstellungsfragen und die Volksanwaltschaft. In Baku setzten sich das Büro, UNHCR und die IOM für die Bekämpfung des Menschenhandels und

eine ausgewogene Medienberichterstattung unter Achtung der Meinungsvielfalt ein.

In *Osteuropa* engagierte sich die OSZE-Mission in Moldau gemeinsam mit verschiedenen VN-Organisationen, nationalen und NRO-Akteuren im Kampf gegen den Kinderhandel und im Hinblick auf die Verbesserung der Lage von Minderjährigen und Frauen in Transnistrien. Der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine führte gemeinsam mit VN-Einrichtungen und anderen Organisationen wie USAID, dem *British Council* und *Transparency International* ein Programm zur Sensibilisierung und Erziehung in Menschenrechtsfragen durch.

In *Zentralasien* arbeiteten die Feldeinsätze mit VN-Organisationen zusammen, um die fünf Teilnehmerstaaten bei der Stärkung des institutionellen Aufbaus, der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität, in Genderfragen und bei der Hebung des allgemeinen Menschenrechtsbewusstseins zu unterstützen. Die Zusammenarbeit umfasste regionale Projekte mit Bezug zur Terrorismusbekämpfung und die ENVSEC-Initiative. So veranstaltete etwa das OSZE-Zentrum in Taschkent gemeinsam mit dem UNODC und der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit einen regionalen Workshop über die Umsetzung der weltweiten Übereinkünfte zur Bekämpfung des Terrorismus. Das OSZE-Zentrum in Duschanbe kooperierte mit dem VN-Büro für Friedenskonsolidierung in Tadschikistan und anderen internationalen Akteuren im Hinblick auf die Unterstützung der Zentralen Wahl- und Referendumskommission Tadschikistans bei der Abhaltung der Parlamentswahlen im Februar.

Europäische Union

Mit der Erweiterung der Europäischen Union, dem Beschluss über die Europäische Nachbarschaftspolitik und der Bestellung der EU-Sonderbeauftragten für Moldau und Zentralasien erfuhren die Beziehungen zwischen der OSZE und der Europäischen Union einen weiteren Aufschwung.

Im Januar sprach der luxemburgische Außenminister als Vertreter der EU-Präsidentschaft vor dem Ständigen Rat. Er betonte die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der EU und der OSZE und die Wichtigkeit des Beitrags der OSZE zur Förderung von Good Governance, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge.

Der Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär nahmen an zwei Sitzungen der Ministertrioikas von EU und OSZE teil, eine während jeder Präsidentschaft. Es fanden auch zwei Treffen zwischen dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU und der OSZE-Botschaftertrioika statt.

Im Oktober sprach der Generalsekretär der OSZE vor dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU in Brüssel. Er rief die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, sich wie bisher dafür einzusetzen, dass die OSZE weiterentwickelt und modernisiert wird und dass die EU und die OSZE ihre einander ergänzenden Rollen weiter ausbauen. Der Generalsekretär hielt bilaterale

Treffen mit dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik/Generalsekretär des Rates der Europäischen Union und dem Europäischen Kommissar für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik ab.

Der Hohe Repräsentant und EU-Sonderbeauftragte für Bosnien und Herzegowina und der EU-Sonderbeauftragte für den Südkaukasus unterrichteten den Ständigen Rat der OSZE über Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen. Auf Arbeitsebene war die OSZE im Juli Gastgeber des dritten Treffens von EU- und OSZE-Mitarbeitern. Die Europäische Kommission beteiligte sich über ihre Delegation bei den internationalen Organisationen in Wien an der Arbeit der OSZE-Gremien.

Im April nahm das KVZ an der ersten EU/VN-Übungsstudie über die Zusammenarbeit im zivilen und militärischen Krisenmanagement teil. BDIMR-Bedienstete erläuterten die menschliche Dimension der OSZE auf EU-Veranstaltungen, die mit Schulungsmaßnahmen betreffend die zivilen Aspekte des Krisenmanagements und Menschenrechtsanliegen im Kampf gegen den Terrorismus im Zusammenhang standen. Was die Abhaltung von Wahlen betrifft, so beteiligte sich das Europäische Parlament an Beobachtungsmissionen des BDIMR bei den Parlamentswahlen in Kirgisistan, Moldau, Albanien und Aserbaidschan und an den Präsidentschaftswahlen in Kirgisistan und Kasachstan. Im Juni berichtete das BDIMR in Brüssel bei einer Informationsveranstaltung für europäische Parlamentarier über seine Wahlbeobachtungsmissionen.

Hinsichtlich Toleranz und Nichtdiskriminierung verstärkte das BDIMR seine Zusammenarbeit mit der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC), unter anderem durch Teilnahme an interinstitutionellen Treffen auf hoher Ebene und auf Arbeitsebene, wie etwa am BDIMR-Expertentreffen im März über die Datensammlung in Bezug auf Hassdelikte, und an der Entwicklung von EUMC-Informationsdatenbanken.

In *Südosteuropa* arbeiteten die OSZE-Missionen eng mit EU-Beauftragten zusammen, unter anderem in Fragen der Flüchtlingsrückkehr, der Rechte nationaler Minderheiten, des Polizeiaufbaus sowie der Justiz und Wahlrechtsreform.

Die OSZE-Präsenz in Albanien und die EU hielten Konsultationen ab, bei denen es unter anderem um die Förderung der Wahlrechts- und Justizreform, Menschenrechte, die Reform der Eigentumsgesetze und eine Gesetzesvorlage über monopolfreies digitales Fernsehen ging.

In Bosnien und Herzegowina, Kroatien sowie Serbien und Montenegro spielten die OSZE-Missionen eine führende Rolle im regionalen „3x3“-Rückkehrprozess, in dessen Rahmen Fragen im Zusammenhang mit der regionalen Flüchtlingsrückkehr bis Ende 2006 gelöst werden sollen. Mit Unterstützung der OSZE, der Europäischen Kommission und von UNHCR zielt die Initiative auf die Umsetzung der im Januar unterzeichneten Erklärung von Sarajewo über die Flüchtlingsrückkehr durch effiziente und regelmäßige zwischenstaatliche

Kontakte zwischen den drei Ländern ab.

In Serbien und Montenegro wurde mit der Europäischen Agentur für Wiederaufbau (EAR) eine komplexere Partnerschaft in Bezug auf die Rechtsreform, einschließlich Medienentwicklung und Aktivitäten im Bereich der Strafverfolgung, aufgebaut. Die Zusammenarbeit der beiden Organisationen betraf insbesondere die Unterstützung der Umsetzung des von der serbischen Regierung beschlossenen Roma-Aktionsplans und die Reform der öffentlichen Verwaltung in Montenegro.

Die OSZE-Mission im Kosovo führte ein Projekt zur Vorbereitung auf die Rechtsanwaltsprüfung sowie ein Projekt zur Schaffung eines von der EAR finanzierten umfassenden Rechtshilfesystems für den Kosovo durch. In Bezug auf den Kontrollmechanismus für den Kosovo im Rahmen des Strategischen Aktionsplans der EU für den Aufbau von Kapazitäten leistete die OSZE-Mission wesentliche Beiträge in den Bereichen Governance, Wahlen und Referenden. Die Mission arbeitete mit dem Büro der Europäischen Kommission im Kosovo in Fragen der gesetzlichen Vorschriften zur Einsetzung der Unabhängigen Medienkommission eng zusammen.

Die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje nahm an den Sitzungen teil, die das Büro des EU-Sonderbeauftragten wöchentlich abhält, um die Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft im Land zu koordinieren. Mit Vertretern der EUPOL Proxima und der Überwachungsmission der Europäischen Union tauschte die Mission regelmäßig sicherheitsrelevante Informationen aus. Gemeinsam mit der EUPOL Proxima und dem Ministerium überwachte die Mission Ermittlungen hinsichtlich des Verhaltens der Polizei.

In Kroatien arbeitete die Mission mit der Delegation der Europäischen Kommission in Fragen der Flüchtlingsrückkehr eng zusammen, und sie setzte sich für einen rechtlichen Rahmen für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und eine zivilgesellschaftliche Strategie ein.

In *Osteuropa* arbeitete die Mission in Moldau mit dem EU-Sonderbeauftragten für Moldau in Fragen der Beilegung des Transnistrienkonflikts zusammen. Im Zentrum standen der politische Verhandlungsprozess, die Überwachung der moldauisch-ukrainischen Grenze, die Demokratisierung der Region Transnistrien und die Überwachung der transnistrischen Rüstungsindustrie. In Minsk fanden Ad-hoc-Treffen mit auf Besuch weilenden Vertretern der Delegation der Europäischen Kommission in Kiew statt.

In der Ukraine arbeitete der OSZE-Projektkoordinator mit der Delegation der Europäischen Kommission bei Grenzprojekten zusammen, und er nahm an den auf Initiative der Delegation stattfindenden regelmäßigen Sitzungen teil, bei denen es um die Unterstützung der Justizreform ging. Mit finanzieller Unterstützung seitens der Europäischen Union half das Büro der ukrainischen Zentralen Wahlkommission bei ihren Bemühungen um Erstellung eines Wählerverzeichnisses.

Südkaukasus. In Armenien beteiligte sich die Euro-

päische Kommission an der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Korruption, die unter dem Vorsitz des OSZE-Büros in Eriwan steht. In Georgien koordinierte die Mission die Polizeiunterstützung mit der Delegation der Europäischen Kommission. Die OSZE und die Europäische Kommission tauschten regelmäßig Informationen über Entwicklungen im Zusammenhang mit dem georgisch-abchasischen und dem georgisch-ossetischen Konflikt aus. Die Europäische Kommission beauftragte die Mission mit der Abwicklung eines großen Wiederaufbauprogramms im Zusammenhang mit dem georgisch-ossetischen Konflikt und leistete Unterstützung für die wirtschaftliche Bedarfserhebungsstudie der OSZE. Die EU stellte Mittel für die Mission bereit, die der Unterstützung von Aktivitäten der georgischen und der südossetischen Seite in der Gemeinsamen Kontrollkommission zur Beilegung des georgisch-ossetischen Konflikts dienen.

Zentralasien. Das Zentrum in Almaty organisierte gemeinsam mit der Delegation der Europäischen Kommission Veranstaltungen zu Gesetzgebungsfragen betreffend Extremismus, Staatssicherheit und gemeinnützige Organisationen. Das Zentrum in Ashgabad erweiterte die Zusammenarbeit mit dem von der Europäischen Kommission finanzierten TACIS-Programm (Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten), in erster Linie betreffend den Aufbau von Kapazitäten im Zollbereich, Computer- und Englischkurse und die Unterstützung von freiwilligen Bauernverbänden. Das Zentrum in Bischkek erhielt von der EU Unterstützung für sein Polizeiunterstützungsprogramm und unterhielt Arbeitsbeziehungen mit dem Grenzmanagementprogramm der EU für Zentralasien und dem Zentralasiatischen Drogenbekämpfungsprogramm. In Kirgisistan arbeitete die OSZE mit TACIS in Fragen der Entwicklung von Kleinunternehmen und der Schaffung von Anreizen für ausländische Direktinvestitionen zusammen, während das Zentrum in Taschkent mit dem EU-Programm *EuropeAid* in Bezug auf ein Projekt zur Unterstützung des neu geschaffenen usbekischen Zweikammerparlaments zusammenarbeitete.

Europarat

Die Beziehungen zwischen der OSZE und dem Europarat erfuhren eine Verstärkung durch eine Reihe wichtiger Schritte, die in einer Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE ihren Abschluss fanden. In diesem im April verabschiedeten Dokument (PC.DEC/670) werden die beiden Organisationen ermutigt, zusammenzuarbeiten und verschiedene Formen der Verstärkung ihrer Zusammenarbeit zu sondieren. Die Erklärung wurde auf dem Dritten Europaratgipfel (Warschau, 16. und 17. Mai) von den Staats- und Regierungschefs begrüßt. Die Formulierung der Erklärung war Gegenstand eines Treffens des Ständigen Rates der OSZE und des Ministerkomitees des Europarats am 18. April in Straßburg.

Ein weiterer wichtiger Schritt war das erste Treffen der OSZE/Europarats-Koordinationsgruppe im März, deren Aufgabe es ist, die Verstärkung der Synergien und die Komplementarität zwischen den beiden Organisationen zu fördern. Die Koordinationsgruppe legte vier

Bereiche fest, in denen die Zusammenarbeit verstärkt werden soll: der Kampf gegen den Terrorismus, die Bekämpfung des Menschenhandels, die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung und der Schutz der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten. Auf dem zweiten Treffen der Koordinationsgruppe am 30. September in Straßburg wurde eine Überprüfung der bisherigen Fortschritte vorgenommen.

Es fanden auch regelmäßige Treffen auf hoher Ebene und auf Expertenebene statt, die eine Reihe regionaler und sachbezogener Fragen von beiderseitigem Interesse zum Gegenstand hatten. Im Februar fand in Straßburg das 14. hochrangige „2+2“-Treffen zwischen der OSZE und dem Europarat unter Beteiligung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, des Vorsitzenden des Ministerkomitees des Europarats und der beiden Generalsekretäre statt. Nach dem Treffen wurde eine Gemeinsame Erklärung abgegeben, in der die wichtigen Aufgaben der beiden Organisationen zur Förderung von Sicherheit, Zusammenarbeit, Frieden und Stabilität auf dem gesamten Kontinent und zur Schaffung eines Europa ohne Trennlinien auf der Grundlage der zentralen Werte Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit betont wurden.

Im Juli fand in Straßburg auch das 8. jährliche „3+3“-Treffen zwischen dem Europarat und der OSZE auf hoher Beamtenebene statt. Die Teilnehmer besprachen landes- und regionsspezifische Entwicklungen und verschiedene Sachfragen einschließlich Beispielen guter Praxis und vor Ort gemachter Erfahrungen.

In ihren Reden vor dem Ständigen Rat und dem Ministerrat der OSZE bzw. auf der Jahrestagung des Ministerkomitees des Europarats gingen die beiden Generalsekretäre auf pragmatische Kooperationsansätze ein.

„Wir arbeiten zusammen, weil der Europarat und die OSZE in gleichem Maße um die Zukunft Europas besorgt sind und gemeinsam das Ziel verfolgen, unseren Kontinent zu einem besseren, sichereren und gerechteren Ort zu machen.“

Terry Davis, Generalsekretär des Europarats auf dem 13. Ministerratstreffen in Laibach

Am 17. November unterzeichneten die Generalsekretäre der beiden Organisationen in Straßburg ein Kooperationsabkommen zwischen der OSZE und dem Europarat über die Unterstützung der kommunalen Verwaltung in Südosteuropa. Auf der Grundlage der langjährigen engen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwischen dem Europarat und der OSZE zielt das Abkommen darauf ab, die betroffenen Länder zu unterstützen, damit sie aus den Erfahrungen der OSZE mit der Umsetzung von Hilfsprogrammen für kommunale Verwaltungen bestmöglichen Nutzen ziehen können, und es ermutigt die Länder, sich an internationale Maßstäbe für Kommunalverwaltungen zu halten.

Ein weiteres Beispiel der verstärkten Zusammenarbeit war die Einberufung eines interinstitutionellen Treffens zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammen-

hängender Intoleranz im September in Paris, an dem Vertreter der Vereinten Nationen, des BDIMR, der dem Europarat unterstehenden Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz und der EUMC teilnahmen.

Bereiche, in denen das BDIMR seine Zusammenarbeit mit dem Europarat fortsetzte, waren die Rechtsreformen in den OSZE-Teilnehmerstaaten, die Gleichstellung von Mann und Frau und die Beteiligung von Frauen an demokratischen Prozessen, die kommunale Verwaltung, Wahlen, Menschenrechte, Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie Fragen der Roma und Sinti. Das BDIMR und die Venedig-Kommission überprüften gemeinsam Verfassungsentwürfe und Entwürfe zu Verfassungsnovellen in verschiedenen Teilnehmerstaaten sowie den Entwurf primärrechtlicher Vorschriften über bestimmte Grundrechte und gesetzliche Vorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Das BDIMR arbeitete mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dessen Kongress der Gemeinden und Regionen Europas eng zusammen. Deren Delegationen nahmen an Beobachtungsmissionen des BDIMR bei den Präsidentenwahlen in Kirgisistan und Kasachstan, den Parlamentswahlen in Moldau, Albanien und Aserbaidschan sowie den Kommunalwahlen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien teil. Das BDIMR koordinierte die Analyse wahlbezogener Gesetze mit der Venedig-Kommission und gab gemeinsam mit dieser Empfehlungen zu armenischen und aserbaidschanischen Rechtsvorschriften ab.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten beteiligte sich aktiv an Sitzungen der Koordinationsgruppe und brachte Vorschläge für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit in Fragen nationaler Minderheiten ein.

In *Südosteuropa* arbeitete die OSZE-Präsenz in Albanien mit dem Europarat in Fragen der Wahlrechtsreform, der Medienentwicklung und der Umsetzung eines Best-Practice-Programms für die kommunalen Verwaltungsbehörden Albaniens intensiv zusammen. Sie setzte auch die Zusammenarbeit im Bereich der Justizreform fort.

In Bosnien und Herzegowina arbeiteten die OSZE-Mission und der Europarat gemeinsam an der Umsetzung des *Beacon Scheme*, einer Initiative zur Anhebung der Standards in der kommunalen Verwaltung, sowie an der Ausarbeitung von Gesetzen der Teilgebiete über kommunale Selbstverwaltung und an der Herausgabe des Berichts über informelle Roma-Siedlungen.

Serbien und Montenegro wurde von der OSZE-Mission und dem Europarat in rechtlichen Fragen beraten, unter anderem in Fragen der Justiz- und Polizeireform, des Medienrechts, der Zivilgesellschaft und des Rechtsschutzes von Flüchtlingen. Sie kooperierten auch beim Aufbau von Kapazitäten, etwa bei der Entwicklung einer nationalen Schulungsstrategie für kommunale Verwaltungsbeamte.

Die OSZE-Mission im Kosovo und der Europarat arbeiteten an der Entwicklung eines Rahmens für die Reform der kommunalen Verwaltung, um auf kommunaler und regionaler Ebene eine effiziente demokratische Führung zu gewährleisten. Sie kooperierten bei der Ausbildung der Mitglieder des Medienausschusses der Kosovo-Versammlung und setzten sich dafür ein, dass das *Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten* in der zentralen und der kommunalen Verwaltung konsequenter eingehalten wird.

Die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje arbeitete mit dem Europarat in Sachen Rechtsstaatlichkeit, Polizeireform, Abbau ethnischer Spannungen und freier Zugang zu den Medien zusammen. Die Mission und der Europarat veranstalteten auch Seminare für frei praktizierende Rechtsanwälte. Sie arbeiteten mit der Europäischen Kommission und der Arbeitsgruppe des Stabilitätspakts bei der Ausarbeitung des Rundfunkgesetzes zusammen und unterstützten das Innenministerium bei der Formulierung eines Ethikkodex.

In Kroatien verstärkte die jüngst erfolgte Unterzeichnung des *Kooperationsabkommens über die Unterstützung der kommunalen Verwaltung in Südosteuropa* zwischen der OSZE und dem Europarat die durch Good-Governance-Projekte geleistete Arbeit. Hinsichtlich der nationalen Minderheit der Roma erstreckte sich die Zusammenarbeit auf die Wahlrechtsreform. Gemeinsam mit dem BDIMR und der Venedig-Kommission veranstaltete die Mission eine Diskussionsrunde zur Gesetzesvorlage über die Staatliche Wahlkommission.

In *Osteuropa* arbeitete die OSZE-Mission in Moldau mit dem Europarat bei der Förderung der Medienfreiheit und demokratischer Reformen eng zusammen. Die Mission stand fast täglich in Kontakt mit dem Büro des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs des Europarats, und gemeinsam ermutigten sie die Unterichtsbehörden auf beiden Seiten des Dnjestr, die Verhandlungen über den Betrieb moldauischer Schulen in Transnistrien fortzusetzen.

Im *Südkaucasus* arbeitete das OSZE-Büro in Eriwan mit dem Europarat in Menschenrechtsangelegenheiten eng zusammen, insbesondere durch Überwachung des Gesetzgebungsprozesses. Gemeinsame Initiativen betrafen die Wahlordnung, das *Gesetz über die Abhaltung öffentlicher Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen und Aufmärsche* und die Bekämpfung der Korruption. Das OSZE-Büro in Baku und der Europarat unterstützten die Umsetzung des Rechts auf Versammlungsfreiheit durch Schulungsmaßnahmen für Polizei und Sicherheitskräfte.

Menschenrechte, Systemreform und Bekämpfung der Geldwäsche waren die wichtigsten Bereiche der Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE-Mission in Georgien. Darüber hinaus sorgte die Mission für die Verbreitung der Menschenrechtshandbücher des Europarats, sie hielt mit dem Europarat Verbindung in Fällen individueller Menschenrechtsverletzungen und veranstaltete Konsultationen zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels und der

Folter. Sie arbeiteten im Hinblick auf die Gründung einer Justizhochschule zusammen und leisteten den georgischen Behörden technische Unterstützung bei der Ausarbeitung gesetzlicher Vorschriften betreffend die Wiedereinsetzung der Opfer des georgisch-ossetischen Konflikts in ihre früheren Besitzrechte.

NATO

OSZE und NATO haben die Zusammenarbeit verbessert und vertieft, um sich neuen Herausforderungen in einem sich ändernden Sicherheitsumfeld zu stellen. Regelmäßige Kontakte fanden auf hoher politischer Ebene und auf Expertenebene statt.

Im Januar sprach der Amtierende Vorsitzende der OSZE vor dem Nordatlantikrat, wobei er die Bedeutung mehrerer gemeinsamer Aktivitäten in allen drei Dimensionen hervorhob. Im November sprach der Amtierende Vorsitzende der OSZE vor dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat. Er verwies auf zentrale Kooperationsbereiche, etwa die gemeinsame Arbeit in Südosteuropa, die Entsorgung von Kleinwaffen und leichten Waffen und die Bekämpfung des Terrorismus. Der NATO-Generalsekretär richtete am 3. November das Wort an den Ständigen Rat der OSZE und traf mit dem OSZE-Generalsekretär zu einer Unterredung zusammen.

Regelmäßige Treffen von OSZE- und NATO-Mitarbeitern auf der Ebene der jeweiligen Zentralen boten den notwendigen Rahmen für einen Dialog über eine große Bandbreite von Fragen, darunter die Bekämpfung des Terrorismus, Wirtschafts- und Umweltaktivitäten, Grenzmanagement, Kleinwaffen und leichte Waffen, regionale Fragen und der Mittelmeerdialo. Im Interesse der Entwicklung und Verstärkung der operativen Beziehungen zur NATO nahm das Konfliktverhütungszentrum des OSZE-Sekretariats im Januar an der Krisenmanagement-Übung der NATO teil. Das KVZ förderte die Koordination mit der NATO bei der Umsetzung mehrerer Projekte, darunter der gemeinsame technische OSZE/NATO-Workshop über Raketentreibstoffkomponenten im Juli in Kiew (Ukraine).

„In der NATO wird die OSZE einen starken und kooperativen Partner finden. Die NATO hat ihre Agenda erweitert, und dies im Sinne der auch von der OSZE angestrebten Ziele. (...) In den letzten 10 bis 15 Jahren hat sich in Europa vieles zum Besseren gewendet, aber die Arbeit ist noch nicht vollendet. Die OSZE wird weiterhin eine wichtige Rolle spielen müssen, wenn wir unser gemeinsames Ziel – einen ungeteilten, freien und sicheren Kontinent – verwirklichen wollen.“

**NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer
in seiner Rede vor dem Ständigen Rat am 3. November**

Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der NATO in der Wirtschafts- und Umweltdimension war weiterhin produktiv; dies gilt für gemeinsame Projekte zur Entsorgung von Raketentreibstoffkomponenten, die Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus, insbesondere auch für die Organisation einer hochrangigen Konferenz über die Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus im November in Wien, aber auch für die ENVSEC-

Initiative.

Die OSZE und die NATO arbeiten in Afghanistan eng zusammen, wo die beiden Organisationen einander in ihren Aufgabenbereichen ergänzen. Das Wahlunterstützungsteam der OSZE war vom 21. August bis 2. Oktober in Afghanistan im Einsatz, wobei mit der NATO vereinbart war, dass sie in dieser Zeit mit ihrer Internationalen Stabilisierungstruppe (ISAF) den OSZE-Mitarbeitern im Notfall Unterstützung leisten werde.

Vertreter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nahmen im November an der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO teil.

In **Südosteuropa** beriet sich die OSZE-Mission in Albanien mit dem Subregionalen Kommando der NATO in Fragen von beiderseitigem Interesse. Mit dem Ziel, einen effizienten parlamentarischen Überwachungsmechanismus zu schaffen, organisierten die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, das so genannte Maßgeschneiderte Kooperationsprogramm der NATO und das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte bilaterale Besuche zwischen Bosnien und Herzegowina und den Ländern, die annähernd gleich große Streitkräfte haben und vor ähnlichen Herausforderungen hinsichtlich Reformen und Stabilisierung stehen.

In Serbien und Montenegro unterstützten die OSZE-Mission und die NATO Reformen im Verteidigungsbereich und die Stärkung der demokratischen Kontrolle über die Verteidigung und den Sicherheitssektor in Bereichen wie etwa der parlamentarischen Aufsicht und in Fragen der Grenzsicherung. Die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje koordinierte Bemühungen zur Beobachtung der politischen Situation und der Sicherheitslage mit der NATO-Zentrale in Skopje. Die Mission nahm auch an den vierzehntägigen Sicherheitstreffen teil, in denen EUPOL Proxima, OSZE und NATO abwechselnd den Vorsitz führen.

Die OSZE-Mission im Kosovo unterhielt enge Verbindungen mit der Kosovo-Stabilisierungstruppe (KFOR) der NATO, die dafür sorgte, dass die Mission im Kosovo in einem sicheren Umfeld arbeiten konnte. Die KFOR bestellte einen Verbindungsbeauftragten für die Kontakte zur OSZE, und die Außenstellen der OSZE standen durch Informationsaustausch und Abgabe von Empfehlungen in regelmäßiger Verbindung mit der KFOR. Die Mission arbeitete mit der KFOR in Fragen des Justizsystems und in Bezug auf die Achtung und den Schutz von Eigentumsrechten zusammen. Die Zusammenarbeit zwischen OMIK und KFOR führte zu gemeinsamen Bemühungen um den Aufbau von Kapazitäten im Interesse der Hebung der qualitativen Standards örtlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten.

In **Osteuropa** unterstützte die OSZE-Mission in Moldau durch Weitergabe von Informationen das Projekt der *NATO Maintenance and Supply Agency* zur Entsorgung von Pestiziden und gefährlichen Chemikalien. Der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine bemühte sich gemeinsam mit dem NATO-Büro in Kiew darum, ehemaligen Militärangehörigen die Rückkehr ins zivile

Leben zu erleichtern. Gemeinsam mit dem Wiedereingliederungsprogramm der NATO sorgte der Projektkoordinator auch für die Fortsetzung eines erfolgreichen Umschulungsprogramms für entlassene Offiziere.

Im **Südkaucasus** arbeiteten die Missionen mit der NATO im Rahmen des südkaukasischen Flussüberwachungsprojekts zusammen. Die Mission in Georgien und die NATO tauschten Informationen über ihre jeweiligen Aktivitäten in Bezug auf die Entsorgung veralteter Waffen aus. Das OSZE-Büro in Eriwan führte ein Projekt zur Neutralisierung von 872 Tonnen einer Raketentreibstoffkomponente durch. In Abstimmung mit der NATO führte die OSZE auf Ersuchen der aserbaidschanischen Regierung eine Bedarfserhebungsmission durch, um festzustellen, inwieweit Aserbaidschan Hilfe bei der Bodensanierung und der Entsorgung anderer gefährlicher Chemikalien benötigt.

In **Zentralasien** stellte die NATO einen Experten für zivile Notfallplanung für einen Runden Tisch des OSZE-Zentrums in Aschgabad zum Thema grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Verfügung. Auch im Rahmen der ENVSEC-Initiative wurde weiter zusammengearbeitet. Der neubestellte NATO-Verbindungsoffizier für Zentralasien nahm mit dem Konfliktverhütungszentrum der OSZE und den Feldpräsenzen Kontakt auf.

Stabilitätspakt für Südosteuropa

Die OSZE und der Stabilitätspakt für Südosteuropa arbeiten in allen drei Dimensionen auf Ebene der Zentralen und vor Ort zusammen, unter anderem in Fragen der Kleinwaffenkontrolle, der Konversion von Rüstungsgütern, der Integration des regionalen Energiesektors, der Flüchtlingsrückkehr, des Kapazitätsaufbaus im parlamentarischen Bereich, der Roma und Sinti und des Menschenhandels.

Der Generalsekretär der OSZE und der Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa erörterten die Zusammenarbeit auf einem bilateralen Treffen. Der Sonderkoordinator sprach im Juni vor dem Ständigen Rat, wobei er insbesondere auf die vor Ort geleistete gemeinsame Arbeit der Organisationen hinwies. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE setzte die Zusammenarbeit im Rahmen der Parlamentariertrioika des Stabilitätspakts fort, der auch die Parlamentarische Versammlung des Europarats und das Europäische Parlament angehören.

Das Konfliktverhütungszentrum der OSZE setzte die Umsetzung des „*Way Forward*“-Dokuments von Ochrid über Grenzsicherung und -management in enger Zusammenarbeit mit der EU, der NATO und dem Stabilitätspakt fort, insbesondere durch Entwicklung der zweiten Phase des *OSZE-Programms für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Südosteuropa*. Dieses Programm umfasste eine Serie von fünf Seminaren in der Region zur Entwicklung der operativen Aspekte grenzüberschreitender Managementabkommen, die unter anderem den Aufbau der Grenzpolizei, gemeinsame Übungen zu Ausbildungszwecken, die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden und „blaue Grenzen“ (Meere, Flüsse und

Seen) betreffen.

Der für strafrechtliche Fragen zuständige Polizeireferent der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten (SPMU) stand mit seinen Amtskollegen der Stabilitätspakt-Initiative zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in regelmäßigem Kontakt und nahm an Treffen zu Grundsatzfragen teil. Ein weiterer wichtiger Kooperationsbereich zwischen den beiden Organisationen ist die Umsetzung des Ochrid-Prozesses für Grenzmanagement und -sicherung. Darüber hinaus bestand in der Arbeit, die die OSZE vor Ort in Fragen der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption und in Bezug auf die Medien leistet, eine Verbindung zur einschlägigen Arbeit des Stabilitätspakts.

Internationale Organisation für Migration

Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ging auf der Ebene der Zentralen und vor Ort weiter. Die IOM nahm an den hochrangigen und den zielorientierten Dreiertreffen zwischen den Vereinten Nationen, dem Europarat und der OSZE im Februar in Straßburg, am Ministerratstreffen von Laibach sowie an mehreren anderen OSZE-Konferenzen und -Treffen teil, darunter das OSZE-Wirtschaftsforum und dessen Vorbereitungsseminare.

Beide Organisationen standen in enger Zusammenarbeit in Sachen Bekämpfung des Menschenhandels und Migration in Südosteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien. Die OSZE-Präsenz in Albanien arbeitete mit der IOM und UNHCR an der Umsetzung eines von der EU finanzierten Projekts betreffend die Erstabklärung der Situation von Asylsuchenden und Migranten. Die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje erarbeitete gemeinsam mit UNICEF, IOM und anderen einen *Aktionsplan gegen den Kinderhandel*. Die OSZE-Mission in Serbien und Montenegro arbeitete mit der IOM-Mission im Rahmen des nationalen Leitsystems zusammen. Die Mission in Kroatien und die IOM unterstützten das Menschenrechtsbüro der kroatischen Regierung bei der Organisation einer internationalen Konferenz gegen den Menschenhandel im Oktober. Ein durch das TACIS-Programm der EU finanziertes Projekt zur Bekämpfung des Menschenhandels in der Ukraine wurde von der IOM in Partnerschaft mit dem OSZE-Projektkoordinator umgesetzt. Das OSZE-Zentrum in Almaty arbeitete mit der IOM und dem Internationalen Zentrum für Migrationspolitikentwicklung an der Erstellung eines nationalen Plans gegen den Menschenhandel. Das OSZE-Zentrum in Duschanbe und die IOM finanzierten eine Informationsstelle für potenzielle Migranten.

In Zusammenarbeit mit der IOM startete das BDIMR in der Russischen Föderation ein neues Projekt im Zusammenhang mit dem staatlichen Programm für die Regelung des Status von Wanderarbeitnehmern. Das BDIMR und die IOM bemühten sich auch gemeinsam um Ausarbeitung eines Mechanismus für die Datensammlung und den Informationsaustausch in Migrationsfragen, um die Teilnehmerstaaten mit verlässlichen Daten zur Migration zu versorgen.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz

Auf der Ebene der Zentralen nahm das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) an den hochrangigen und den zielorientierten Dreiertreffen sowie einschlägigen OSZE-Konferenzen und –Veranstaltungen teil, darunter das Ministerratstreffen von Laibach. Eine Delegation des IKRK besuchte im Januar das OSZE-Sekretariat, wo sie mit Vertretern verschiedener Abteilungen und Dienststellen zusammentraf, um sich genauer über deren Aktivitäten zu informieren, Informationen auszutauschen und die Zusammenarbeit zu besprechen.

Vor Ort arbeitete die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje mit dem IKRK in Fragen des Zugangs zu Häftlingen zusammen. In Moldau verfolgten die beiden Organisationen die Fälle zweier inhaftierter Mitglieder der Ilascu-Gruppe in Transnistrien und die Haftbedingungen sowohl in Moldau als auch in Transnistrien. Das IKRK und die OSZE tauschten Informationen über die Überwachung von Haftanstalten und Polizeigefängnissen in Kirgisistan aus.

Zusammenarbeit mit anderen regionalen und subregionalen Organisationen und Initiativen

Im April nahm der Generalsekretär der OSZE am 9. Treffen des GUAM-Außenministerrats und am Gipfeltreffen der GUAM-Staatschefs in Chi_in_u (Moldau) teil. Im Mai vertrat er die OSZE auf dem 8. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses in Bukarest (Rumänien). Im Mai nahm er auch am Außenministertreffen der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) teil, das unter slowakischem CEI-Vorsitz in Tatranská Lomnica stattfand, und im November nahmen der Amtierende

Vorsitzende und der Generalsekretär am Gipfeltreffen der CEI-Staats- und Regierungschefs in Pie_t'any (Slowakei) teil. Im August nahm der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE an der 14. Tagung der Parlamentarierkonferenz der Ostseestaaten teil, auf der er auch das Wort ergriff. Im Dezember nahm der Generalsekretär am Forum der *Community of Democratic Choice* in Kiew (Ukraine) teil.

Im Juli besuchte der Exekutivsekretär der GUS das OSZE-Sekretariat. Im Januar nahmen Vertreter des OSZE-Sekretariats an einer von der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (CSTO) in Moskau veranstalteten Konferenz teil. Im April nahm die Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels in Minsk (Belarus) am Treffen der GUS-Innenminister teil. Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten (SPMU) stand in Kontakt mit der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative in Bukarest. Die OSZE-Mission in Kroatien hielt im Rahmen des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses, dessen Sekretariat sich in Skopje befindet, Konsultationen mit der Initiative „Migration – Asyl – Flüchtlingsrückkehr“ ab.

Mehrere Vertreter regionaler und subregionaler Organisationen und Initiativen, darunter die Adriatisch-Ionische-Initiative, der Euroarktische Barents-Rat, die CEI, die GUS, die CSTO, GUAM und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum, nahmen am 5. und 6. Dezember am OSZE-Ministerratstreffen in Laibach teil. Regionale und subregionale Organisationen wurden regelmäßig zu anderen einschlägigen OSZE-Veranstaltungen eingeladen.

Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien sowie mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums

Das Sekretariat arbeitete 2005 gemeinsam mit der OSZE-Troika weiter an der Stärkung der Beziehungen zu den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien. Der Schwerpunkt lag auf der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Härkönen-Bericht im Anschluss an einen in Sofia verabschiedeten Ministerratsbeschluss über die OSZE und ihre Kooperationspartner.¹

2005 wurde die Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen außerhalb der OSZE-Region weiterentwickelt, insbesondere im Zusammenhang mit dem *Sechsten Treffen auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen* (New York, 25. und 26. Juli). Die Beziehungen waren gekennzeichnet von einer stärkeren Beteiligung an einschlägigen Aktivitäten auf Basis der Gegenseitigkeit sowie einem verstärkten Austausch von Informationen, Erfahrungen und Erkenntnissen.

Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Partnern im Mittelmeerraum und in Asien. In mehreren jüngst verabschiedeten Ministerratsdokumenten, wie etwa der Maastrichter Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert und dem Beschluss von Sofia, wurde in Anbetracht der Grenzen und Regionen überschreitenden Sicherheitsbedrohungen unserer Zeit die Bedeutung der Vertiefung des Dialogs mit den OSZE-Partnerstaaten betont. Der Härkönen-Bericht ist eine wichtige Richtschnur bei der Verfolgung dieses Ziels. In diesem Prozess unterstützte und beriet die Abteilung Externe Zusammenarbeit den belgischen und den bulgarischen Vorsitz der Kontaktgruppen mit den Mittelmeerpartnern bzw. mit den asiatischen Partnern.

Abgesehen von der regulären Arbeit in den Kontaktgruppen waren 2005 drei wichtige Ereignisse zu verzeichnen. Am 25. und 26. April versammelten sich in Seoul Teilnehmer aus der OSZE und Asien zur OSZE/Korea-Konferenz über *Neue Sicherheitsbedrohungen und ein neues Sicherheitsparadigma*. In seiner Eröffnungserklärung verwies der OSZE-Generalsekretär auf die Bedeutung der Konferenz angesichts nicht zu übersehender neuer Sicherheitsbedrohungen und der zunehmenden wechselseitigen Abhängigkeit in Sicherheitsfragen in einer globalisierten Welt.

Der Leiter der Abteilung Externe Zusammenarbeit stellte die OSZE-Strategie gegen neue Sicherheitsbedrohungen vor. Nach den Anschlägen vom 11. September hatte die OSZE ihre Prioritäten und

Instrumente einer Überprüfung unterzogen und neue Kapazitäten aufgebaut. Die OSZE arbeitete mit anderen Organisationen und Partnerstaaten zusammen und war sich der Tatsache bewusst, dass Sicherheitsbedrohungen auf Nachbarregionen übergreifen können.

In ihren Schlussfolgerungen stellten die Kovorsitzenden (vertreten durch das Gastland und den OSZE-Vorsitz) fest, dass die Konferenz einen interessanten Gedankenaustausch über die Definition neuer Sicherheitsbedrohungen und ihre Erscheinungsformen geboten habe. Eine der wichtigsten Empfehlungen der Konferenz lautete, dass die Beziehungen zwischen der OSZE und dem ASEAN-Regionalforum gestärkt werden sollten.

Der Generalsekretär wurde eingeladen, auf einer Thailand-Konferenz zum Thema *Weitergabe von Erfahrungen in der Bekämpfung des Menschenhandels – Möglichkeiten der Zusammenarbeit* (Bangkok, 16. und 17. Juni) zu sprechen. Er betonte die Aktualität der Konferenz, hatte doch die OSZE / Thailand-Konferenz von 2002 in ihren Schlussfolgerungen zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und asiatischen Regionen im Interesse einer effizienten Behandlung unter anderem von Fragen des Menschenhandels aufgerufen. Er wies darauf hin, dass die Bekämpfung des Menschenhandels an allererster Stelle der OSZE-Agenda stehe, was auch in der Bestellung einer Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung des Menschenhandels im Jahr 2004 und in der Schaffung einer Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels im OSZE-Sekretariat zum Ausdruck gekommen sei. Die Konferenzteilnehmer erörterten das Thema Menschenhandel in Asien und Europa, die entscheidende Rolle rechtlicher und kriminalpolizeilicher Maßnahmen bei der Bekämpfung des Menschenhandels sowie regionale Lösungen und Modelle für die Zusammenarbeit. In seiner abschließenden Zusammenfassung regte der Vorsitzende an, die Beziehungen zwischen der OSZE und dem Bali-Prozess zu verstärken.

Am 8. und 9. September fand in Rabat (Marokko) das jährliche Mittelmeerseminar der OSZE zum Thema *Die Rolle der OSZE und der Kooperationspartner im Mittelmeerraum in der Migrations- und Integrationspolitik* statt. Der Generalsekretär betonte, diese Veranstaltung sei ein Hinweis dafür, dass es im Mittelmeerraum einen wachsenden Konsens hinsichtlich gemeinsamer Sicherheitsinteressen und -bedenken und eine immer breitere Basis gemeinsamer Werte und Grundsätze gebe. Terrorismus, Migration, soziale und kulturelle Integration und die Suche nach Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung der Sicherheit unter gleichzeitiger Wahrung der Menschenrechte seien wichtige politische Fragen in der Mittelmeerregion, im OSZE-Raum und weltweit.

¹

Siehe den Bericht des Amtierenden Vorsitzenden und die Berichte der Vorsitzenden der Kontaktgruppen mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum bzw. den Kooperationspartnern in Asien.

Im Hinblick auf das Hauptthema des Seminars betonte der Generalsekretär den dimensionsübergreifenden Charakter der Migration. Wenn man sich mit Migration auseinandersetze, müsse man sich auch mit den wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen und sicherheitspolitischen Auswirkungen befassen. In diesem Sinne riefen die Teilnehmer zur Fortsetzung des Dialogs zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern im Rahmen der OSZE auf. In einigen der im Zuge der Diskussion gemachten Vorschläge wurden Maßnahmen zur Erleichterung der Integration von Migranten und Sonderverträge zwischen Migranten und dem Gastland gefordert.

In Fortsetzung ihres sich vertiefenden Dialogs mit den OSZE-Partnerstaaten hielt die Parlamentarische Versammlung der OSZE ihr drittes Parlamentarierforum zum Mittelmeerraum ab (Sveti Stefan, 9. Oktober). In seiner Eröffnungsansprache verwies der Präsident der Parlamentarischen Versammlung erneut auf die Entschlossenheit der Versammlung, den Mittelmeerdiallog in der OSZE zu verstärken, was auch in der Washingtoner Erklärung der Parlamentarischen Versammlung vom Juli betont worden war. Der OSZE-Generalsekretär sprach in seinem Einleitungsreferat über die Zukunftsaussichten nach der Konferenz von Rabat und strich die Zusammenarbeit der OSZE mit anderen Organisationen zur Verstärkung des Dialogs zwischen den Zivilisationen heraus.

Ein Vertreter der Abteilung Externe Zusammenarbeit nahm vom 3. bis 5. März in Istanbul an einem Workshop teil, der dem Thema *Erfahrungen der OSZE bei der Förderung von Demokratie und kooperativer Sicherheit – eine Anregung für die Mittelmeerpartner und darüber hinaus?* gewidmet war. Die Veranstaltung, an der 35 Experten, Regierungsvertreter und Vertreter der Zivilgesellschaft aus dem Mittelmeerraum teilnahmen, wurde vom Dänischen Institut für internationale Studien, der Heinrich-BöllStiftung und der Türkischen Stiftung für Wirtschafts- und Sozialstudien organisiert. Die Teilnehmer erörterten Initiativen zur Nutzung der Erfahrungen und Erkenntnisse der OSZE etwa im Hinblick auf die Wahlbeobachtung, die Rolle der Frau und die mögliche Schaffung eines regionalen Forschungsinstituts für Konfliktverhütung im Mittelmeerraum.

Auf Einladung der Palästinenserbehörde beauftragte der OSZE-Vorsitz das Sekretariat und das BDIMR, ein Team zur Beurteilung des Schulungsbedarfs im Zusammenhang mit der Beobachtung der Präsidentenwahlen vom 9. Januar zu einem einmaligen Kurzbesuch in die Palästinensergebiete zu entsenden. Das Team hielt sich vom 7. bis 13. Januar in den Palästinensergebieten auf; es stellte Bereiche fest, in denen die OSZE der Palästinenserbehörde und der palästinensischen Zivilgesellschaft ihr Fachwissen anbieten könnte, und teilte diese dem Ständigen Rat mit.

Zum zweiten Mal wurde ein Wahlunterstützungsteam der OSZE nach Afghanistan entsandt, und zwar zu den Parlaments- und Provinzwahlen vom 18. September. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 26.)

Vor dem Ministerratstreffen in Laibach trafen die Mitglieder der OSZE-Ministertroika mit ihren Amtskolle-

gen aus den Partnerstaaten im Mittelmeerraum und in Asien zusammen. Die Teilnehmer begrüßten es, dass im Jahr 2005 regelmäßige Konsultationen zu Fragen von beiderseitigem Interesse abgehalten wurden. Der Generalsekretär sprach sich entschieden für die weitere Stärkung des Dialogs zwischen der OSZE und ihren Partnern aus.

Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums. Das *Sechste Treffen auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen* (New York, 25. und 26. Juli) und das Treffen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Thema Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit regionalen Organisationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (New York, 17. Oktober) boten regionalen Organisationen Gelegenheit, ihre Beziehungen untereinander zu vertiefen und mehr über die jeweiligen Aufgaben und Mandate der anderen zu erfahren. In diesem Zusammenhang führte der Generalsekretär der OSZE am Rande des Sechsten Treffens auf hoher Ebene bilaterale Gespräche mit seinen Amtskollegen, darunter die Liga der arabischen Staaten, die Organisation der amerikanischen Staaten, die Organisation der Islamischen Konferenz und die Afrikanische Union.

Der Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz sprach am 14. November erstmals vor dem Ständigen Rat. Er erinnerte an die Bedeutung der Förderung, des Schutzes und der Verbesserung der gemeinsamen Werte verschiedener Kulturen und der Stärkung der Toleranz, des Dialogs und der Zusammenarbeit innerhalb und zwischen Staaten und Völkern. Zwischen den Generalsekretären der beiden Organisationen fand eine Unterredung statt.

Das Interesse an der gegenseitigen Information über Methoden zur Bekämpfung des Terrorismus, unter anderem durch bilaterale Kontakte und Weitergabe von Informationen über bewährte Praktiken, stand weiterhin im Zentrum der Zusammenarbeit zwischen der Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU) des OSZE-Sekretariats und regionalen Organisationen wie etwa den oben erwähnten und der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit. Der Leiter der ATU sprach vor den Teilnehmern einer Konferenz in Algier zum Thema *Aufbau von Kapazitäten zur Bekämpfung des Terrorismus in Afrika und subregionale Organisationen*, die von der US-amerikanischen *National Defense University* und dem Zentrum für strategische Studien der Afrikanischen Union veranstaltet wurde. Er traf auch mit Vertretern der Afrikanischen Union und Mitarbeitern des Zentrums für Terrorismusbekämpfung der Afrikanischen Union mit Sitz in Algier zusammen und erörterte mit ihnen die Partnerschaft mit der OSZE.

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung gab auf einem regionalen Seminar zu Fragen der Terrorismusbekämpfung (Kairo, 17. und 18. Februar), das von der Liga der arabischen Staaten veranstaltet wurde, ihre Erfahrungen im Kampf gegen den Terrorismus weiter, die Liga nahm ihrerseits an zwei OSZE-Workshops zum Thema Terrorismusbekämpfung teil.

Auf Ersuchen des Generalsekretärs der Liga der arabischen Staaten wurde das OSZE-Handbuch „Praxisleitfäden für Kleinwaffen und leichte Waffen“ ins Arabische übersetzt und im April als Modell für die Zusammenarbeit bei der Weitergabe von Erfahrungen zwischen regionalen Organisationen vorgestellt. Die Übersetzung wurde von Deutschland finanziert.

In Anbetracht der Gründung einer Gruppe Wahlangelegenheiten und eines Wahlfonds in der Afrikanischen Union informierte das BDIMR über seine Erfahrungen und Kenntnisse im Zusammenhang mit Wahlen. Im Juni besuchte ein offizieller Vertreter der Union das BDIMR, wo er im Rahmen des laufenden Dialogs zwischen den beiden Organisationen Methoden der Wahlbeobachtung erörterte. Wie schon in der Vergangenheit erwiesen sich die

Aktivitäten zwischen der OSZE und ihren asiatischen Partnern und das OSZE-Mittelmeerseminar als Schnittstelle zwischen der OSZE und regionalen Organisationen. Elf Mitgliedstaaten des ASEAN-Regionalforums (ARF) nahmen als Beobachter an der OSZE/Korea-Konferenz und sieben an der Thailand-Konferenz teil. Auf dem Mittelmeerseminar in Rabat waren die Liga der arabischen Staaten und die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit vertreten. Die Liga der arabischen Staaten und die Organisation der Islamischen Konferenz nahmen an der *OSZE-Konferenz über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz* teil. Vertreter des ARF, der Liga der arabischen Staaten und der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit wohnten dem Ministerrats-treffen der OSZE in Laibach bei.

Annex Statistics of OSCE staff

International staff in Missions/Centres/Offices

Nationality	OSCE Mission in Kosovo	OSCE Mission to Bosnia and Herzegovina	OSCE Mission to Croatia	OSCE Mission to Georgia	OSCE Spill-over Unit for Mission to Stepile	OSCE Mission to Serbia and Montenegro	OSCE Mission to Moldova	OSCE Presence in Albania	OSCE Centre in Almaty	OSCE Centre in Ashgabad	OSCE Centre in Bishkek	OSCE Centre in Dushanbe	OSCE Centre in Tashkent	OSCE Office in Baku	OSCE Office in Minsk	OSCE Office in Yerevan	The Pers. Rep. of the OSCE on Conflict Dealt with by the Minsk Conference	OSCE Project Coordinator in Ukraine	Total for Missions/Centres/Offices
Albania	1	1																2	
Armenia	1														1			2	
Austria	10	5	2	5	3		2	1		1				1			1	31	
Azerbaijan	1	1			1													3	
Belarus					3		1	1				1						6	
Belgium	5	2			1	2												10	
Bosnia and Herzegovina	4			1		2				1								8	
Bulgaria	14	3		5		2		1				2			1			28	
Canada	6	1		1		1												9	
Croatia					2													2	
Czech Republic		1	1	3	1		1	3								1	1	12	
Denmark	2					1												3	
Estonia	1	1	3	1	1													7	
Finland		1	1	3		1		1		1							1	9	
France	10	11	6	7	5	3		5		1	1	2	1	1	1			54	
The former Yugoslav Republic of Macedonia				2														2	
Georgia	2	1	1		2													6	
Germany	30	7	2	3	8	6	2	1	1	1	1			1	1		1	65	
Greece	3	1	1															5	
Hungary	1	2		2				1		1		1					1	9	
Iceland																		0	
Ireland	3	4		1	3	3		2										16	
Italy	11	7	6		5	6					1	2		1				29	
Japan					1													1	
Kazakhstan																		0	
Kyrgyzstan		2												1				3	
Latvia				1								1						2	
Liechtenstein																		0	
Lithuania		1	1	2								1						5	
Luxembourg																		0	
Malta																		0	
Moldova	2		1	1		1					1		1			1		8	
Netherlands	3	1	1		1	2		1				1				1		11	
Norway		1			1	5	1		1			1						10	
Poland	4	1	2	7	2		2										1	19	
Portugal	2	1		2	1													6	
Romania	9	1	1	2	3	2					1							19	
Russian Federation	2	6		4	1						1	3				1		18	
Serbia and Montenegro																		0	
Slovakia	1	1	2	1		1						1						7	
Slovenia	2	2			1													5	
Spain	7	2	1		3													13	
Sweden	8	3	1	1	1	2		2	1					2			1	22	
Switzerland		1		1							1							3	
Tajikistan	2	1			1													4	
Turkey	6	1		2	10	3					1							23	
Turkmenistan																		0	
Ukraine				2	4						1					1	1	9	
United Kingdom	18	6	4	4	8	6	1	2						1		1		51	
United States	26	20	5	7	7	7	2	3		1		1	1		2		1	83	
Uzbekistan			1															1	
Total	197	99	41	71	81	58	10	25	4	6	10	16	4	6	5	8	6	4	651

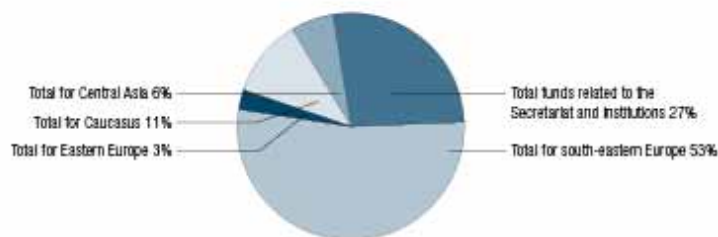
Total numbers of Internationally recruited staff in Missions, Secretariat and Institutions

Nationality	Missions	%	Secretariat and Institutions	%	GRAND TOTAL	%
Albania	2	0.3	0	0.0	2	0.2
Armenia	2	0.3	2	0.8	4	0.4
Austria	31	4.8	16	6.7	47	5.3
Azerbaijan	3	0.5	1	0.4	4	0.4
Belarus	6	0.9	5	2.1	11	1.2
Belgium	10	1.5	4	1.7	14	1.6
Bosnia and Herzegovina	8	1.2	2	0.8	10	1.1
Bulgaria	28	4.3	8	3.3	36	4.0
Canada	9	1.4	9	3.8	18	2.0
Croatia	2	0.3	2	0.8	4	0.4
Czech Republic	12	1.8	2	0.8	14	1.6
Denmark	3	0.5	4	1.7	7	0.8
Estonia	7	1.1	1	0.4	8	0.9
Finland	9	1.4	3	1.2	12	1.3
France	54	8.3	13	5.4	67	7.5
The former Yugoslav Republic of Macedonia	2	0.3	0	0.0	2	0.2
Georgia	6	0.9	4	1.7	10	0.8
Germany	65	10.0	24	10.0	89	1.1
Greece	5	0.8	1	0.4	6	10.0
Hungary	9	1.4	2	0.8	11	1.2
Iceland	0	0.0	1	0.4	1	0.1
Ireland	16	2.5	2	0.8	18	2.0
Italy	39	6.0	10	4.2	49	5.5
Japan	1	0.2	0	0.0	1	0.1
Kazakhstan	0	0.0	2	0.8	2	0.2
Kyrgyzstan	3	0.5	2	0.8	5	0.6
Latvia	2	0.3	2	0.8	4	0.4
Liechtenstein	0	0.0	0	0.0	0	0.0
Lithuania	5	0.8	0	0.0	6	0.7
Luxembourg	0	0.0	1	0.4	1	0.1
Malta	0	0.0	1	0.4	1	0.1
Moldova	8	1.2	7	2.9	15	1.7
Netherlands	11	1.7	7	2.9	18	2.0
Norway	10	1.5	1	0.4	11	1.2
Poland	19	2.9	9	3.8	28	3.1
Portugal	6	0.9	0	0.0	6	0.7
Romania	19	2.9	6	2.5	25	2.8
Russian Federation	18	2.8	13	5.4	31	3.5
Serbia and Montenegro	0	0.0	1	0.4	1	0.1
Slovakia	7	1.1	1	0.4	8	0.9
Slovenia	5	0.8	1	0.4	6	0.7
Spain	13	2.0	6	2.5	19	2.1
Sweden	22	3.4	7	2.9	29	3.3
Switzerland	3	0.5	4	1.7	7	0.8
Tajikistan	4	0.6	0	0.0	4	0.4
Turkey	23	3.5	3	1.3	26	2.9
Turkmenistan	0	0.0	1	0.4	1	0.1
Ukraine	9	1.4	5	2.1	14	1.6
United Kingdom	51	7.8	18	7.5	69	7.8
United States	83	12.7	21	8.8	104	11.7
Uzbekistan	1	0.2	3	1.3	4	0.4
Total	651	100.0	239	100.0	890	100.0

2005 Revised Unified Budget

Fund	Revised budget PC.Dec/715	% of total
I. FUNDS RELATED TO THE SECRETARIAT AND INSTITUTIONS		
The Secretariat	27,319,300	17.14%
Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODHR)	11,963,700	7.51%
High Commissioner on National Minorities (HCNM)	2,697,600	1.69%
Representative on Freedom of the Media (RFOM)	1,095,800	0.69%
Total funds related to the Secretariat and Institutions	43,076,400	27.02%
II. FUNDS RELATED TO OSCE FIELD OPERATIONS		
South-eastern Europe		
Mission to Kosovo	34,147,300	21.42%
Tasks in Bosnia and Herzegovina	17,583,300	11.03%
Mission to Croatia	9,218,800	5.78%
Mission to Serbia and Montenegro	9,324,000	5.85%
Presence in Albania	3,658,300	2.30%
Spillover Monitor Mission to Skopje	11,061,500	6.94%
Total for south-eastern Europe	84,993,200	53.32%
Eastern Europe		
Mission to Moldova	1,485,700	0.93%
Project Co-ordinator in Ukraine	1,650,100	1.04%
Office in Minsk	858,500	0.54%
Representative to the Estonian Commission on Military Pensioners	105,000	0.07%
Representative to the Latvian-Russian Joint Commission on Military Pensioners	8,300	0.01%
Total for Eastern Europe	4,107,600	2.58%
Caucasus		
Mission to Georgia	12,324,800	7.73%
Office in Yerevan	1,460,900	0.92%
Office in Baku	1,593,500	1.00%
High Level Planning Group	172,600	0.11%
The Minsk Process	511,300	0.32%
Personal representative of the CIO on the Conflict dealt with by the Minsk Conference	966,900	0.61%
Total for Caucasus	17,030,000	10.68%
Caucasus		
Centre in Almaty	1,683,900	1.06%
Centre in Ashgabad	1,050,600	0.66%
Centre in Bishkek	2,454,800	1.54%
Centre in Tashkent	1,275,900	0.80%
Centre in Dushanbe	3,728,900	2.34%
Total for Central Asia	10,194,100	6.40%
Total for funds related to the OSCE field operations	116,324,900	72.98%
TOTAL BUDGET	159,401,300	100.00%

2005 Unified Budget by region



Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

OSZE-Sekretariat
Kärntner Ring 5-7
A-1010 Wien, Österreich

Tel.: +43 1 514 36 180
Fax: +43 1 514 36 105
info@osce.org

www.osce.org

OSZE-INSTITUTIONEN

Parlamentarische Versammlung
Rådhusstræde 1
1466 Kopenhagen K, Dänemark
Tel.: +45 33 37 80 40
Fax: +45 33 37 80 30
osce@oscepa.dk

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
19 Aleje Ujazdowskie
00-557 Warschau, Polen
Tel.: +48 22 520 06 00
Fax: +48 22 520 06 05
office@odhr.pl

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten
Prinsessegracht 22
2514 AP Den Haag, Niederlande
Tel.: +31 70 312 55 00
Fax: +31 70 363 59 10
hcnm@hcnm.org

OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit
Kärntner Ring 5-7
A-1010 Wien, Österreich
Tel.: +43 1 512 21 45-0
Fax: +43 1 512 21 45-9
pm-fom@osce.org

OSZE-FELDEINSÄTZE

SÜDOSTEUROPA

OSZE-Präsenz in Albanien
Rruga Donika Kastrioti, Vila 6
Tirana, Albanien
Tel.: +355 4 235 993
Fax: +355 4 235 994
Post.Albania@osce.org

OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina
Fra An_ela Zvizdovi_a 1
71000 Sarajewo, Bosnien und Herzegowina
Tel.: +387 33 752 100
Fax: +387 33 442 479
info.ba@osce.org

OSZE-Mission in Kroatien
Florijana Andra_eca 14
10000 Zagreb, Kroatien
Tel.: +385 1 309 66 20
Fax: +385 1 309 66 21
osce-croatia@osce.org

OSZE-Mission im Kosovo
Beogradska 32
38000 Pri_tina,
Kosovo, Serbien und Montenegro
Tel.: +381 38 500 162
Fax: +381 38 500 188
press.omik@osce.org

OSZE-Mission in Serbien und Montenegro
Cakorska 1
1100 Belgrad, Serbien und Montenegro
Tel.: +381 11 367 24 25
Fax: +381 11 367 24 29
omisam-spokesperson@osce.org

OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje
QBE Makedonija Building,
11 Oktomvri Str. 25
MK-1000 Skopje
Ehem. jugoslawische Rep. Mazedonien
Tel.: +389 2 3234 000
Fax: +389 2 3234 234
info-mk@osce.org

OSTEUROPA

OSZE-Büro in Minsk
Prospekt Gasety Pravda 11
Minsk 220116, Belarus
Tel.: +375 17 272 34 97
Fax: +375 17 272 34 98
office-by@osce.org

OSZE-Mission in Moldau
Str Mitropolit Dosoftei 108
2012 Chi_in_u, Moldau
Tel.: +373 22 22 34 95
Fax: +373 22 22 34 96
secretary-md@osce.org

OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine
16 Striletska St.
01054 Kiew, Ukraine
Tel.: +380 44 492 03 82
Fax: +380 44 492 03 83
osce-ukraine@osce.org

OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige
OSZE-Sekretariat
Kärntner Ring 5-7, 2. Stock
A-1010 Wien, Österreich
Tel: +43 1 514 36 560
Fax: +43 1 514 36 96
helmut.napiontek@osce.org

OSZE-Vertreter in der estnischen Kommission für pensionierte Militärangehörige
Pärnu mnt. 15, 7th floor, Kawe Plaza
10141 Tallinn, Estland
Tel: +372 665 1762
Fax: +372 665 1763
oscerepresentative@osce.ee

KAUKASUS

OSZE-Büro in Baku
4, M. Magomayev lane, 2nd floor,
Icheri Sheher

Baku AZ1004, Aserbaidshan
Tel.: +994 12 497 23 73
Fax: +994 12 497 23 77
office-az@osce.org

OSZE-Mission in Georgien
Krtsanisi Datcha No. 5
0114 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 24 42 01
Fax: +995 32 77 96 15
pm-ge@osce.org

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst
4 Freedom Square, GMT Plaza, 1st floor
Tiflis, 0105 Georgien
Tel.: +995 32 99 87 32
Fax: +995 32 98 85 66
prcio@osce.org

OSZE-Büro in Eriwan
89 Teryan St., Eriwan 375009, Armenien
Tel.: +374 1 54 10 65
Fax: +374 1 54 10 61
yerevan-am@osce.org

ZENTRALASIEN

OSZE-Zentrum in Almaty
67 Tole Bi Street, 2nd floor
Almaty, 480091 Kasachstan
Tel.: +7 3272 79 37 62
Fax: +7 3272 79 43 88
almaty-kz@osce.org

OSZE-Zentrum in Aschgabad
Turkmenbashi Shayoly 15
744005 Aschgabad, Turkmenistan
Tel.: +993 12 35 30 92
Fax: +993 12 35 30 41
info_tm@osce.org

OSZE-Zentrum in Bischkek
139 St. Toktogula
Bischkek, 720001 Kirgisistan
Tel.: +996 312 66 50 15
Fax: +996 312 66 31 69
pm-kg@osce.org

OSZE-Zentrum in Duschanbe
12, Zikrullo Khojaev Str.
734017 Duschanbe, Tadschikistan
Tel.: +992 372 24 58 79
Tel.: +992 372 24 33 38
Fax: +992 372 24 91 59
cid-tj@osce.org

OSZE-Zentrum in Taschkent
Afrosiyob Street 12 B, 4th floor
700015 Taschkent, Republik Usbekistan
Tel.: +998 71 120 44 70
Fax: +998 71 120 61 25
osce-cit@osce.org

Abkürzungen

ARF	ASEAN-Regionalforum	NATO	Nordatlantikvertrags-Organisation
ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen	NRM	National Referral Mechanisms (Nationale Leitsysteme)
ASRC	Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz	NRO	Nichtregierungsorganisation(en)
ATAU	Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels	OAS	Organisation der amerikanischen Staaten
ATU	Gruppe Terrorismusbekämpfung	OCEEA	Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE
BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BiH	Bosnien und Herzegowina	PC	Ständiger Rat
BSEC	Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation	PISG	Provisorische Selbstverwaltungsinstitutionen (Kosovo)
CACO	Zentralasiatische Kooperationsorganisation	PV	Parlamentarische Versammlung der OSZE
CAYN	Zentralasiatisches Jugendnetzwerk	REACT	Schnelle Einsatzgruppen für Exporthilfe und Kooperation
CBSS	Rat der Ostseeanrainerstaaten	SALW	Kleinwaffen und leichte Waffen
CEC	Zentrale Wahlkommission	SCO	Schanghai-Kooperationsorganisation
CEDAW	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	SECI	Südosteuropäische Kooperationsinitiative
CEI	Zentraleuropäische Initiative	SEEBRIG	Südosteuropabrigade
CSTO	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit	SEECF	Südosteuropäischer Kooperationsprozess
CTC	Ausschuss (des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen) zur Bekämpfung des Terrorismus	SFOR	Stabilisierungstruppe
CTED	Exekutivdirektorium des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus	SHDM	Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension
EAR	Europäische Agentur für Wiederaufbau	SPMU	Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten
EK	Europäische Kommission	SRCC	Subregionale Beratungskommission (BiH)
ENVSEC	Umwelt- und Sicherheitsinitiative der OSZE und der Vereinten Nationen	TACIS	Technische Hilfe (der Europäischen Union) für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
EU	Europäische Union	UNCTC	Ausschuss der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus
EUSR	EU-Sonderbeauftragter (BiH)	UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
FSK	Forum für Sicherheitskooperation	UNECE	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa
GUUAM	Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldau	UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
HKNM	Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten	UNHCHR	Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte
HLPG	Hochrangige Planungsgruppe	UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
IAEA	Internationale Atomenergie-Organisation	UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
ICAO	Internationale Zivilluftfahrt-Organisation	UNIFEM	Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz	UNMIK	Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
IOM	Internationale Organisation für Migration	UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
IRMA	Integriertes Ressourcenmanagementsystem der OSZE	USAID	US-Agentur für internationale Entwicklung
JCC	Gemeinsame Kontrollkommission	VN	Vereinte Nationen
KFOR	Kosovo-Friedenstruppe	VSBM	Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen		
KVZ	Konfliktverhütungszentrum		
MANPADS	Schultergestützte Flugabwehrraketensysteme		

REDAKTEUR | Sharman Esarey
PRODUKTIONSREDAKTEUR | Alexander Nitzsche
GESTALTUNG UND SCHRIFTSATZ | red hot 'n'cool
KÜNSTLERISCHE LEITUNG | Damir Kri_mani_

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
OSZE-Sekretariat

Dies ist kein einvernehmlich verabschiedetes Dokument.